

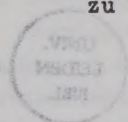
DIE BAYERISCHE POLIZEI
GESCHICHTE, SOZIALSTRUKTUR UND ORGANISATION

1977

Manfred Biernath

DIE BAYERISCHE POLIZEI
GESCHICHTE, SOZIALSTRUKTUR UND ORGANISATION

Inaugural-Dissertation
zur Erlangung des Doktorgrades
der Philosophie
an der Ludwig-Maximilians-Universität
zu München



vorgelegt von
Manfred Biernath
aus München

Gedruckt durch Print-Service GmbH, München 5, Müllerstraße 40

1977



Referent: Prof. Dr. Heinz Laufer

Korreferent: Prof. Dr. Karl Bosl

Tag der mündlichen Prüfung: 15. Februar 1977

INHALTSVERZEICHNIS

EINLEITUNG	2
I. DIE GESCHICHTE DER POLIZEI IN BAYERN	7
1. Von den Anfängen bis zum absolutistischen Staat	7
1.1 Ordnungsfunktionen im germanischen Stammesstaat	8
1.2 Erste Kodifikationen des bayerischen Polizeirechts	9
1.2.1 Lex Baiuvariorum	9
1.2.2 Stadt- und Landrecht Ludwigs des Bayern	10
1.2.3 Die Landesordnung Ludwigs des Reichen	11
1.3 Die Neuorganisation der Ordnungsgewalt im 13. Jahrhundert	11
1.3.1 Ablösung der Grafschaften durch die Landgerichte	11
1.3.2 Übertragung der herzoglichen Be- fugnisse auf die Vitztume	12
1.4 Auswirkungen der Landesteilungen auf das Staatswesen	14
1.4.1 Entstehen der Landstände als poli- tische Folge der Landesteilungen	14
1.4.2 Die landständischen Verfassungen	16
1.5 Wachsende politische Bedeutung der Städte	17
1.5.1 Städtisches Sicherheits- und Gesundheitsrecht	17
1.5.2 Städtisches Markt- und Geleitrecht	19
1.5.3 Städtische Armen- und Krankenpflege	22
1.5.4 Städtische Sittenpolizei	23
1.6 Schaffung spezieller Sicherheitsorgane	23
1.6.1 Städtische Polizeiorgane	24
1.6.2 Sicherheitsorgane außerhalb der Städte	25

1.7	Bedeutende Polizeigesetze der Neuzeit . .	27
1.7.1	Allgemeinpolizeiliche Gesetze . . .	27
1.7.2	Lebensmittel- und gesundheits- polizeiliche Gesetze	28
1.7.3	Sittenpolizeiliche Gesetze	29
1.7.4	Bairische Landesordnungen	30
1.7.5	Reichspolizeigesetze	31
1.8	Die Überwindung des Ständestaates durch den Beamtenstaat	33
1.8.1	Spezialisierung der Staatsverwaltung	33
1.8.2	Einengung des Polizeibegriffs als Folge der Spezialisierung	34
2.	Vom absolutistischen Staat bis zur Verkündung der ersten Bayerischen Verfassung	35
2.1	Öffentliche Sicherheit und Ordnung im absolutistischen Staate	35
2.1.1	Der Polizeibegriff des absolutisti- schen Staates	36
2.1.2	Der Codex Maximilianeus	37
2.2	Effektivierung der polizeilichen Fahndung	38
2.2.1	Verbesserung der Personenfahndung .	39
2.2.2	Sachfahndung	40
2.3	Polizeiorganisationen außerhalb der Städte	40
2.3.1	Aufstellung einer Grenzwache . . .	40
2.3.2	Das Entstehen der Bayerischen Gendarmerie	41
2.4	Die Königliche Polizeidirektion München .	46
2.4.1	Anlaß ihrer Errichtung	46
2.4.2	Aufgabenbereich der Polizei- direktion München	48
2.5	Die Reform der Behördenorganisation und Gesetzgebung unter dem Minister Montgelas	50
2.5.1	Schaffung von Fachministerien . . .	50
2.5.2	Verstaatlichung der Polizei	51
2.5.3	Der Codex Iuris Bavarici Criminalis	52
2.6	Der Polizeibegriff der Aufklärung	53

3. Von der Verkündung der ersten Bayerischen Verfassung bis zur Gegenwart	55
3.1 Die Zeit bis zum Ende der Monarchie im Jahre 1918	55
3.1.1 Die Neuorganisation der Bayerischen Polizei	55
3.1.2 Neuordnung des Wirkungskreises der Polizeidirektion München	57
3.1.3 Entstehen der Kriminalpolizei	58
3.1.4 Erste verkehrspolizeiliche Maßnahmen	59
3.1.5 Polizeigesetze des modernen Staates	60
3.2 Die Jahre von 1918 bis 1933	61
3.2.1 Die Revolutionsjahre 1918/19	61
3.2.2 Aufstellung einer Polizeitruppe	62
3.2.3 Verstaatlichung und Neuordnung der Schutzpolizei	63
3.2.4 Errichtung des Landeskriminal- polizeidienstes	64
3.3 Die Zeit bis zum Ende des National- sozialismus	65
3.3.1 Auswirkungen der Vereinheitlichung des Polizeiwesens auf die Schutz- polizei	65
3.3.2 Die Kriminalpolizei im national- sozialistischen Staate	66
3.3.3 Der Polizeibegriff des National- sozialismus	68
3.4 Vom Jahre 1945 bis zur Gegenwart	69
3.4.1 Trennung der Verwaltungspolizei von der Vollzugspolizei	69
3.4.2 Dezentralisierung der bayerischen Polizei	70
3.4.3 Errichtung neuer bayerischer Poli- zeiverbände	71
3.4.4 Die Verstaatlichung der bayerischen kommunalen Polizeien	72

II. DIE SOZIALSTRUKTUR DER BAYERISCHEN POLIZEI	74
1. Thesen zur Sozialstruktur der Polizei	74
2. Wissenschaftliche Grundlagen der Strukturana- lysen für die Polizeien des Landes Nordrhein- Westfalen und des Freistaates Bayern	78
2.1 Personalstammlblätter der Polizei als zentrale Personaldatei	78
2.2 Die in der Personaldatei gesammelten Informationen	79
3. Strukturanalysen für die Polizeien des Landes Nordrhein-Westfalen und des Freistaates Bayern	80
3.1 Allgemeine Personaldaten der Polizeivoll- zugsbeamten des Landes Nordrhein-West- falen und des Freistaates Bayern	81
3.1.1 Verteilung der Polizeivollzugsbe- amten auf die einzelnen Polizei- sparten und Laufbahngruppen	81
3.1.2 Altersaufbau der Polizeivollzugs- beamten	81
3.1.3 Vor dem Jahre 1945 im Polizeivoll- zugsdienst tätig gewesene Beamte .	84
3.2 Schichtzugehörigkeit der Polizeivollzugs- beamten des Landes Nordrhein-Westfalen und des Freistaates Bayern	87
3.2.1 Bestimmung der Schichtzugehörigkeit durch die Schulbildung	88
3.2.2 Die Schulbildung der Polizeivoll- zugsbeamten verschiedener Einstel- lungsjahrgänge	92
4. Untersuchung der schichtspezifischen Her- kunft der Polizeivollzugsbeamten	99
4.1 Bestimmung mit Hilfe des vor Eintritt in den Polizeivollzugsdienst ausgeübten Berufs	99
4.2 Bestimmung mit Hilfe des Vaterberufs . .	101

5. Die Berufszufriedenheit von Polizeivollzugs- beamten	105
5.1 Untersuchung von Hinz	106
5.2 Untersuchung von Helfer und Siebel	107
5.3 Zusammenfassung der Erkenntnisse zur Be- rufszufriedenheit von Polizeivollzugsbe- amten	114
6. Das soziale Ansehen des Polizeiberufes . . .	115
6.1 Untersuchung von Hinz	115
6.2 Untersuchung von Brusten	116
6.3 Untersuchung von Helfer und Siebel . . .	117
6.3.1 Feststellung des vermuteten An- sehens der Berufe in der Bevölkerung	118
6.3.2 Bewertung des eigenen Berufes nach Meinung der Polizeivollzugsbeamten	122
6.3.3 Vergleich der Einschätzung des ver- muteten Ansehens des Polizeiberu- fes in der Bevölkerung mit der Be- wertung dieses Berufes durch Poli- zeivollzugsbeamte	124
6.4 Umfragen bei Polizei und Bevölkerung zum sozialen Ansehen der Polizei	128
6.4.1 Umfrage der Wickert-Institute bei der Bevölkerung	128
6.4.2 Umfrage von Helfer und Siebel bei Polizeibeamten	129
6.5 Zusammenfassung der Erkenntnisse zum so- zialen Ansehen des Polizeiberufes	131
7. Das Sanktionsverhalten von Polizeivollzugs- beamten	133
7.1 Ausführungen von Lautmann und Brusten . .	133
7.2 Untersuchung von Helfer und Siebel . . .	135
7.3 Zusammenfassung der Erkenntnisse zum Sanktionsverhalten von Polizeivollzugs- beamten	141

8. Der Polizeiberuf als Aufstiegsberuf	143
8.1 Definition des sozialen Aufstiegs	144
8.1.1 Aufstieg durch Eintritt in die Polizei	144
8.1.2 Aufstieg innerhalb der Polizei	146
8.1.2.1 Das System der Einheits- laufbahn	146
8.1.2.2 Chancen des Aufstiegs inner- halb der Polizei	153
9. Stellungnahme zu den Thesen zur Sozialstruk- tur der Polizei	158
III. DIE ORGANISATION DER BAYERISCHEN POLIZEI	164
1. Das Programm für die Innere Sicherheit	164
1.1 Zielvorstellungen des Programms	164
1.2 Organisationsmerkmale der Integrations- ebenen	165
2. Auswirkungen des Programms für die Innere Sicherheit auf die bayerische Polizei	166
3. Die neue Organisationsform "Schutzbereich"	168
3.1 Organisationsstruktur der Polizei- direktionen	168
3.2 Organisationsstruktur der Polizeiprä- sidien in den Regierungsbezirken	171
3.3 Organisationsstruktur der Polizeiprä- sidien Nürnberg/Fürth und München	173
3.4 Das Bayerische Staatsministerium des Innern als Führungsdienststelle der bayerischen Polizei	176
4. Die einzelnen Verbände der bayerischen Polizei	178
4.1 Die Bayerische Landespolizei	178
4.2 Die Bayerische Grenzpolizei	180
4.3 Die Bayerische Bereitschaftspolizei	181
4.4 Das Bayerische Landeskriminalamt	182
4.5 Das Bayerische Polizeiverwaltungsamt	183
5. Ausblick	185

LITERATURVERZEICHNIS	186
ANMERKUNGEN	189
ANHANG	217

EINLEITUNG

Mit der vorliegenden Arbeit wird unternommen, eine Darstellung der bayerischen Polizei zu geben, insbesondere ihrer Geschichte, ihrer Sozialstruktur und ihrer Organisation. Der Ausgangspunkt hierfür ist notwendigerweise eine Klarlegung des Begriffs "Polizei" überhaupt, da in früheren Zeiten darunter wesentlich mehr verstanden wurde als heutzutage. Die Ausgangsbasis für die Erstellung einer Definition des aktuellen Polizeibegriffs scheint zunächst in der Erfassung all jener Tätigkeiten zu liegen, die als polizeiliche Aufgaben angesehen werden. Die Betrachtung dieser Aufgaben hilft jedoch für die Definition des Begriffs "Polizei" wenig. Die polizeilichen Aufgaben sind zu vielfältig:

Eine vom Staatsbürger in erster Linie bemerkte Aufgabe der Polizei stellt die Lenkung des Straßenverkehrs und die Aufnahme von Verkehrsunfällen dar. Ein weiterer Anteil der polizeilichen Tätigkeit dient der Aufklärung strafbarer Handlungen einschließlich der Festnahme von Straftätern. In jüngster Zeit nehmen Einsätze bei Demonstrationen - sei es zur Sicherung der Demonstranten selbst, sei es zur Sicherung eventuell gefährdeter Objekte - einen wachsenden Bereich der polizeilichen Arbeit ein. Auch die ursprünglichste Aufgabe der Polizei, der Streifendienst zur Gewährleistung der inneren Sicherheit der Gemeinschaft, darf nicht vergessen werden. Einen weiteren Bereich, für den in

Bayern sogar ein eigener Polizeikörper - die Bayerische Grenzpolizei - zur Verfügung steht, stellt der polizeiliche Schutz der Grenzen dar. Die Kontaktaufnahme mit durch ihr soziales Milieu gefährdeten Jugendlichen an deren Treffpunkten, um so nach Möglichkeit einem Straftatfall vorzubeugen, oder, wenn es schon zu Straftaten gekommen ist, eine eventuelle Resozialisierung zu erreichen, gehört ebenso zu den Aufgaben der Polizei wie die Unterrichtung der Bürger, auf welche Weise sie sich vor Angriffen von Straftätern auf ihre Rechtssphäre schützen können (Man denke nur an das monatliche Vorbeugungsprogramm der Kriminalpolizei).

Bereits diese wenigen Beispiele zeigen die Vielfalt der polizeilichen Aufgaben. Es ist darum nicht verwunderlich, daß auch das Bayerische Polizeiaufgabengesetz (PAG)¹⁾ keine knappe und anschauliche Formulierung dessen, was denn nun Aufgabe der Polizei ist, enthält. Ministerialdirigent Karl Krampol, früher Präsident der Bayerischen Bereitschaftspolizei, jetzt Leiter der Polizeiabteilung im Bayerischen Staatsministerium des Innern, stellt zu Recht fest, das Polizeiaufgabengesetz halte auf die Frage nach der Aufgabe der Polizei nur eine unklare und zudem irreführende Antwort bereit.²⁾ Krampol weist zur Begründung dieser Behauptung zunächst auf Artikel 2 PAG hin. Nach dieser Vorschrift hat die Polizei als Vollzugsorgan der Behörden der allgemeinen inneren Verwaltung und als Hilfsorgan anderer Verwaltungsbehörden bei der Aufrecht-

erhaltung der öffentlichen Sicherheit und Ordnung durch Abwehr von Gefahren und durch Unterbindung und Beseitigung von Störungen mitzuwirken. Krampol bemerkt hierzu: "Wer das unbefangen liest, der glaubt, die Polizei warte, bis die Verwaltungsbehörde eine Anordnung erläßt, um sie dann zu vollziehen, glaubt also, die Polizei werde erst nach der Verwaltungsbehörde und nur zu ihrer Unterstützung tätig. Wir alle wissen, daß das die sehr seltene Ausnahme ist und daß die Polizei in der Regel aus eigenem Entschluß und in eigener Verantwortung tätig wird."³⁾

Ebensowenig wie Artikel 2 PAG hilft die zweite Aufgabenzuweisung dieses Gesetzes, der Artikel 3 PAG, zur Umschreibung des Begriffes "Polizei". Nach Artikel 3 PAG hat die Polizei ferner die Aufgaben zu erfüllen, die ihr durch andere Gesetze zugewiesen sind; darunter fällt insbesondere die Verfolgung von Handlungen, die mit Strafe oder als Ordnungswidrigkeit mit Geldbuße bedroht sind. Diese Aufgaben sind in zahlreichen verschiedenen Gesetzen genannt und geben sämtlich für die Definition des Begriffes "Polizei" nichts her. Die der Polizei zugewiesene Aufgabe, Handlungen, die mit Strafe oder als Ordnungswidrigkeit mit Geldbuße bedroht sind, zu verfolgen, ist in § 163 der Strafprozeßordnung und in § 53 des Ordnungswidrigkeitengesetzes spezialisiert.⁴⁾ Auch aus diesen Bestimmungen läßt sich eine Definition des Begriffs "Polizei" nicht herleiten. Besonders verdeutlicht dies die Betrachtung des § 163 Abs. 1 der Strafprozeßordnung. Diese Vorschrift

bestimmt zwar, daß die Behörden und Beamten des Polizeidienstes strafbare Handlungen zu erforschen haben, schränkt aber ein, daß sie nur alle keinen Aufschub gestattenden Anordnungen zu treffen und ihre Verhandlungen unverzüglich dem Staatsanwalt zu übersenden haben. Krampol meint hierzu: "Nimmt man die weiteren Bestimmungen über die Vorbereitung der öffentlichen Klage, die Richtlinien für das Strafverfahren und den Begriff des Hilfsbeamten der Staatsanwaltschaft hinzu, dann entsteht bei dem Uneingeweihten der Eindruck, der Staatsanwalt leite die Ermittlungen als Herr des Ermittlungsverfahrens in allen Phasen persönlich und sende seine Hilfsbeamten aus, um gewisse, wohl untergeordnete Ermittlungshandlungen für sich erledigen zu lassen. Auch hier ist allen Eingeweihten längst bekannt, daß die Wirklichkeit ganz anders aussieht und daß die Polizei bis zur Fertigstellung der Anzeige in den meisten Fällen selbständig und eigenverantwortlich handelt.... In der Leitung der polizeilichen Ermittlungen liegt das Schwergewicht der Tätigkeit des Staatsanwalts nicht."⁵⁾ Krampol schließt seine Ausführungen mit den Worten: "Es ist in der Tat an der Zeit, den gesetzlichen Auftrag der Polizei neu und zeitgemäß zu formulieren. Die Polizei ist heute nicht mehr ein Organ der Landesverteidigung wie früher die Gendarmerie. Sie ist nicht nur Vollzugsorgan der Verwaltungsbehörden und nicht nur Hilfsorgan der Staatsanwaltschaft. Die Polizei ist im demokratischen Rechtsstaat eine Einrichtung der inneren

Verwaltung mit dem Auftrag, eine innere Friedensgrenze aufzurichten, also die Gemeinschaft und den einzelnen gegen rechtswidrige Angriffe von innen her zu schützen, wenn der Schutz rasch gewährt werden muß."⁶⁾

I. DIE GESCHICHTE DER POLIZEI IN BAYERN

Schon die letzten Sätze der vorstehenden Einleitung ließen anklingen, daß der Begriff "Polizei" nicht immer derselbe war, sondern daß er zu verschiedenen Zeiten verschiedene Inhalte hatte. Der folgende historische Überblick zeigt, daß der Polizeibegriff im Verlauf seiner jahrhundertelangen Geschichte fortwährenden Inhaltsänderungen - und zwar durchwegs Einschränkungen - unterworfen war. Diesem Überblick ist voranzuschicken, daß sich dieser Teil der Arbeit aus wissenschaftsökonomischen Gründen auf Sekundärliteratur gründet. Das erschien vertretbar, da zum einen in der Sekundärliteratur wissenschaftlich anerkannte Werke zur Verfügung standen, zum anderen die vorliegende Arbeit keine historische, sondern eine politikwissenschaftliche Abhandlung sein soll.

1. Von den Anfängen bis zum absolutistischen Staat

Allgemein wird das Wort "Polizei" als Ableitung aus dem griechischen "politeia" bzw. dem lateinischen "politia" begriffen.⁷⁾ Im griechischen und römischen Lebensbereich des Altertums bezeichneten diese Wörter schlechthin die gesamte Staatsverfassung und -verwaltung.⁸⁾ Entsprechend verstand man dann auch im deutschsprachigen Raum unter "Polizei" die gesamte Tätigkeit, die der staatliche Verwaltungsapparat zur Abwehr von Gefahren und Rechtsstörungen seitens Einzelner und zur Aufrechterhaltung von Sicherheit

und Ordnung entwickelte.⁹⁾ Alles, was heute Verwaltung im weitesten Sinne genannt wird, ist so letztlich aus dem Polizeibegriff der frühesten Jahre hervorgegangen.¹⁰⁾ Erstmals nachweisbar ist das Wort "Polizei" - in der Schreibweise "polliczey" - in einer noch original erhaltenen Urkunde der Freien Reichsstadt Nürnberg, die von Kaiser Friedrich III. (1440 - 1492) ausgestellt und am 20.6.1466 in Wiener Neustadt von Abt Sebald von St. Ägydien zu Nürnberg gegengezeichnet worden war. Die hier interessierende Stelle lautet: "...und die vermelten Burgermeister und Rat zu Nüremberg / dass staatlicher Erkenntnis bei irer erbarn polliczey und regierung / wie sie von alters herpracht."¹¹⁾

1.1 Ordnungsfunktionen im germanischen Stammesstaat

Bis zum Ausgang des Mittelalters kann man eigentlich nicht von einer Polizeigeschichte sprechen: Die Polizeigeschichte ist bis zu diesem Zeitpunkt nur eine Geschichte des Polizeilichen, nicht aber der Polizei.¹²⁾ Die "Geschichte des Polizeilichen" aber beginnt bereits sehr früh. Schon die zahlenmäßig kleinen germanischen Völkerschaften der Frühzeit kannten bestimmte Ordnungsprinzipien, da diese eben für das Gedeihen der Gemeinschaft unbedingt erforderlich waren.¹³⁾ Von den Herrensitzen der sich im Zuge der Entwicklung der germanischen Stammesstaaten seit dem 4. Jahrhundert n. Chr. als Führer der Gemeinschaft herausbilden- den Könige und Herzöge ging die Gerichts-, Polizei- und Steuerhoheit aus.¹⁴⁾ Die Anfänge der Polizeigeschichte sind mithin in diesem frühen Abschnitt der bayerischen

Geschichte zu finden.¹⁵⁾ Das Bannrecht, d.h. das Recht, unter Strafandrohung etwas zu gebieten, kam neben dem König allein dem an der Spitze des Stammesstaates stehenden Herzog und seinem Vertreter zu. Der Herzog war zudem oberster Gesetzgeber und Richter im Stammesstaat.¹⁶⁾ Die Gerichtsgewalt brachte auch die Befugnis und die Verpflichtung, über die Erhaltung des Friedens im Lande zu wachen, etwa durch die Niederlegung (Zerstörung) von Raubburgen. In Erfüllung dieser Aufgabe legte Herzog Heinrich XI. Jasomirgott (1143 - 1156) die Burg Stein nieder.¹⁷⁾ Der Graf war vom Herzog ernannter Vertreter in Heer und Gericht, er bot seine Lehensleute und die Freien seiner Grafschaft zum Heerdienste auf und übernahm unter dem Oberbefehl des Herzogs deren Leitung. Als Vertreter des Herzogs war auch der Graf Inhaber des vom König übertragenen Bannrechts. Er hielt zu bestimmten Zeiten das öffentliche Gericht und führte hier den Vorsitz.¹⁸⁾ Die Gerichtsbarkeit des Grafen ruhte jedoch, sobald der Herzog erschien. Dann trat an deren Stelle das Gericht des Herzogs.¹⁹⁾ Schließlich stand dem Grafen in seinem Gau auch die Verwaltung und die Polizei zu, d.h. das Straßen-, Brücken- und Marktwesen.²⁰⁾ Eine wichtige Befugnis war endlich das Aufbieten zur "Landfolge", um Gewalttäter aufzuspüren und zu stellen.²¹⁾

1.2 Erste Kodifikationen des bayerischen Polizeirechts

1.2.1 Lex Baiuvariorum

Die eben geschilderte Verteilung der ordnungs- und sicher-

heitsrechtlichen Befugnisse ist bereits in der Lex Baiuvariorum, der ältesten erhaltenen Rechtskodifikation Bayerns, enthalten, die vermutlich um 745 entstand und eine Zusammenfassung des in den bayerischen Gebieten geltenden fränkischen Reichsrechts darstellt.²²⁾ Die Lex Baiuvariorum bringt in 13 Titeln eine Regelung der Rechtsverhältnisse der damaligen Zeit: Titel I handelt vom Klerus und den Kirchengütern; Titel II von der rechtlichen Stellung des Herzogs, von der Gerichtsorganisation, von den strafbaren Handlungen wider den Herzog und wider den Staat; Titel III, IV, V und VI handeln vom Ständerecht; Titel VII bis XIII vom Strafprozeß- und Privatrecht, soweit dieses nicht schon in den früheren Titeln Berücksichtigung findet.²³⁾ Die Lex Baiuvariorum war derart umfassend und bedeutsam, daß sie bis in die Zeit Kaiser Ludwigs des Bayern (1294 - 1347) die einzige Rechtskodifikation Bayerns blieb.

1.2.2 Stadt- und Landrecht Ludwigs des Bayern

Erst Kaiser Ludwig der Bayer schuf 1336 mit dem Stadt- und Landrecht die nächste große Kodifikation seit der Lex Baiuvariorum. Dieses Gesetzbuch war das erste in deutscher Sprache geschriebene und blieb bis in das 17. Jahrhundert gültig.²⁴⁾ Der Wunsch nach größerer Vollständigkeit führte noch unter Ludwig dem Bayern zu einer zweiten Redaktion, die dann seine Söhne am 7. Januar 1346 veröffentlichten. Ebenso vielfältig wie seinerzeit die Lex Baiuvariorum brachte das Landrecht eine Mischung zivil-, straf- und prozeßrechtlicher, sowie verwaltungs-

und polizeirechtlicher Gegenstände; ein durchgreifendes System fehlte auch dieser Kodifikation.²⁵⁾

1.2.3. Die Landesordnung Ludwigs des Reichen

In Niederbayern gelangte die Gesetzgebung Ludwigs des Bayern nicht zur Geltung. Erst unter Ludwig IX., dem Reichen (1450 - 1479) erhielt Niederbayern eine Kodifikation des Landesrechts, die sich mit der oberbayerischen Ludwigs des Bayern vergleichen läßt: die Landesordnung vom Jahre 1474, die unter Georg dem Reichen (1479 - 1503) in den sog. "Artikeln" sowie in der neuen Rechts-, Gerichts- und Landespolizeiordnung vom Jahre 1501 umgearbeitet und erweitert wurde. Auch diese Kodifikation enthielt zugleich Zivil-, Straf- und Prozeßrecht, verwaltungs- und polizeirechtliche Gegenstände.²⁶⁾

1.3. Die Neuorganisation der Ordnungsgewalt im 13. Jahrhundert

In der Mitte des 13. Jahrhunderts war man bestrebt, eine straffere Organisation in Justiz, Verwaltung und Polizei zu erzielen. Im Verlauf dieser Bestrebungen wurde von der ursprünglichen Einteilung des Staatsgebietes in Grafschaften abgegangen. Man schuf eine neue Organisationsform für die Ordnungsgewalt.

1.3.1 Ablösung der Grafschaften durch die Landgerichte

An Stelle der Grafschaften traten als Träger der Ordnungsfunktionen 38 Landgerichte. Eine Trennung von Verwaltung und Rechtspflege kannte man noch nicht. Der Landrichter war in einer Person Gerichts-, Verwaltungs-, Polizei-,

Finanz- und Militärbeamter.²⁷⁾ In seiner Eigenschaft als Vertreter der Polizeigewalt hatte der Landrichter beispielsweise mindestens zweimal in der Woche "die Berg-
halden und Gehöltze abzustreifen / die Tavernen / Spil-
häuser / und berüchtigten Schlupfwinkel" nach sicher-
heitsgefährdenden Leuten abzusuchen, "damit Strassen und
Weg nit / von den Kauff- und Handelsleut gemieden / und
die Zöll nit vermindert werden".²⁸⁾

Die Landgerichte unterteilten sich - je nach Größe -
wieder in sog. Schergenämter. Mit dem späten 13. Jahr-
hundert trat fast überall dem Landrichter der Pfleger
an die Seite. Er nahm dem Richter die Verwaltungsge-
schäfte ab oder verdrängte ihn überhaupt.²⁹⁾ Der Kreis
der Befugnisse des Pflegers war ähnlich umfassend wie
der des Grafen; er verwaltete sämtliche Hoheitsrechte
innerhalb seines Amtsbezirks: Gerichtshoheit, Polizei-
hoheit, Finanzhoheit, Militärhoheit, Kirchenhoheit.³⁰⁾
Unter dem Richter bzw. dem Pfleger standen die Schergen
oder Amtsleute. Sie hatten die Untertanen vor Gericht
zu laden und die Zeugen aufzurufen, zum Scharwerk auf-
zubieten und die Abgaben einzusammeln, die Durchführung
der Polizeiordnungen zu überwachen und bei Wirtshaus-
raufereien einzugreifen. Sie waren damit in einer Per-
son, was heute Justiz- und Polizeivollzugsbeamte zusam-
men sind.³¹⁾

1.3.2. Übertragung der herzoglichen Befugnisse auf die Vitztume
Ebenfalls ab der Mitte des 13. Jahrhunderts sprachen die

Herzöge nicht mehr im Umherziehen Recht, sondern übertrugen ihre Befugnisse Stellvertretern mit festen Bezirken, den sog. Vitztumen (von lat. Vicedominus = Stellvertreter des Herrn). Der Vitztum war oberste Aufsichts- und Finanzbehörde; er hatte das Hofgericht über die Großen des Landes, die sich nur seinem Spruch als dem Urteil eines Standesgenossen zu unterwerfen brauchten. Daneben setzte der Vitztum die Richter und die Pfleger ein. Schon 1204 ist der erste wittelsbachische Vitztum genannt und die Landesteilungen ab 1255 hatten sogar die Entstehung von vier Vitztumsämtern zur Folge: in Oberbayern eines südlich der Donau in München, eines nördlich in Burglengenfeld, in Niederbayern das untere Vitztumsamt an der Donau in Straubing, das obere an der Rott in Pfarrkirchen.³²⁾ Infolge ihrer Zuständigkeit für Rechtsprechung und Verwaltung entwickelten sich die Vitztumsämter allmählich zu regelrechten Mittelbehörden zwischen dem Hof und den Grafschaften bzw. Landgerichten. Die immer dichter über das Land verteilten Richter und Pfleger erhielten dadurch den Rang von Unterbehörden.³³⁾ Noch deutlicher war diese Entwicklung im 15. Jahrhundert. Die Vitztumsämter (jetzt: München, Landshut, Straubing, Burghausen) beaufsichtigten als Mittelbehörden Justiz und Verwaltung. Die Finanzgeschäfte nahm der den Vitztumsämtern beigeordnete Rentmeister wahr. Seine Stellung wurde mit der Zeit so vorrangig, daß man bald nicht mehr von Vitztumsämtern, sondern nur noch von Rentämtern sprach. Diesen Mittelbe-

hörden unterstanden als Außenbehörden die Land- und Pflegegerichte, in denen Landrichter und Pfleger die Hoheitsrechte stellvertretend für den Herzog ausübten.³⁴⁾

1.4 Auswirkungen der Landesteilungen auf das Staatswesen

Die eben schon kurz genannten Landesteilungen rührten daher, daß die Landesherren über ihr Herrschaftsgebiet wie über einen Privatbesitz verfügten. Als Otto II. (1231 - 1253) bei seinem Tode als erster bayerischer Herrscher zwei Söhne als Nachkommen hinterließ, begannen die Landesteilungen. Zwar durfte nach Reichsrecht kein Fürstentum geteilt werden, nach bayerischem Landrecht aber besaßen alle Söhne das gleiche Recht auf die Erbfolge. Da sich die Söhne Ottos II. über eine gemeinsame Regierung des Landes nicht einigen konnten, kam es 1255 zur ersten Landesteilung in Rheinpfalz und Oberbayern einerseits, sowie Niederbayern andererseits.³⁵⁾ Dieser Teilung folgten in späteren Generationen weitere; die Epoche der Teilungen währte schließlich 250 Jahre. Erst im Frieden von Köln wurden 1505 die Teilherzogtümer Bayern-Landshut und Bayern-München in der Hand Albrechts IV. des Weisen von Bayern-München (1465 - 1508) wieder vereinigt.

1.4.1 Entstehen der Landstände als politische Folge der Landesteilungen

Die Landesteilungen brachten durch die aus ihnen erwachsenden Kosten für die Vielzahl von Hofhaltungen, aber auch für die ständigen kriegerischen Auseinander-

setzungen unter den einzelnen Landesherren die Herzöge in finanzielle Notlagen. Dazu kam das Fehlen einer Steuerpflicht im modernen Sinne. Es gab nur eine einzige Abgabe, die dem Herzog zustand. Diese Abgabe - Bede genannt³⁶⁾ - war eine Grafschaftssteuer.³⁷⁾ Sie wurzelte im Grafenamt und hatte ihren Rechtsgrund einerseits in der Befreiung der nichtritterlichen Untertanen vom Kriegsdienste außerhalb des jeweiligen Herrschaftsgebietes, andererseits in dem Rechte des Grafen auf Fronen, wenn er zur Dingstätte (Gerichtsstätte) ritt.³⁸⁾ Die Steuer war jedoch betragsmäßig festgelegt und durfte nicht entsprechend den gesteigerten Bedürfnissen der Herzöge erhöht werden. Eine allgemeine Pflicht der Landesbewohner, zu den Kosten der Landesregierung beizusteuern, kannte man nicht.³⁹⁾ Dem Landesherrn blieb daher nur die Möglichkeit, über außerordentliche Steuern, sog. Notsteuern oder Notbeden⁴⁰⁾, zu Finanzmitteln zu kommen. Darin sahen aber die Grundherren des Landes einen Eingriff in ihre politische Stellung, da der Landesherr kein Recht besaß, allgemeine Steuern zu fordern. Er konnte - abgesehen von der Grafschaftssteuer - Abgaben nur als Grundherr von seinen unmittelbaren Lehensleuten erheben, nicht aber von den anderen Grundherren des Landes und deren Untertanen.⁴¹⁾ Die Gewährung von Notsteuern erschien daher als ein freiwilliger Beitrag der Grundherren des Landes zu den Regierungskosten, den der Landesherr zu erbitten hatte. Als Gegenleistung für die Bewilligung dieser Steuern

ließen sich die Grundherren - Adel, Klerus und die Städte - die verschiedensten Rechte zusichern.⁴²⁾ Die Grundherren wurden so zu einer Gewalt mit Mitregierungsrechten zwischen Herzog und Volk,⁴³⁾ zu den "Landständen" schlechthin.⁴⁴⁾ In München beispielsweise bildete sich zwischen 1265 und 1289 ein patrizischer Stadtrat, der nach 1330 weitere Rechte an sich zog. Außerdem entstanden bis zum frühen 14. Jahrhundert Ratskollegien in den verschiedensten bayerischen Städten, wie Dingolfing, Landshut, Burghausen, Straubing und Ingolstadt. Eine autonome Satzungs-gewalt der Städte in den Bereichen der Gewerbeaufsicht, der Gesundheits-, Bau- und Brandpolizei, der Armen- und Wohlfahrtspflege, des Finanzwesens und der allgemeinen Wirtschaftsaufsicht trat hervor.⁴⁵⁾

1.4.2 Die landständischen Verfassungen

Die Grundlage der landständischen Verfassung bildete für Oberbayern die Schnaitbacher Urkunde von 1302, in der die Gewährung einer außerordentlichen Viehsteuer zur Finanzierung des Heerzuges mit der herzoglichen Anerkennung des Einigungsrechtes des Adels und seiner Steuerfreiheit verbunden war.⁴⁶⁾ Für Niederbayern mußte Otto III. von Bayern-Landshut (1290 - 1312) in der sog. Ottonischen Handfeste von 1311 noch ein Stück weitergehen und sämtlichen Grundherren, die ihm die Steuer bewilligten, auf ihren zusammenliegenden Gütern auch die niedere Gerichtsbarkeit zusichern. Diese "Hofmarksgerichtsbarkeit" umfaßte alle Strafsachen mit Ausnahme der Taten, die die Todesstrafe

nach sich zogen, sowie die gesamte Zivilgerichtsbarkeit mit Ausnahme der Prozesse um Grund und Boden.⁴⁷⁾ Mit der Gerichtsbarkeit verbanden sich polizeiliche Befugnisse: Alle Aufgaben auf dem polizeilichen Gebiet, die in den Landgerichten dem Pfleger zufielen, wurden in der Hofmark vom Hofmarksherrn erfüllt.⁴⁸⁾

1.5 Wachsende politische Bedeutung der Städte

Das dem Adel, der Geistlichkeit und den Städten mit ihrer rasch wachsenden Wirtschaftskraft eingeräumte Recht der Steuerbewilligung und die Ausdehnung der Mitspracherechte der drei bevorrechtigten Landstände auch auf andere Regierungsangelegenheiten führte schließlich dazu, daß sich die Städte seit Beginn des 13. Jahrhunderts immer deutlicher von den Märkten abhoben: Sie hatten im Gegensatz zu diesen eigene Gesetze, bestimmten durch den Stadtrat unter landesherrlicher Aufsicht über ihre Angelegenheiten und übten die niedere Gerichtsbarkeit und die Polizeigewalt selbständig aus.⁴⁹⁾ Ein Beispiel hierfür ist der Erlaß Kaiser Ludwigs des Bayern vom 20. Juli 1315, mit dem er der Stadt München das Recht zuerkannte, "ohn jemand's Widerred alle der Stadt und dem Land schädlichen Leut zusammenzufangen / nach Munichen zu führen / und dieselben allda mit den Rechten zu überwinden".⁵⁰⁾

1.5.1 Städtisches Sicherheits- und Gesundheitsrecht

Ein großer Teil der sicherheitsrechtlichen Vorschriften der Städte befaßte sich gezwungenermaßen mit der Verhütung

und Bekämpfung von Bränden. So wurde nach dem großen Stadtbrand vom 14. Februar 1327 für München verordnet, daß die Hausdächer nicht mit Stroh oder Holzschindeln gedeckt werden dürften. Gleichermaßen wurde das Dörren von Flachs innerhalb der Stadtmauern verboten. Schmieden und Kramerläden mußten "wohlverwahrte Feuerstellen" haben. Wenig später wurde vorgeschrieben, daß die Schornsteine der Häuser "von grunt auf mit gepacktem Stein" zu mauern seien.⁵¹⁾

Auch die Feuerordnung der Stadt Augsburg aus dem Jahre 1589 ist eine interessante sicherheitsrechtliche Vorschrift. Sie bestimmt, welche Bürgergruppen bei der Brandbekämpfung zu helfen hatten. Die Bierbrauer, Bäcker, Zimmerleute, Steinmetzen und Dachdecker mußten sofort zur Brandstätte eilen. Anderen Zunftangehörigen oblag es, Pferde und Wagen für den Transport des Wassers zur Verfügung zu stellen. Auch an Absperrmaßnahmen war gedacht: Sofort nach Ausbruch eines Feuers hatte der Kriegshauptmann Männer zum Brandort zu schicken, die "Aufsehen auf die Feuerherrn haben / Platz machen / und den Platz freihalten sollen". Geregelt war in der Feuerordnung auch, daß an bestimmten Plätzen in der Stadt das Feuerlöschgerät aufzubewahren sei.⁵²⁾

Gesundheitspolizeiliche Vorschriften gab es im Mittelalter bereits in reichlichem Maße. Zu erwähnen sind hier zunächst die im Auftrage des Hohen Rathes der Freien Reichsstadt Nürnberg in den Jahren 1562 und 1574 von den Stadt-

ärzten verfaßten Verordnungen gegen die Pestilenz. Diese Verordnungen brachten Vorschriften über die Reinhaltung der Straßen, das Räuchern der Wohnungen, die Überführung der Pestkranken in Spitäler und über das Desinfizieren der Kleider von Erkrankten.⁵³⁾ Ähnliche Polizeiverordnungen der Städte Regensburg und München untersagten den Zuzug und die Beherbergung von Personen, die aus Orten kamen, in denen Seuchen ausgebrochen waren. In München war jede Ansammlung von Menschen verboten und überdies angeordnet worden, daß ankommende Post mit Schwefel auszuräuchern und Geld zur "Entgiftung" in Essig zu legen sei.⁵⁴⁾

Zu den gesundheitspolizeilichen Vorschriften des späten Mittelalters zählen zwei weitere Münchner Polizeiverordnungen, die aus Gründen des Lärmschutzes und der Hygiene gebieten, "daß kein Schäfler in der statt sitzen soll" und "alle lärmend und sudelnd handwerkher" in besonderen Gassen außerhalb des Stadtkerns zu wohnen hatten.⁵⁵⁾

1.5.2 Städtisches Markt- und Geleitrecht

Einen vorrangigen Platz unter den zahlreichen städtischen Polizeiverordnungen nehmen die marktpolizeilichen Vorschriften ein, da die Abhaltung von Märkten an der Entstehung und dem Gedeihen der Städte einen wesentlichen Anteil hatte. Die marktpolizeilichen Vorschriften betrafen insbesondere Preisgestaltung, Einhaltung von Maß und Gewicht, sowie Güte der angebotenen Waren. Ihre Einhaltung überwachte in vielen Städten ein besonderes Polizei-

organ, der Marktmeister. In München war dieses Amt zwei Ratsherrn übertragen, die sich "Bußmeister" nannten.⁵⁶⁾ Die Institution der Bußmeister geht auf einen Freibrief Kaiser Ludwigs des Bayern für den Rat der Stadt München vom 3. März 1330 zurück, in dem der Rat ermächtigt wurde, bei allen Handwerksstreitigkeiten innerhalb des Stadtgebietes ausschließlich und ohne Einwirkung einer anderen Stelle zu entscheiden. Dieser Freibrief war Anlaß für die Errichtung einer eigenen vollziehenden Behörde, des Bußamtes, das bis 1803 bestand.⁵⁷⁾ Aus dem Bestreben, den Stadtrichter und den Rat von der Aburteilung kleinerer gewerblicher Vergehen und leichter Verfehlungen gegen Sitte und Ordnung zu entlasten, wurde auch die Erledigung dieser Aufgaben dem Bußamte zugewiesen.⁵⁸⁾ Über Aufgaben und Befugnisse der Bußmeister unterrichtet ausführlich die 1433 erlassene Bußmeisterordnung. Danach hatten die Bußmeister alles, was sie an Bußwürdigem sahen oder erfuhren, nach Stadtrecht zu strafen. Besonders zu achten hatten sie auf Weinschenken, Spieler, Übertreter der Polizeistunde, nächtliche Straßengänger ohne Licht, auf Hausierer und auf Pfuscher, auf das Drücken und Unterbieten gewerblicher Lohnsätze, sowie auf das Abspenstigmachen von Kunden und schließlich auf Vergehen gegen die Reinhaltung der Straßen und auf übermäßigen Aufwand in Kleidung und bei Hochzeiten.⁵⁹⁾ Weitere marktpolizeiliche Verordnungen banden die Verkäufer im Interesse einer leichteren Überwachung des Handels an

bestimmte Stätten, Verkaufshallen, Brot- und Fleischbänke.⁶⁰⁾ So hatte Kaiser Ludwig der Bayer am 6. November 1332 den Salzstapelzwang in München für ewige Zeiten angeordnet: Alle zwischen Landshut und den Alpen nach Westen fahrenden Salztransporte durften nur zu München die Isar überqueren und mußten zunächst den Bürgern dieser Stadt das Salz zum Kauf anbieten.⁶¹⁾ Zur Verhinderung künstlicher Preissteigerungen durch spekulativen Ankauf von Waren wurde der Kauf auf dem Lande außerhalb der Märkte, der sog. "Vorverkauf", gänzlich untersagt.⁶²⁾ Der Austausch gewerblicher und landwirtschaftlicher Erzeugnisse konzentrierte sich so in den Städten und Markorten, die das Marktrecht besaßen.⁶³⁾

Der Pflicht der Kaufwilligen und der Verkäufer, einen Markt aufzusuchen, standen aber auch bestimmte Rechte und Freiheiten der Marktbesucher gegenüber.⁶⁴⁾ Auf den sog. gefreiten, jährlich bzw. halb- oder vierteljährlich stattfindenden Märkten stand der Marktbesucher unter einem besonderen landesherrlichen Schutz für Leib, mitgebrachte Waren und Vermögen ("Marktfriede"), der sich z. T. auch auf den An- und Abreiseweg bis zu einer bestimmten Entfernung von der Stadt oder dem Markort erstreckte ("Geleitschutz"). Während der Marktfriede für den Beschützten unentgeltlich war, mußte für den Geleitschutz regelmäßig bezahlt werden.⁶⁵⁾ Die Freieung eines Marktes war ein besonderes Recht und keineswegs von vornherein mit dem Marktrecht verbunden.⁶⁶⁾ So freite z.B.

Kaiser Ludwig der Bayer erst am 4. Mai 1315 den Markt von München und sicherte zwei Tage später allen Kaufleuten, die seine Residenzstadt München besuchten, Geleit und Königsfrieden zu.⁶⁷⁾ Das Recht Reisenden, insbesondere Kaufleuten, gegen die Entrichtung von Geleitgeldern ein sicheres Geleit zu geben ("Geleitrecht"), stand nach dem bayerischen Landfrieden vom Jahre 1244, der nur bereits bestehende Verhältnisse kodifizierte, allein dem Landesherrn bzw. dem von ihm mit der Gewährung des Geleits Beauftragten zu.⁶⁸⁾

Erwähnenswert ist, daß die mit dem Geleitschutz angestrebte Sicherheit auf den bayerischen Handelsstraßen keineswegs nur den Schutz vor Straßenräubern, sondern auch den vor Wölfen bringen sollte: Zumindest seit dem Jahre 1339 erhielten die landesherrlichen Reiter, denen der Schutz und das Geleit auf den Handelsstraßen oblag, für erlegte Wölfe sog. Fanggelder.⁶⁹⁾

1.5.3 Städtische Armen- und Krankenpflege

Neben der Marktpolizei wurde ab dem 13. Jahrhundert die Armen- und Krankenpflege, die bis dahin allein in der Hand der Geistlichkeit gelegen hatte, ein weiterer umfassender Bereich für polizeiliches Tätigwerden der Städte. Es entstanden die sog. Spitäler zur Erfüllung verschiedenster Zwecke: Beherbergung von Wanderern und Fremden in der Pilgerstube, Verpflegung von Kranken in der Siechenstube, Erziehung von Waisen und Findelkindern in der Findelstube. Daneben oblag ihnen auch die Versorgung

von eingekauften oder unentgeltlich verpflegten Pfründnern - meist Bürgern -, die Verabreichung von Speisen an Arme und Gefangene und die Abschließung von Schwachsinnigen.⁷⁰⁾

1.5.4 Städtische Sittenpolizei

Sittenpolizeiliche ebenso wie volkswirtschaftliche Motive führten zu einer ganzen Reihe von Erlässen gegen den Luxus und die Unzucht, zu Kleiderordnungen und Spielverboten.⁷¹⁾ So wurde in der Münchner Kleiderordnung von 1405 den Frauen wegen ihres "verschwenderischen Übermuts" jede Art von Perlenketten oder Perlenbesatz, aber auch Pelzverbrämung an den Kleidern verboten und die Länge der Kleider festgelegt.⁷²⁾ Andere sittenpolizeiliche Verordnungen befaßten sich mit den sog. Frauenhäusern. Dies waren von den Städten im Wege der Verpachtung an "Frauenmeister" betriebene und vom Stadtrat kontrollierte Bordelle. Die unmittelbare Aufsicht über sie führte meist der Scharfrichter. Die Frauenmeister mußten sich unter Eid der Stadt gegenüber zur Einhaltung einer Reihe von sitten- und allgemeinpolizeilichen Bestimmungen verpflichten.⁷³⁾

1.6 Schaffung spezieller Sicherheitsorgane

Für die Wahrnehmung der polizeilichen Funktionen gab es in den mittelalterlichen Städten kaum hauptamtliche Sicherheitsorgane. Für die Aufrechterhaltung von Frieden und Ordnung mußte jeder Bürger selbst zur Verfügung stehen.⁷⁴⁾ So waren zur Erfüllung der Aufgaben der Gewerbe-,

Feuer-, Bau- und Gesundheitspolizei in aller Regel Bürger vorgesehen, deren Befugnisse sich von ihrer herausgehobenen Stellung im Gemeinwesen herleiteten. Ihr Dienst war fast immer ehrenamtlich.⁷⁵⁾ Zur Erledigung allgemeinpolizeilicher Aufgaben waren die Bürger eines jeden Stadtviertels einer "Wehrabteilung" zugeteilt, die ein "Viertelhauptmann" befehligte.⁷⁶⁾

1.6.1 Städtische Polizeiorgane

Neben den ehrenamtlichen Bürgerwehren gab es in den Städten auch erste Anfänge hauptamtlich tätiger Sicherheitsorgane. In München etwa hatte im Jahre 1392 Herzog Johann II. von Bayern-München (1392 - 1397) eine eigene Schützengilde zur Erfüllung polizeilicher Aufgaben gegründet. Den Schützen, die im weiten Umkreis der Stadt zum Schutze der Pilger im Gnadenjahr 1392 berittene Streifen zu unternehmen hatten, räumte der Herzog im Frühjahr 1393 ein besonderes Beuteprivileg ein. Danach fiel ihnen "Pferd / Rüstung / Kleidung / und Barschaft der dem Herrscher / dem Lande Baiern / und seinen Bewohnern schädlichen Leut" als Belohnung zu, wenn sie der Übeltäter habhaft wurden.⁷⁷⁾ Die Vorgänger der heutigen Polizei hatten in München die Bezeichnungen "Policey-Söldner", Stadtknechte, Rumormeister oder Schergen.⁷⁸⁾ Sie bildeten eine ständige, dem Stadtrichter unterstellte Polizeitruppe, die die Wegelagerer zu bekämpfen hatte.⁷⁹⁾ Auch der Stadtherold oder Ausrufer zählte in der mittelalterlichen Stadt zu den Ordnungshütern. Von ihm war nicht nur jede Rats-

oder Polizeiverordnung auf den Straßen und Plätzen der Stadt laut zu verkünden; seinem Amtseid gemäß hatte er auch alles, was ihm bußwürdig erschien, dem Bußmeister mitzuteilen.⁸⁰⁾

Einen eigenartigen Sicherheitsbeamten hatte die Freie Reichsstadt Nürnberg mit dem "Nürnberger Löw" aufzuweisen. Seinen Namen verdankte dieser Beamte dem Umstand, daß er ergriffene Rechtsbrecher in Ketten dem Gericht zu überstellen und auf dem Weg dorthin ständig auszurufen hatte: "Der Löw ist das Recht / der schreit an / im eisern Band manch schädlichen Mann!" Die Aufgaben des Löw waren aber umfassender. Er hatte als Marktmeister die zahlreichen Gewerbe- und Handelsvorschriften zu überwachen und dabei sein Augenmerk besonders auf die Güte der angebotenen Waren zu richten. Er war auch dafür verantwortlich, daß Unrat oder verendete Tiere unverzüglich aus der Stadt gebracht wurden. Spielern hatte er die verbotenen Würfel oder Karten wegzunehmen, Verunglückten mußte er helfen und schließlich oblag es ihm, die Leichen von Selbstmördern zu verbrennen. Wurde ein Übeltäter gebrandmarkt, mußte er am Pranger stehen oder wurde einer hingerichtet, so "verrief der Löw die uebelthat".⁸¹⁾

1.6.2 Sicherheitsorgane außerhalb der Städte

Während die Sicherheit und Ordnung innerhalb der Stadtmauern bereits zufriedenstellend gewährleistet war, gab es auf dem flachen Lande so gut wie keine polizeiliche

Schutzorganisation.⁸²⁾ Die Vorstellung der Polizei als einer besonderen Aufgabe des Staates fehlte noch völlig. Eine Pflicht des Herrschenden, seine Untertanen vor Gefahren zu schützen, war unbekannt. Selbst das Geleit war in erster Linie eine merkantile Angelegenheit; seine Intention war, einen ungestörten Handel zu ermöglichen und so den Markorten, die das Geleitrecht besaßen, weiteren wirtschaftlichen Aufschwung zu sichern. Wie wenig polizeiliche Motive dem Geleitrecht zugrunde lagen, ist aus dem Umstand zu ersehen, daß das Geleit nur den Schutz des jeweils Geleiteten, nicht aber die Ergreifung von Übeltätern zum Ziel hatte: Nach einem glücklich abgeschlagenen Überfall wurden die Wegelagerer von den Geleitmannen nie verfolgt. Diese hatten ihre Aufgabe mit dem Schutze des Geleiteten erfüllt; der nächste Geleitzug hatte selbst zu sehen, wie er mit der Gefahr zurechtkam.⁸³⁾

Es verwundert deshalb nicht, daß Herzog Stephan III. der Kneißel, von Bayern-Ingolstadt (1392 - 1413) im Jahre 1401 bekennen mußte, "tagtäglich seien Bürger, Bauern und besonders Pfaffen in seinem Lande Räubereien und Beschädigungen ausgesetzt".⁸⁴⁾ Dieser Zustand änderte sich erst in der Mitte des 15. Jahrhunderts, so daß schließlich unter Herzog Heinrich IV. dem Reichen, von Bayern-Landshut (1393 - 1450) die erfreuliche Sicherheit in dessen Landen gerühmt werden konnte.⁸⁵⁾ Durchgreifende Maßnahmen leitete auf dem Gebiete der Sicherheitspolizei

auch Herzog Albrecht IV. der Weise, von Bayern-München (1465 - 1508) ein. Er ließ als erster Landesherr Reisige auf den Landstraßen streifen, führte also eine Art berittene Landgendarmarie ein. Für Bayern-Landshut ordnete Herzog Georg der Reiche (1479 - 1503) an, daß die bisher schon üblichen Streifen der Pfleger zur Gewährleistung der Sicherheit auf dem Lande wenigstens zweimal in der Woche vorgenommen werden sollten.⁸⁶⁾

1.7 Bedeutende Polizeigesetze der Neuzeit

Der Übergang vom Mittelalter zur Neuzeit ist gekennzeichnet durch eine Flut von Polizeigesetzen, mit denen die verschiedensten Materien polizeilicher Art geregelt wurden. Neben den ständig wiederkehrenden Polizeiverordnungen zur Einschränkung des Bettelns⁸⁷⁾ stehen Gesetze aus der frühen Neuzeit, die auch aus unserer Sicht durchaus Beachtung verdienen.

1.7.1 Allgemeinpolizeiliche Gesetze

Für die polizeiliche Verfolgung von Gewalttättern brachten die Landgebote von 1468 und 1490 eingehende Regelungen. Danach hatte, wer zuerst von der Tat Kenntnis erhielt, zur nächsten Kirche zu eilen und Sturm läuten zu lassen. Alle Kirchen der Nachbarschaft, soweit das Läuten zu vernehmen war, hatten nachzufolgen. Ein Geschütz war abzufeuern, die Brücken und Fähren zu besetzen. Wer irgend konnte, hatte sich an der Verfolgung der Täter zu beteiligen.⁸⁸⁾ Um den im Lande umherstreifenden verabschiedeten Lands-

knechten Herr zu werden, ergingen allein im Jahre 1565 vier Mandate, nach denen diese Personen ausgewiesen, bei glaubhaftem Verdacht einer Übeltat aber gefoltert werden sollten. Im August des gleichen Jahres wurde eine "allgemeine Landjagd" auf sie angeordnet.⁸⁹⁾ Herzog Albrecht V. von Bayern (1550 - 1579) veranstaltete im Jahre 1568 sogar eine regelrechte Treibjagd mit Militär, Förstern (!) und Gerichtsdienern auf die "Mordbrenner".⁹⁰⁾ Auch Herzog Maximilian I. von Bayern (1597 - 1651) mußte Mandate gegen die "schädlichen Leute" erlassen. So verfügte das Mandat von 1612: "Die gartenden Trossen, Stationierer und Gewalt übenden Soldaten sind von den Abwegen auf die offene Landstraße zu führen und an einem sichtbaren Baume ohne weiteres Malefizrecht aufzuhängen, wobei jedem sein Verbrechen auf einem pergamentnen Zettel auf die Brust zu heften ist".⁹¹⁾ In den Jahren 1632 und 1633 wurden die Vaganten zu Festungsarbeiten in Ingolstadt, Rain, München, Wasserburg und Burghausen verwendet. Durch den 30-jährigen Krieg vermehrte sich das gefährliche Gesindel dennoch so stark, daß 1640, als der Kurfürst nach Altötting wallfahren wollte, zu seiner Sicherheit vorher eine Streife angeordnet werden mußte.⁹²⁾

1.7.2 Lebensmittel- und gesundheitspolizeiliche Gesetze

Ein sehr interessantes und wichtiges lebensmittelpolizeiliches Gesetz, dessen Gedanken heute noch Gültigkeit besitzen, war das im Jahre 1516 von Wilhelm IV. von Bayern (1508 - 1550) erlassene Reinheitsgebot für die Bierzube-

reitung. In diesem ersten deutschen Lebensmittelgesetz wurde geregelt, daß "nit mehrer stuck zum Prauen genommen werden dürfen / als Wasser / Gerste und Hopfen".⁹³⁾

Vorausgegangen war dieser Verordnung bereits 1493 ein ähnliches Gebot Herzog Georgs des Reichen von Bayern-Lands-hut (1479 - 1503), mit dem dieser für den Bereich seines Teilherzogtums anordnete, daß bei Strafe an Leib und Gut zum Bierbrauen nichts anderes verwendet werden dürfe, als Wasser, Hopfen und Malz.⁹⁴⁾

Ein geradezu modern anmutendes gesundheitspolizeiliches Gesetz stellt das Pestmandat von 1634 dar. Es bezeichnet die wesentlichsten Mittel zur Seuchenbekämpfung: Absperrung der Grenze, Absonderung der Kranken und Krankheitsverdächtigen, Verbrennung ihrer Kleider und Wäsche, Errichtung von Pestspitälern (Siechenhäusern) und Desinfektionsanstalten, Reinlichkeit, gesunde kräftige Ernährung, Vermeidung des Genusses unreifen Obstes.⁹⁵⁾

1.7.3 Sittenpolizeiliche Gesetze

Mandate gegen die "Unsittlichkeit" verboten das Sonnwendfeuerspielen der Kinder, weil "dabei Buben bis zu vierzehn Jahren den ganzen Tag mit Mutwillen auf der Gasse liegen, ein immerwährendes Herumschwärmen, Spielen, Schreien, Singen herrscht, mit Beschimpfung und Mißbrauch des Namens Gottes und seiner Heiligen und mit Einführung von Worten aus der Messe."⁹⁶⁾ Weiter wurden der Branntweinausschank beschränkt, Karten- und Kegelspiel mit höheren Einsätzen ebenso wie Pferderennen und Wettläufe zu Fuß verboten.

1594 und 1596 waren sogar das Zutrinken und Spielen untersagt worden.⁹⁷⁾ Nach einer Verordnung vom 15. November 1605 durften Handwerker und gewöhnliche Leute nur an Sonn- und Feiertagen nachmittags und wenn kein Feiertag in die Woche fiel, Montags nachmittags, das Wirtshaus besuchen.⁹⁸⁾ Am 4. Mai 1610 erhielt der Münchner Magistrat einen scharfen Tadel, weil er trotz der vor zwei Jahren vom Herzog ausgesprochenen Rüge und nach anfänglicher Abstellung erneut zuließ, daß die "Schulhalter die Jugend in den Gregori führten, wo Knaben und Mägdlein mit gemeinschaftlichem Essen, Trinken und Tanzen nicht wenig Gelegenheit zu Leichtfertigkeit hätten."⁹⁹⁾ Ein Mandat vom 20. September 1635 verschärfte schließlich die Strafen für Leichtfertigkeit: Außer der vorgeschriebenen Geldstrafe sollten "Mannspersonen schon im ersten Falle acht bis vierzehn Tage in Eisen gelegt, die Weiber vier bis fünf Tage in die Geigen geschlagen werden."¹⁰⁰⁾ "Weibspersonen, die sich prostituieren", sollten nicht nur des Landes verwiesen werden, sondern hatten zuvor noch eine Züchtigung mit Ruten zu erdulden. Das Fensterln wurde untersagt, ebenso das "nächtliche Auslaufen an die Haingärten, wobei verspürt werde, daß die Bauernknechte gemeiniglich starke Prügel mit sich nehmen, auf der Gasse hin und her schreien, juchzen, poltern, woraus oft Aufruhr, ja Totschlag entsteht."¹⁰¹⁾

1.7.4 Bairische Landesordnungen

Am 24. April 1516 wurde nach langjährigen Beratungen mit

den Ständen das "Buch der gemeinen Landbot, Landsordnung, Satzung und Gebräuch des Fürstentums in Ober- und Niederbayern" veröffentlicht. Diese Landesordnung, ein umfangreiches Gesetzeswerk, sollte die während der Zeit der Landesteilungen für Ober- und Niederbayern erlassenen Polizeiverordnungen in Einklang bringen und zugleich das Polizeirecht erneuern.¹⁰²⁾ Sie enthält in ihrem ersten Teil den Wormser Landfrieden¹⁰³⁾, und darauf gegründete Landfriedensordnungen; die drei anderen Teile handeln etwas ungeordnet von Zivil- und Strafrecht, Gerichtswesen und besonders vom Polizeirecht. Das ganze Gesetzbuch oder wenigstens die wichtigsten Artikel sollten jährlich am letzten Pfingstfeiertag dem versammelten Volke vor den Gerichten, Schranken und Hofmarken verlesen werden.¹⁰⁴⁾ Das von Kaiser Ludwig dem Bayern 1336 erlassene Stadt- und Landrecht erfuhr durch die "Reformation der bairischen Landrechte" von 1518 eine Überarbeitung.¹⁰⁵⁾ Im Jahre 1520 erging die Gerichtsordnung von Ober- und Niederbayern, die eine Revision einiger Bestimmungen der Landesordnung von 1516 bringt und den ordentlichen Prozeß regelt.¹⁰⁶⁾ Auch bei dem nächsten großen Gesetzbuch, der "Bairischen Landsordnung" von 1553, handelt es sich im wesentlichen um eine Revision älterer Gesetze.¹⁰⁷⁾

1.7.5 Reichspolizeigesetze

Neben den bayerischen Vorschriften gab es auf dem Gebiet der Sicherheit und Ordnung auch Reichsgesetze. Hier sind die Reichspolizeiordnung von 1530 und ihre Revisionen

von 1548, 1551 und 1577, sowie die Landfriedensordnung von 1555 zu nennen.¹⁰⁸⁾ Die Reichspolizeiordnung hatte den Charakter einer bloßen Empfehlung des Kaisers, hinderte also keinen Landesherrn, auf polizeilichem Gebiet nach seinem Belieben zu verfahren.¹⁰⁹⁾ Dennoch stellte sie ein bedeutendes Gesetzeswerk dar, umfaßte doch "Der Römischen Keyserlichen Majestät Ordnung und Reformation guter Pollicei im Heiligen Römischen Reich" alles, was die damalige Zeit unter Polizei verstand.¹¹⁰⁾ So enthält die Reichspolizeiordnung ein buntes Gemisch von Vorschriften über Kleidung, Lebensmittelpreise und Löhne, über die bei Hochzeiten, Kindstauen und Begräbnissen zulässigen Aufwendungen, sowie Bestimmungen über Unzucht, Kuppelei, Wucher, betrügerischen Bankrott, Münz- und Postwesen, Vormundschaftsrecht und schließlich über die Strafen bei Gotteslästerung und Meineid.¹¹¹⁾ Hieraus ist bereits zu erkennen, daß unter "Pollicei" der Inbegriff aller staatlichen Hoheitsrechte gesehen wurde. Erst allmählich begann sich die Polizei als besonderer Zweig der staatlichen Tätigkeiten abzuzeichnen. Eine Staatseinrichtung, die nach Organisation und Aufgabe vorwiegend polizeiliche Züge im Sinne unseres modernen Polizeibegriffs aufgewiesen hätte, bestand damit aber noch lange nicht, zumal vor allem Justiz und Verwaltung eng vereint blieben.¹¹²⁾ So nahmen der Rentmeister und die Landrichter die mit dem Aufgebot der Armee zusammenhängenden Aufgaben, die Zivil- und Strafrechtspflege, die freiwillige Gerichtsbarkeit,

sämtliche Zweige der Verwaltung, darunter besonders die Aufgaben des Kirchen- und Polizeiwesens, wahr. Das Polizeiwesen wiederum schloß in sich das Schulwesen, die Gesundheits- und Armenfürsorge, die Aufsicht über Gewerbe, Handel und Wirtschaft, das Bauwesen, die Regelung des Verkehrs und sogar die Steuerüberwachung und -erhebung.¹¹³⁾

1.8 Die Überwindung des Ständestaates durch den Beamtenstaat

Gegen Ende des 15. und zu Anfang des 16. Jahrhunderts traten auch in Bayern neben die nur zeitweise am Hofe anwesenden, nicht berufsmäßig tätigen landständischen Räte dauernd anwesende Berufsbeamte mit juristischer Vorbildung. Diese Berufsbeamten waren - anders als die bisherigen, ehrenamtlich tätig gewordenen Vertreter der Staatsgewalt - auf Hochschulen gebildete und durch ihr Amt wirtschaftlich sichergestellte Fachkräfte, die ihre Hauptkraft dem Dienst am Staat zur Verfügung stellen konnten.¹¹⁴⁾

1.8.1 Spezialisierung der Staatsverwaltung

Die Berufsbeamten gaben durch ihre überlegenen Fachkenntnisse bald den Ausschlag beim Hofe. Dies hatte zur Folge, daß aus dem Hofe, der nun Hofrat hieß, ein Kollegium mit festem Sitz und geregelten Befugnissen, regelmäßigen Sitzungen und Bindung des Landesherrn an die im Hofrat getroffenen Mehrheitsbeschlüsse wurde.¹¹⁵⁾ Zu den Mitgliedern des Hofrats gehörte u.a. der Hofober-

richter, der dann unter Kurfürst Maximilian I. von Bayern (1597 - 1651) die Stellung eines obersten Polizeiorgans über der Stadt München erhielt;¹¹⁶⁾ ihm oblag die "prima cognitio, inspectio et executio" im Münchner Polizeiwesen sowie die Information des Hofrats hierüber.¹¹⁷⁾ In der zweiten Hälfte des 16. Jahrhunderts führte die steigende Geschäftslast im Hofrat, die eine Arbeitsteilung und damit Spezialisierung zur Folge hatte, dazu, daß sich vom Hofrat eine Mehrzahl von Behörden abzweigte, die anfangs nur "Deputationen" (Abteilungen) des Hofrats waren, bald aber zu selbständigen Zentralstellen aufstiegen.¹¹⁸⁾ So entstanden zur Erzielung einer besseren Finanzverwaltung die Hofkammer, die Vorläuferin des Finanzministeriums, zur Ermöglichung eines strafferen und einheitlichen Kirchenregiments in der Zeit der Gegenreformation der Geistliche Rat (Religionsrat), der Vorläufer des Kultusministeriums, zur Herbeiführung einer effektiven Verteidigung des Landes im Kriegsfall der Kriegsrat als Vorläufer des Kriegs- bzw. Verteidigungsministeriums, und der Geheime Rat für die Angelegenheiten des Landesherrn und der auswärtigen Politik als Vorläufer der Staatskanzlei und des Außenministeriums.¹¹⁹⁾

1.8.2 Einengung des Polizeibegriffs als Folge der Spezialisierung

Die Abspaltung einzelner Verwaltungszweige von der unter der Bezeichnung "Policey" einheitlich zusammengefaßten Staatsverwaltung hatte naturgemäß eine Einengung des

Polizeibegriffs zur Folge. So wurden unter Polizei nur noch diejenigen Bereiche der Staatsverwaltung verstanden, die nach Abzug der auswärtigen Angelegenheiten, des Heerwesens, der Finanzverwaltung und der Justiz verblieben, also die heute sogenannte "Innere Verwaltung".¹²⁰⁾

2. Vom absolutistischen Staat bis zur Verkündung der ersten Bayerischen Verfassung

Die durch das Berufsbeamtentum gebrachte Spezialisierung der Staatsverwaltung und die damit verbundene Ablösung des Ständestaates durch den Beamtenstaat erleichterte das Aufkommen des absolutistischen Staates. Der Absolutismus brachte dem Landesherrn eine unumschränkte Regierungsgewalt; die Landstände hatten auf die straffe, von Berufsbeamten getragene Staatsverwaltung keinerlei Einfluß mehr.¹²¹⁾ Das Berufsbeamtentum jener Zeit war von dem Streben erfüllt, eine schrankenlose landesfürstliche Gewalt zu sichern.¹²²⁾

2.1 Öffentliche Sicherheit und Ordnung im absolutistischen Staate

Zur Verfolgung seines Zieles einer unumschränkten landesfürstlichen Gewalt setzte der absolutistische Staat unter dem Vorwand der Sorge um die allgemeine Wohlfahrt seine sämtlichen Machtmittel ein; die Obrigkeit griff mit schrankenlosem Zwang in die Rechte des Einzelnen ein.¹²³⁾ Dies bedingte naturgemäß eine Erweiterung des Polizeibegriffs.

2.1.1 Der Polizeibegriff des absolutistischen Staates

Das Verständnis des Polizeilichen, das im absolutistischen Staat herrschte, beschreibt in prägnanter Weise eine Broschüre eines namentlich nicht genannten Mitglieds der "Churbairischen Academie" aus dem Jahre 1767, die "Nutzen und Notwendigkeit einer Policy-Direction in den Churlanden zu Baiern" abhandelt:¹²⁴⁾ "Unter dem Namen Policy oder Policy-Sachen versteht man alle diejenigen Einrichtungen und allgemeinen Verordnungen / wodurch die Wohlfahrt des gemeinen Wesens überhaupt / und in seyner Folge / eines jeden sonderlich gefördert / d.i. für die wahre Glückseligkeit der Untertanen sichere Mittel verschafft / allen Unordnungen gesteuert / Bequemlichkeit des Lebens besorgt / und alles / was dem entgegen / nach Möglichkeit aus dem Wege geräumt wird."¹²⁵⁾

Aus diesem Verständnis des Polizeilichen heraus wurde neben der gesamten Lebenshaltung des Einzelnen auch das gesamte wirtschaftliche Leben geregelt und überwacht. Die Zünfte und Innungen wurden zu staatlichen Zwangsinstitutionen.¹²⁶⁾ Es ergingen zahlreiche Polizeivorschriften zur Regelung von Handel und Gewerbe, besonders über Ein- und Ausfuhr von Waren, sowie über Lebens- und Genußmittel. Aus der Fülle der Verbote sollen drei zeigen, wie umfassend die Polizei in das Leben des Einzelnen einwirken konnte. So wurde den Bauern vorgeschrieben, zu welcher Stunde sie das Vieh im Stalle zu halten oder aber auf die Weide zu treiben hatten. Eine weitere Vor-

schrift untersagte ihnen, Gänse auf eine Weide zu lassen, weil die den Gänsen ausfallenden Federn dem Vieh, wenn es diese mitfresse, schaden könnten.¹²⁷⁾ Den Beamten wurde die Haartracht vorgeschrieben mit den Worten: "Wer vom Hofe Gehalt und Titel hat / solle einen Zopf tragen."¹²⁸⁾ Andere Polizeiverordnungen befaßten sich mit der Kleidung der Untertanen, dem Betteln, den Wildschützen, dem Münzwesen, dem Luxus, dem Tanzen auf dem Lande und dem Zechen der Bürger.¹²⁹⁾ Um die Einhaltung der zahlreichen Mandate zu garantieren, bestellte Kurfürst Maximilian I. einige Jahre hindurch sogar geheime Aufpasser, die "Coricael" oder "Aufstecher".¹³⁰⁾

2.1.2 Der Codex Maximilianeus

Neben den negativen Zügen brachte das absolutistische Zeitalter aber auch beachtliche positiv zu wertende Leistungen auf dem Gebiete der Gesetzgebung. So wurde unter Kurfürst Maximilian I. das in Bayern geltende Landesrecht einer Revision unterzogen.¹³¹⁾ Die Beratungen hierzu hatten auf dem Landtag von 1605 begonnen und nach Bestellung eines entsprechenden Ausschusses konnte auf dem Landtag von 1612 der Entwurf einer Land- und Polizeiordnung vorgelegt werden.¹³²⁾ Am 29. September 1616 wurde das neue Gesetzbuch, der Codex Maximilianeus, der unter anderen Gesetzen auch das Stadt- und Landrecht Kaiser Ludwigs des Bayern aus dem Jahre 1336 ablöste, veröffentlicht. Die Kodifikation gliedert sich in neun "Stücke" und enthält: Summarischer Prozeß (abgekürztes Rechtsver-

fahren), Gantprozeß (Konkursordnung), Gerichtsordnung, Landrecht, Erklärung der Landesfreiheiten, Landes- und Polizeiordnung, Forstordnung, Jagdordnung, Malefizordnung (Strafprozeßordnung);¹³³⁾ sie enthält also fast das gesamte weltliche bürgerliche und öffentliche Recht der damaligen Zeit.¹³⁴⁾ Die Polizeiordnung von 1616 verlangte in ihrem Teil V Titel 2: "Die gartenden Knechte, deren Beherbergung streng untersagt ist, sollen festgesetzt und auch wenn kein Verdacht irgendeiner Missetat gegen sie vorliegt, allein wegen des oft verbotenen Gartens, ein- oder zweimal gefoltert, nachher auf Urfehde des Landes verwiesen werden." Nach Teil V Titel 5 der gleichen Verordnung durften sich die im Lande geborenen Arbeitsunfähigen mit Almosen unterhalten, aber nur in ihrer Heimat und aufgrund eines obrigkeitlichen Zeugnisses. Bettelkinder sollten zeitig ihren Eltern abgenommen und zu Arbeit und Diensten angehalten werden.¹³⁵⁾

2.2 Effektivierung der polizeilichen Fahndung

Die ersten Mitteilungen, die der Ergreifung gerichtlich oder polizeilich gesuchter Personen dienen sollten, finden sich bereits im späten Mittelalter; die Freie Reichsstadt Nürnberg etwa suchte in einem Fahndungsblatt des Jahres 1436 eine größere Anzahl von "mordprennern". Die Fahndungsblätter enthielten jedoch nur sehr spärliche Angaben; meist nur Namen und Alter der Gesuchten.¹³⁶⁾

2.2.1 Verbesserung der Personenfahndung

In die Wende vom 17. zum 18. Jahrhundert fällt eine wesentliche Verbesserung der Sach- und Personenfahndung. So gibt eine von der "Kayserl. Regierungs-Cantzley Lands-huet" im Jahre 1707 verfaßte "Description gegen dort und da herumvagabundierend Räuber-Gesindl" eine einwandfreie Personenbeschreibung: "Johann Menner / gebürtig aus der Oberen Pfalz / bey vierzig Jahr alt / ein abgedanckter Reither / verheurath / von mittelmässiger Person / gehet mit den Knüen gantz weit / mit dem oberen Leib aber gantz fürhängig / hat schwartze glatte Haar und einen kleinen schwartzen Ratzenbart / tragt bisweilen einen weissen Rock mit roten Aufschlägen / bisweilen aber ein grünes Camisol / kurzes Wams / weisslöderne gespitzte Hosen / weiss gestrickte Strümpf / preysisch etwas niedre Stöckel-Schuh mit Schnalln / einen Huet mit einem silbernen Borten und einem schwartzen Buschen auf dem Stulp".¹³⁷⁾

Die Personenfahndung wurde durch den Austausch von Gaunerlisten unter den angrenzenden Territorialherrschaften noch wirksamer. Diese Listen enthielten Hunderte von Beschreibungen gesuchter Personen und entsprachen bereits dem heutigen Fahndungsbuch.¹³⁸⁾ Zusätzlich versuchte man den "Missachtern aller guten Policy und Ordnung" beizukommen, indem man in einer "Meldeordnung" bestimmte: "Und befehlen demnach ernstlich / daß unsere Unterthanen / wes Standes und Wesens die auch sind / so jemand von Bekannten und Unbekannten / zu Roß und Fuß herbringen oder hausen / auf

die Gäste / so bey ihnen zu Tag / und sonderlich bey Nacht einkehren / gute fleißige Auffmerckung und Nachforschung haben / dieselbigen Namen alsbald Burgermeistern / Richtern / Schultheißen / oder andern Orts Berichts- und Befehlshabern vermelden."¹³⁹⁾

2.2.2 Sachfahndung

Ein Beispiel für die Sachfahndung gibt eine Bekanntmachung von 1695, die eine bei einem Kircheneinbruch in München gestohlene Kostbarkeit beschreibt: "Ein gantz pur guldenes / eine Hand langes Crucifix / der Stamm von St. Francisci Holtz / und mit Diamant / Rubinen / und grossen Perlen versetzt / obenauf ein Particul vom Heiligen Creutz / darvor ein Glaß von Cristall." Zugleich wird "allen und jeden Ober- und anderen Beambten / Bürgermeistern / Räthen und Gemeinden befohlen / den Ihnen gnädigst anvertrauten Unterthanen / die schleunige Anzeige hierob zu thun."¹⁴⁰⁾

2.3 Polizeiorganisationen außerhalb der Städte

2.3.1 Aufstellung einer Grenzwache

Eine noch während des 30-jährigen Krieges erlassene "Churbairische Verordnung" hatte die Einrichtung von ständigen Wachen in den Dörfern, Marktflecken und kleinen Städten verlangt. Zu den Aufgaben dieser sog. Landfahnen gehörte "öfters ohnversehens stille Streyfe und Durchsuchung des ganzen Landes".¹⁴¹⁾ Gegen Ende des 17. Jahrhunderts wurde aus den Angehörigen der Landfahnen ein "Sicherheitskordon"

an der bayerisch-österreichischen Grenze gebildet, um die Einschleppung der Beulenpest zu verhindern. Die hierzu eingesetzte Mannschaft nannte man "Confin-Wacht" (Grenzwatche) oder "Contagzions-Wacht" (Wache gegen Ansteckungen).¹⁴²⁾ Schließlich erfolgte im Jahre 1811 zur Sicherung der Grenzen die Aufstellung des "Grenz- und Maut-Patrouillier-Korps".¹⁴³⁾ Dieses Korps wurde am 1. Januar 1813 zusammen mit den anderen Polizeiorganisationen auf dem flachen Land durch das "Kgl. Bayerische Gendarmeriekorps" abgelöst.¹⁴⁴⁾

2.3.2 Das Entstehen der Bayerischen Gendarmerie

Um die Mitte des 18. Jahrhunderts erfuhr der Sicherheitsdienst auf dem Lande eine Umgestaltung und Neuordnung. Kurfürst Maximilian III. Joseph (1745 - 1777) schuf 1745 unter der Bezeichnung "Policey-Miliz" als völlig neue Erscheinungsform eine truppenmäßig organisierte Exekutivpolizei für das flache Land, die jedoch bereits 1751 vom "Freycorps Gschray" abgelöst wurde.¹⁴⁵⁾ Breibeck vermutet als Grund hierfür, daß die Miliz den ihr zur Erledigung zugewiesenen Polizeiaufgaben nicht gewachsen war, stellt aber heraus, daß auch das Freycorps keinen wesentlich besseren Erfolg aufzuweisen hatte.¹⁴⁶⁾ Dem Corps oblag die "Ausrottung landschädlicher Leute / wie Bettler / Vaganten / Müßiggänger / dienstloser Kerle und Weibspersonen". Es erhielt als erster Polizeiverband auch 25 Fanguhunde zugeteilt.¹⁴⁷⁾ Schon wenige Monate nach seiner Aufstellung wurde das Corps aus finanziellen Gründen wieder aufgelöst. Da das Bedürfnis nach einer Polizeitruppe aber

fortbestand, erfolgte noch im gleichen Jahre die Aufstellung der aus Abordnungen des stehenden Heeres zusammengesetzten "Securitäts-Banda".¹⁴⁸⁾ Bereits 1752 wurde die "Banda" jedoch wieder aufgelöst und ein Teil ihrer Angehörigen in das eben zur "Ausrottung des lüderlichen Raubgesindels" aufgestellte "Streyf- und Securitätscorps" übernommen.¹⁴⁹⁾ Da auch dieses Corps wenig erfolgreich war, entschloß sich der Kurfürst 1754 zusätzlich ein "Husaren-Corps für policeyliche Zwecke" einzusetzen. In der Folgezeit kam es zwischen dem "Streyf- und Securitätscorps" und dem Husarencorps oft zu Reibereien. Im Jahre 1765 wurde deshalb aus den beiden Corps ein "Freybataillon" formiert, das 1770 unter gleichzeitiger Erhöhung der Truppenstärke die Benennung "Churbairische Legion" erhielt. Wegen der allgemeinen Finanznot des Kurfürstentums mußte die Legion nach drei Jahren wieder aufgelöst werden.¹⁵⁰⁾ Die polizeilichen Aufgaben wurden erneut den regulären Truppen übertragen, die zur Erfüllung dieser Aufgaben sog. "Streyf-Commandi" zu bilden hatten. Noch im gleichen Jahre übertrug man den Sicherheitsdienst einem einzigen Regiment. Der Kurfürst bestimmte, daß für die Sicherheit und das Wohl der Untertanen vom Garnisonsregiment in München ein "Landes-Sekuritätskommando in die fünf Rentämter verlegt werden solle / um das lüderliche Gesindel / Räuber / Diebe / Mordbrenner / Bettler / Vaganten / falschen Werber / Wildschützen und Deserteurs auszuheben und auszurotten".¹⁵¹⁾ Zu diesem Zwecke sah die Dienstanweisung des Landessekuritätskom-

mandos vor, daß Gruppen von 3 bis 4 Mann in einem bestimmten Bezirk "Dorf und Einöd / Waldt und Steg" zu durchstreifen hatten. Es waren immer zur selben Zeit mehrere Streifen so anzusetzen, daß sie sich an einem ständig zu wechselnden Punkte trafen. Dort hatte sich ein "Commandi-Officier" zur Entgegennahme der Meldungen und Erteilung neuer Befehle aufzuhalten.¹⁵²⁾

Auch unter Kurfürst Karl Theodor (1777 - 1799) dauerten die Bemühungen um eine polizeiliche Organisation, die einen hinreichenden Sicherheitszustand auf dem flachen Lande erwirken konnte, fort. Das Landessekuritätskommando wurde 1778 durch den "Militair-Cordon" ersetzt, der aus Angehörigen verschiedener Chevaulegerregimenter bestand.¹⁵³⁾ Bereits 1780 ließ der Kurfürst jedoch wieder ein - jetzt allerdings besser ausgestattetes - "Securitäts-Corps" aufstellen. 1781 wurde das Corps in "Militair-Jäger-Corps" umbenannt und 1788 wieder aufgelöst.¹⁵⁴⁾ Die polizeilichen Aufgaben übernahmen erneut Verbände der Armee, die zu diesem Zweck unter der Bezeichnung "Militair-Cordon" auf das Land verlegt wurden. Der Cordon bestand aus einem Chevaulegerregiment ("Lanzenreiter"), einem Kürassierregiment ("Panzerreiter" mit schwerem Säbel) und einem Dragonerregiment ("leichte Säbelreiter"). Im Jahre 1796 zwangen die einbrechenden französischen Revolutionsarmeen zur Auflösung des Cordons und zur Einreihung der Regimenter in die Armee als reguläre Truppen.¹⁵⁵⁾

Nach dem Frieden von Luneville wurde der Militair-Cordon

1801 nochmals aufgestellt und ein Jahr später erneut aufgelöst. 1803 erfolgte die neuerliche Aufstellung in beachtlicher Stärke - sechs Infanterie- und drei Kavallerieregimenter - unter der deutschen Namensschreibweise "Militär-Cordon". Das Jahr 1805 brachte mit dem Krieg zwischen Österreich und Frankreich, an dessen Seite Bayern kämpfte, auch das Ende des Militär-Cordons, da die Regimenter des Cordons bei der Armee gebraucht wurden.¹⁵⁶⁾

Der Überblick über die Geschichte des Sicherheitsdienstes auf dem Lande zeigt bei all dem Wechsel der Namen eine militärisch gegliederte und mehr militärischen, als polizeilichen Bedürfnissen entsprechende Formation.¹⁵⁷⁾ Dabei ist folgender Hinweis angebracht: Wenn die als "Exekutivpolizei" verstandenen Militärverbände keinen spürbaren Erfolg in der Überwindung der unsicheren Zustände auf dem Lande erreichen konnten, so erklärt sich dieser Umstand aus der gesellschaftlich-sozialen Deklassierung des Soldatenstandes in der damaligen Zeit.¹⁵⁸⁾ Gerade Kurfürst Maximilian III. Joseph (1745 - 1777), der ja als erster das Militär für die Bildung der verschiedenen Streifkommandos heranzog, erließ ein Mandat, wonach "Vaganten und Müßiggänger / sonderbar aber die Dienst- und Herrenlosen Burschen / herumgehende Schreiber / Studenten und Jäger / item sowohl inn- und ausländische Handwerksburschen / welche ohne Legitimation / oder vor der Zeit aus dem Dienst tretende Ehehalten / und nicht minder auch andere liederliche / ungehorsame und incorrigible Leut" zwangs-

weise in die Armee einzuziehen waren.¹⁵⁹⁾ Mit Recht empfindet es deshalb Breibeck als "schlechten Witz, daß sich aus diesen Arbeitsscheuen und Straffälligen oft die pseudopolizeilichen Einheiten rekrutierten, die dann als Streifkommandos gegen Elemente der gleichen Schattierung eingesetzt wurden".¹⁶⁰⁾

Für die Sicherheit auf dem Lande war es mithin ein großer Fortschritt, daß am 1. November 1805 wegen der Inanspruchnahme der bisher im Sicherheitswesen tätigen Militärverbände für Kriegszwecke die Verordnung über die Einrichtung einer Polizeiwache bei jedem Landgericht erging.¹⁶¹⁾ Schließlich verfügte mit Edikt vom 11. Oktober 1812 König Maximilian I. Joseph (1806 - 1825), der bis zur Erhebung Bayerns zum Königreich als Kurfürst Maximilian IV. Joseph (1799 - 1806) regiert hatte, die Errichtung einer "Gendarmerie",¹⁶²⁾ der "die bisher dem Polizei-Kordon obgelegene Handhabung der Polizei, und die Erhaltung der Ruhe, Ordnung und Sicherheit im Innern des Reiches mit dem nächsten Jahre anfangend anvertraut werden" sollte.¹⁶³⁾ Ab 1. Januar 1813 wurden die bisher vom Polizei-Kordon - wie die Polizeiwachen in ihrer Gesamtheit genannt worden waren - wahrgenommenen Aufgaben vom "Königlich Bayerischen Gendarmeriekorps" erledigt.¹⁶⁴⁾ Das Gendarmeriekorps setzte sich zunächst aus früheren Offizieren und Soldaten der Armee zusammen¹⁶⁵⁾ und gliederte sich in drei "Legionen" mit Standorten in München, Augsburg und Regensburg. Jede Legion bestand aus vier Infanteriekompanien und einer Kavallerieeskadron¹⁶⁶⁾, die wiederum

behörde unter der Bezeichnung "Polizeirat" übergeordnet hatte. Dem Polizeirat gehörten Vertreter verschiedener Behörden in ständig wechselnder Zusammensetzung an.¹⁷⁴⁾ Seine Aufgabe, die polizeilichen Tätigkeiten in München zu koordinieren und zu lenken, konnte er infolge der ungenauen Umschreibung seiner Zuständigkeit und seiner geringen Befugnisse nur mangelhaft erfüllen:¹⁷⁵⁾ Der nur von Zeit zu Zeit zusammentretende Polizeirat durfte lediglich dann selbst einschreiten, wenn sich die Polizeidienststellen in der Erfüllung ihrer Obliegenheiten saumselig zeigten.¹⁷⁶⁾ Schließlich wurde nach 18jährigem Bestehen diese Aufsichtsbehörde aufgehoben und an ihrer Stelle führte vom Jahre 1777 an eine "Ständige Deputation" des kurfürstlichen Hofrats die Aufsicht über die Münchner Polizeidienststellen.¹⁷⁷⁾ Auch die "Ständige Deputation" des Hofrats vermochte es jedoch nicht, die Unzulänglichkeiten in den polizeilichen Einrichtungen Münchens abzustellen. Der Hofrat war den steigenden Anforderungen der Zeit an die staatliche Verwaltung nicht mehr gewachsen. Im Hinblick darauf wurden durch Edikt vom 16. August 1779 dem Hofrat die Landes- und Polizeigeschäfte entzogen und der Oberlandesregierung, einer besonderen, eben erst geschaffenen Stelle, die sich aus einem Präsidenten, einem Vizepräsidenten, einem Vizekanzler und einer Mehrzahl von Räten zusammensetzte, übertragen. Gleichzeitig wurde der Hofrat, dem nur noch die Rechtspflege verblieb, in zwei Senate gegliedert und die Hofkammer in eine Mehrzahl von

Deputationen. Auch das Rentmeisteramt wurde in eine "Kameralrentendeputation" umgewandelt und die ohnehin mehr und mehr außer Übung gekommenen Rentmeisterumritte förmlich abgeschafft.¹⁷⁸⁾

Für die Polizeidienststellen in München hatte diese Umorganisation der oberen Landesbehörden insofern Auswirkungen, als über die energische Oberlandesregierung der staatliche Einfluß auf die städtischen Polizeieinrichtungen wuchs. Als es dann ab dem Jahre 1788 in München immer wieder zu Krawallen wegen der andauernden Verteuerungen der Lebensmittel kam und der Magistrat nach Ansicht des Kurfürsten Karl Theodor dagegen nicht nachdrücklich genug einschritt, sah der Kurfürst einen willkommenen Anlaß, im Jahre 1790 "die magistratische Verfassung durch Abtrennen der Policeybefugnisse zu reorganisieren".¹⁷⁹⁾ Es entstand die "Policey-Direction der Churfürstlichen Haupt- und Residenzstadt". Die Polizeidirektion wurde als eine rein staatliche, von der Stadtverwaltung in räumlicher, sachlicher und personeller Hinsicht scharf getrennte Institution errichtet. Ihr unterstand zur Ausübung des Polizeidienstes eine "Policey-Wache" in der Stärke von einem Rottmeister, zwei Korporalen und 57 Polizeidienern.¹⁸⁰⁾

2.4.2 Aufgabenbereich der Polizeidirektion München

Den Aufgabenbereich der Polizeidirektion München zeigte der am 23. April 1799 zum Polizeidirektor der Haupt- und Residenzstadt ernannte Hofkriegsrat Baumgartner in einem im gleichen Jahre erstellten Bericht auf: "Sorge für ver-

hältnismäßige Einwohnerzahlen, öffentliche Bequemlichkeit und Reinlichkeit, Privatunterhalt der Bürger durch Verschaffung der Lebensmittel, Unterstützung der Armen, Gesundheit der Einwohner und Schutz des Eigentums".¹⁸¹⁾ Das am 24. September 1808 erlassene Edikt über das Gemeindewesen umschrieb in § 37 die Aufgaben der Polizeidirektion folgendermaßen: "Die ganze Verantwortlichkeit für die Erhaltung der öffentlichen Ruhe und Sicherheit liegt bei den Directionen der Policey. Sie haben deshalb alle Veranlassungen / welche sie stören könnten / zu entfernen / öftere Streifen gegen das verdächtige und müßige Gesindel zu veranstalten / keine Unterschleife zu gestatten / und besonders auf die erwerbslose Klasse der Einwohner genaue Aufsicht zu tragen."¹⁸²⁾ Zu den Aufgaben der Polizei gehörten in damaliger Sicht die öffentliche Sicherheit und Ordnung, die Armenpflege und das Gesundheitswesen, Unterricht und Religion, Reinlichkeit, Bauwesen und Gewerbe, öffentliche Vergnügungen und das "Intelligenzwesen". In der unteren Stufe des Behördenaufbaues übte die Polizei auch richterliche Funktionen aus. Die Bestrafung von Übertretungen der Polizeigesetze gehörte zur Polizeigewalt. Mit dem Erlaß von Polizeiverordnungen konnte die Polizei neue Übertretungstatbestände schaffen.¹⁸³⁾

2.5 Die Reform der Behördenorganisation und Gesetzgebung unter dem Minister Montgelas

2.5.1 Schaffung von Fachministerien

Die Einschränkung der Selbstverwaltungsrechte durch die Wegnahme der städtischen Polizei- und Gerichtsgewalt traf nicht nur München. Die Erhebung Bayerns zum Königreich machte den Weg frei für den Aufbau eines modernen Staatswesens, in dem für die Mitregierung einzelner Stände, die sich auf Privilegien gründete und sich bis zur eigenen Steuererhebung und -verwaltung erstreckte, kein Platz mehr war.¹⁸⁴⁾ Auch verlangte die bunte Vielfalt von Rechtsformen, Gerichts- und Verwaltungsgliederungen in den durch die napoleonischen Feldzüge zum einstigen Kurfürstentum hinzugewonnenen Gebieten nach tiefgreifenden Änderungen des Behörden- und Verwaltungsapparats zur Schaffung eines einheitlichen Staatsgefüges.¹⁸⁵⁾ Dieser Gedanke der Staatseinheit war leitender Grundsatz für die durch Minister Maximilian Graf von Montgelas durchgeführte Reform der Behördenorganisation und der politischen Neueinteilung des Landes.¹⁸⁶⁾ Die für einzelne Landesteile bestehenden Regierungen wurden beseitigt und die Verwaltung des ganzen Landes Ministerien unterstellt, deren Wirkungskreis nicht nach örtlichen Zuständigkeiten, sondern nach dem Real-system umschrieben war. Schon ein Dekret vom 25. Februar 1799 hatte neben dem Kriegsministerium vier solche Fachministerien oder Departements vorgesehen: für die auswärtigen Angelegenheiten, die Justiz, die Finanzen und

das Kultuswesen. Mit Dekret vom 29. Oktober 1806 wurde dann die Polizei von der Justiz getrennt, mit dem Kultusdepartement verbunden und dieses in das Ministerium des Innern verwandelt.¹⁸⁷⁾

2.5.2 Verstaatlichung der Polizei

Das Verschwinden der landständischen Verfassung war von einer drastischen Einschränkung des Selbstverwaltungsrechts der Städte begleitet.¹⁸⁸⁾ Die bisher privilegierten Gemeinden wurden in den staatlichen Behördenorganismus eingegliedert, die Polizei verstaatlicht:¹⁸⁹⁾ Bereits die Verordnungen vom 31. Dezember 1802 und vom 4. Mai 1803 hatten den städtischen Magistraten der Hauptstädte Landshut, Burghausen, Straubing und Ingolstadt die Gerichtsbarkeit und die Polizei genommen.¹⁹⁰⁾ Die Polizei sollte durch einen vom Magistrat unabhängigen staatlichen Polizeidirektor verwaltet werden. Die eigentlichen Gemeindeangelegenheiten verblieben zwar dem Magistrat, jedoch unter der Aufsicht eines in der Polizeidirektion installierten "Commissairs".¹⁹¹⁾ Eine Verordnung vom 20. März 1806 dehnte dann die Reformen auf alle Stadt- und die größeren Marktgemeinden aus. Die Gerichtsbarkeit sollte hier durch einen rechtskundigen Stadt- oder Marktrichter, die Polizei und zugleich die Aufsicht über die Verwaltung der eigentlichen Gemeindeangelegenheiten durch den zuständigen Landrichter ausgeübt werden.¹⁹²⁾ Im Jahre 1808 erfaßte die Reform schließlich sämtliche Gemeinden.¹⁹³⁾ In den Städten über 5000 Einwohnern wurde für die Ver-

waltung der verbliebenen Gemeindeangelegenheiten vom Ministerium des Innern ein Polizeidirektor als Gemeindevorsteher ernannt. Als Vertretung der Gemeinde fungierte ein von der Gemeinde indirekt gewählter Munizipalrat. In den Städten und Märkten unter 5000 Einwohnern war der Gemeindevorsteher ein vom Munizipalrat vorgeschlagener und vom "Generalcommissair" als Mittelbehörde bestätigter Bürgermeister; die Vertretung der Gemeinde war ein von der Gemeinde direkt gewählter Munizipalrat. Die kleineren Markt- und Dorfgemeinden sollten einen von der Gemeinde vorgeschlagenen und vom Landrichter bestätigten Vorsteher und als Vertretung der Gemeinde die Gemeindeversammlung aufweisen. Die Munizipalräte wie die Gemeindeversammlungen konnten nur auf Berufung und unter Leitung der Polizeibehörde zusammentreten und vorbehaltlich deren Genehmigung beschließen.¹⁹⁴⁾

2.5.3 Der Codex Iuris Bavarici Criminalis

Nicht nur bei der Gliederung der mit der Wahrnehmung polizeilicher Aufgaben betrauten Dienststellen hatte sich im 18. und im beginnenden 19. Jahrhundert ein Wandel vollzogen. Auch die Gesetzgebung mußte Änderungen erfahren. Bereits im Jahre 1751 war der von Vizekanzler Wiguleus Xaver Freiherr von Kreittmayr erarbeitete Codex Iuris Bavarici Criminalis ("Die neuverbesserten kurbayerischen Kriminalrechte")¹⁹⁵⁾ erschienen, nachdem die Kodifikation Maximilians I. den neuen Zeitverhältnissen nicht mehr genügte. Das Gesetzbuch bestand aus zwei Teilen: der erste

behandelte das Strafrecht, der zweite den Strafprozeß. Es brachte größere Klarheit der Rechtsbestimmungen, Verkürzung des Prozeßganges, einige Milderungen des Strafverfahrens. Erst im Jahre 1813 wurde das Gesetzbuch, das sich durch äußerst harte Strafbestimmungen auszeichnete, durch das von Anselm von Feuerbach verfaßte Bayerische Strafgesetzbuch ersetzt.¹⁹⁶⁾

2.6 Der Polizeibegriff der Aufklärung

Mit dem Aufkommen der naturrechtlichen Aufklärungsphilosophie in der Mitte des 18. Jahrhunderts wandelte sich schließlich noch das Verständnis der polizeilichen Aufgaben. Die Vorstellung des absolutistischen Zeitalters von der grundsätzlichen Rechtlosigkeit der Untertanen wurde von dem Gedanken abgelöst, daß der Einzelne der gesetzgebenden Gewalt des Staates unterworfen sei und sich den allgemein angeordneten Einschränkungen seiner natürlichen Freiheit fügen müsse, die Staatsverwaltung jedoch nicht befugt sei, nach ihrem freien Ermessen in die Handlungs- und Eigentumsfreiheit des einzelnen Staatsbürgers zwangsweise einzugreifen.¹⁹⁷⁾ Von nun an wurde zwischen der auf die Förderung der Wohlfahrt des Staates-
ganzen oder des Einzelnen gerichteten Tätigkeit des Staates sowie der Abwehr von Gefahren, die dem Staates-
ganzen oder dem Einzelnen drohten, unterschieden.¹⁹⁸⁾ Während für den Fall der Gefahrenabwehr die vollziehende Gewalt ihre bisherigen Befugnisse behielt, sollte sie im Rahmen der Wohlfahrtspflege nicht mehr berechtigt sein,

gegenüber dem einzelnen Untertanen einen Zwang zu bestimmtem Tun oder Unterlassen auszuüben ohne durch ein allgemeines Gesetz ausdrücklich hierzu ermächtigt worden zu sein. Im Zusammenhang hiermit wurde die Polizei auf die gefahrenabwehrende Tätigkeit der vollziehenden Gewalt beschränkt; ihre sonstige bisherige Tätigkeit, also vor allem die Wohlfahrtspflege, faßte man mit der Polizei im neuen Sinne unter dem Oberbegriff der allgemeinen inneren Verwaltung zusammen. Die Polizei bildete fortan nur einen, durch ihren besonderen Zweck, die Gefahrenabwehr, innerhalb der inneren Verwaltung abgegrenzten Bereich. Der Begriff "Polizei" wurde damit aus einem der "Verwaltung" gleichbedeutenden und gleichgeordneten Begriff zu einem ihr nachgeordneten Unterbegriff.¹⁹⁹⁾

Die Lehre von der Begrenzung der polizeilichen Befugnisse auf die Gefahrenabwehr, fand ihren prägnantesten Ausdruck in dem bekannten Satz des Staatsrechtslehrers Pütter:

"Politiae est cura avertendi mala futura; promovendae salutis cura non est proprie politiae." (Aufgabe der Polizei ist die Sorge für die Abwendung bevorstehender Gefahren; die Sorge für die Förderung des Wohles gehört nicht zur Polizei.)²⁰⁰⁾ Das Preußische Allgemeine Landrecht von 1794 übernahm diesen Gedanken und teilte die Tätigkeit des Staates ausdrücklich in Gefahrenabwehr und in Wohlfahrtspflege ein;²⁰¹⁾ zum Organ der Gefahrenabwehr bestimmte es die Polizei in § 10 Teil II Titel 17 mit den Worten: "Die nöthigen Anstalten zur Erhaltung der öffent-

lichen Ruhe, Sicherheit und Ordnung und zur Abwendung der dem Publiko oder einzelnen Mitgliedern desselben bevorstehenden Gefahr zu treffen, ist das Amt der Polizey."²⁰²⁾ Das Preußische Allgemeine Landrecht galt naturgemäß auch in den damals noch brandenburgischen Markgrafschaften Ansbach und Bayreuth,²⁰³⁾ bis diese 1806 Bestandteile des Königreichs Bayern wurden.²⁰⁴⁾ Das Königreich Bayern selbst manifestierte das neue Verständnis der polizeilichen Aufgaben erst im Jahre 1861 mit dem Bayerischen Polizeistrafgesetzbuch.²⁰⁵⁾

3. Von der Verkündung der ersten Bayerischen Verfassung bis zur Gegenwart

3.1 Die Zeit bis zum Ende der Monarchie im Jahre 1918

Am 26. Mai 1818 erhielt das Königreich Bayern - nach den Herzogtümern Nassau und Sachsen-Weimar - als erster deutscher Staat von Bedeutung eine Verfassung.²⁰⁶⁾ Das Staatsvolk erlangte über die in Vollzug der Verfassung wiederbelebte, in zwei Kammern²⁰⁷⁾ gegliederte Ständeversammlung in gewissem Umfange Mitregierungsrechte: Die Ständeversammlung hatte Steuern zu bewilligen, den Staatshaushalt zu überprüfen, bei der Gesetzgebung mitzuwirken und besaß ein Eingabe- und Beschwerderecht.²⁰⁸⁾

3.1.1 Die Neuorganisation der Bayerischen Polizei

Die Vorstellungen, die sich in der Verfassung niederschlugen, hatten ihren Einfluß bereits in dem unmittelbar vor

der Verkündung der Verfassung verabschiedeten revidierten Gemeinderecht vom 17. Mai 1818 gezeigt.²⁰⁹⁾ Das Edikt gab den Gemeinden die ihnen mit dem ersten Gemeindeedikt vom 24. September 1808 genommene Selbstverwaltung und magistratische Verfassung wieder zurück.²¹⁰⁾ Damit ging die Polizeiverwaltung wieder an die Städte über.²¹¹⁾ Die Bürgermeister der größeren Städte erhielten an Stelle der ausscheidenden Polizeidirektoren als nunmehrige "Polizey-Vorstände" die gesamten örtlichen Polizeisachen. Zur Erledigung der umfangreichen, ja noch die ganze innere Verwaltung im heutigen Sinne umfassenden Polizeiaufgaben standen den Bürgermeistern "Polizey-Senate" zur Seite. In Nürnberg z.B. bestand dieser Senat aus zwei rechtskundigen und sechs sonstigen Magistratsräten sowie dem Stadtbaurat.²¹²⁾ Die gesamte Verwaltung in den größeren Städten des Königreichs unterstand jedoch bis zum Jahre 1869 immer noch der Aufsicht der "Kgl. Stadt-Commissairs", die im Falle einer Gefährdung oder Störung der öffentlichen Sicherheit und Ordnung selbständig einzugreifen hatten und denen die Pressezensur oblag.²¹³⁾

Eine Ausnahme von der eben geschilderten Entwicklung galt für die Stadt München. Dort blieb wegen der besonderen Verhältnisse der Haupt- und Residenzstadt die Kgl. Polizeidirektion bestehen,²¹⁴⁾ lediglich die Polizeiwache wurde aufgelöst und am 25. Januar 1824 an ihrer Stelle aufgrund der mit der Gendarmerie gewonnenen guten Erfahrungen die "Gendarmerie-Compagnie der Haupt- und Residenzstadt

München" als ein Bestandteil des Gendarmeriekorps errichtet.²¹⁵⁾

3.1.2 Neuordnung des Wirkungskreises der Polizeidirektion München

Die Aufstellung der Gendarmeriekompanie bildete den Schlußstein der schon einige Jahre laufenden Umorganisation der gesamten Gendarmerie, in deren Verlauf die bisherigen drei Legionskommandos am 26. Juni 1820 aufgelöst und die Gendarmeriekompanien unmittelbar dem Korpskommando in München unterstellt worden waren.²¹⁶⁾ Die verhältnismäßig lose Angliederung der Münchner Gendarmeriekompanie an die Polizeidirektion brachte mit der Entwicklung Münchens zur Großstadt und den damit wachsenden polizeilichen Problemen viele Unzulänglichkeiten.²¹⁷⁾ Es wirkte sich vor allem aus, daß die Münchner Polizeidirektion auf die Dienstgestaltung der Gendarmeriekompanie keinen Einfluß hatte.²¹⁸⁾ Eine Besserung trat erst ein, als König Ludwig II. (1864 - 1886) im Jahre 1868 mit den Verordnungen vom 24. Juli und 12. August eine erneute Umorganisation der Gendarmerie vollzog: Die Gendarmerie schied aus dem Verband des Heeres aus²¹⁹⁾ und wurde einsatzmäßig den Behörden der inneren Verwaltung untergeordnet, die militärische Stellung des Gendarmeriekorps aufgehoben.²²⁰⁾ Gleichzeitig legte die Verordnung vom 2. Oktober 1869 den Wirkungskreis der Polizeidirektion München neu fest. Er umfaßte nunmehr

- das Melde-, Heimat- und Leumundswesen
- die Fürsorge für die öffentliche Sicherheit, Ruhe und Ordnung
- die Fremdenpolizei, das Paß- und Aufenthaltsrecht

- die Maßnahmen gegen Arbeitsscheue, Landstreicher und Bettler, sowie das Sammel- und Gauklerwesen
- das Sitten- und Glücksspielwesen
- bestimmte Angelegenheiten der religiösen Einrichtungen, Erziehung und Bildung, sowie des Gesundheitswesens, der Straßen-, Wasser- und Feuerpolizei einschließlich des Brandversicherungswesens
- Angelegenheiten des Gebrauchtwarenhandels und der Gewerbepolizei. 221)

3.1.3 Entstehen der Kriminalpolizei

Erste Anfänge der heutigen Kriminalpolizei zeigten sich mit der am 1. Juli 1896 errichteten "Criminalgendarmerie".²²²⁾ Am 21. März 1898 führte die Polizeidirektion München einen kriminalpolizeilichen Erkennungsdienst ein.²²³⁾ Schließlich löste Prinzregent Luitpold von Bayern (1886 - 1912) mit Wirkung vom 1. Oktober 1898 die Münchner Gendarmeriekompagnie auf und errichtete an deren Stelle die "Kgl. Schutzmannschaft der Haupt- und Residenzstadt München".²²⁴⁾ Die Schutzmannschaft unterstand als "bewaffnetes Zivilinstitut" in einsatzmäßiger und personeller Hinsicht ausschließlich dem Magistrat und der Polizeidirektion.²²⁵⁾ 48 Beamte der insgesamt 586 Mann zählenden Schutzmannschaft leisteten bei der "Kriminalschutzmannschaft", der Nachfolgerin der Kriminalgendarmerie, Dienst.²²⁶⁾ Am 12. Februar 1899 richtete das Bayerische Staatsministerium des Innern bei der Polizeidirektion München eine für ganz Bayern zuständige Kriminalabteilung ein. Ihre Leitung hatte ein juristisch vorgebildeter Beamter der Münchner Polizeidirektion, dem ein "Central-Bureau" zur Seite stand. Die Aufgaben der Kriminalabteilung umfaßten die Behandlung bestimmter schwerer Straftaten, die Überwachung besonders sicherheitsgefährdender

Personen, die Leitung der Zigeunerpolizeistelle und den Erkennungsdienst.²²⁷⁾ Dem Zentralbüro war die Redaktion des "Bayerischen Centralblattes" und die Auswertung der Fahndungsblätter der anderen Länder übertragen. Nach der Kriminalabteilung in München wurden auch in Nürnberg und Augsburg derartige Spezialabteilungen eingerichtet. Außerhalb dieser drei Städte erledigte die Gendarmerie auch die kriminalpolizeilichen Angelegenheiten.²²⁸⁾ Da hier aber nur wenige ausgebildete Kriminalschutzleute zur Verfügung standen, mußte besonders die Münchner Kriminalabteilung immer wieder einspringen.²²⁹⁾ Am 1. Juli 1909 richtete die Polizeidirektion München eine daktyloskopische Sammlung ein. Das Bayerische Staatsministerium des Innern bestimmte deshalb kurz darauf die Polizeidirektion München zur daktyloskopischen Sammel- und Auskunftsstelle für ganz Bayern.²³⁰⁾

3.1.4 Erste verkehrspolizeiliche Maßnahmen

Erste spezifisch verkehrspolizeiliche Aufgaben stellten sich der bayerischen Polizei seit der Jahrhundertwende. So führte beispielsweise die Gendarmerie im Jahre 1905 im Forstenrieder Park bei München Geschwindigkeitskontrollen durch, um festzustellen, ob die durchfahrenden "Automobilisten" die vorgeschriebene Geschwindigkeit von 12 Kilometern pro Stunde einhielten. Ein an einem bestimmten Kilometerstein postierter Gendarm hatte beim Passieren eines Kraftfahrzeugs einen Schuß abzufeuern; anhand der Zeit, die das Fahrzeug brauchte, um den nächsten Kilometer-

stein zu erreichen, konnte der dort stehende Gendarm berechnen, welche Geschwindigkeit gefahren worden war.²³¹⁾ Dieses - wenn auch noch primitive - Verfahren war der Beginn einer Entwicklung, die zu den heute üblichen Radarkontrollen führte.

3.1.5 Polizeigesetze des modernen Staates

An bedeutsamen bayerischen Gesetzeswerken zur Regelung polizeilicher Fragenkomplexe sind aus den Jahren 1818 bis 1918 das Bayerische Polizeistrafgesetzbuch, das Bayerische Gerichtsverfassungsgesetz und die Bayerische Gemeindeordnung zu nennen. Im Bayerischen Polizeistrafgesetzbuch von 1861 wurde erstmals der Grundsatz der Gesetzmäßigkeit der Polizei verwirklicht, indem die Befugnis, polizeiliche Vorschriften oder Anordnungen zu erlassen, an eine ausdrückliche gesetzliche Ermächtigung gebunden wurde.²³²⁾ Mit dem gleichfalls im Jahre 1861 erlassenen Bayerischen Gerichtsverfassungsgesetz kam die endgültige Trennung von Justiz und Verwaltung.²³³⁾ Demgemäß mußte das Amt des Landrichters, der ja seit Jahrhunderten Justiz- und Verwaltungssachen erledigt hatte, in ein "Landgericht neuer Ordnung" und in ein Verwaltungsamt ("Bezirksamt", das jetzige Landratsamt) aufgespalten werden.²³⁴⁾ Grundlegende Änderungen brachte schließlich die Bayerische Gemeindeordnung vom 29. April 1869, die das Selbstverwaltungsrecht der Gemeinden erneut erweiterte. Die "Kgl. Stadt-Commissairs", die bis dahin in allen Polizeianglegenheiten maßgebend mitzustimmen hatten, wurden zurückberufen. Doch hatte der Bürger-

meister die Polizeiangelegenheiten seiner Stadt auch jetzt nicht als Teil der kommunalen Selbstverwaltung zu erledigen, sondern als staatliche Angelegenheit, zu deren Besorgung er vom König beauftragt war.²³⁵⁾

3.2 Die Jahre von 1918 bis 1933

3.2.1 Die Revolutionsjahre 1918/19

Die Revolution von 1918 hatte beträchtliche Auswirkungen auf die Polizei und hier besonders auf die Münchner Schutzmannschaft. Am Morgen des 8. November 1918 stellte sich der Gewerkschaftssekretär Josef Staimer den Beamten der Münchner Polizeidirektion als neuer Polizeipräsident vor. Der bisherige Polizeipräsident Rudolph von Beckh war gleichzeitig versetzt worden.²³⁶⁾ Kurz zuvor, um 1 Uhr nachts, hatte er noch zwei Bekanntmachungen unterzeichnet, deren Text seine bevorstehende Ablösung bereits ahnen ließ. Die erste dieser Bekanntmachungen lautete:

"Zur Aufrechterhaltung der Ordnung und Sicherheit arbeitet von heute an das gesamte Polizei- und Sicherheitspersonal im Auftrag und unter Kontrolle des Arbeiter- und Soldatenrates. Den Anordnungen dieser Organe ist unbedingt Folge zu leisten." ²³⁷⁾

Noch deutlicher wurde v. Beckh in seiner zweiten Bekanntmachung, indem er erklärte:

"Ich verpflichte mich, bei der Ausübung des Sicherheitsdienstes den Anordnungen des Arbeiter- und Soldatenrates München Folge zu leisten. Sofern ich dieser Verpflichtung nicht nachkommen kann, muß ich mir das Recht des Rücktritts vorbehalten." ²³⁸⁾

Eine der ersten Handlungen des Nachfolgers v. Beckhs war die Errichtung einer "Militärischen Sicherheitswache". Am 14. November 1918 erfolgte die Aufstellung einer "Zivilen

Sicherheitswache" in Stärke von 500 Mann, die sich auf die bisherigen Schutzmannswachen verteilte.²³⁹⁾ Nach der Proklamierung der "Räterepublik" kam es am 19. April 1919 zur endgültigen Außerdienststellung der Münchner Polizei.

Gleichzeitig nahmen der Drogist Johann Dosch und der Wäschevertreter Johann Köberl gemeinsam das Amt des Münchner Polizeipräsidenten für sich in Anspruch.²⁴⁰⁾ Sie wurden am 22. April 1919 von dem Installateur Mair-Günther abgelöst.²⁴¹⁾ Dieser leistete "Assistenz"²⁴²⁾, als Gesindel in der Nacht vom 28./29. April 1919 die Münchner Polizeidirektion plünderte und die Einrichtungen des Erkennungsdienstes sowie zahlreiche Kriminalakten vernichtete.²⁴³⁾

Am 1. und 2. Mai 1919 machte das in München einmarschierende "Freikorps Epp" dem Treiben ein Ende und bereits am 2. Mai 1919 nahm die Münchner Schutzmannschaft ihren regelmäßigen Streifendienst wieder auf, nachdem sie noch während der Kämpfe ihre Wachen wieder besetzt hatte. Dabei wurde sie von Kräften des in diesen Tagen aus Freiwilligen, Resten der früheren Armee und Angehörigen des Freikorps Epp gebildeten "Wehrregiments" unterstützt.²⁴⁴⁾ Die Leitung der Polizeidirektion München übernahm am 3. Mai 1919 Oberlandesgerichtsrat Ernst Pöhner. Am 1. August 1920 wurden die seit 1898 unter dem Kommando der Schutzmannschaft stehenden Kriminalschutzleute aus dem Verband der Schutzmannschaft gelöst und zu einer besonderen Gruppe ausgebaut.²⁴⁵⁾

3.2.2 Aufstellung einer Polizeitruppe

Auch außerhalb Münchens traten nach der Wiederherstellung

der Sicherheit und Ordnung verschiedene Änderungen im Bereich der Polizei ein: Das Gendarmerie-Korpskommando wurde in "Landesgendarmeriedirektion" umbenannt und am 11. November 1919 erfolgte durch das Bayerische Staatsministerium des Innern die Errichtung der "Staatlichen Polizeiwehr" in der Stärke von 4500 Mann.²⁴⁶⁾ Diese Polizeitruppe war zur Bereinigung besonders schwerer Sicherheitsstörungen, die den geschlossenen Einsatz einer großen Zahl von Polizeibeamten erforderten, gedacht.²⁴⁷⁾ Da die Siegermächte des 1. Weltkrieges in der Polizeiwehr aber einen getarnten Militärkörper sahen, mußte sie auf deren Drängen am 21. September 1920 aufgelöst werden.²⁴⁸⁾ Die Beamten der Polizeiwehr bildeten den Grundstock für einen neuen Polizeiverband, der mit Entschließung des Bayerischen Staatsministeriums des Innern vom 20. November 1920 den Namen "Bayerische Landespolizei" erhielt.²⁴⁹⁾ Als Führungsstellen wurden in München das "Kommando der Landespolizei Bayern" für das Land und ein "Kommando der Landespolizei München" für den Bereich der Stadt München gebildet.²⁵⁰⁾ Die Landespolizei hatte neben der Unterstützung des polizeilichen Einzeldienstes durch den geschlossenen Einsatz kasernierter Einheiten besonders die Aufgabe, Nachwuchskräfte für den gesamten Polizeidienst heranzubilden.²⁵¹⁾ Sie war damit der Vorläufer der heutigen Bereitschaftspolizei.

3.2.3 Verstaatlichung und Neuordnung der Schutzpolizei

Das Jahr 1923 brachte für den Bereich Nürnberg-Fürth eine

staatliche Polizeidirektion nach dem Münchner Vorbild, der 1929 die Verstaatlichung der Gemeindepolizeien von Augsburg, Würzburg, Regensburg und Hof folgte.²⁵²⁾

Die Vorschriften des Bayerischen Polizeibeamtengesetzes vom 12. April 1928 und einer entsprechenden Verordnung vom gleichen Tage brachten für die uniformierte Polizei entscheidende Änderungen: Sie regelten die Unterstellungsverhältnisse und die Bezeichnung der staatlichen uniformierten Polizeidienststellen. Gliederung, Stärke und Verteilung der Polizeikräfte waren vom Bayerischen Staatsministerium des Innern nach Maßgabe des Haushaltsplanes festzulegen. Es gab nur noch die Bezeichnungen "Schutzpolizei" für die Polizei in den Städten und "Gendarmerie" für die Polizei auf dem Lande. In München wurden künftig die Landespolizei und die bisherige Schutzmannschaft unter dem Oberbegriff "Schutzpolizei" geführt. Die Landespolizei außerhalb Münchens erhielt den Namen "Bereitschaftspolizei".²⁵³⁾

3.2.4 Errichtung des Landeskriminalpolizeidienstes

Im Bereich der Kriminalpolizei war mit Wirkung vom Januar 1928 für Bayern ein "Landeskriminalpolizeidienst" errichtet worden. Seine Aufgaben nahmen die Polizeidirektionen München und Nürnberg-Fürth wahr.²⁵⁴⁾ Die Polizeidirektion München war zugleich Zentralstelle der landeskriminalpolizeilichen Einrichtungen, zu denen neben dem Erkennungsdienst die Zigeunerpolizeileitstelle, die Gefangenenkartei, die Hauptstelle zur Bekämpfung von Geldfäls-

schungen, Glücksspielen und unzüchtigen Schriften, die Vermißtenzentrale, die Beratungsstelle zum Schutze gegen Verbrechen und das Fahndungs- sowie das Schubwesen gehörten.²⁵⁵⁾

3.3 Die Zeit bis zum Ende des Nationalsozialismus

Nach der Machtergreifung in Deutschland durch die Nationalsozialisten am 31. Januar 1933 begann auf dem Gebiete des Polizeiwesens eine Phase der Vereinheitlichung von Organisation, Ausbildung und Sachausstattung.²⁵⁶⁾ Mit Erlaß vom 17. Juni 1937 erfolgte schließlich die "Verreichlichung" der Polizei: Die staatlichen Polizeibeamten der Länder wurden Reichsbeamte.²⁵⁷⁾ Der SS-Führer Heinrich Himmler erhielt die Ernennung zum "Chef der Deutschen Polizei im Reichsministerium des Innern". Ihm unterstanden unmittelbar der "Chef der Ordnungspolizei", der für die Verwaltungs- und die Schutzpolizei zuständig war, sowie der "Chef der Sicherheitspolizei", dem die Kriminalpolizei und die politische Polizei zugewiesen waren.²⁵⁸⁾ Durch die Reichsverordnung vom 18. Mai 1940 verloren endlich auch die bisher formell noch selbständig gebliebenen Gemeindepolizeien ihre letzten Befugnisse. Die bayerische Polizei hatte damit zu bestehen aufgehört.²⁵⁹⁾

3.3.1 Auswirkungen der Vereinheitlichung des Polizeiwesens auf die Schutzpolizei

Im Zuge der Vereinheitlichung des Polizeiwesens erhielten die staatlichen Polizeidirektionen München und Nürnberg-

Fürth die Bezeichnung "Polizeipräsidium". Der Dienststellenname "Polizeipräsidium München" besteht also noch keine 50 Jahre. Gleichzeitig mit der Umbenennung der Direktionen in Präsidien erfolgte die Einführung des Begriffs "Polizeiverwaltung" für den innerpolizeilichen Geschäftsbetrieb. Im Jahre 1934 wurde wegen der ständigen Zunahme des Straßenverkehrs auch im Bereich des Polizeipräsidiums München eine "Verkehrspolizeiabteilung" als Teil der Schutzpolizei aufgebaut.²⁶⁰⁾

3.3.2 Die Kriminalpolizei im nationalsozialistischen Staate

Mit dem Erlaß des Reichsministers des Innern vom 20. September 1936 und den Ausführungsbestimmungen hierzu vom 16. Juli 1937 erhielt die Kriminalpolizei eine rein zentralistische Organisation. Sie gliederte sich nunmehr in Kriminalpolizeistellen und Kriminalpolizeileitstellen, die dem gleichzeitig errichteten Reichskriminalpolizeiamt nachgeordnet waren. Das Reichskriminalpolizeiamt wiederum unterstand dem Chef der Sicherheitspolizei unmittelbar.²⁶¹⁾ Es hatte die fachliche Leitung der kriminalpolizeilichen Dienststellen im Deutschen Reich wahrzunehmen und eine einheitliche Geschäftsführung dieser Stellen sowie ihre Zusammenarbeit sicherzustellen. Außerdem war es die Aufgabe des Reichskriminalpolizeiamtes, für die Weiterbildung der Kriminalbeamten nach den Richtlinien des Chefs der Sicherheitspolizei zu sorgen und alle Maßnahmen zu treffen, die geeignet waren, die Schlagkraft der Kriminalpolizei zu erhöhen.²⁶²⁾ Das Reichskriminalpolizeiamt verfügte über eine

ganze Reihe sog. "Reichszentralen",²⁶⁵⁾ deren Beamte im Rahmen ihrer sachlichen Zuständigkeit im gesamten Reichsgebiet polizeiliche Amtshandlungen vornehmen durften.²⁶⁴⁾

Die Kriminalpolizeileitstellen mit jeweils mehreren Kriminalpolizeistellen waren der staatlichen Polizeiverwaltung ihres Sitzes angegliedert und unterstanden in dienstlicher Hinsicht dem Chef dieser Behörde. Ihre Aufgaben umfaßten insbesondere

- die Aufrechterhaltung der Verbindung zwischen dem Reichskriminalpolizeiamt und der den Kriminalpolizeileitstellen nachgeordneten Kriminalpolizeistellen sowie dieser untereinander,
- die Beteiligung an der Bearbeitung von Straftaten, die sich über das Gebiet mehrerer Kriminalpolizeistellen erstreckten,
- die zentrale Bearbeitung derartiger, besonders bedeutsamer Straftaten, und
- die Führung zahlreicher Karteien (Verbrecher- und Straftatenkartei, Zehnfingerabdrucksammlung, Verbrecherlichtbildkartei, Spitznamenkartei, Sachfahndungskartei, u.a.).²⁶⁵⁾

Die Kriminalpolizeistellen bildeten das Rückgrat des reichskriminalpolizeilichen Vollzugsdienstes. Sie hatten die Aufgaben der örtlichen Kriminalpolizei wahrzunehmen, insbesondere

- Erfassung und Auswertung der kriminalpolizeilichen Vorgänge als Nachrichtensammel- und -auswertungsstelle ihres Bezirks,
- Weiterleitung bedeutsamer Meldungen über bekannte Täter oder über Straftaten noch unbekannter Täter an die zuständigen Kriminalpolizeileitstellen, sowie
- Führung bestimmter, denjenigen der Kriminalpolizeileitstellen entsprechenden Karteien.²⁶⁶⁾

In Bayern bestanden eine Kriminalpolizeileitstelle in München als zentrale Behörde für Bayern, sowie Kriminalpolizeistellen in Augsburg, Nürnberg, Regensburg und Würzburg.²⁶⁷⁾

Die politische und kriegsbedingte Lage in den Jahren nach

Beginn des zweiten Weltkrieges veranlaßte die Machthaber des nationalsozialistischen Staates dazu, die Dienststellen der Kriminalpolizei von den örtlichen Polizeiverwaltungen zu trennen und sie völlig dem Reichssicherheitshauptamt als der obersten Dienststelle der Sicherheitspolizei nachzuordnen.²⁶⁸⁾ Das Reichskriminalpolizeiamt wurde als "Amt V" in das Reichssicherheitshauptamt eingegliedert. Als Folge hiervon sowie der zusätzlichen Einsetzung von sog. "Höheren Polizeiführern" und Inspektoren der Sicherheitspolizei verloren die Kriminalpolizeileitstellen ihre Bedeutung als fachliche Führungsstellen.²⁶⁹⁾

3.3.3 Der Polizeibegriff des Nationalsozialismus

Der in § 10 Teil II Titel 17 des Preußischen Allgemeinen Landrechts gebrachte Begriff der Polizei blieb auch in den Jahren nach 1933 formell unverändert; die Aufgaben der Polizei waren gesetzlich auf den Bereich der Gefahrenabwehr beschränkt.²⁷⁰⁾ Jedoch entstand mit der "Geheimen Staatspolizei" eine Dienststelle zur "Erforschung und Bekämpfung aller staatsgefährdenden Bestrebungen", der keinerlei Schranken auferlegt waren und deren Verfügungen von den Gerichten nicht nachgeprüft werden durften.²⁷¹⁾ Da die Geheime Staatspolizei damit praktisch von der Beachtung des geltenden Rechts entbunden war, wurde sie für die nationalsozialistischen Machthaber das wichtigste Polizeiistrument. Dies führte dazu, daß von der eine Sonderpolizei darstellenden Geheimen Staatspolizei her die Vorstellung von der Polizei überhaupt bestimmt wurde. Das polizeiliche

Handeln löste sich von dem formell noch geltenden Polizeirecht, die Machtbefugnisse der Polizei weiteten sich über alle herkömmlichen gesetzlichen Grenzen hinweg aus.²⁷²⁾

Damit bestand die Möglichkeit, in die persönlichsten Rechte des Einzelnen schrankenloser einzugreifen, als dies im absolutistischen Zeitalter der Fall gewesen war.²⁷³⁾

3.4 Vom Jahre 1945 bis zur Gegenwart

Mit der bedingungslosen Kapitulation am 9. Mai 1945 fand die Reichspolizei ihr Ende. Deutschland wurde in Besatzungszonen aufgeteilt, in denen die Militärpolizei der jeweiligen Besatzungsmacht die polizeilichen Aufgaben zunächst selbst übernahm.²⁷⁴⁾ Teilweise zog die Militärpolizei aber auch bereits Angehörige der früheren deutschen Polizei zu ihren Streifenfahrten mit heran.²⁷⁵⁾

3.4.1 Trennung der Verwaltungspolizei von der Vollzugspolizei

Ein Hauptanliegen der Besatzungsmächte, besonders der amerikanischen Militärregierung, war die Dezentralisierung der Polizei und die Auflösung der Verwaltungspolizei. Die bisher von der Verwaltungspolizei wahrgenommenen Aufgaben wurden Verwaltungsbehörden zur Erledigung zugewiesen.²⁷⁶⁾ An die Stelle der Bau-, Gewerbe-, Gesundheits-, Feuer-, Fremdenpolizei usw. traten entsprechende Dienststellen der Stadt- bzw. Kreisverwaltung (Amt für öffentliche Ordnung, Gesundheitsamt, u.a.). Unter "Polizei" sind in Bayern seither nur noch die Dienstkräfte und Dienststellen des polizeilichen

lichen Vollzugsdienstes zu verstehen; es gilt also der sog. institutionelle Polizeibegriff.²⁷⁷⁾ Da aber ältere Gesetze die Begriffe "Polizei" und "Polizeibehörde" noch in dem herkömmlichen, umfassenden Sinne verwenden, mußte festgelegt werden, welche von den in diesen Gesetzen der "Polizei" oder den "Polizeibehörden" zugewiesenen Aufgaben und Befugnissen nunmehr von Dienstkräften und Dienststellen des polizeilichen Vollzugsdienstes wahrgenommen werden sollten. Diese Festlegung erfolgte durch eine Rechtsverordnung. In allen dort nicht aufgeführten Fällen sind die Behörden der allgemeinen inneren Verwaltung zuständig.²⁷⁸⁾

In Vollzug der Vorschriften der amerikanischen Militärregierung hatte beispielsweise der Stadtrat der Landeshauptstadt München am 20. Juni 1949 die Abtrennung der Verwaltungsdienststellen des Polizeipräsidiums und ihre Zusammenfassung in einem eben errichteten Amt für öffentliche Ordnung, das unmittelbar dem städtischen Referat für Kreisverwaltung unterstellt wurde, angeordnet.²⁷⁹⁾

3.4.2 Dezentralisierung der bayerischen Polizei

Der geeignetste Weg, die Dezentralisierung der Polizei zu erreichen, schien der Militärregierung der Aufbau kommunaler Polizeien. Für München beispielsweise erließ die amerikanische Militärregierung am 16. Juni 1945 Richtlinien für die Polizei, in denen statuiert war: "Im Zuge der Neuorganisation wird die Polizei städtisch. Sie untersteht als Referat 1 dem Oberbürgermeister der Stadt München und

führt die Bezeichnung Polizei der Stadt München."²⁸⁰⁾ Für die außerstädtischen Bereiche Bayerns ordnete die Militärregierung die Errichtung der "Landpolizei" an, so am 30. Juni 1945 für den Regierungsbezirk Oberbayern.²⁸¹⁾ Eingehende Bestimmungen über Aufbau und Zuständigkeiten der Polizei in der amerikanischen Besatzungszone brachten dann die "Vorschriften der amerikanischen Militärregierung über die öffentliche Sicherheit" vom 1. März 1947. Nach ihrem Titel 9 gliederte sich die Polizei in

- staatliche Polizei (uniformierte Landpolizei); zuständig in Gemeinden bis zu 5000 Einwohnern
- kommunale Polizei (städtische uniformierte Polizei und Kriminalpolizei); zuständig in Gemeinden über 5000 Einwohnern
- kriminalpolizeiliche Landesämter (je eines in jedem Land) ²⁸²⁾

3.4.3 Errichtung neuer bayerischer Polizeiverbände

Das kriminalpolizeiliche Landesamt für Bayern war bereits 1946 unter dem Namen "Landeserkennungsamt Bayern" in München errichtet und kurz darauf in "Zentralamt für Kriminalidentifizierung, Polizeistatistik und Polizeinachrichtenwesen im Bayerischen Staatsministerium des Innern" umbenannt worden.²⁸³⁾ Im Dezember 1949 erhielt das Amt die Bezeichnung "Zentralamt für Kriminalidentifizierung und Polizeistatistik des Landes Bayern" und schließlich am 28. Oktober 1952 mit dem Inkrafttreten des Bayerischen Polizeiorganisationsgesetzes und der Angliederung einer kriminalpolizeilichen Vollzugsdienstabteilung den heutigen Namen "Bayerisches Landeskriminalamt".²⁸⁴⁾

Im weiteren Verlauf des Aufbaues einer bayerischen Polizei

errichtete das Bayerische Staatsministerium des Innern am 5. Januar 1951 die Bayerische Bereitschaftspolizei als Ausbildungsverband sowie zur Unterstützung der kommunalen Polizeien und der Landpolizei bei größeren Einsätzen.²⁸⁵⁾

Bereits im November 1945 war die Bayerische Grenzpolizei errichtet worden. Dieser Polizeiverband stellt eine Besonderheit der Polizeiorganisation dar, die Bayern als einziges Bundesland aufzuweisen hat. Die Grenzpolizei besitzt eine lange und bewährte Tradition; als ihr Ausgangspunkt kann der bereits erwähnte, im 17. Jahrhundert aufgestellte "Sicherheitskordon" (Confin-Wacht) gelten.²⁸⁶⁾

Der Bayerischen Grenzpolizei obliegt im Grenzbereich von 30 km Tiefe die Überwachung und der polizeiliche Schutz der Landesgrenzen sowie unabhängig vom Grenzbereich die Überwachung des Personenverkehrs auf den Flughäfen. Zudem ist ihr auf Grund eines Verwaltungsabkommens zwischen der Bundesrepublik und dem Freistaat Bayern auch die Paßnachschau übertragen. Schließlich nimmt die Grenzpolizei in großen Teilen des Grenzgebiets die Aufgaben der Landpolizei und damit den gesamten polizeilichen Vollzugsdienst wahr.²⁸⁷⁾

3.4.4 Die Verstaatlichung der bayerischen kommunalen Polizeien

Die Neuordnung der bayerischen Polizei fand ihren Ausdruck im Bayerischen Polizeiorganisationsgesetz vom 28. Oktober 1952.²⁸⁸⁾ Dieses Gesetz löste die Einzelreglementierungen des Besatzungsrechts ab. Es bestimmte wie diese als Träger

der Polizei den Staat und die Gemeinden, gab den Gemeinden jedoch das Recht, bei mangelnder Leistungsfähigkeit die Übernahme der polizeilichen Aufgaben durch die Landpolizei zu beantragen.²⁸⁹⁾ Von diesem Recht machten im Lauf der nächsten Jahre viele kleinere Gemeinden Gebrauch, sodaß sich bis zum Jahre 1960 die Zahl der Kommunalpolizeien von 150 auf 57 verringert hatte.²⁹⁰⁾

In den Jahren 1962 und 1964 stand dann erneut die Errichtung staatlicher Polizeidirektionen in sämtlichen bayerischen Großstädten zur Debatte.²⁹¹⁾ In München beantragten Anfang 1970 die Ausschußgemeinschaft der kleineren Parteien und Wählergruppen im Stadtrat wegen der hohen Aufwendungen für die Polizei die Verstaatlichung der Münchner Polizei. Nachdem der Bayerische Staatsminister des Innern einen Mehrjahresplan zur Verstaatlichung aller kommunalen Polizeien Bayerns vorgelegt hatte, beschloß nach mehrfachen, längeren Debatten die Vollversammlung des Münchner Stadtrats am 21. April 1971 den Antrag auf Verstaatlichung der Münchner Polizei zu stellen.²⁹²⁾ Der Bayerische Ministerrat legte Ende 1971 die Termine für die Verstaatlichung der restlichen kommunalen Polizeien fest. Danach wurde die Polizei der Landeshauptstadt München zum 1. Oktober 1975 als letzte kommunale Polizei im Freistaat Bayern verstaatlicht.

II. DIE SOZIALSTRUKTUR DER BAYERISCHEN POLIZEI

Infolge ihrer Funktion als der Teil des Staatsapparates, der berechtigt ist, dem Staatsbürger gegenüber zur Aufrechterhaltung der öffentlichen Sicherheit und Ordnung oder zum Vollzug von Anordnungen der Verwaltungsbehörden unter bestimmten, gesetzlich geregelten Voraussetzungen unmittelbaren körperlichen Zwang anzuwenden (vgl. z.B. die Regelungen in den Artikeln 2, 3 und 38 PAG¹⁾), war die Polizei immer schon eine Institution, der das Interesse der Öffentlichkeit galt. Unser Zeitalter der Massenmedien Presse, Rundfunk und Fernsehen, in dem über Fälle polizeilichen Wirkens umfassend und oftmals weltweit berichtet wird, hat dieses Interesse der Öffentlichkeit an der Institution "Polizei" verstärkt, mit der Folge, daß nun auch wissenschaftliche Abhandlungen beginnen, sich mit polizeibezogenen Themen außerhalb des rein juristischen Themenkreises zu befassen. So führen Feest-Lautmann im Vorwort ihrer Sammlung soziologischer Studien über die Polizei aus: "Auch über ihre augenblickliche Aktualität hinaus ist die Polizei eine Institution, der die ständige Aufmerksamkeit der Wissenschaften von Staat, Politik und Recht gebührt."²⁾

1. Thesen zur Sozialstruktur der Polizei

Gerade die Sozialwissenschaften entdeckten in den letzten Jahren die Polizei als Forschungsgebiet, wobei die Polizei

vor allem als Organ der politischen Herrschaft und der sozialen Kontrolle herausgestellt wurde.³⁾ Lautmann etwa erklärt: "Polizeilicher Zwang ist ein unentbehrliches Instrument politischer Herrschaft."⁴⁾ Bei gesicherter politischer Herrschaft kaschiert sich der herrschaftskonstituierende Charakter der Zwangsinstanzen⁵⁾. Deren Tätigkeit sieht nun wie soziale Kontrolle aus.⁶⁾ In Verfolgung dieser Gedanken und Überlegungen haben sich zahlreiche Veröffentlichungen unter anderem auch mit Aussagen über die Sozialstruktur der Polizei befaßt, um aus diesem Blickwinkel heraus das Problem der Berechtigung der Polizei zur unmittelbaren körperlichen Einwirkung auf den einzelnen Staatsbürger zu erfassen und zu diskutieren.⁷⁾ Die dabei aufgestellten Thesen lassen sich im wesentlichen folgendermaßen akzentuieren:

These 1

Wesentliche Faktoren für die Berufszufriedenheit der Polizeibeamten sind ihre Schulbildung und berufliche Herkunft. Beamte, die den Eintritt in die Polizei als individuellen sozialen Aufstieg empfinden, sind in ihrem Beruf zufriedener, klagen weniger über mangelndes Ansehen in der Bevölkerung und würden eher noch einmal den Beruf des Polizeibeamten ergreifen.⁸⁾

These 2

Da die soziale Herkunft der Polizeibeamten relativ homogen ist, sind die Konfliktmöglichkeiten innerhalb der Polizei

reduziert. Gleichzeitig ist die weitere Homogenisierung durch polizeiinterne Ausbildung und berufliche Sozialisation erleichtert. Diese Umstände erhöhen einerseits zwar die Handlungssicherheit des einzelnen Polizeibeamten, andererseits aber auch die Gefahr der sozialen Isolierung der Polizei. Eine soziale Isolierung bringt aber die Wahrscheinlichkeit sozialer Konflikte mit solchen Gruppen der Gesellschaft, die sich nicht mit den sozialen Werten und Normen identifizieren, nach denen die Polizeibeamten ihr Handeln ausrichten.⁹⁾

These 3

Die schichtspezifische Herkunft der Polizeibeamten bestimmt maßgeblich ihr Sanktionshandeln. Die Polizei steht sprachlich und kulturell den unteren sozialen Schichten am nächsten, da sie sich in erster Linie aus diesen Schichten rekrutiert. Polizeibeamte können deshalb "Blödeleien" von Angehörigen der Unterschicht leichter ertragen als die sprachliche Überlegenheit und Arroganz eines Angehörigen der Oberschicht. Polizeibeamte werden deshalb Angehörige der unteren sozialen Schichten weniger stark sanktionieren als solche der oberen Schichten.¹⁰⁾

These 4

Da die Bewerber für den Polizeidienst zum größten Teil aus den unteren sozialen Schichten stammen, sehen sie den Polizeiberuf als Aufstiegsberuf, der ihnen den Zugang zur Mittelschicht eröffnet.¹¹⁾ Diese Aufstiegsorientierung der

meisten Polizeibeamten¹²⁾ führt zu einer relativ starken Identifizierung mit den Normen und Werten derjenigen sozialen Schichten, zu denen sie aufsteigen wollen.¹³⁾ Daher werden diese Polizeibeamten dazu tendieren, vor allem diejenigen zu sanktionieren, die das aus ihrer aufstiegsorientierten Sicht als erstrebenswert angesehene Wert- und Normensystem in Frage stellen.¹⁴⁾

These 5

Die Polizei ist ein wesentlicher Faktor der "gestaffelten" Macht- und Herrschaftsstruktur innerhalb der Gesellschaft. Sie setzt in erster Linie die Interessen der Mächtigen und sozial Privilegierten durch.¹⁵⁾

Diese Thesen zur Sozialstruktur der Polizei werden teils auf Grund rein spekulativer Überlegungen aufgestellt, teils liegen ihnen auch empirische Arbeiten zugrunde,¹⁶⁾ die jedoch durchwegs daran krankten, daß sie ihre Ergebnisse aus Befragungen einer sehr geringen Zahl von Polizeibeamten - in der Regel um die hundert - ableiten.¹⁷⁾ Die Direktoren des Soziologischen Institutes der Universität des Saarlandes, Helfer und Siebel, sprechen denn auch in ihrem Gutachten zum Berufsbild des Polizeivollzugsbeamten von der "Kluft zwischen weitreichendem theoretischen Anspruch und schwacher empirischer Basis, die kennzeichnend ist für diese Analysen."¹⁸⁾

2. Wissenschaftliche Grundlagen der Strukturanalysen für die Polizeien des Landes Nordrhein-Westfalen und des Freistaates Bayern

Eine Abhandlung über die Sozialstruktur der Polizei, die sich auf eine größere Zahl von Befragten stützt, hat erstmalig der Diplomo Soziologe Manfred Brusten veröffentlicht, der im Jahre 1972 die Personaldaten der Polizeivollzugsbeamten des Landes Nordrhein-Westfalen, des bevölkerungsstärksten Landes der Bundesrepublik Deutschland, zur Überprüfung der Thesen zur Sozialstruktur der Polizei auswertete.¹⁹⁾ Eine weitere Untersuchung wurde erst im Frühjahr 1976 mit dem eben schon erwähnten Gutachten von Helfer und Siebel veröffentlicht. Diese Untersuchung stützt sich auf die Befragung von 6000 aus den Polizeien sämtlicher Länder der Bundesrepublik Deutschland repräsentativ ausgewählten Polizeivollzugsbeamten.²⁰⁾ Da die Befragten etwa 5 % aller Polizeivollzugsbeamten der Bundesrepublik darstellen,²¹⁾ ist Gewähr für die Erzielung aussagekräftiger Ergebnisse gegeben, die auch für die Strukturanalyse der Polizei des Freistaates Bayern verbindliche Durchschnittswerte sind.

2.1 Personalstammbblätter der Polizei als zentrale Personaldatei

Brusten benutzte für seine Untersuchung die in den "Personalstammbblättern"²²⁾ der Polizeivollzugsbeamten von Nordrhein-Westfalen enthaltenen Daten, die eine zentrale Personalstatistik bilden und dem Landesinnenministerium mit

Hilfe der elektronischen Datenverarbeitung nicht nur schnelle und aktuelle Informationen über die Personalstruktur, sondern auch eine Entscheidungshilfe für verwaltungsinterne Zwecke wie Haushalt, Nachersatzplanung, Ausbildung und Einsatz der Polizei bieten.²³⁾ Gleichartige Personaldateien bestehen auch für die Polizeibeamten der anderen Bundesländer. Das Bayerische Staatsministerium des Innern hat demgemäß in Ziffer 1 seines Schreibens an die bayerischen Polizeiverbände vom 8. Juni 1973 die Aufgaben der elektronisch geführten Personaldatei der Polizeibeamten des Freistaates Bayern folgendermaßen beschrieben: "Sie dient primär der Erfüllung von Aufgaben der Personalverwaltung, der Haushaltsplanung und der Einsatz- und Ausbildungsplanung im Staatsministerium des Innern. Darüber hinaus sollen für die personalaktenführenden Dienststellen der staatlichen Polizei in Bayern automatisierbare Arbeiten erledigt und Entscheidungshilfen erstellt werden."²⁴⁾

2.2 Die in der Personaldatei gesammelten Informationen

Zur Erfüllung dieser Aufgaben enthalten die Personalstammbblätter 31 Datenfelder, wobei die Datenfelder 01 bis 10 für die von der Landesbesoldungsstelle zur Verfügung gestellten "Grunddaten"²⁵⁾, die Datenfelder 11 bis 31 für die von den personalaktenführenden Dienststellen zu erfassenden und zu übermittelnden "Ergänzungsdaten"²⁶⁾ vorgesehen sind.²⁷⁾

Die Grunddaten bestehen aus:

Datenfeld 01 = Stammmnummer²⁸⁾

- 02 = Name, Vorname, Anschrift
- 03 = Dienststelle
- 04 = Geschlecht
- 05 = Familienstand
- 06 = Konfession
- 07 = Kinderzahl
- 08 = Buchhaltungsstelle bei der Landesbesoldungs-
stelle
- 09 = Besoldungsdienstalter
- 10 = Besoldungsgruppe.29)

Die Ergänzungsdaten werden gebildet aus:

- Datenfeld
- 11 = Dienstzweig
 - 12 = Polizeivollzugsdiensttauglichkeit
 - 13 = Wehrdienst bis 1945
 - 14 = Altbewerber
 - 15 = Polizeidienst vor dem 21. Lebensjahr
 - 16 = Dienstzeit beim Bundesgrenzschutz
 - 17 = Dienstzeit bei der Bundeswehr
 - 18 = Zeit im öffentlichen Dienst
 - 19 = Jubiläumszuwendung
 - 20 = Schulbildung
 - 21 = Abgeschlossene Berufsausbildung vor Einstellung
 - 22 = Ausscheiden aus dem Dienst
 - 23 = Laufbahnprüfungen
 - 24 = Beurteilungen
 - 25 = Strafverfahren bzw. Disziplinarmaßnahmen
 - 26 = Aus- und Fortbildungslehrgänge
 - 27 = Ernennungen, Beförderungen
 - 28 = Sprachkenntnisse
 - 29 = Besondere Kenntnisse
 - 30 = Dienstposten, Funktionen
 - 31 = Beförderungszuschlag. 30)

3. Strukturanalysen für die Polizeien des Landes Nordrhein- Westfalen und des Freistaates Bayern

Die aus den Personaldaten zu gewinnenden Informationen benützte nun Brusten, um zur Frage der Schichtzugehörigkeit und der Aufstiegschancen der Polizeivollzugsbeamten des Landes Nordrhein-Westfalen die vorhin schon erwähnte Strukturanalyse anzufertigen. Im folgenden wird diese Analyse erläutert und eine gleichartige für die Polizeivollzugsbeamten des Freistaates Bayern erstellt, sowie ein Vergleich

zwischen diesen beiden Analysen gezogen. Da die Polizeivollzugsbeamten des Landes Nordrhein-Westfalen und des Freistaates Bayern zusammen rund 45 % der im Einzeldienst tätigen Polizeibeamten der Länder der Bundesrepublik Deutschland ausmachen, können aus dieser Untersuchung aussagekräftige Rückschlüsse für die Gesamtzahl der Polizeivollzugsbeamten der Bundesländer abgeleitet werden.

3.1 Allgemeine Personaldaten der Polizeivollzugsbeamten des Landes Nordrhein-Westfalen und des Freistaates Bayern

3.1.1 Verteilung der Polizeivollzugsbeamten auf die einzelnen Polizeisparten und Laufbahngruppen

Von den insgesamt 32 702 Beamten des Polizeivollzugsdienstes des Landes Nordrhein-Westfalen (Stand: 1. Januar 1972) gehören 27 532 (= 84,2 %) der Schutzpolizei und 5 170 (= 15,8 %) der Kriminalpolizei an. Diese Beamten verteilen sich auf die Laufbahngruppen des mittleren (30 411 Beamte = 93,0 %), gehobenen (2068 = 6,3 %) und höheren (223 = 0,7 %) Dienstes.³¹⁾ Die entsprechenden Zahlen für die bayerische Polizei lauten (Stand: 31. Dezember 1974): Gesamtzahl der Polizeivollzugsbeamten 21 887; davon sind 19 067 Schutzpolizeibeamte (= 87,1 %) und 2 820 Kriminalpolizeibeamte (= 12,9 %) in den Laufbahngruppen des mittleren (17 707 Beamte = 80,9 %), gehobenen (4 054 = 18,5 %) und höheren (126 = 0,6 %) Dienstes.³²⁾

3.1.2 Altersaufbau der Polizeivollzugsbeamten

Von den Polizeivollzugsbeamten des Landes Nordrhein-Westfalen

sind lt. Brusten rund 50 % jünger als 36 Jahre.³³⁾ Wie sich aus der nachfolgenden Tabelle zum Altersaufbau der bayerischen Polizeivollzugsbeamten ersehen läßt, beträgt auch der Wert für die Polizeivollzugsbeamten des Freistaates Bayern rund 50 %.³⁴⁾ Diese Tabelle zeigt zudem eine interessante Abweichung des Polizeipräsidiums München vom Durchschnitt des Altersaufbaues der bayerischen Polizeivollzugsbeamten: So läßt sich ablesen, daß die Jahrgänge bis zum vollendeten 25. Lebensjahr im Bereich des Polizeipräsidiums München fast um die Hälfte geringer vertreten sind, als bei den sonstigen bayerischen Polizeiverbänden. Dementsprechend sind die Jahrgänge ab dem 31. bis zum 45. Lebensjahr und hier besonders diejenigen zwischen dem 36. und 40. Lebensjahr deutlich stärker vertreten, als dem Durchschnitt der bayerischen Polizeiverbände entspricht. Dieses Phänomen läßt sich - was die verhältnismäßig geringe Zahl von Beamten bis zum 25. Lebensjahr betrifft - damit erklären, daß in der Zahl der Beamten bis zum 25. Lebensjahr bei den bayerischen Polizeiverbänden ohne Polizeipräsidium München die noch in Ausbildung befindlichen Beamten enthalten sind, da die Ausbildung aller Nachersatz-Polizeivollzugsbeamten für Bayern zentral bei der Bayerischen Bereitschaftspolizei erfolgt. Die relativ große Zahl von Beamten des Polizeipräsidiums München, die zwischen 31 und 45 Lebensjahre aufweisen, könnte auf den ersten Blick durch die Konzentration von Führungsdienststellen in einer Großstadtpolizei vom Umfang und der Be-

- TABELLE 1 -

Altersaufbau der bayerischen Polizei

Altersgruppe	Bayer. Polizei ohne Präsidium München	Polizeipräsi- dium München	Bayer. Polizei gesamt
bis 25. Le- bensjahr (Ge- burtsjahrgän- ge ab 1949)	3 030 = 16,92 %	392 = 9,86 %	3 422 = 15,64 %
26. - 30. Le- bensjahr (Ge- burtsjahrgänge 1944 - 1948)	2 517 = 14,05 %	590 = 14,85 %	3 107 = 14,19 %
31. - 35. (1939 - 1943)	3 090 = 17,25 %	869 = 21,87 %	3 959 = 18,09 %
36. - 40. (1934 - 1938)	2 377 = 13,27 %	726 = 18,27 %	3 103 = 14,17 %
41. - 45. (1929 - 1933)	1 273 = 7,11 %	430 = 10,82 %	1 703 = 7,78 %
46. - 60. (1914 - 1928)	5 626 = 31,40 %	967 = 24,33 %	6 593 = 30,13 %
bis 35. ein- schließlich	8 637 = 48,22 %	1 851 = 46,58 %	10 488 = 47,92 %
bis 45. ein- schließlich	12 287 = 68,60 %	3 007 = 75,67 %	15 294 = 69,87 %
Gesamt	17 913 = 100 %	3 974 = 100 %	21 887 = 100 %

deutung des Polizeipräsidiums München erklärbar sein. Allerdings weisen auch Polizeiverbände wie die Landespolizeidirektionen Oberbayern und Schwaben, oder das Bayerische Landeskriminalamt nicht gerade wenig Führungsstellen auf. Als Fazit bleibt somit nur die Feststellung, daß unter den Beamten des Polizeipräsidiums München die Beamten, die 31 bis 45 Lebensjahre aufweisen, erheblich stärker vertreten sind als unter den Beamten der anderen bayerischen Polizeiverbände. Eine Erklärung für diese Tatsache läßt sich nicht finden. Eventuell könnte aber die oftmals geäußerte Abneigung der jungen Polizeivollzugsbeamten, in einer Großstadt bzw. ihrem Einzugsbereich Dienst zu verrichten, eine Erklärung für den geringen Anteil lebensaltersmäßig junger Beamter im Bereich des Polizeipräsidiums München bieten.

3.1.3 Vor dem Jahre 1945 im Polizeivollzugsdienst tätig gewesene Beamte

An weiteren interessanten Daten allgemeiner Art konnte Brusten anhand der Personalstammbblätter der Polizeivollzugsbeamten des Landes Nordrhein-Westfalen feststellen, daß lediglich ca. 9 % dieser Beamten bereits in der Zeit des Nationalsozialismus im Polizeidienst standen.³⁵⁾ Da in den Personalstammbblättern der Polizeivollzugsbeamten des Freistaates Bayern das Datum des Eintritts in den Polizeidienst bisher nicht festgehalten wird, konnte für die Zahl der bayerischen Polizeivollzugsbeamten, die bereits in der Zeit des Nationalsozialismus im Polizeidienst

tätig gewesen sind, nur ein Näherungswert ermittelt werden. Zu diesem Zweck wurden sämtliche Polizeivollzugsbeamten, die vor dem Jahre 1927 geboren sind, erfaßt; dies deshalb, weil vor 1945 eine der Voraussetzungen für den Eintritt in den Polizeidienst die Vollendung des 18. Lebensjahres war. Von den auf diese Weise festgestellten Beamten wurden wiederum nur diejenigen berücksichtigt, deren 25jähriges Dienstjubiläum vor dem Jahre 1970 lag und die ihre Laufbahnprüfung vor dem Jahre 1945 abgelegt hatten. Der auf diese Weise ermittelte Näherungswert krankt naturgemäß daran, daß bei der Berechnung des Dienstjubiläums als Zeiten im öffentlichen Dienst auch Militärdienstzeiten und Zeiten der Kriegsgefangenschaft und Internierung berücksichtigt werden.³⁶⁾ Auch eine vor dem Jahre 1945 abgelegte Laufbahnprüfung stellt noch nicht sicher, daß sich der Beamte auch bereits in der Zeit des Nationalsozialismus im Polizeidienst befunden hat, da als Laufbahnprüfungen bei früheren Soldaten, die nach 1945 in den Polizeidienst traten, auch die von ihnen während ihrer Militärdienstzeit an Militärschulen abgelegten, vergleichbaren Prüfungen anerkannt worden sind.³⁷⁾ Die Zahl derjenigen Polizeivollzugsbeamten, die bereits in der Zeit des Nationalsozialismus im Polizeidienst standen, muß mit hin unter den nachstehend aufgeführten Werten liegen. Obwohl aus den oben geschilderten Gründen genauere Werte nicht festgelegt werden können, darf doch aufgrund der hohen Abweichung von dem entsprechenden Wert für Nordrhein-

Westfalen gesagt werden, daß in der bayerischen Polizei deutlich mehr Vollzugsbeamte, die bereits in der Zeit des Nationalsozialismus im Polizeidienst standen, tätig sind, als in der Polizei des Landes Nordrhein-Westfalen.

- TABELLE 2 -

Näherungswerte für die Zahl der bayerischen Polizeivollzugsbeamten, die bereits vor 1945 im Polizeidienst standen

Bayer. Polizei ohne Präsidium München	4 752 = 26,04 %	aller Po- lizeivoll- zugsbeamten des Polizei- verbandes
Polizeipräsidium München	516 = 12,91 %	
Bayer. Polizei gesamt (einschließlich Prä- sidium München)	5 268 = 23,68 %	

Interessant mag auch der Umstand sein, daß unter den Beamten des Polizeipräsidiums München prozentual erheblich weniger Beamte sind, die bereits in der Zeit des Nationalsozialismus im Polizeidienst standen, als dem Landesdurchschnitt entspricht. Die Tabelle zeigt, daß der Prozentwert für das Polizeipräsidium München fast um die Hälfte unter dem Wert für die gesamte bayerische Polizei liegt. Diese starke Abweichung dürfte aus dem Umstand herrühren, daß die Münchner Polizei bis vor wenigen Monaten eine kommunale Polizei war und als solche wesentlich stärker politischen Einflüssen und Rücksichtnahmen ausgesetzt war, die dazu führen konnten, Bewerber, die bereits in der Zeit des

Nationalsozialismus im Polizeidienst waren, eher abzulehnen, als das im staatlichen Bereich vielleicht der Fall war.

3.2 Schichtzugehörigkeit der Polizeivollzugsbeamten des Landes Nordrhein-Westfalen und des Freistaates Bayern

Die Sozialwissenschaften bestimmen die Schichtzugehörigkeit in der Regel mit Hilfe dreier leicht meßbarer Indikatoren: Beruf, Einkommen und Schulbildung, wobei der Indikator "Beruf" häufig noch unterteilt wird in "allgemeines Sozialprestige des Berufes" und in "Stellung innerhalb der Hierarchie des Berufszweiges".³⁸⁾ Zur Bestimmung der schichtspezifischen Herkunft einer Person dagegen können Beruf, Einkommen und Schulbildung des Vaters oder aber eigene, früher ausgeübte Berufe herangezogen werden.³⁹⁾

Von den in den Personalstammbüchern der Polizeivollzugsbeamten des Landes Nordrhein-Westfalen und des Freistaates Bayern enthaltenen Personaldaten sind für die Beantwortung der Fragen nach der schichtspezifischen Herkunft, der eigenen Schichtzugehörigkeit und des sozialen Aufstiegs der Polizeivollzugsbeamten insbesondere folgende Daten interessant:

- Die Daten über Schulbildung und Beruf vor Eintritt in die Polizei liefern Hinweise zur Schichtzugehörigkeit und zur schichtspezifischen Herkunft der Polizeivollzugsbeamten.
- Die Daten über die Zugehörigkeit der Polizeivollzugsbeamten zu den Laufbahngruppen des mittleren, gehobenen oder höheren Dienstes geben Auskunft über

die berufliche Stellung innerhalb der Hierarchie des Polizeiberufes. Sie berechtigen - in Verbindung mit Aussagen zum Sozialprestige des Polizeiberufes - zu Feststellungen über die Schichtzugehörigkeit der Polizeibeamten.

- Der Vergleich des sozialen Ansehens des Polizeiberufes mit dem des Berufes vor Eintritt in die Polizei, sowie der Vergleich zwischen Schulbildung und Aufstieg innerhalb der Polizei bieten Anhaltspunkte für Aussagen zum sozialen Aufstieg der Polizeivollzugsbeamten. 40)

3.2.1 Bestimmung der Schichtzugehörigkeit durch die Schulbildung

Die nachfolgenden Tabellen 3 und 4 zeigen die Schulbildung der Polizeivollzugsbeamten des Landes Nordrhein-Westfalen und des Freistaates Bayern. Es handelt sich dabei in aller Regel um die Schulbildung vor Eintritt in die Polizei. In Einzelfällen jedoch kann das allgemeine Bildungsniveau der Polizeivollzugsbeamten durch Weiterbildung während der Zeit der Zugehörigkeit zur Polizei, etwa durch den Besuch von Abendschulen oder die Teilnahme an Lehrveranstaltungen von Hochschulen, angehoben worden sein.⁴¹⁾

Aus der Tatsache, daß von sämtlichen Polizeivollzugsbeamten des Landes Nordrhein-Westfalen 73,4 % lediglich Hauptschulabschluß und nur 24,1 % mittlere Reife, sowie allein 2,5 % einen höheren Bildungsstand als mittlere Reife aufweisen, schließt Brusten, daß die "diskriminierende Laufbahngestaltung des Polizeidienstes", die die Abiturienten wie alle anderen Dienstanfänger auch zunächst in den mittleren Dienst

- TABELLE 3 -

Schulbildung der Polizeivollzugsbeamten des Landes

Nordrhein-Westfalen⁴²⁾

<u>Polizeivoll-</u> <u>zugsdienst</u> <u>insgesamt</u>	alle Lauf- bahnen	mittlerer Dienst	gehobener Dienst	höherer Dienst
Hauptschule	73,4 %	75,8 %	45,2 %	25,6 %
mittlere Reife	24,1	23,0	39,5	24,2
Abitur	2,3	1,2	14,0	41,7
Studium	0,2	0,0	1,3	8,5
<u>Schutzpolizei</u>				
Hauptschule	75,5 %	77,4 %	45,0 %	24,3 %
mittlere Reife	22,6	21,6	41,7	24,3
Abitur	1,8	1,0	13,0	46,6
Studium	0,0	0,0	0,3	4,7
<u>Kriminalpolizei</u>				
Hauptschule	62,3 %	65,9 %	45,4 %	28,0 %
mittlere Reife	31,8	31,3	35,5	24,0
Abitur	5,1	2,8	16,0	32,0
Studium	0,8	0,1	3,1	16,0

- TABELLE 4 -

Schulbildung der Polizeivollzugsbeamten des Freistaates Bayern

<u>Polizeivoll-</u> <u>zugsdienst</u> <u>insgesamt</u>	alle Lauf- bahnen	mittlerer Dienst	gehobener Dienst	höherer Dienst
Hauptschule	78,4 %	80,9 %	68,5 %	41,3 %
mittlere Reife	20,4	18,7	27,5	27,0
Abitur	1,1	0,4	4,0	20,6
Studium	0,1	0,0	0,0	11,1
<u>Schutzpolizei</u>				
Hauptschule	79,0 %	81,2 %	67,7 %	37,7 %
mittlere Reife	19,9	18,5	27,9	28,2
Abitur	1,0	0,3	4,3	23,5
Studium	0,1	0,0	0,1	10,6
<u>Kriminalpolizei</u>				
Hauptschule	73,9 %	78,0 %	70,1 %	48,8 %
mittlere Reife	23,9	21,5	26,6	24,4
Abitur	2,0	0,5	3,3	14,6
Studium	0,2	0,0	0,0	12,2

einreihe, die Abiturienten vom Eintritt in den Polizeidienst abhalte.⁴³⁾ Diese Theorie läßt sich aus den Tabellen zur Schulbildung der bayerischen Polizeivollzugsbeamten nicht bestätigen. Obwohl zum Zeitpunkt der Erhebung (= 31.12.1974) Bewerber mit Abitur bereits unmittelbar in den Polizeivollzugsdienst des Freistaates Bayern eingestellt wurden,⁴⁴⁾ beträgt der Anteil der Abiturienten innerhalb der bayerischen Polizeivollzugsbeamten sogar nur 1,1 %, d.h. er erreicht nicht einmal die Hälfte des für die Polizei des Landes Nordrhein-Westfalen ermittelten Wertes⁴⁵⁾ - und dies ohne eine "diskriminierende Laufbahngestaltung"! Der bisher festzustellende äußerst geringe Anteil von Abiturienten unter den Beamten des Polizeivollzugsdienstes kann damit nicht durch laufbahnrechtliche Überlegungen erklärt werden. Als mögliche Erklärung bleibt nur, daß Abiturienten oder Personen mit ähnlich hoher Schulbildung sich für den Beruf des Polizeibeamten nicht erwärmen können, oder aber auch, daß die für die Einstellung von Polizeibewerbern Verantwortlichen von sich aus keinen allzu großen Wert auf die Einstellung einer größeren Zahl von Abiturienten legen. Für die letztere Behauptung spricht, daß nach den Ausführungen des Leiters des Fachbereichs Polizei der Bayerischen Beamtenfachhochschule, Leitender Regierungsdirektor Dr. Dr. Olaf Weingart, für das Einstellungsjahr 1976 aus ca. 400 Bewerbern mit Abitur die 40 für den gehobenen Polizeivollzugsdienst am geeignetsten erscheinenden

Bewerber ausgesiebt werden.⁴⁶⁾

Die von Brusten anhand der Daten zur Schulbildung der Polizeivollzugsbeamten des Landes Nordrhein-Westfalen getroffene Feststellung, daß trotz der Einheitslaufbahn, die auch den Bewerbern, die lediglich Hauptschulabschluß aufweisen, den Weg bis in den höheren Dienst ermöglicht, der prozentuale Anteil der Beamten mit Hauptschulabschluß mit der Höhe des Dienstgrades immer weiter absinkt,⁴⁷⁾ läßt sich auch aus den Zahlen für die bayerischen Polizeivollzugsbeamten herleiten, wenngleich hier die Abnahme bei weitem nicht so kraß hervortritt als in Nordrhein-Westfalen: Während in Nordrhein-Westfalen nur 25,6 % der Beamten des höheren Dienstes als Bewerber mit Hauptschulabschluß in die Polizei eingetreten sind, liegt die entsprechende Zahl für Bayern immerhin noch bei 41,3 %. Dem entsprechend sind unter den bayerischen Polizeivollzugsbeamten des höheren Dienstes nur 31,7 % mit Abitur oder einer höheren Schulbildung, während für die Polizei des Landes Nordrhein-Westfalen diese Zahl 50,2 % beträgt.⁴⁸⁾ Es ist mithin festzustellen, daß die Chancen eines Bewerbers mit Hauptschulabschluß in den höheren Dienst aufzusteigen, in Bayern sehr deutlich besser sind, als in Nordrhein-Westfalen. Hiermit verbunden ist die Tatsache, daß in Bayern von den Polizeivollzugsbeamten des höheren Dienstes nur 20,6 % Abiturienten sind, wogegen 41,7 % der Polizeivollzugsbeamten des höheren Dienstes in Nordrhein-Westfalen Abitur vorweisen können.⁴⁹⁾ Interessant ist, daß

aber Bewerber mit Hochschulstudium in Bayern unter den Polizeivollzugsbeamten des höheren Dienstes mit 11,1 % sichtlich stärker vertreten sind als in Nordrhein-Westfalen mit 8,5 %. Am deutlichsten zeigt ein Vergleich der Polizeivollzugsbeamten des höheren Dienstes in der Schutzpolizei diesen Unterschied: Nur 4,7 % dieser Beamten weisen in der Polizei des Landes Nordrhein-Westfalen ein Hochschulstudium auf. In Bayern dagegen beträgt die entsprechende Zahl 10,6 %.⁵⁰⁾

Als weiteres Faktum erhielt Brusten aus der Tabelle zur Schulbildung der Polizeivollzugsbeamten des Landes Nordrhein-Westfalen⁵¹⁾, daß im Vergleich zur Schutzpolizei der prozentuale Anteil der Beamten, die weiterführende Schulen besucht haben, bei der Kriminalpolizei deutlich größer ist.⁵²⁾ Brusten führt diese Tatsache auf die Art und die größere Attraktivität der kriminalpolizeilichen Aufgaben zurück.⁵³⁾ Auch bei der bayerischen Polizei läßt sich feststellen - allerdings wieder nicht so scharf und deutlich wie bei der Polizei des Landes Nordrhein-Westfalen, daß unter den Kriminalbeamten ein prozentual höherer Teil als unter den Schutzpolizeibeamten weiterführende Schulen besucht hat.⁵⁴⁾

3.2.2 Die Schulbildung der Polizeivollzugsbeamten verschiedener Einstellungsjahrgänge

Im Folgenden wird anhand der in den Personalstammblätern enthaltenen Daten eine Übersicht über die Schulbildung der Polizeivollzugsbeamten verschiedener Einstellungs-

jahrgänge gebracht. Die nachstehenden Tabellen 5 und 6 zeigen die von Brusten für die Polizeivollzugsbeamten Nordrhein-Westfalens sowie die für die bayerischen Polizeivollzugsbeamten erarbeiteten Werte. Bei Tabelle 6 ist wieder darauf hinzuweisen, daß in den Personalstammblättern der bayerischen Polizeivollzugsbeamten das Einstellungsdatum nicht vorgetragen ist; es konnten deshalb nur durch Feststellung der ersten Beförderung und Rückrechnung anhand der weitgehendst gleichen Wartezeiten bis zu dieser Beförderung die Einstelljahrgänge der einzelnen Polizeivollzugsbeamten in guter Näherung bestimmt werden.

Die Tabellen 5 und 6 zeigen, daß sowohl in Nordrhein-Westfalen als auch in Bayern der prozentuale Anteil der Beamten mit Hauptschulabschluß seit 1945 ständig gesunken ist, während der prozentuale Anteil der Beamten mit mittlerer Reife gleichzeitig kontinuierlich beträchtlich anstieg: Von den Beamten der Polizei des Landes Nordrhein-Westfalen, die bereits vor 1945 im Polizeidienst standen, weisen 84,9 % Hauptschulabschluß auf, während bei den Beamten der Einstellungsjahrgänge 1966 bis 1970 der Anteil der Hauptschüler nur noch bei 67,4 % liegt. In Bayern ist diese Entwicklung noch wesentlich ausgeprägter zu beobachten: Von den bayerischen Polizeivollzugsbeamten, die schon vor 1945 dem Polizeidienst angehörten, haben 92,4 % lediglich Hauptschulabschluß, während sich unter den Beamten der Einstellungsjahrgänge 1966 bis 1970 nur noch 63,8 %

- TABELLE 5 -

Schulbildung der Polizeivollzugsbeamten verschiedener Einstellungsjahrgänge in Nordrhein-Westfalen⁵⁵⁾

Einstellungs- jahrgänge	Zahl der Beam- ten (= 100 %)	Hauptschul- abschluß	Mittlere Reife	Abitur Studium
vor 1945	3 597	84,9 %	10,8 %	4,3 %
1946 - 1950	7 434	79,9	17,0	3,0
1951 - 1955	3 174	80,7	17,4	2,0
1956 - 1960	3 148	76,1	22,2	1,7
1961 - 1965	4 076	69,2	28,5	2,2
1966 - 1970	10 547	67,4	31,0	2,4

- TABELLE 6 -

Schulbildung der Polizeivollzugsbeamten verschiedener Einstellungsjahrgänge in Bayern

Einstellungs- jahrgänge	Zahl der Beam- ten (= 100 %)	Hauptschul- abschluß	Mittlere Reife	Abitur Studium
vor 1945	2 800	92,4 %	6,4 %	1,2 %
1946 - 1950	2 565	86,8	10,4	2,8
1951 - 1955	1 490	86,7	12,3	1,0
1956 - 1960	2 402	85,4	14,3	0,3
1961 - 1965	3 246	78,9	20,8	0,3
1966 - 1970	3 066	63,8	36,1	0,1

Hauptschüler befinden. Der prozentuale Anteil der Beamten mit mittlerer Reife dagegen ist im gleichen Zeitraum in der Polizei des Landes Nordrhein-Westfalen von 10,8 % auf 31,0 % - also fast auf das Dreifache - gestiegen. Noch stärker ist der Anstieg des prozentualen Anteils der Beamten mit mittlerer Reife in der bayerischen Polizei zu erkennen. Dort hat sich der entsprechende Wert von 6,4 % auf 36,1 % - also fast auf das Sechsfache - erhöht.⁵⁶⁾ Diese Entwicklung bedeutet nicht etwa eine polizeispezifische bzw. polizeiimmanente Erhöhung des geforderten Bildungsniveaus; sie entspricht vielmehr den bildungsmäßigen Veränderungen innerhalb der Gesellschaft selbst: Die Polizei gleicht lediglich ihr Bildungsniveau der allgemeinen Bildungsstruktur in der Bundesrepublik Deutschland an.⁵⁷⁾ Daß der Anstieg des prozentualen Anteils der Beamten mit mittlerer Reife nicht auf eine allgemeine Erhöhung des Bildungsniveaus der Polizei zurückzuführen ist, zeigt schon die Tatsache, daß der Anteil der Beamten mit Abitur oder Studium in der Polizei erheblich zurückgegangen ist.⁵⁸⁾ Dieser Rückgang ist aus den Zahlen für die bayerische Polizei wiederum sehr viel deutlicher als aus denjenigen für die Polizei des Landes Nordrhein-Westfalen abzulesen: Während in Nordrhein-Westfalen unter den Beamten, die bereits vor 1945 in den Polizeidienst getreten waren, der Anteil der Beamten, die Abitur oder einen höherwertigen Bildungsstand aufweisen, bei 4,3 % lag und dann bis auf 1,7 % für die Einstellungsjahrgänge 1956 bis 1960 zu-

rückging, sich aber schließlich wieder bis auf 2,2 % bzw. 2,4 % für die Einstellungsjahrgänge 1961 bis 1965 und 1966 bis 1970 erhöhte,⁵⁹⁾ ist die Entwicklung in Bayern eindeutiger verlaufen. Hier befanden sich unter den Beamten, die schon vor 1945 der Polizei angehörten, 1,2 % mit Abitur oder einem höherwertigen Bildungsstand. Von einem einmaligen Höchststand von 2,8 % unter den Einstellungsjahrgängen 1946 bis 1950 ging der prozentuale Anteil der Beamten mit Abitur oder Studium schließlich beständig bis auf 0,1 % bei den Einstellungsjahrgängen 1966 bis 1970 zurück.⁶⁰⁾ Eine Erklärung für den relativ hohen Prozentanteil der Polizeivollzugsbeamten mit Abitur oder einem höherwertigen Bildungsstand unter den Einstellungsjahrgängen vor 1945 bis 1950 ist darin zu sehen, daß Abiturienten im Polizeidienst bis 1945 Aussicht auf beschleunigte Beförderung hatten. Aber auch die Arbeitsmarktlage in der Zeit von vor 1945 bis 1950, die ein knappes Angebot anderer Arbeitsmöglichkeiten für Abiturienten brachte, führte dazu, daß vermehrt Abiturienten in den Polizeidienst traten und so der prozentuale Anteil der Abiturienten unter den Polizeivollzugsbeamten relativ hoch war.⁶¹⁾

Eine weitere Differenzierung in den Aussagen zur Schulbildung von Polizeibeamten kann erreicht werden, wenn das Datenmaterial zur Schulbildung der Polizeivollzugsbeamten verschiedener Einstellungsjahrgänge für die Schutzpolizei und die Kriminalpolizei getrennt ausgewertet wird. Die nachfolgenden Tabellen 7 und 8 zeigen die Ergebnisse einer der-

- TABELLE 7 -

Schulbildung der Polizeivollzugsbeamten verschiedener Einstellungsjahrgänge in Nordrhein-Westfalen getrennt nach Schutzpolizei (S) und Kriminalpolizei (K)⁶²⁾

Einstellungs- jahrgänge	Hauptschul- abschluß		Mittlere Reife		Abitur Studium	
	S	K	S	K	S	K
vor 1945	85,8 %	77,9 %	10,3 %	14,5 %	3,9 %	7,6 %
1946 - 1950	83,9	67,3	14,2	26,0	1,9	6,6
1951 - 1955	84,2	68,3	14,4	27,9	1,4	3,8
1956 - 1960	79,3	67,2	19,7	29,3	1,1	3,5
1961 - 1965	71,9	52,0	26,5	42,1	1,7	5,8
1966 - 1970	68,2	42,9	30,0	48,8	1,9	8,4

- TABELLE 8 -

Schulbildung der Polizeivollzugsbeamten verschiedener Einstellungsjahrgänge in Bayern getrennt nach Schutzpolizei (S) und Kriminalpolizei (K)

Einstellungs- jahrgänge	Hauptschul- abschluß		Mittlere Reife		Abitur Studium	
	S	K	S	K	S	K
vor 1945	93,1 %	88,4 %	5,7 %	10,2 %	1,2 %	1,4 %
1946 - 1950	88,4	76,3	9,3	17,9	2,3	5,8
1951 - 1955	87,5	82,9	11,6	15,9	0,9	1,2
1956 - 1960	87,0	77,5	12,7	22,0	0,3	0,5
1961 - 1965	80,6	66,3	19,2	32,9	0,2	0,8
1966 - 1970	64,6	52,3	35,3	46,7	0,1	1,0

artigen Auswertung bei den Polizeivollzugsbeamten des Landes Nordrhein-Westfalen und des Freistaates Bayern. Aus diesen Tabellen ist abzuleiten, daß in der Kriminalpolizei offenbar schon immer ein höherer Prozentsatz von Beamten beschäftigt war, die weiterführende Schulen besucht hatten.⁶³⁾ Weiter ist festzustellen, daß in den letzten 3 Jahrzehnten die Verringerung des prozentualen Anteils von Polizeivollzugsbeamten mit Hauptschulabschluß bei der Kriminalpolizei wesentlich stärker als bei der Schutzpolizei vor sich gegangen ist: Im Vergleich zu den Kriminalbeamten, die bereits vor 1945 in den Dienst der Polizei getreten waren, ist der Prozentsatz der Beamten mit Hauptschulabschluß bis 1970 sowohl in Nordrhein-Westfalen als auch in Bayern fast auf die Hälfte gesunken.⁶⁴⁾ Besonders stark ging diese Entwicklung in den letzten 10 Jahren vor sich; sie führte dazu, daß von den Polizeivollzugsbeamten der Einstellungsjahrgänge 1966 bis 1970, die zur Kriminalpolizei gingen, fast 50 Prozent als Schulbildung mittlere Reife aufweisen. Die Unterschiede zwischen Schutzpolizei und Kriminalpolizei zeigen sich auch bei den Zahlen der eingestellten Abiturienten und Akademiker. Zwar konnte die Kriminalpolizei schon immer deutlich mehr Beamte mit Abitur und Studium aufweisen als die Schutzpolizei⁶⁵⁾ - innerhalb der letzten 10 Jahre hat sich dieses Faktum jedoch erheblich verstärkt. So hatten in Nordrhein-Westfalen 8,4 % der Kriminalbeamten, die aus den Einstellungsjahrgängen 1966 bis 1970 stammten, Abitur oder einen

höherwertigen Bildungsstand aufzuweisen. Bei der Schutzpolizei des Landes Nordrhein-Westfalen dagegen lag der prozentuale Anteil von Polizeivollzugsbeamten mit Abitur oder höherwertiger Bildung nur bei 1,9 %. Noch schärfer tritt der Unterschied im prozentualen Anteil der Abiturienten und Akademiker im Polizeivollzugsdienst beim Vergleich zwischen Kriminalpolizei und Schutzpolizei in Bayern hervor: Hier beträgt der prozentuale Anteil der aus den Einstellungsjahrgängen 1966 bis 1970 stammenden Kriminalbeamten, die Abiturienten oder Akademiker sind, zwar nur 1,0 %, er ist jedoch noch 10-fach höher als der entsprechende Wert (0,1 %) für die Schutzpolizei.

4. Untersuchung der schichtspezifischen Herkunft der Polizeivollzugsbeamten

Wie bereits unter Kapitel 3.2 eingangs erwähnt, bestimmen die Sozialwissenschaften die schichtspezifische Herkunft einer Person aus Beruf, Einkommen und Schulbildung des Vaters oder aber aus dem eigenen, früher ausgeübten Beruf der Person.

4.1 Bestimmung mit Hilfe des vor Eintritt in den Polizeidienst ausgeübten Berufs

Brusten verwendete zur Überprüfung der schichtspezifischen Herkunft der Polizeibeamten des Landes Nordrhein-Westfalen die in ihren Personalstammblätern enthaltenen Angaben über den vor Eintritt in die Polizei erlernten und ausge-

- TABELLE 9 -

Von den Polizeivollzugsbeamten des Landes Nordrhein-Westfalen
vor ihrem Eintritt in die Polizei erlernte bzw.
ausgeübte Berufe⁶⁶⁾

Berufskategorien	Gesamter Polizeivollzugsdienst	
	absolut	in %
Schulentlassene, arbeitssuchend	5 105	16,3 %
Schmiede, Schlosser, Klempner	4 151	13,2 %
Büro- u. Verwaltungsberufe	3 265	10,4 %
Metallerzeuger u. -bearbeiter	1 711	5,5 %
Handel und Verkauf	1 673	5,3 %
Holz, Druck und Papier	1 633	5,2 %
Bauberufe	1 572	5,0 %
Elektroberufe	1 429	4,6 %
Bergbau u. Mineralgewinnung	1 331	4,2 %
Land- u. Forstwirtschaft	1 316	4,2 %
KFZ-Mechaniker u.ä.	1 117	3,6 %
ungelernte Hilfskräfte	1 086	3,5 %
Nahrungs- u. Genußmittel	1 068	3,4 %
Textil, Bekleidung, Lederwaren	956	3,0 %
Ordnungs- u. Sicherheitsdienste	838	2,7 %
Transport und Verkehr	655	2,1 %
Techniker, Ingenieur u.ä.	565	1,8 %
Lehrlinge, Praktikanten, Volontäre	463	1,5 %
Pfleger, Helfer, Erzieher	284	0,9 %
übrige Berufe	1 153	3,7 %

übten Beruf.⁶⁷⁾ Daraus erarbeitete Brusten vorstehende Tabelle 9, die die prozentuale Verteilung der verschiedenen Vor-Berufe (Herkunftsberufe) der Polizeivollzugsbeamten des Landes Nordrhein-Westfalen zeigt. Aus den in dieser Tabelle vorgetragenen Daten folgert Brusten, daß die berufliche Herkunft der Polizeivollzugsbeamten des Landes Nordrhein-Westfalen relativ breit gestreut ist, jedoch ca. 50 Prozent der Polizeibeamten vor ihrem Eintritt in die Polizei einen Beruf mit vorwiegend manuellen Tätigkeiten ausgeübt hätten (Arbeiter und Handwerker), mithin zur mittleren oder höchstens oberen Unterschicht gehörten.⁶⁸⁾

4.2 Bestimmung mit Hilfe des Vaterberufs

Gegen die von Brusten vorgenommene Bestimmung der schichtspezifischen Herkunft der Polizeivollzugsbeamten des Landes Nordrhein-Westfalen sind gewichtige Einwände zu erheben: Es erscheint sehr fragwürdig, bei jungen Menschen - und die Bewerber für den Polizeidienst kommen fast ausschließlich aus den Reihen junger Menschen - aus dem Herkunftsberuf auf die Schichtzugehörigkeit zu schließen. Die Bewerber für den Polizeidienst haben oft nur Übergangsberufe gewählt, standen dort erst am Anfang ihrer Karriere oder waren gar berufslos, weil sie direkt von der Schule kamen.⁶⁹⁾ Es ist deshalb sinnvoller, die Feststellung der schichtspezifischen Herkunft über den Beruf des Vaters zu treffen.⁷⁰⁾ Eine derartige Bestimmung der schichtspezifischen Herkunft vermeidet es, die bestimmenden Ein-

flüsse der familiären Sozialisation auf das Handeln des einzelnen Bewerbers zugunsten einer Überbetonung der Aufstiegsaspirationen zu vernachlässigen.⁷¹⁾ Einem Großteil der Bewerber für den Polizeivollzugsdienst geht es zunächst einmal um die Erlangung und Sicherung des erlebten Herkunfts-Familienstatus'. Damit ist für die Beantwortung der Frage nach der schichtspezifischen Herkunft der Beruf des Vaters ausschlaggebend. Wird nur aus der Schulbildung und dem Vorberuf der Bewerber für den Polizeivollzugsdienst auf ihre schichtspezifische Herkunft geschlossen, sind irreführende Folgerungen unausbleiblich.⁷²⁾

Deshalb gehen Helfer und Siebel in ihrem Gutachten zum Berufsbild der Polizeivollzugsbeamten für die Festlegung der schichtspezifischen Herkunft der Polizeibeamten vom Beruf des Vaters aus. Das Ergebnis der bei einer repräsentativen Befragung von 6 000 Polizeivollzugsbeamten am häufigsten genannten Berufe der Väter enthält die nachfolgende Tabelle 10. Daraus ist zu ersehen, daß die Gruppe der Berufe, deren Aufgabengebiet den Bereich der öffentlichen Sicherheit und Ordnung umfaßt, bei den Angaben der Vaterberufe von Polizeivollzugsbeamten deutlich an der Spitze liegt. Insgesamt gehören 11 % der Vaterberufe zu dieser Gruppe. Danach folgt mit 9 % die Gruppe der land- und forstwirtschaftlichen Berufe. Auch der Anteil der Verwaltungsfachkräfte erreicht mit 8 % einen beachtlichen Wert. Die Warenkaufleute sind unter den Vaterberufen mit 4 % vertreten, während Ernährungs- und allgemeine Dienst-

Beruf des Vaters, in dem dieser bis zum Eintritt des Sohnes in
den Polizeivollzugsdienst die längste Zeit beschäftigt war
(Zusammenfassung der häufigstgenannten Berufe)⁷³⁾

Öffentliche Ordnungs- und Sicherheitsberufe (Soldaten, Polizeibeamte, Berufsfeuerwehrleute, Leichenbestatter, Eichbeamte u.ä.)	11 %
Landwirte, Tierzüchter, Fischereiberufe, Pflanzenbauer, Forstwirte, Förster u.ä.	9 %
Schlosser, Mechaniker, Schmiede, Installateure, Werkzeugmacher, Metallfeinbauer, Montierer u.ä.	8 %
Bürofachkräfte, Verwaltungsfachkräfte, Bürohilfskräfte (Verwaltungsfachkräfte im öffentlichen Dienst, Registratoren, Stenographen, Datenverarbeitungsfachleute, Amtsboten u.ä.); Dienstleistungs- und Rechnungsfachleute (Bankkaufleute, Versicherungsfachleute, Werbefachleute, Makler, Buchhalter, Kassierer, Kalkulatoren u.ä.)	8 %
Transport- und Verkehrsberufe (Schaffner, Straßewarten, Lotsen, Schleusenwärter, Kapitäne, Lagerverwalter, Lagerarbeiter, Möbelpacker, Versandfertigmacher, Funker, Telefonisten, Posthalter u.ä.)	6 %
Bauberufe, Raumgestalter (Maurer, Zimmerer, Gipser, Fliesenleger, Glaser, Ofensetzer, Polsterer, Straßenbauer, Tiefbauer u.ä.); Maler, Lackierer, Furnierer u.ä.	6 %
Papierhersteller, Papierverarbeiter, Drucker (Zellstoffbereiter, Buchbinder, Schriftsetzer, Siebdrucker, Druckereihelfer u.ä.); Holzaußbereiter, Holzwarenfertiger (Tischler, Modellbauer, Sägewerker, Drechsler, Besenmacher, Korbwarenmacher, Stellmacher, Bootsschreiner u.ä.)	5 %
Waren-Kaufleute (Großhandelskaufleute, Einzelhandelskaufleute, Verkäufer, Drogisten, Buchhändler u.ä.)	4 %
Textil- und Bekleidungsberufe, Lederverarbeiter (Schneider, Weber, Textilfärber, Schuhmacher, Sattler, Kürschner u.ä.)	3 %
Bergleute, Mineralgewinner, Mineralaufbereiter u.ä.	3 %
Metallerzeuger, Metallbearbeiter (Schmelzer, Walzer, Formgießer, Fräser, Graveure, Lötter u.ä.)	3 %
Ernährungsberufe (Bäcker, Fleischer, Köche, Müller, Brauer u.ä.)	2 %
Allgemeine Dienstleistungsberufe (Friseure, Gastwirte, Kellner, hauswirtschaftliche Berufe, Reinigungsberufe u.ä.)	2 %

leistungsberufe je 2 % der Vaterberufe ausmachen. Zusammen beträgt der Prozentwert der genannten Berufsgruppen 36 %, d.h. mehr als ein Drittel der Väter von Polizeivollzugsbeamten sind aufgrund ihres Berufes mindestens zur Mittelschicht zu rechnen.⁷⁴⁾ Für die Söhne dieser Väter kann mithin der Eintritt in den Polizeivollzugsdienst kein sozialer Aufstieg sein. Noch überzeugender läßt sich diese Behauptung beweisen, wenn man in die Untersuchung die Stellung des Vaters im ausgeübten Beruf (Beamter, Angestellter, Arbeiter, Selbständiger) einbezieht. Helfer und Siebel erhielten hier als Ergebnis ihrer Umfrage folgende Prozentwerte: 31 % der Väter besitzen den Status Arbeiter, 23 % gehören zu den Beamten, gefolgt von den Selbständigen und Angestellten mit je 21 %; 4 % der befragten Polizeivollzugsbeamten machten keine Angaben zum Status des Vaters.⁷⁵⁾ Nach diesen Zahlen gehören also 44 % der Väter von Polizeivollzugsbeamten zu den Berufsgruppen der Selbständigen und der Beamten.⁷⁶⁾ Rechnet man noch die Angestellten hinzu, vergrößert sich der der Mittelschicht zuzuordnende Anteil der Väter von Polizeivollzugsbeamten sogar auf 65 %.⁷⁷⁾

Das Ergebnis der durch Helfer und Siebel vorgenommenen Befragung zum Beruf des Vaters von Polizeibeamten läßt es mithin als unzulässig erscheinen, die Polizeivollzugsbeamten über die von ihnen vor Eintritt in die Polizei ausgeübten Berufe der oberen Unterschicht zuzuordnen⁷⁸⁾ wie dies Brusten tut.⁷⁹⁾ Genausowenig ist es vertretbar,

bei Berücksichtigung der Vielfalt der in Tabelle 10 häufigstgenannten Vaterberufe von einer relativen Homogenität der sozialen Herkunft der Polizeivollzugsbeamten zu sprechen.⁸⁰⁾

Zum Abschluß der Erörterungen zur Frage der Schichtzugehörigkeit und schichtspezifischen Herkunft der Polizeivollzugsbeamten soll ein Praktiker zu Wort kommen. Polizeidirektor Alfred Baumann, der durch seine Tätigkeit auf dem Ausbildungs- und Fortbildungssektor des Polizeipräsidiums München langjährige Erfahrungen besitzt, erklärt: "Nach wie vor rekrutiert sich das Gros der Bewerber für die Polizeibeamtenlaufbahn aus dem sogenannten bürgerlichen Mittelstand und kommt aus ländlich strukturierten oder kleinstädtischen Bereichen. Der in der Großstadt aufgewachsene und mit dem dortigen Metier vertraute Anwärter besitzt Seltenheit. Trotz einer auch auf dem Lande und in der Kleinstadt sich vollziehenden Liberalisierung und Normalisierung genießt der Polizeibeamte dort immer noch ein weit größeres Ansehen als der Großstadtpolizist. Er gehört zu den 'Honoratioren', seine Meinung hat Gewicht, er wird geachtet, zumindest aber beachtet."⁸¹⁾

5. Die Berufszufriedenheit von Polizeivollzugsbeamten

Die vorstehenden Ausführungen von Baumann leiten über zu Untersuchungen, die sich mit der Frage der Berufszufriedenheit von Polizeivollzugsbeamten sowie des sozialen

Ansehens des Polizeiberufes befassen. Als derartige Untersuchungen sind eine Arbeit der Diplomsoziologin Lieselotte Hinz sowie die bereits erwähnte Untersuchung von Helfer und Siebel zu nennen.

5.1 Untersuchung von Hinz

Hinz befragte eine repräsentative Auswahl von 170 Polizeivollzugsbeamten sämtlicher Laufbahnen (mittlerer, gehobener, höherer Dienst) einer Großstadtpolizei. Auf die Frage "Wenn Sie heute noch einmal Ihren Beruf wählen könnten, würden Sie dann wieder zur Polizei gehen?" antworteten

52,4 % mit "Ja",

40,0 % mit "Nein",

7,0 % mit "Weiß nicht",

0,6 % der befragten Polizeivollzugsbeamten gaben keine Antwort.⁸²⁾

Im Verlauf ihrer Untersuchungen konnte Hinz feststellen, daß bei jüngeren Polizeivollzugsbeamten die Tendenz, wieder in den Polizeidienst eintreten zu wollen, prozentual höher als bei den älteren Beamten ist.⁸³⁾

Bemerkenswert erscheint auch das weitere Untersuchungsergebnis, daß von den Polizeivollzugsbeamten mit Hauptschulabschluß 55 % wieder zur Polizei gehen würden, während dies unter den Beamten mit höherwertiger Schulbildung nur 45 % taten.⁸⁴⁾ Daraus ist zu folgern, daß der prozentuale Anteil der mit ihrem Beruf Unzufriedenen bei den Polizeivollzugsbeamten, die eine höhere Schulbildung besitzen, um 10 % höher ist als bei den Beamten mit Hauptschulabschluß.

5.2 Untersuchung von Helfer und Siebel

Die Untersuchung von Helfer und Siebel ergab zur Frage der potentiellen Wiederwahl des Polizeiberufes - aufgeschlüsselt nach den verschiedenen Polizeisparten - folgendes Bild:

- TABELLE 11 -

Potentielle Wiederwahl des Polizeiberufs in Prozent-
werten der Befragten je Polizeisparte⁸⁵⁾

Vorgegebene Antwortmög- lichkeiten	Würden Sie wieder zur Polizei gehen?			
	Bepo/ Schule	WSP/ Schupo	Kripo	Durch- schnitt
ja	34	29	35	33
vielleicht	38	39	38	38
wahrschein- lich nicht	22	23	20	22
sicher nicht	6	9	7	7
zusammen	100	100	100	100

Abkürzungen:

Bepo: Bereitschaftspolizei

Schule: Polizeischule

WSP: Wasserschutzpolizei

Schupo: Schutzpolizei

Kripo: Kriminalpolizei

Durchschnitt: Durchschnitt aus allen Verbänden

Aus Tabelle 11 ist abzulesen, daß unter den Kriminalbeamten die Bereitschaft, wieder zur Polizei zu gehen, am höchsten ist, dicht gefolgt von den Beamten der Bereitschaftspolizei und der Polizeischule (35 % bzw. 34 %), während nur 29 % der Beamten von Wasserschutzpolizei und Schutzpolizei wieder in die Polizei eintreten würden. Die

prozentualen Werte derjenigen, die vielleicht wieder zur Polizei gehen würden, sind annähernd gleich, wobei die Wasserschutz/Schutzpolizei einen fast unbedeutenden Vorsprung vor den anderen Verbänden aufzuweisen hat (39 % gegenüber jeweils 38 %). Die Durchschnittszahlen für die Prozentwerte aus den Befragungen in allen Polizeiverbänden betragen: 33 % der Polizeivollzugsbeamten würden sicher, 38 % vielleicht wieder zur Polizei gehen; 7 % der Beamten würden sicher nicht mehr in die Polizei eintreten, während 22 % wahrscheinlich nicht wieder den Polizeiberuf wählen würden. Noch deutlicher werden die Tendenzen der Beamten, wenn die prozentualen Durchschnittszahlen der eine Wiederwahl des Polizeiberufs erwägenden bzw. nicht in Betracht ziehenden Polizeivollzugsbeamten zusammengefaßt werden. Es ergeben sich dann folgende Zahlen für die Gesamtheit der befragten Polizeivollzugsbeamten: 71 % der Befragten tendieren dazu, den Polizeiberuf wieder zu ergreifen,

29 % der Befragten ziehen die Wiederwahl des
Polizeiberufes nicht in Betracht.

Ein etwas günstigeres Bild erhielten Helfer und Siebel als sie in ihrer Untersuchung nach der Berufszufriedenheit der Polizeivollzugsbeamten fragten. Die für die Beamten der einzelnen Länderpolizeien sowie des Bundeskriminalamtes (BKA) ermittelten Prozentwerte und die daraus errechneten prozentualen Durchschnittswerte zeigt Tabelle 12.

- TABELLE 12 -

Prozentwerte zur Berufszufriedenheit der Polizeivollzugsbeamten
der Länder und des Bundeskriminalamtes (BKA)⁸⁶⁾

Vorgegebene Antwortmög- lichkeiten	Baden- Württ.	Bayern	Berlin	Bremen	Hamburg	Hessen	
zufrieden	38	48	47	48	51	36	
eher zufr.	41	37	35	36	35	48	
eher nicht zufr.	17	11	14	14	11	14	
nicht zufr.	4	4	3	2	4	3	
	Nieder- sachs.	Nrhn.- Westf.	Rhld.- Pfalz	Saar- land	Schlesw.- Holst.	BKA	Durch- schnitt
	45	34	53	52	42	45	42
	38	40	35	32	48	38	39
	15	21	8	12	9	10	15
	3	6	3	5	1	8	4

- TABELLE 13 -

Tendenzen zur Berufszufriedenheit der Polizeivollzugsbeamten der
Länder und des Bundeskriminalamtes in Prozentwerten

Tendenz	Baden- Württ.	Bayern	Berlin	Bremen	Hamburg	Hessen	
eher zufr. bis zufr.	79	85	82	84	86	84	
eher n. zufr. bis unzufr.	21	15	17	16	15	17	
	Nieder- sachs.	Nrhn.- Westf.	Rhld.- Pfalz	Saar- land	Schlesw.- Holst.	BKA	Durch- schnitt
	83	74	88	84	90	83	81
	18	27	11	17	10	18	19

Aus Tabelle 12 ist zu entnehmen, daß in den Bundesländern Rheinland-Pfalz, Saarland und Hamburg der prozentuale Anteil der mit ihrem Beruf rundum zufriedenen Polizeivollzugsbeamten am höchsten ist (51 - 53 %), während in den Länderpolizeien von Nordrhein-Westfalen, Hessen und Baden-Württemberg der Anteil dieser Beamten am geringsten ist (34 - 38 %). In Bayern liegt der Prozentwert der mit ihrem Beruf zufriedenen Polizeivollzugsbeamten mit 48 % deutlich über dem Bundesdurchschnitt von 42 %.

Eine Änderung in der Verteilung ist festzustellen, wenn die Gruppen der zur Berufszufriedenheit tendierenden Beamten den Gruppen der unzufriedenen Polizeibeamten gegenüber gestellt werden. Eine derartige Gegenüberstellung zeigt Tabelle 13.

Bei der Zusammenfassung der zur Berufszufriedenheit tendierenden Gruppen der Polizeivollzugsbeamten führt unerwarteterweise Schleswig-Holstein mit 90 % (dies verursacht der dort ebenso wie in Hessen unverhältnismäßig hohe Anteil von eher zufriedenen Beamten) vor Rheinland-Pfalz und Hamburg mit 88 bzw. 86 %. Das Saarland erreicht einen Anteil von 84 % zur Berufszufriedenheit tendierender Polizeivollzugsbeamter. Der für Bayern festzustellende Wert liegt mit 85 % wieder über dem Bundesdurchschnitt von 81 %. Wie aus Tabelle 13 außerdem abzulesen ist, sind neben den 81 % der Polizeivollzugsbeamten, die angeben, mit ihrem Beruf insgesamt "zufrieden" oder doch "eher zufrieden" zu sein, auch knapp ein Fünftel, nämlich 19 % der

befragten Beamten "nicht zufrieden" bzw. "eher nicht zufrieden". Als Entscheidungshilfe zur Bewertung dieses Ergebnisses leistet eine von Diplompsychologe Dr. Steffen Hornthal erarbeitete Zusammenstellung von Einzelbefragungen zur Berufszufriedenheit von Arbeitnehmern in der Bundesrepublik Deutschland gute Dienste:

- Das Fernsehmagazin "Report" berichtete am 5.11.1973 im 1. Programm, 20.15 Uhr, über eine Mitte 1973 durchgeführte Befragung einer repräsentativen Auswahl von Arbeitnehmern. Danach sind 40 % der befragten Arbeitnehmer unzufrieden mit ihrem Beruf.
- Das Emnid-Institut ermittelte (am zugänglichsten in Heft 9/1975 der Zeitschrift "Der Spiegel" veröffentlicht) für Anfang 1975 einen prozentualen Anteil von 19 % unzufriedener Arbeitnehmer.
- Die Zeitschrift "Capital" bringt in Heft 1/1975 das Ergebnis einer Studie, wonach 17 % der Arbeitnehmer in der Bundesrepublik Deutschland "ungern arbeiten" und 25 % "keine Freude an der Arbeit haben".
- Das Infas-Institut ermittelte zwischen Herbst 1972 und Frühjahr 1973, daß 14 % der Arbeitnehmer mit dem Betriebsklima unzufrieden sind.
- Das Wickert-Institut stellte aufgrund einer repräsentativ vorgenommenen Befragung im Dezember 1973 fest, daß 10 % der Arbeitnehmer unzufrieden mit ihrem Arbeitsplatz sind. Das gleiche Institut hatte für Dezember 1972 einen Wert von 15 % Unzufriedenen ermittelt (am zugänglichsten veröffentlicht im Bericht der Polizeiführungsakademie Hilstrup zum Seminar "Führung heute" vom 18. bis 22.2.1974).⁸⁷⁾

Betrachtet man unter Außerachtlassen der Extremwerte von 10 und 40 % diese Vergleichsdaten, muß man feststellen,

daß der prozentuale Anteil der mit ihrem Beruf unzufriedenen Polizeivollzugsbeamten noch im Rahmen der Norm für die Arbeitnehmer der Bundesrepublik Deutschland liegt. Es ist jedoch nicht zu verkennen, daß der für die Polizeivollzugsbeamten ermittelte Wert schon am oberen Rand der Norm liegt.⁸⁸⁾

Interessante Ergebnisse bringt die Betrachtung der Berufszufriedenheit in den einzelnen Polizeisparten. Wie Tabelle 14 zeigt, folgen der Schutzpolizei mit dem höchsten Anteil Unzufriedener, nämlich 20 %, die Kriminalpolizei mit 16 %, dann die Polizeischule mit 15 %, schließlich die Wasserschutzpolizei und die Bereitschaftspolizei mit 13 % bzw. 11 % Unzufriedenen.

- TABELLE 14 -

Prozentwerte zur Berufszufriedenheit der Beamten verschiedener Polizeizweige⁸⁹⁾

Tendenzen	Bepo	Schule	WSP	Schupo	Kripo	Durchschnitt
eher zufrieden bis zufrieden	89	84	88	80	85	81
eher nicht zufrieden bis unzufrieden	11	15	13	20	16	19

Auch Helfer und Siebel konnten nachweisen, daß die Schulbildung der Polizeivollzugsbeamten Einfluß auf ihre Berufszufriedenheit hat. Eine Übersicht zur Berufszufrieden-

heit von Beamten der Schutzpolizei und der Kriminalpolizei in Abhängigkeit von ihrer Schulbildung bringt die nachfolgende Tabelle 15.

- TABELLE 15 -

Prozentwerte zur Berufszufriedenheit von Schutzpolizei-
beamten und Kriminalbeamten je nach ihrem
Schulabschluß⁹⁰⁾

Tendenzen	Hauptschule		Mittlere Reife		Hochschulreife	
	S	K	S	K	S	K
zufrieden	82	87	76	83	72	79
unzufrieden	18	13	24	17	28	21

Es ist deutlich ersichtlich, daß der Anteil der Polizeivollzugsbeamten, die mit ihrem Beruf unzufrieden sind, mit steigender Schulbildung wächst: Der Anteil der Unzufriedenen beträgt bei Beamten mit Hauptschulabschluß 18 bzw. 13 %, bei Beamten mit Hochschulreife dagegen 28 % bzw. 21 %. Auffällig ist, daß durchwegs die Kriminalbeamten erheblich zufriedener mit ihrem Beruf als die Schutzpolizeibeamten sind. Mögliche Erklärungen hierfür können neben der unterschiedlichen Bewertung des Ansehens von Schutzpolizeibeamten und Kriminalbeamten (vgl. dazu Kapitel 6.3) auch in dem Umstand gesehen werden, daß die Kriminalpolizei dem einzelnen Beamten einen abwechslungsreicheren Beruf mit erheblich größerer Selbständigkeit bieten kann, als dies die Schutzpolizei vermag. Die her-

vorstechende Bedeutung einer "selbständigen, abwechslungsreichen Tätigkeit mit interessanten Erlebnissen" für die Berufswahl konnten Helfer und Siebel besonders bei Kriminalbeamten feststellen.⁹¹⁾ So nannten bei der Befragung nach den drei ausschlaggebendsten Berufswahlmotiven von den Kriminalbeamten 66 % eine "abwechslungsreiche Tätigkeit mit interessanten Erlebnissen", 48 % ein "sicheres Einkommen und Versorgung bei Krankheit und Alter" und 41 % eine "selbständige Tätigkeit ohne ständige Aufsicht". Unter den Schutzpolizeibeamten fanden 59 % das sichere Einkommen, 58 % die abwechslungsreiche und 30 % die selbständige Tätigkeit als die drei bedeutendsten Berufswahlmotive.⁹²⁾

5.3 Zusammenfassung der Erkenntnisse zur Berufszufriedenheit von Polizeivollzugsbeamten

Sowohl Hinz als auch Helfer und Siebel konnten aufgrund der von ihnen durchgeführten Befragungen zur Berufszufriedenheit von Polizeivollzugsbeamten feststellen, daß mit steigender Schulbildung der Befragten ihre Unzufriedenheit mit dem ausgeübten Beruf wächst. Der prozentuale Anstiegswert der Unzufriedenheit beträgt nach beiden Untersuchungen 10 %. Der Umstand, daß Hinz einen Ausgangswert der Unzufriedenen von 45 %, Helfer und Siebel dagegen von 18 % ermittelten, kann dabei vernachlässigt werden: Da die von Hinz durchgeführte Befragung sich nur auf eine repräsentative Auswahl von 170 Polizeivollzugsbeamten einer einzigen Großstadtpolizei bezogen hat, ver-

dient der von Helfer und Siebel durch die Befragung einer repräsentativen Auswahl von 6 000 Polizeivollzugsbeamten aus den Polizeien sämtlicher Bundesländer ermittelte Grundwert der mit ihrem Beruf unzufriedenen Polizeivollzugsbeamten den Vorzug. Es kann mithin festgestellt werden, daß knapp ein Fünftel aller Polizeivollzugsbeamten mit seinem Beruf unzufrieden ist. Dieser Wert hält sich im Rahmen der allgemein für die Berufsunzufriedenheit der Arbeitnehmer der Bundesrepublik Deutschland erhobenen Prozentwerte.

6. Das soziale Ansehen des Polizeiberufes

6.1 Untersuchung von Hinz

Eine weitere, in der von Hinz durchgeführten Untersuchung enthaltene Frage lautete: "Hatte der von Ihnen vor Eintritt in die Polizei ausgeübte Beruf Ihrer Ansicht nach ein größeres oder geringeres Ansehen als der Beruf des Polizeibeamten?" Von den befragten Polizeivollzugsbeamten erklärten 22,4 %, das Ansehen ihres früheren Berufes sei größer gewesen, 41,2 % schätzten es als geringer ein, 14,1 % empfanden das Ansehen des früheren Berufes und das des Polizeiberufes als etwa gleich und 22,3 % konnten sich nicht entscheiden.⁹³⁾ Demnach ist ein gutes Fünftel der Befragten der Meinung, sozial abgestiegen zu sein, während sich fast die Hälfte als sozial aufgestiegen sieht. Als Kontrollfrage für die Intensität des aus diesen Werten erkennbaren Aufstiegsempfindens forderte Hinz eine Aussage zu dem Statement: "Viele Bürger scheinen zu glauben, man

wird Polizeibeamter, weil man nicht das Zeug für einen anderen Beruf hat." Von den befragten 170 Polizeivollzugsbeamten stimmten knapp 45 % dem Statement zu. Dabei waren in der Gruppe, die zuvor erklärt hatte, das Ansehen ihres früheren Berufes sei niedriger als das des Polizeiberufes gewesen, 38,5 % der Ansicht, ihre Anstrengungen, den Beruf des Polizeibeamten zu erlangen, würden von der Bevölkerung nicht hinreichend gewürdigt.⁹⁴⁾ Diese Ansicht wird signifikant häufiger in der Gruppe vertreten, die glaubt mit dem Eintritt in die Polizei sozial abgestiegen zu sein; hier stimmten 56,7 % dem Statement zu.⁹⁵⁾

6.2 Untersuchung von Brusten

Auch Brusten untersuchte das soziale Ansehen des Polizeiberufes. Er versprach sich hieraus indirekte Hinweise für die Verifizierung der These über die schichtspezifisch selektive Sanktionierung durch die Polizei. Anstoß gab die Hypothese, daß Polizeibeamte solche Personen stärker sanktionieren werden, die der Polizei - nach deren eigener Vermutung - nicht den von ihr beanspruchten sozialen Status zubilligen.⁹⁶⁾ Zur Überprüfung dieser Hypothese legte Brusten insgesamt 48 nicht näher bezeichneten Polizeibeamten eine verkürzte Fassung der von Bolte ermittelten Berufsprestigeskala⁹⁷⁾ vor, die 14 verschiedene, nach ihrem Prestige in der Öffentlichkeit geordnete Berufe enthielt. Die Beamten wurden gebeten, den Beruf des "Polizeibeamten im Einzeldienst" in die vorgelegte Berufsprestigeskala einzufügen und zwar einmal auf dem Rangplatz,

wo er nach Meinung der befragten Polizeivollzugsbeamten im Ansehen der Öffentlichkeit stehe, zum anderen dort, wo er nach Ansicht der Befragten stehen sollte.⁹⁸⁾

Die Untersuchung ergab, daß nach Vermutung der befragten Beamten der Beruf des Polizeibeamten im Einzeldienst im Ansehen der Öffentlichkeit im allgemeinen deutlich niedriger eingestuft wird, als dies den Polizeivollzugsbeamten gerechtfertigt erscheint. Im einzelnen waren von den 48 befragten Beamten nur 4 der Ansicht, daß der Polizeiberuf in der öffentlichen Meinung annähernd an dem Rangplatz eingestuft wird, wo er ihrer persönlichen Überzeugung nach eingereiht werden sollte. Während 3 Beamte äußerten, der Polizeiberuf werde von der Öffentlichkeit um einen Rangplatz zu tief eingeschätzt, waren die restlichen 41 der Befragten der Auffassung, ihr Beruf genieße ein um zwei und mehr Stufen zu niedriges soziales Ansehen.⁹⁹⁾

6.3 Untersuchung von Helfer und Siebel

Die Untersuchung von Helfer und Siebel zum sozialen Ansehen des Polizeiberufes geht von den gleichen theoretischen Grundlagen wie die entsprechende Untersuchung von Brusten aus. Die Untersuchung selbst wird dann aber ungleich aufwendiger durchgeführt und ist infolge der Zahl von 6 000 befragten Polizeibeamten wesentlich aussagekräftiger als die von Brusten vorgenommene. Auch Helfer und Siebel verwendeten für ihre Untersuchung die von Bolte aufgestellte Berufsprestigeskala,¹⁰⁰⁾ modifizierten diese aber, indem sie den Befragten eine alpha-

betisch geordnete Liste von 30 Berufen vorlegten, unter denen Berufe des öffentlichen Dienstes bewußt überrepräsentiert waren.¹⁰¹⁾

6.3.1 Feststellung des vermuteten Ansehens der Berufe in der Bevölkerung

Die befragten Polizeivollzugsbeamten hatten die aufgelisteten Berufe durch Punktebewertung von 1 bis 100 zunächst in die Rangfolge zu bringen, von der sie vermuteten, daß sie dem Ansehen bei der Bevölkerung entspräche. Das Ergebnis dieser Untersuchung zeigt die nachstehende Tabelle 16.

Aus dieser Tabelle ist zwischen dem 11. und 12. Rang eine deutliche Zäsur abzulesen, die das Feld der "Akademikerberufe" von den übrigen Berufen trennt.¹⁰²⁾ Dabei sind jedoch Ausnahmen festzustellen: So werden nach der Vermutung der befragten Polizeivollzugsbeamten von der Bevölkerung die Berufe des Revierförsters und des Kriminalkommissars ebenso hoch eingeschätzt wie Berufe, die ein Hochschulstudium voraussetzen. Zum anderen ordnet die Öffentlichkeit nach Ansicht der Befragten den Beruf des Majors, der ja zum höheren Beamtendienst gehört, in eine Rangfolge mit Berufen ein, die der Laufbahn des mittleren oder bestenfalls des gehobenen Dienstes angehören, oder ihr vergleichbar sind.

Bei Vernachlässigung dieser Ausnahmen lassen sich folgende Tendenzen feststellen:

1. Die Polizeivollzugsbeamten scheinen davon auszugehen,

Rangfolge von 30 Berufen aufgrund ihres vermuteten Ansehens in
der Bevölkerung - getrennt nach Erstellung durch Beamte
der Schutzpolizei und der Kriminalpolizei¹⁰³⁾

<u>Schutzpolizei</u>	<u>Kriminalpolizei</u>
1. Arzt (91)	1. Arzt (91)
2. Richter (75)	2. Richter (77)
3. Studienrat (73)	3. Studienrat (73)
4. Pfarrer (72)	4. Pfarrer (71)
5. Volksschullehrer (70)	5. Staatsanwalt (68)
6. Revierförster (68)	6. Revierförster (67)
7. Regierungsrat (66)	7. Volksschullehrer (67)
8. Staatsanwalt (66)	8. Kriminalkommissar (67)
9. Kriminalkommissar (66)	9. General (66)
10. General (65)	10. Steuerberater (65)
11. Steuerberater (65)	11. Regierungsrat (64)
12. Elektroingenieur (65)	12. Elektroingenieur (64)
13. Major (58)	13. Major (56)
14. Krankenpfleger (57)	14. Bankangestellter (54)
15. Bankangestellter (56)	15. Sozialarbeiter (54)
16. Sozialarbeiter (55)	16. Journalist (53)
17. Lokomotivführer (55)	17. Automechanikermeister (53)
18. Automechanikermeister (55)	18. Lokomotivführer (52)
19. Verkehrspolizist (53)	19. Krankenpfleger (52)
20. Lebensmittelhändler (52)	20. Lebensmittelhändler (49)
21. Journalist (52)	21. Pol.beamter (Streifend.) (49)
22. Justizinspektor (50)	22. Verkehrspolizist (48)
23. Pol.beamter (Streifend.) (49)	23. Justizinspektor (48)
24. Postbeamter (Schalterd.) (47)	24. Landwirt (43)
25. Landwirt (46)	25. Postbeamter (43)
26. Maschinenschlosser (45)	26. Maschinenschlosser (42)
27. Unteroffizier (41)	27. Unteroffizier (40)
28. Kellner (41)	28. Kellner (36)
29. Verkäufer (41)	29. Verkäufer (36)
30. Gerichtsvollzieher (31)	30. Gerichtsvollzieher (31)

Zahlen in Klammern = aufgerundeter Mittelwert der Punktebewertung

daß die Öffentlichkeit sich bei der Einschätzung des sozialen Ansehens von Berufen primär von der für die Ausübung des Berufes notwendigen Ausbildung leiten läßt.¹⁰⁴⁾ Sie schätzen deshalb das Ansehen akademischer Berufe in der Bevölkerung grundsätzlich höher ein als das nichtakademischer Berufe.¹⁰⁵⁾ Für die Tatsache, daß der Beruf des Kriminalkommissars - der weder Abitur, noch Hochschulstudium (in Bayern bisher nicht einmal mittlere Reife) voraussetzt - nach Ansicht der befragten Polizeivollzugsbeamten in der Bevölkerung ein den akademischen Berufen gleichstehendes Ansehen genießt, finden Helfer und Siebel eine einleuchtende und überzeugende Erklärung: "Bei der Mythologisierung des Berufsbildes des Kriminalkommissars durch Kriminalfilme und Kriminalromane erscheint die Einschätzung der Polizeibeamten nicht als unrealistisch. Das 'Image' des Kriminalkommissars in der 'öffentlichen Meinung' zieht anscheinend alle positiven Züge des Berufsbildes der Polizei auf sich, während es die negativen Züge ganz zurücktreten läßt: er arbeitet nicht mit Gewalt, sondern mit den Mitteln der 'schöpferischen Intuition' und des 'kombinierenden Verstandes'; er sanktioniert nicht das Verhalten von biedereren Bürgern, sondern von 'bösen Verbrechern'; er wehrt nicht 'Gefahren' ab, sondern klärt 'Verbrechen' auf; und last not least: er trägt keine Uniform und erinnert also nicht an Soldaten. Er dürfte also von seinen Funktionen her wohl eher in die Nähe der pädagogisch-sozialen (Aufklärung, Hilfe bei Verbrechen) und juri-

stischen (Verbrechensverfolgung) Akademikerberufe gerückt werden als in die Nachbarschaft der militärischen Berufe." ¹⁰⁶⁾

2. Bei der von den befragten Polizeivollzugsbeamten vermuteten Bewertung der vorgegebenen Berufe durch die Bevölkerung liegen Berufe mit vorherrschend pädagogischem und sozialem Tätigkeitsmuster in der Regel über benachbarten juristischen und militärischen Berufen: So der Arzt über dem Richter; Studienrat, Pfarrer und Volksschullehrer über Regierungsrat und Staatsanwalt, diese aber über General und Major; oder aber Krankenpfleger und Sozialarbeiter über dem Justizinspektor, dieser jedoch über dem Unteroffizier. ¹⁰⁷⁾

3. Die Einschätzung des Ansehens des eigenen Berufes in der Öffentlichkeit ist zum Teil von der Position des Befragten innerhalb der Polizeiorganisation unabhängig (etwa für den Beruf des Kriminalkommissars), zum Teil zweigspezifisch (hier sind die Berufe des Polizeibeamten im Streifendienst und des Verkehrspolizisten zu nennen): Schutzpolizeibeamte und Kriminalbeamte schätzen das soziale Ansehen des Berufes des Kriminalkommissars annähernd gleich hoch ein. Mit einem Punktemittelwert von 66 bzw. 67 erhält er Rang 9 bzw. 8. Dagegen läßt der Vergleich der von Schutzpolizeibeamten erstellten Rangfolgeliste mit der von Kriminalbeamten angefertigten erkennen, daß aus der Perspektive der Schutzpolizeibeamten ein merklicher Unterschied zwischen dem Ansehen des Verkehrspolizisten (Rang 19) und dem des Streifen-

beamten (Rang 23) besteht. Für die Kriminalbeamten existiert dieser Unterschied jedoch nicht. Die Kriminalbeamten schätzen das Ansehen des Streifenbeamten in der Bevölkerung mit Rang 21 ein, gefolgt vom Verkehrspolizisten mit Rang 22. Für beide Berufe liefern die Schätzungen der Kriminalbeamten einen fast gleichen Punktemittelwert von 49 bzw. 48. Die Vermutungen der Schutzpolizeibeamten zum sozialen Ansehen erbringen für den Streifenbeamten zwar auch einen Punktemittelwert von 49, für den Verkehrspolizisten jedoch einen solchen von 53. Kriminalbeamte schätzen mithin das Ansehen des Verkehrspolizisten in der Bevölkerung sichtlich weniger hoch ein als die Schutzpolizeibeamten.¹⁰⁸⁾

6.3.2 Bewertung des eigenen Berufes nach Meinung der Polizeivollzugsbeamten

In einem weiteren Untersuchungsgang baten Helfer und Siebel die befragten Polizeivollzugsbeamten, die 30 vorgegebenen Berufe unter Punktebewertung von 1 bis 100 in die ihnen nach Ansicht der befragten Beamten zukommende Rangfolge zu bringen. Die hierdurch erhaltenen Rangfolgenlisten zeigt Tabelle 17.

Daraus ist zu entnehmen, daß die Punktemittelwerte bei der von den Kriminalbeamten vorgenommenen Bewertung der Berufe differenzierter liegen und die Rangfolgeliste insgesamt in den Punktemittelwerten tiefer reicht, als bei der Bewertung durch die Schutzpolizeibeamten: Bei der Rangfolgeliste der Kriminalbeamten liegt zwischen dem

Rangfolge von 30 Berufen aufgrund des ihnen nach Meinung von
Beamten der Schutzpolizei und der Kriminalpolizei
zukommenden Ansehens¹⁰⁹⁾

<u>Schutzpolizei</u>	<u>Kriminalpolizei</u>
1. Arzt (86)	1. Arzt (84)
2. Richter (75)	2. Richter (74)
3. Staatsanwalt (71)	3. Staatsanwalt (71)
4. Studienrat (68)	4. Studienrat (67)
5. Volksschullehrer (67)	5. Kriminalkommissar (66)
6. Kriminalkommissar (66)	6. Elektroingenieur (64)
7. Krankenpfleger (65)	7. Volksschullehrer (63)
8. Revierförster (65)	8. Revierförster (63)
9. Elektroingenieur (65)	9. Pol.beamter (Streifend.) (62)
10. Pol.beamter (Streifend.) (65)	10. Pfarrer (60)
11. Verkehrspolizist (63)	11. Sozialarbeiter (60)
12. Pfarrer (63)	12. Krankenpfleger (60)
13. Sozialarbeiter (63)	13. General (59)
14. Regierungsrat (63)	14. Steuerberater (58)
15. General (62)	15. Verkehrspolizist (58)
16. Steuerberater (59)	16. Regierungsrat (58)
17. Lokomotivführer (59)	17. Lokomotivführer (56)
18. Major (57)	18. Bankangestellter (53)
19. Justizinspektor (55)	19. Justizinspektor (53)
20. Bankangestellter (55)	20. Major (52)
21. Automechanikermeister (54)	21. Automechanikermeister (52)
22. Gerichtsvollzieher (54)	22. Gerichtsvollzieher (51)
23. Landwirt (54)	23. Journalist (51)
24. Postbeamter (Schalterd.) (51)	24. Landwirt (51)
25. Journalist (50)	25. Maschinenschlosser (47)
26. Maschinenschlosser (50)	26. Lebensmittelhändler (47)
27. Lebensmittelhändler (50)	27. Postbeamter (Schalterd.) (47)
28. Kellner (44)	28. Unteroffizier (42)
29. Unteroffizier (44)	29. Kellner (40)
30. Verkäufer (44)	30. Verkäufer (40)

Zahlen in Klammern = aufgerundeter Mittelwert der Punktebewertung

höchsten Punktemittelwert - 84 - und dem niedrigsten - 40 - ein Abstand von 44, bei derjenigen der Schutzpolizeibeamten beträgt diese Differenz nur 42. Außerdem erbringt die Bewertung der Berufe durch die Schutzpolizeibeamten starke Häufungen gleicher Punktemittelwerte - je viermal die Mittelwerte 65 und 63 -, die bei der Bewertung durch die Kriminalbeamten nicht aufscheinen; hier wurden als häufigst zu verzeichnende Mittelwerte die Werte 60, 58, 51 und 47 nur je dreimal erhalten. Weiter fällt auf, daß die Punktemittelwerte der Rangfolgeliste der Schutzpolizeibeamten fast durchwegs - zum Teil auch beträchtlich - höher liegen als die Werte der Rangfolgeliste der Kriminalbeamten. Lediglich die Berufe des Staatsanwaltes und des Kriminalkommissars erreichen in beiden Rangfolgelisten den gleichen Punktemittelwert; der Beruf des Journalisten erhält in der Rangfolgeliste der Schutzpolizeibeamten sogar einen um 1 tieferen Punktemittelwert als in der Liste der Kriminalbeamten.

Zusammenfassend ist festzustellen, daß die Berufe ansehnsmäßig aus der Perspektive der Schutzpolizeibeamten enger zusammenrücken als aus der Sicht der Kriminalbeamten. Die Schutzpolizeibeamten neigen zudem zu einer punkterwerthöheren Einschätzung der einzelnen Berufe.¹¹⁰⁾

6.3.3 Vergleich der Einschätzung des vermuteten Ansehens des Polizeiberufes in der Bevölkerung mit der Bewertung dieses Berufes durch Polizeivollzugsbeamte

Aus der erwarteten Differenz zwischen der Bewertung der

Vergleich der Rangfolgeliste von 30 Berufen aufgrund ihres ver-
muteten Ansehens in der Bevölkerung mit der Rangfolgeliste
aufgrund des ihnen nach Meinung von Polizeivollzugs-
beamten zukommenden Ansehens¹¹¹⁾

<u>Vermutetes Ansehen</u>	<u>Meinung der Polizeibeamten</u>
1. Arzt (91)	1. Arzt (86)
2. Richter (76)	2. Richter (75)
3. Studienrat (73)	3. Staatsanwalt (71)
4. Pfarrer (72)	4. Studienrat (68)
5. Volksschullehrer (69)	5. Kriminalkommissar (66)
6. Revierförster (67)	6. Volksschullehrer (66)
7. Staatsanwalt (66)	7. Elektroingenieur (65)
8. Kriminalkommissar (66)	8. Revierförster (64)
9. General (66)	9. Krankenpfleger (64)
10. Regierungsrat (66)	10. Pol.beamter (Streifend.) (64)
11. Steuerberater (65)	11. Pfarrer (62)
12. Elektroingenieur (65)	12. Verkehrspolizist (62)
13. Major (58)	13. Sozialarbeiter (62)
14. Krankenpfleger (56)	14. General (61)
15. Bankangestellter (55)	15. Regierungsrat (61)
16. Sozialarbeiter (55)	16. Steuerberater (59)
17. Automechanikermeister (54)	17. Lokomotivführer (58)
18. Lokomotivführer (54)	18. Major (56)
19. Verkehrspolizist (52)	19. Justizinspektor (55)
20. Journalist (52)	20. Bankangestellter (54)
21. Lebensmittelhändler (51)	21. Automechanikermeister (54)
22. Justizinspektor (49)	22. Landwirt (53)
23. Pol.beamter (Streifend.) (49)	23. Gerichtsvollzieher (53)
24. Postbeamter (Schalterd.) (46)	24. Journalist (51)
25. Landwirt (45)	25. Postbeamter (Schalterd.) (49)
26. Maschinenschlosser (44)	26. Lebensmittelhändler (49)
27. Unteroffizier (41)	27. Maschinenschlosser (49)
28. Kellner (40)	28. Unteroffizier (43)
29. Verkäufer (39)	29. Kellner (43)
30. Gerichtsvollzieher (31)	30. Verkäufer (43)

vorgegebenen Berufe durch die befragten Polizeivollzugsbeamten und der von diesen vermuteten Einschätzung der Berufe durch die Bevölkerung wollten Helfer und Siebel die sozialen Ambitionen - vor allem das Aufstiegsstreben - von Polizeibeamten eruieren.¹¹²⁾ Den Vergleich der Einschätzung des vermuteten Ansehens des Polizeiberufes in der Bevölkerung mit der Bewertung dieses Berufes durch die befragten Polizeivollzugsbeamten bringt Tabelle 18.

Daraus läßt sich erkennen, daß die Selbsteinschätzung der Polizeivollzugsbeamten die offiziellen Kriterien der Berufsbewertung, wie z.B. Ausbildung und Besoldung, nicht berücksichtigt. Die Selbsteinschätzung der Polizeivollzugsbeamten "bewegt sich auf einem Aspirationsniveau, das außerordentlich hoch angesetzt ist."¹¹³⁾

Ihren Anspruch auf ein hohes Ansehen scheinen die Polizeivollzugsbeamten auf die soziale Komponente ihres Berufes zu stützen. Dies kann aus der Tatsache geschlossen werden, daß die befragten Beamten das Ansehen der Sozialberufe wie Krankenpfleger und Sozialarbeiter relativ hoch bewerten, dagegen das der militärischen Berufe wie General und Major stark abwerten.¹¹⁴⁾ Helfer und Siebel stellen deshalb fest, die Polizeivollzugsbeamten glaubten anscheinend, der Aspekt ihres Berufes, den sie mit den Militärberufen gemeinsam hätten, nämlich der Auftrag, die Sicherheit des Staates notfalls mit Gewalt zu garantieren, gelte nicht als "ehrenhafte" Tätigkeit, sodaß die Polizei

daher nur als "sozialer Dienstleistungsbetrieb" in dieser Gesellschaft Ansehen genießen könne. Der Polizist als Krankenpfleger und Sozialhelfer der Gesellschaft scheine das Ideal zu sein, mit dem sich die Mehrheit der Polizeibeamten identifiziere.¹¹⁵⁾ Die über diese Identifikation gewonnene Selbsteinschätzung führt dann dazu, daß der Beruf des Kriminalkommissars, der zur Laufbahn des gehobenen Dienstes gehört, weit über akademischen Berufen des höheren Dienstes wie Pfarrer, General, Regierungsrat und Major rangiert. Noch deutlicher wird das überaus hohe Aspirationsniveau der Polizeibeamten, wenn man die Bewertung der Berufe des Polizeibeamten im Streifendienst und des Verkehrspolizisten durch die Polizeivollzugsbeamten betrachtet: Der Polizeibeamte im Streifendienst und der Verkehrspolizist, beide in der Regel Beamte des mittleren Dienstes mit Hauptschulabschluß, sollten nach Ansicht der Polizeivollzugsbeamten ein höheres Ansehen in der Bevölkerung genießen als Pfarrer, General, Regierungsrat und Major. Helfer und Siebel erklären deshalb auch, das Aspirationsniveau der Polizeivollzugsbeamten sei so hoch, daß man es getrost als übertrieben hoch bezeichnen könne. Keine Bevölkerung werde je die Erwartung des sozialen Ansehens erfüllen können, die die Polizeivollzugsbeamten an sie stellten. Eine Gesellschaft, die den Polizeibeamten im Streifendienst oder in der Verkehrsüberwachung das Ansehen einräumen würde, das diese erwarteten, müßte an die Polizei die höchsten Ansprüche stellen, höhere jedenfalls, als heute an sie ge-

stellt würden.¹¹⁶⁾ Helfer und Siebel weisen darauf hin, daß zu hohe soziale Ansprüche der Polizeivollzugsbeamten bei diesen Ressentiments erzeugen könnten, die dann im Umgang mit dem Bürger zur Entladung drängten. Nach den Ergebnissen der Untersuchung sei dabei allerdings weniger zu befürchten, daß sich die Beamten aus ihrer Statusunzufriedenheit heraus zur Diskriminierung der Unterschichten reißen ließen. Eher sei noch eine Diskriminierung bestimmter, allgemein ein hohes Ansehen genießender Berufe zu erwarten, da die Polizeivollzugsbeamten offenbar glaubten, ihr eigenes Ansehen nur auf Kosten dieser Bevölkerungsgruppen verbessern zu können.¹¹⁷⁾

6.4 Umfragen bei Polizei und Bevölkerung zum sozialen Ansehen der Polizei

6.4.1 Umfrage der Wickert-Institute bei der Bevölkerung

Im Frühjahr 1969 veranstalteten die Wickert-Institute in der Bevölkerung eine repräsentative Umfrage zum sozialen Ansehen der Polizei. Das Ergebnis dieser Umfrage faßte der Pressedienst der Wickert-Institute wie folgt zusammen: "Im einzelnen ergab die Umfrage, welches Ansehen die Polizei ganz allgemein bei der Bevölkerung genieße, einen Anteil von 76 Prozent positiver Stimmen. 16 Prozent reagierten negativ, die restlichen 8 Prozent hatten dazu keine Meinung."¹¹⁸⁾ Interessante Ergebnisse brachte bei dieser Umfrage die Einteilung der Befragten in Führerschein- und Nichtführerscheinbesitzer. Von den Führerscheinbesitzern, die naturgemäß öfter mit Polizeivollzugsbeamten anlässlich

deren dienstlicher Tätigkeit im Straßenverkehr in Kontakt kommen, gaben 74 Prozent ein positives Urteil zum Ansehen der Polizei ab, während es bei den Befragten ohne Führerschein sogar 82 Prozent waren.¹¹⁹⁾

6.4.2 Umfrage von Helfer und Siebel bei Polizeibeamten

Im Rahmen der Untersuchung zum sozialen Ansehen der Polizei befragten Helfer und Siebel die Polizeivollzugsbeamten auch danach, welches Ansehen ihrer Meinung nach die Polizei in der Bevölkerung habe. Das Ergebnis dieser Umfrage, aufgeschlüsselt nach den Bundesländern der Dienstverrichtung und nach der Polizeisparte der Befragten zeigen die Tabellen 19 und 20.

Wie aus Tabelle 19 zu ersehen ist, liegen die Polizeivollzugsbeamten der Hamburger und der Bremer Polizei mit ihrer Einschätzung des Ansehens der Polizei in der Bevölkerung nahe an den bei der Umfrage der Wickert-Institute in der Bevölkerung ermittelten Durchschnittswerten. Die Polizeivollzugsbeamten der anderen Bundesländer und des Bundeskriminalamtes dagegen schätzen ihr Ansehen in der Bevölkerung wesentlich geringer ein. Einen Extremwert liefern die Berliner Polizeivollzugsbeamten, von denen nur 33 % glauben, daß die Polizei bei der Bevölkerung Ansehen genieße.

Interessant sind auch die in Tabelle 20 erfaßten Umfrageergebnisse: Es ist bemerkenswert, daß gerade die Polizeivollzugsbeamten, denen die Aus- und Fortbildung ihrer Kollegen anvertraut ist, das Ansehen der Polizei bei der

- TABELLE 19 -

Soziales Ansehen der Polizei in der Bevölkerung nach Meinung der
Polizeivollzugsbeamten je Bundesland der Dienstverrichtung
in Prozentwerten¹²⁰⁾

	Baden- Württ.	Bayern	Berlin	Bremen	Hamburg	Hessen	
eher gut bis sehr gut	54	60	33	68	70	56	
eher schlecht bis sehr schlecht	44	40	66	32	29	43	
keine Meinung	3	1	1	1	1	0	
	Nieder- sachs.	Nrhn.- Westf.	Rhld.- Pfalz	Saar- land	Schlesw.- Holst.	BAK	Durch- schnitt
	57	51	62	64	61	58	55
	42	49	37	35	39	39	45
	1	1	1	1	1	4	1

- TABELLE 20 -

Soziales Ansehen der Polizei in der Bevölkerung nach Meinung der
Polizeivollzugsbeamten je Polizeisparte der Befragten
in Prozentwerten¹²¹⁾

	Bepo	Schule	WSP	Schupo	Kripo	Durch- schnitt
eher gut bis sehr gut	54	47	53	54	62	55
eher schlecht bis sehr schlecht	45	53	46	45	39	45
keine Meinung	0	0	1	1	1	1

Erklärung der Abkürzungen siehe S. 107 nach Tabelle 11

Bevölkerung mit einem Anteil von nur 47 % positiver Aussagen am geringsten einschätzen. Eventuell rührt hieraus der Umstand, daß die Polizeivollzugsbeamten allgemein ihr Ansehen in der Bevölkerung unterschätzen. Die Kriminalpolizei dagegen liegt, wie nach dem bisher ermittelten Selbstverständnis der Kriminalpolizei und dem von ihr vermuteten Ansehen des Berufes des Kriminalkommissars in der Bevölkerung nicht anders zu erwarten ist, in der Einschätzung des Ansehens der Polizei in der Bevölkerung mit einem Anteil von 62 % zustimmender Äußerungen weit an der Spitze.

6.5 Zusammenfassung der Erkenntnisse zum sozialen Ansehen des Polizeiberufes

Die Untersuchungen von Hinz, Brusten und Helfer und Siebel zum sozialen Ansehen des Polizeiberufes ergaben sämtlich, daß die Polizeivollzugsbeamten der Meinung sind, das Ansehen ihres Berufes in der Öffentlichkeit sei zu gering. Dabei machte die Untersuchung von Helfer und Siebel ein übersteigertes Aspirationsniveau der Polizeivollzugsbeamten transparent, das in dem Unbehagen gipfelt, der Polizeibeamte im Streifen- und Verkehrsdienst, der in aller Regel lediglich Hauptschulabschluß aufzuweisen hat, müsse in der Öffentlichkeit ein gleich hohes Ansehen genießen wie die Akademikerberufe des Pfarrers, Regierungsrats, Generals und Majors. Hinweise auf dieses übersteigerte Aspirationsniveau erhielt auch Hinz in ihrer Untersuchung. Hier empfanden sich 41,2 % der befragten Polizeivollzugsbeamten als soziale Aufsteiger. Dennoch stimmten von der Gruppe der

"Aufsteiger" mehr als ein Drittel, nämlich 38,5 % dem Statement zu, die Bevölkerung scheine zu glauben, man werde Polizeibeamter, weil man nicht das Zeug für einen anderen Beruf habe. Daraus ist zu schließen, daß die Beamten zwar mit ihrem Eintritt in die Polizei einen sozialen Aufstieg feststellen, daß ihnen dieser soziale Aufstieg jedoch nicht ausreicht, sie vielmehr ein noch höheres Ansehen in der Gesellschaft erreichen wollen. Dieses Streben nach gesteigertem Ansehen konnte auch Brusten in seiner Untersuchung feststellen: Der weit überwiegende Teil der von ihm befragten Polizeivollzugsbeamten war der Ansicht, ihr Beruf genieße in der Öffentlichkeit ein viel zu geringes soziales Ansehen.

Die Unzufriedenheit der Polizeivollzugsbeamten mit dem sozialen Ansehen ihres Berufes zeigt auch der Vergleich der Ergebnisse von Umfragen der Wickert-Institute in der Bevölkerung und von Helfer und Siebel unter Polizeivollzugsbeamten zu diesem Problemkreis: Während nach dem Ergebnis der Umfrage der Wickert-Institute 76 % der Bevölkerung eine gute Meinung von der Polizei haben, schätzt diese nach dem Ergebnis der Umfrage von Helfer und Siebel ihr Ansehen in der Öffentlichkeit wesentlich niedriger ein, wobei gerade die an den Polizeischulen tätigen Polizeivollzugsbeamten das Ansehen der Polizei in der Bevölkerung am geringsten einschätzen. Die Kriminalbeamten dagegen sind am nachhaltigsten von ihrem Ansehen in der Bevölkerung überzeugt.

7. Das Sanktionsverhalten von Polizeivollzugsbeamten

Mit dem Sanktionsverhalten von Polizeivollzugsbeamten befassen sich zahlreiche Veröffentlichungen. Die Autoren begnügen sich jedoch zumeist mit spekulativen Erörterungen sozialpsychologischen Anstrichs, ohne ihre Behauptungen durch wissenschaftlich gewonnene Untersuchungsergebnisse belegen zu können. Nachstehend werden beispielhaft zwei derartige Veröffentlichungen kurz dargestellt.

7.1 Ausführungen von Lautmann und Brusten

Rüdiger Lautmann, Assistent an der Fakultät für Soziologie der Universität Bielefeld, erklärt, die Polizei werde unmittelbar selektiv gegen die unteren Schichten der Gesellschaft tätig. Bereits ihre Handlungsprogramme zielten auf eine größere Belastung der Unterschichten. Polizeilich verfolgt und gerichtlich bestraft werde die unmittelbare Körperverletzung oder der Diebstahl, nicht aber das Betreiben umweltvergiftender Industrieanlagen oder das Kassieren einer achtzigprozentigen Handelsspanne.¹²²⁾ Die Bezugsgruppe der Polizisten sei die obere Mittelschicht. Wer gegen das Meinungs- und Privilegienregime dieser Schicht angehe, werde die Polizei vehement auf Seiten der etablierten Ordnung finden, denn dem Dienst für diese Ordnung verdanke sie ihren Status.¹²³⁾

Den Nachweis der Richtigkeit seiner Ausführungen bringt Lautmann ebensowenig wie Brusten, der behauptet, die Polizei identifiziere sich, da aufstiegsorientiert, weitgehend

mit den Werten und Normen der Mittelschicht, wodurch ihre Tendenz zu schärferer Sanktionierung der Angehörigen der unteren Schichten noch verstärkt werde. Gegen Linksintellektuelle und demonstrierende Studenten schreite die Polizei deshalb hart ein, weil sich diese - obwohl Angehörige der Oberschicht - gegen die von den sozial mächtigen Gruppen getragene und von der Polizei gestützte Ordnung auflehnten.¹²⁴⁾ Brusten versucht, diese Thesen durch Befragungen von zahlenmäßig äußerst kleinen, nicht repräsentativen Gruppen von Polizeivollzugsbeamten zu stützen. So erklärt Brusten, von insgesamt 88 während des Aufstiegslehrganges für den gehobenen Dienst im Bundesland Nordrhein-Westfalen befragten Polizeivollzugsbeamten hätten 93 % dem Statement zugestimmt, daß es trotz aller Vorschriften und Paragraphen in der Praxis oft vom einzelnen Polizeibeamten abhängt, welche Maßnahme in einem konkreten Fall getroffen werde; nur von 6 % sei das Statement abgelehnt worden.¹²⁵⁾ Von 175 Beamten des gleichen Aufstiegslehrganges hätten 83 % das weitere Statement, reiche Leute kämen in der Regel vor Gericht besser davon, bejaht; lediglich 11 % hätten dies verneint. Das Statement, Angeklagten aus unregelmäßigen Verhältnissen werde vor Gericht genausoviel Glaubwürdigkeit geschenkt wie Angeklagten, die aus geordneten Verhältnissen stammten, sei nur von 29 % der Befragten als zutreffend gewertet worden. Schließlich glaubten 52 % nicht, daß die Gesetze unparteiisch seien und sich somit auf Arme ebenso auswirkten wie auf

Reiche; 42 % waren der Ansicht, die Gesetze hätten keine schichtendiskriminierende Auswirkung.¹²⁶⁾ Aus den Ergebnissen dieser Umfragen zieht Brusten dann in Bestätigung der vorgestellten Thesen den Schluß, polizeiliches Sanktionshandeln sei eine Frage des "sozialen Ermessens",¹²⁷⁾ wobei die Angehörigen der unteren Schichten aufgrund der polizeispezifischen Tätertypifizierungen, der pragmatischen Devianztheorien und der sogenannten Praxiserfahrung der Polizei schärfer sanktioniert würden.¹²⁸⁾

7.2 Untersuchung von Helfer und Siebel

Die Ausführungen Lautmanns und Brustens werden von Helfer und Siebel unter Verwendung von Einzelergebnissen, die aus der schon mehrfach erwähnten repräsentativen Befragung von 6 000 Polizeivollzugsbeamten aus dem gesamten Bundesgebiet gewonnen wurden, mit überzeugender Begründung widerlegt: Helfer und Siebel nahmen die sich aus der Teilnahme am Straßenverkehr ergebenden Kontakte zwischen Bevölkerung und Polizei zum Ausgangspunkt ihrer Untersuchung des Sanktionsverhaltens der Polizei. Auf diese Weise konnten die Erfahrungen der Polizeivollzugsbeamten aus einer großen Zahl von Begegnungen mit Angehörigen sämtlicher Bevölkerungsschichten erfaßt und für die Untersuchung verwertet werden. Den befragten Polizeivollzugsbeamten wurde zunächst folgendes Statement vorgelegt: "Verkehrsteilnehmer aus den gehobenen Schichten neigen eher dazu, gegen Maßnahmen der Polizei zu protestieren als Angehörige der niederen Schichten."

- TABELLE 21 -

Prozentuale Verteilung der Antworten zu dem Statement "Verkehrsteilnehmer aus den gehobenen Schichten neigen eher dazu, gegen Maßnahmen der Polizei zu protestieren als Angehörige der niederen Schichten" - getrennt nach Laufbahn und Polizeisparte der Befragten¹²⁹⁾

<u>Polizeisparte</u> <u>und Laufbahn</u>	<u>vorgegebene Antwortmöglichkeit</u>						
	keine Antwort	stimme voll zu	stimme eher zu	teils teils eher	lehne ab	lehne voll ab	weiß nicht
Schutzpolizei mittl. Dienst	2,0	39,7	28,6	21,2	5,7	2,1	0,7
Schutzpolizei gehob. Dienst	--	27,9	37,2	18,6	11,6	2,3	2,3
Kriminalpolizei mittl. Dienst	2,0	27,7	30,7	21,3	6,2	1,2	10,9
Kriminalpolizei gehob. Dienst	1,3	26,0	35,1	14,3	11,0	1,9	10,4
alle Befragten	2,4	33,5	30,1	20,1	6,6	1,8	5,5

Die Verteilung der möglichen Antworten je nach Laufbahn und Polizeisparte der Befragten zeigt vorstehende Tabelle 21. Wie daraus zu ersehen ist, bejaht eine überwiegende Mehrheit von 63,6 % der befragten Beamten die Aussage, Verkehrsteilnehmer aus den gehobenen Schichten neigten eher als solche aus niederen Schichten dazu, gegen Maßnahmen der Polizei zu protestieren. Von den mit einem derartigen Verhalten am unmittelbarsten und stärksten konfrontierten Schutzpolizeibeamten des mittleren Dienstes stimmen dem Statement sogar 68,3 % zu. Auf die festgestellte höhere Protestbereitschaft der Angehörigen der gehobenen Schichten sind nun zwei verschiedene Reaktionen des Polizeivollzugsbeamten denkbar: Er kann einmal Verkehrsteilnehmern aus diesen Schichten mit besonderer Vorsicht begegnen, eventuell deren deviantes Verhalten sogar nachsehen, um keinen Widerstand, insbesondere keine Beschwerden herauszufordern. Zum anderen kann der Beamte jedoch auch in einer Art Gegenreaktion den Standpunkt einnehmen, gerade gegenüber widerspruchseifrigen, streitsüchtigen Personen sei auf keinen Fall Nachgiebigkeit angebracht, selbst wenn diese Personen mit einer Beschwerde drohten.¹³⁰⁾

Zur Ermittlung ihrer Reaktionen wurde den Polizeivollzugsbeamten von Helfer und Siebel das weitere Statement vorgelegt: "Im Umgang mit Verkehrsteilnehmern aus den gehobenen Schichten muß der Polizeibeamte besonders vorsichtig und höflich sein."

Die Verteilung der zu diesem Statement vorgegebenen Antwort-

- TABELLE 22 -

Prozentuale Verteilung der Antworten zu dem Statement "Im Umgang mit Verkehrsteilnehmern aus den gehobenen Schichten muß der Polizeibeamte besonders vorsichtig und höflich sein" - getrennt nach Laufbahn und Polizeisparte der Befragten¹³¹⁾

<u>Polizeisparte</u> <u>und Laufbahn</u>	<u>vorgegebene Antwortmöglichkeit</u>						
	keine Antwort	stimme voll zu	stimme eher zu	teils teils	lehne eher ab	lehne voll ab	weiß nicht
Schutzpolizei mittl. Dienst	2,1	16,7	22,7	21,9	17,0	19,1	0,5
Schutzpolizei gehob. Dienst	--	2,3	25,6	16,3	25,6	30,2	--
Kriminalpolizei mittl. Dienst	2,2	9,9	18,1	19,1	19,6	23,8	7,4
Kriminalpolizei gehob. Dienst	0,6	9,7	20,8	18,2	20,8	20,8	9,1
alle Befragten	2,6	13,0	20,9	20,0	18,6	20,9	4,0

möglichkeiten je nach Laufbahn und Polizeisparte der Befragten zeigt Tabelle 22. Daraus läßt sich erkennen, daß nicht ganz so viele der befragten Polizeivollzugsbeamten dem Statement zustimmen (33,9 %), als es ablehnen (39,5 %). Während die Schutzpolizeibeamten des gehobenen Dienstes und die Kriminalbeamten des mittleren und des gehobenen Dienstes das Statement überwiegend - teilweise sogar sehr stark (Schutzpolizei 55,8 %) - verneinen, stimmen von den Schutzpolizeibeamten des mittleren Dienstes dem Statement geringfügig mehr zu (39,4 %), als es ablehnen (36,1 %). Es fällt weiter auf, daß die Zugeständnisbereitschaft der Schutzpolizeibeamten des mittleren Dienstes, also der Beamten, die am häufigsten Kontakt mit den Verkehrsteilnehmern bekommen, erheblich über jener der anderen statistischen Untergruppen liegt. Am wenigsten zu Zugeständnissen geneigt sind die Schutzpolizeibeamten des gehobenen Dienstes.

Die in Tabelle 22 vorgetragenen Ergebnisse berechtigen ebensowenig zu dem Schluß auf eine globale Begünstigung der Ober- und Mittelschicht, wie sie eine Programmierung der Polizei auf verstärkte Sanktionierung der unteren sozialen Schichten erkennen lassen.¹³²⁾

Der für die Angehörigen der verschiedenen Gesellschaftsschichten jeweils unterschiedlichen Wahrscheinlichkeit, bei deviantem Verhalten kriminalisiert zu werden, ist sich die Polizei jedoch durchaus bewußt. Dies verdeutlicht das in Tabelle 23 zusammengestellte Ergebnis der Befragung der

- TABELLE 23 -

Prozentuale Verteilung der Antworten zu dem Statement "Angehörige der unteren sozialen Schichten, welche eine Straftat begangen haben, werden von der Polizei leichter gefaßt als Angehörige der gehobenen Schichten" - getrennt nach Laufbahn und Polizeisparte der Befragten¹³³⁾

<u>Polizeisparte</u> <u>und Laufbahn</u>	<u>vorgegebene Antwortmöglichkeit</u>						
	keine Antwort	stimme voll zu	stimme eher zu	teils teils	lehne eher ab	lehne voll ab	weiß nicht
Schutzpolizei mittl. Dienst	1,6	24,3	35,0	26,0	8,0	4,1	1,0
Schutzpolizei gehob. Dienst	--	25,6	23,3	23,3	16,3	7,0	4,7
Kriminalpolizei mittl. Dienst	1,7	23,3	35,6	23,3	10,4	4,7	1,0
Kriminalpolizei gehob. Dienst	0,6	25,3	35,1	20,8	11,7	5,2	1,3
alle Befragten	2,1	24,1	34,6	24,1	9,7	4,4	1,1

Polizeivollzugsbeamten zu dem weiteren Statement: "Angehörige der unteren sozialen Schichten, welche eine Straftat begangen haben, werden von der Polizei leichter gefaßt als Angehörige der gehobenen Schichten."

58,7 % der befragten Polizeivollzugsbeamten sind von der Richtigkeit des Statements überzeugt. Den höchsten Prozentwert an Zustimmung bringen die Kriminalbeamten des gehobenen Dienstes mit 60,4 %, dicht gefolgt von den Schutzpolizei- und Kriminalbeamten des mittleren Dienstes mit 59,3 bzw. 58,9 %. Die Schutzpolizeibeamten des gehobenen Dienstes bestätigen immerhin noch mit 48,9 % das Statement. Lediglich 14,1 % aller Befragten verneinen die Richtigkeit der Behauptung. Aus der Zustimmung der Mehrheit der befragten Polizeivollzugsbeamten zu dem Statement folgern Helfer und Siebel, die Beamten empfänden es als frustrierend, sich bei der Strafverfolgung in erster Linie auf die zwar besonders auffällige, unter dem Gesichtspunkt der Sozialschädlichkeit aber nicht sehr gravierende Kriminalität der unteren sozialen Schichten beschränkt zu sehen, während sie Angehörige der gehobenen Schichten, die schwerwiegende Wirtschaftsstraftaten begangen haben, nur ausnahmsweise fassen könnten.¹³⁴⁾

7.3 Zusammenfassung der Erkenntnisse zum Sanktionsverhalten von Polizeivollzugsbeamten

Die Untersuchung von Helfer und Siebel zum Sanktionsverhalten von Polizeivollzugsbeamten erbrachte keinerlei Indizien für eine verstärkte Sanktionierung der Unterschichten bzw.

Begünstigung der gehobenen Schichten durch die Polizei. Es konnte lediglich festgestellt werden, daß sich die Polizeivollzugsbeamten der für die Angehörigen der verschiedenen Gesellschaftsschichten unterschiedlichen Wahrscheinlichkeit, bei deviantem Verhalten kriminalisiert zu werden, durchaus bewußt sind. Als blind funktionierendes Sanktionierungsinstrument der herrschenden Oberschichten gegenüber den Unterschichten läßt sich die Polizei mithin keineswegs gebrauchen.¹³⁵⁾ Anderslautende Äußerungen von Lautmann und Brusten beruhen weniger auf den Ergebnissen wissenschaftlicher Untersuchungen als vielmehr auf dem recht einseitigen Verständnis dieser Autoren vom Wesen der Polizei. So stellt Brusten den Entwurf eines Diskussionspapiers der Jungsozialisten von Nordrhein-Westfalen über die "Polizei in der Klassengesellschaft" wohlwollend als ersten konsequenten Versuch einer politischen Gruppe, unter Verarbeitung derzeit vorliegender Ergebnisse sozialwissenschaftlicher Analyse und Forschung eine gesellschaftspolitische Konzeption zur Polizei zu entwickeln, vor.¹³⁶⁾ In dem so apostrophierten Papier wird u.a. ausgeführt: "Durch den Schutz des Privateigentums an den Produktionsmitteln trägt der Staat zum Grundwiderspruch der Klassengesellschaft bei. Die gesellschaftliche Unfreiheit der großen Mehrheit der Lohnabhängigen wird nicht nur dadurch bestimmt, daß nur wenige die Verfügungsgewalt über die Produktionsverhältnisse besitzen, sondern auch dadurch, daß dieser gesellschaftliche Wider-

spruch mit staatlicher Gewalt aufrechterhalten wird. Der Staat wird Erfüllungsgehilfe ökonomischer Macht; staatliche Gewalt ist klassenbestimmt; die Durchsetzung dieser staatlichen Gewalt obliegt den Institutionen des Staates; eine dieser zentralen Institutionen ist die Polizei.¹³⁷⁾

... Will die Polizei sich nicht dem Verdacht aussetzen, in verdeckter und unverdeckter Weise die Interessen der Besitzenden zu ergreifen, dann wird sie in verstärkter Weise abzuwägen haben, welche Rechtsgüter höher zu werten sind: etwa das Recht auf menschenwürdige Wohnung oder das Recht auf profitorientierte freie Verfügung über unbenutzten Wohnraum; sie wird ebenfalls prüfen müssen, ob sie die Durchsetzung rechtlich fixierter Normen von der Verwirklichung des Prinzips der Sozialstaatlichkeit entbindet."¹³⁸⁾

Nach der Akzeption derartiger Thesen ist es nur folgerichtig, wenn Brusten dann der Polizei unterstellt, sie neige dazu, die Angehörigen der unteren Schichten häufiger zu sanktionieren als diejenigen der Mittel- und Oberschichten.

8. Der Polizeiberuf als Aufstiegsberuf

Die Verfechter der Theorie der "selektiven Sanktionierung" sehen sich sämtlich zu dem Hinweis veranlaßt, die Polizeivollzugsbeamten werteten den Polizeiberuf als Aufstiegsberuf. Je mehr der Polizeiberuf aber als Aufstiegsberuf betrachtet werde, oder je stärker die Aufstiegsmotivation der Polizeivollzugsbeamten sei, desto eher identifizierten

sich diese mit den Werten und Normen derjenigen sozialen Schicht, zu der sie aufsteigen wollten und desto eher seien sie geneigt, diejenigen zu sanktionieren, die aus der Sicht der Polizei das von dieser als erstrebenswert angesehene Werte- und Normensystem in Frage stellten.¹³⁹⁾

8.1 Definition des sozialen Aufstiegs

Für die Beantwortung der Frage, ob und inwieweit der Polizeiberuf als Aufstiegsberuf gelten kann, ist zunächst von grundlegender Bedeutung, festzustellen, worin der mit dem Polizeiberuf verbundene soziale Aufstieg zu sehen ist: Sozialer Aufstieg kann einmal als der durch den Eintritt in die Polizei erreichte Aufstieg verstanden werden. Wird der Polizeiberuf der Mittelschicht zugeordnet, ist der Eintritt in diesen Beruf als Aufstieg zu interpretieren, wenn soziale Herkunft und Vorkarriere des Bewerbers seine Zuordnung zur Unterschicht erlauben.¹⁴⁰⁾

Zum anderen ist aber auch ein sozialer Aufstieg innerhalb der Organisation "Polizei" durch das System der Einheitslaufbahn gegeben, das es auch Hauptschulabsolventen ermöglicht, bis in den höheren Dienst, d.h. bis in die obere Mittelschicht, aufzusteigen.¹⁴¹⁾

8.1.1 Aufstieg durch Eintritt in die Polizei

Der Beruf des Polizeivollzugsbeamten hat aufgrund seiner Tätigkeitsmerkmale ein höheres Sozialprestige als Berufe, in denen manuelle Tätigkeiten im Vordergrund stehen. Selbst der Polizeivollzugsbeamte der untersten Laufbahngruppe ist

immerhin Beamter im mittleren Dienst und gehört damit - gemessen am beruflichen Sozialprestige - eindeutig zur unteren Mittelschicht.¹⁴²⁾ Wenn nun soziale Herkunft und Vorkarriere des Bewerbers für den Polizeiberuf seine Zuordnung zur Unterschicht erlauben, ist der Eintritt in den Beruf des Polizeivollzugsbeamten als sozialer Aufstieg zu interpretieren.¹⁴³⁾ Wie bereits in Kapitel 4.1 dargestellt,¹⁴⁴⁾ folgert Brusten aus den Ergebnissen einer bei den Polizeivollzugsbeamten des Landes Nordrhein-Westfalen vorgenommenen Erhebung, daß 50 % der Polizeivollzugsbeamten vor ihrem Eintritt in die Polizei einen Beruf mit vorwiegend manuellen Tätigkeiten ausgeübt, mithin zur mittleren oder höchstens oberen Unterschicht gehört hätten.¹⁴⁵⁾ Für diese Personen habe der Eintritt in die Polizei ein höheres Sozialprestige gebracht.¹⁴⁶⁾ Solche Überlegungen gehen jedoch von einem unzutreffenden Ansatzpunkt aus: Die Bewerber für den Polizeivollzugsdienst sind seit Jahren durchwegs sehr junge Menschen. Sie haben oft nur Übergangsberufe gewählt oder kamen direkt von den verschiedensten Schulen, standen also zu- meist erst am Anfang ihrer Karriere. Unter diesen Voraussetzungen muß der Schluß vom ausgeübten Beruf der Polizeibewerber auf ihre Schichtzugehörigkeit zu falschen Ergebnissen führen. Helfer und Siebel haben den richtigen Weg gewiesen, ausgehend vom Beruf des Vaters die schichtspezifische Herkunft des Polizeibewerbers zu ermitteln und hieraus Schlüsse auf seine Schichtzugehörigkeit zu

ziehen.¹⁴⁷⁾ Diese Verfahrensweise bringt dann aber das in Kapitel 4.2 vorgestellte Ergebnis, daß bei der Mehrzahl der Polizeivollzugsbeamten nicht von einer Zugehörigkeit zur Unterschicht zum Zeitpunkt des Eintritts in den Polizeidienst ausgegangen werden kann.¹⁴⁸⁾ Da die weitaus meisten Bewerber bereits der Mittelschicht zugehören, kann nur für den verbleibenden geringen Teil der Eintritt in die Polizei einen sozialen Aufstieg bedeuten.

8.1.2 Aufstieg innerhalb der Polizei

Eine Aufstiegsorientierung der Polizeivollzugsbeamten kann nach den eben gebrachten Ausführungen lediglich an den durch das System der Einheitslaufbahn innerhalb der Polizei möglichen Aufstieg anknüpfen. Das System der Einheitslaufbahn erlaubt es derzeit auch noch Beamten mit Hauptschulabschluß in den gehobenen und höheren Dienst aufzusteigen und eröffnet so Chancen zu einer beachtlichen Änderung der Schichtzugehörigkeit.

8.1.2.1 Das System der Einheitslaufbahn

Den Polizeivollzugsbeamten steht nach Eignung, Befähigung und Leistung der Aufstieg in alle Ämter der Laufbahnen des Polizeivollzugsdienstes offen.¹⁴⁹⁾ Während Eignung die charakterlich-menschlichen Eigenschaften, die eine Persönlichkeit für den Staatsdienst qualifizieren, meint, bezeichnet Befähigung erlernbares berufliches Können und Leistung berufliche Bewährung (fachliche Leistung).¹⁵⁰⁾ Befähigung und Leistung müssen durch die erfolgreiche Ab-

legung polizeiinterner Aufstiegsprüfungen nachgewiesen sein. Neben einer allgemeinen Einstellungsprüfung für den Polizeivollzugsdienst muß der Aufstiegsbewerber die Anstellungsprüfung für den mittleren und die Aufstiegsprüfungen für den gehobenen und den höheren Polizeivollzugsdienst mit Erfolg abgelegt haben, bevor er in den höheren Polizeivollzugsdienst aufsteigen kann.¹⁵¹⁾

Die Einstellungsprüfung kann ablegen, wer

1. die nach dem Bayerischen Beamtengesetz erforderlichen allgemeinen persönlichen Voraussetzungen für die Berufung in das Beamtenverhältnis erfüllt,
2. mindestens das 17., aber noch nicht das 24. Lebensjahr vollendet hat,
3. mindestens 168 cm groß ist,
4. unverheiratet ist,
5. mindestens eine Hauptschule mit Erfolg besucht hat oder eine entsprechende Schulbildung besitzt,
6. in geordneten wirtschaftlichen Verhältnissen lebt und einen guten Ruf besitzt und
7. nach polizeiärztlichem Gutachten polizeivollzugsdienstfähig ist.¹⁵²⁾

Von Höchstalter, Mindestgröße und Ehelosigkeit kann die Einstellungsbehörde Ausnahmen zulassen.¹⁵³⁾ Frühestens nach Abschluß der dreijährigen Ausbildung bei der Bayerischen Bereitschaftspolizei kann die Anstellungsprüfung für den mittleren Polizeivollzugsdienst abgelegt werden.¹⁵⁴⁾ Bewährte Beamte des uniformierten (Schutzpolizei) mittleren Polizeivollzugsdienstes, die sich nach einer mindestens einjährigen praktischen Ausbildung dafür als geeignet erwiesen haben, können in den mittleren Kriminaldienst überwechseln.¹⁵⁵⁾

Polizeivollzugsbeamte, die mindestens drei Jahre ein Amt

des mittleren Dienstes innehatten, können beantragen, zur Ausbildung für den gehobenen Polizeivollzugsdienst zugelassen zu werden, sofern sie die Anstellungsprüfung für den mittleren Polizeivollzugsdienst mindestens mit der Note "befriedigend" bestanden haben, erkennen lassen, daß sie den Anforderungen des gehobenen Polizeivollzugsdienstes gewachsen sein werden, in der letzten periodischen Beurteilung mindestens mit "übertrifft erheblich die Anforderungen" beurteilt waren, sowie das 39. Lebensjahr noch nicht vollendet haben.¹⁵⁶⁾ Für die Zulassung zur Ausbildung für den gehobenen Polizeivollzugsdienst kann durch das Bayerische Staatsministerium des Innern neben der Erfüllung dieser Voraussetzungen noch das erfolgreiche Bestehen einer Vorprüfung (Auswahltest) zur Bedingung gemacht werden.¹⁵⁷⁾

Ein Auswahltest wurde erstmals für den Lehrgang für den gehobenen Polizeivollzugsdienst 1970/71 vorgeschrieben.¹⁵⁸⁾ Der seither fortlaufend der Zulassung zu den Lehrgängen für den gehobenen Polizeivollzugsdienst vorgeschaltete Auswahltest besteht aus der Bearbeitung einer Rechtsaufgabe und einer Aufgabe aus der Allgemeinbildung und der Staatsbürgerkunde mit je 2 Stunden Bearbeitungszeit.¹⁵⁹⁾ Wie der seinerzeitige Leiter der Bayerischen Polizeischule, Oberregierungsdirektor Dr. Erwin Hacker, feststellte, sei die Rechtsaufgabe so bemessen, daß sie ein Beamter, der sich "fachlich einigermaßen auf dem laufenden hält", zufriedenstellend lösen könne. Auch die Aufgabe aus der All-

gemeinbildung und der Staatsbürgerkunde sei sehr breit angelegt. Sie enthalte nicht nur Fragen nach Fakten, sondern verlange dem Prüfling in einigen Teilen auch sprachliche Formulierungen, Definitionen und die Fähigkeit des Kombinierens und logischen Denkens ab.¹⁶⁰⁾

Die bei dem Auswahltest erzielte Gesamtnote wird mit der Gesamtnote der Anstellungsprüfung für den mittleren Polizeivollzugsdienst, sowie den Gesamtnoten der vorletzten periodischen oder Probezeitbeurteilung und der letzten periodischen Beurteilung addiert. Die Summe aus der Addition der vorgenannten Gesamtnoten stellt eine Rangzahl dar. Die von dem einzelnen Polizeivollzugsbeamten erzielte Rangzahl entscheidet über seine Zulassung zur Ausbildung für den gehobenen Polizeivollzugsdienst, wobei die niedrigste Rangzahl den höchsten Zulassungswert hat. Die Zulassungsquote richtet sich nach der Kapazität der Bayerischen Beamtenfachhochschule - Fachbereich Polizei.¹⁶¹⁾ Diese beträgt für die Ausbildung für den gehobenen Polizeivollzugsdienst rund 100 Plätze jährlich.¹⁶²⁾ Die Zahl der Teilnehmer am Auswahltest im Jahre 1976 dagegen hat 822 Beamte betragen.¹⁶³⁾ Bereits diese Zahlen geben Hinweise auf die Aufstiegschancen der Polizeivollzugsbeamten. Im einzelnen werden die Aufstiegschancen im folgenden Kapitel 8.1.2.2 behandelt.

Die Vorbildungsvoraussetzungen und der Studiengang für die Ausbildung zum gehobenen Polizeivollzugsdienst richten sich nach dem Beamtenfachhochschulgesetz (BayBFHG)¹⁶⁴⁾. Da-

nach ist für das Studium an der Bayerischen Beamtenfachhochschule die Fachhochschulreife, eine andere Hochschulreife oder ein nach Anhörung des Landespersonalausschusses vom Bayerischen Staatsministerium für Unterricht und Kultus als gleichwertig anerkannter Bildungsabschluß Voraussetzung.¹⁶⁵⁾ Polizeivollzugsbeamte, die nur den Bildungsstand der mittleren Reife besitzen, erfüllen abweichend von Artikel 15 Absatz 1 BayBFHG dann die Voraussetzung für das Studium an der Bayerischen Beamtenfachhochschule, wenn sie eine Ergänzungsprüfung erfolgreich abgelegt haben und zum Aufstieg in den gehobenen Polizeivollzugsdienst zugelassen worden sind.¹⁶⁶⁾ Die Ergänzungsprüfung soll zeigen, ob die Beamten nach ihren Kenntnissen und Fähigkeiten für ein Studium an der Bayerischen Beamtenfachhochschule geeignet sind.¹⁶⁷⁾ Für eine Übergangszeit bis 30. September 1977 können Aufstiegsbewerber, die nur den Bildungsstand der mittleren Reife besitzen, das Studium an der Bayerischen Beamtenfachhochschule beginnen, ohne eine Ergänzungsprüfung ablegen zu müssen.¹⁶⁸⁾ Während der gleichen Übergangszeit können Aufstiegsbewerber, die nur Hauptschulabschluß aufweisen, ebenfalls das Studium an der Bayerischen Beamtenfachhochschule aufnehmen, wenn sie zusätzlich vor Studienbeginn beim Ausbildungsinstitut für Allgemeinbildung der Bayerischen Bereitschaftspolizei einen zehnmonatigen Ergänzungslehrgang mit anschließender Ergänzungsprüfung erfolgreich beendet haben.¹⁶⁹⁾ Die Ergänzungsprüfung besteht aus fünf schriftlichen Prü-

fungsaufgaben aus den Bereichen:

Deutsch (Aufsatz)	Bearbeitungszeit	180 Min.
Englisch (Textaufgabe)	"	90 Min.
Mathematik	"	120 Min.
Geschichte mit Sozialkunde	"	90 Min.
Staats- und Verwaltungskunde	"	120 Min. ¹⁷⁰⁾

Prüflinge, die in einer Aufgabe eine schlechtere Note als ausreichend erzielt haben, müssen in diesem Fach auch eine mündliche Prüfung von 20 Minuten Dauer ablegen. Zur mündlichen Prüfung wird jedoch nicht mehr zugelassen, wer in drei oder mehr Fächern der schriftlichen Prüfung eine schlechtere Note als ausreichend aufweist.¹⁷¹⁾

Das Studium an der Bayerischen Beamtenfachhochschule dauert drei Jahre, von denen achtzehn Monate auf das fachtheoretische Studium an der Fachhochschule selbst, die übrige Zeit auf ein fachpraktisches Studium bei verschiedenen Dienststellen der Polizei mit begleitenden Unterrichtsveranstaltungen entfällt.¹⁷²⁾ Während der Übergangszeit bis 30. September 1977 umfaßt das fachtheoretische Studium für den gehobenen Polizeivollzugsdienst nur 12 Monate.¹⁷³⁾ Das Studium an der Bayerischen Beamtenfachhochschule wird mit der Anstellungsprüfung für den gehobenen Dienst abgeschlossen.¹⁷⁴⁾ Die Anstellungsprüfung an der Bayerischen Beamtenfachhochschule ist auch Aufstiegsprüfung für den gehobenen Polizeivollzugsdienst.¹⁷⁵⁾ Nach dem Bestehen dieser Prüfung und einer Bewährung von mindestens einem halben Jahr in Dienstgeschäften des gehobenen Dienstes darf den Aufstiegsbeamten ein Amt des gehobenen Polizeivollzugsdienstes ver-

liehen werden.¹⁷⁶⁾

Beamte, die ein Amt des gehobenen Polizeivollzugsdienstes mindestens drei Jahre innehaben, die Aufstiegsprüfung für den gehobenen Polizeivollzugsdienst mindestens mit einer im ersten Fünftel liegenden Platzziffer bestanden haben, erkennen lassen, daß sie den Anforderungen des höheren Polizeivollzugsdienstes gewachsen sein werden und in der letzten periodischen Probezeitbeurteilung mindestens mit "sehr tüchtig" beurteilt sind, das 36. Lebensjahr noch nicht vollendet haben und das Reifezeugnis oder einen anerkannten entsprechenden Bildungsstand besitzen, können zur Ausbildung für den höheren Polizeivollzugsdienst zugelassen werden.¹⁷⁷⁾

Die Ausbildung dauert zwei Jahre und gliedert sich in zwei Abschnitte von je einem Jahr.¹⁷⁸⁾

Der erste Ausbildungsabschnitt dient der Erweiterung der theoretischen und praktischen Kenntnisse und Fähigkeiten, insbesondere auf dem Gebiet der Verwaltung und Führungstechnik.¹⁷⁹⁾

Der zweite Ausbildungsabschnitt wird an der Polizei-Führungsakademie durchgeführt und schließt mit der Aufstiegsprüfung für den höheren Polizeivollzugsdienst ab.¹⁸⁰⁾

Ein Amt des höheren Polizeivollzugsdienstes darf den Aufstiegsbeamten erst verliehen werden, wenn sie die Aufstiegsprüfung für den höheren Polizeivollzugsdienst bestanden haben, mindestens ein Jahr ein Amt der Besoldungsgruppe 11 der Besoldungsordnung A (=Polizei-, Kriminalhauptkommissar) innehaben und sich mindestens ein halbes Jahr in Dienstgeschäften des höheren Dienstes bewährt

haben.¹⁸¹⁾

Das vorstehend geschilderte System der Einheitslaufbahn ist jedoch in zweifacher Hinsicht durchbrochen: Einmal können Bewerber für den Polizeivollzugsdienst, die die allgemeine Hochschulreife oder die Fachhochschulreife besitzen, unmittelbar in die Laufbahn des gehobenen Polizeivollzugsdienstes eingestellt werden.¹⁸²⁾ Ihre Ausbildung besteht aus dem Studium an der Bayerischen Beamtenfachhochschule - Fachbereich Polizei.¹⁸³⁾ Zum anderen können Akademiker, die die zweite juristische Staatsprüfung bestanden haben, unmittelbar in die Laufbahn des höheren Polizeivollzugsdienstes übernommen werden.¹⁸⁴⁾ Diesen Beamten soll ein Amt des höheren Polizeivollzugsdienstes erst verliehen werden, wenn sie bei verschiedenen Polizeidienststellen in die Aufgaben dieser Laufbahn eingeführt worden sind.¹⁸⁵⁾ Sie sollen auch in der Führung größerer geschlossener Einheiten ausgebildet werden.¹⁸⁶⁾

8.1.2.2 Chancen des Aufstiegs innerhalb der Polizei

Bereits die Ausführungen im vorhergehenden Kapitel (8.1.2.1) zum System der Einheitslaufbahn zeigten, welche Vielzahl von Voraussetzungen ein aufstiegswilliger Polizeivollzugsbeamter im Regelfall zu überwinden hat, bevor ihm ein Amt der Laufbahn des gehobenen oder höheren Polizeivollzugsdienstes verliehen wird. In diesem Zusammenhang ist der Versuch interessant, festzustellen, wie groß die Chancen der Polizeivollzugsbeamten verschiedener Schulbildung sind, in die Laufbahnen des gehobenen und höheren Dienstes aufzu-

steigen. Einen ersten Aufschluß gibt die in Tabelle 24 vorgetragene Übersicht zu Schulbildung und Laufbahnzugehörigkeit der bayerischen Polizeivollzugsbeamten.

Daraus ist zu ersehen, daß von allen bayerischen Polizeivollzugsbeamten mit Hauptschulabschluß 16,2 % zum gehobenen und nur 0,3 % zum höheren Dienst gehören, während 83,5 % in ihrer Anfangslaufbahn verblieben sind. Für weit aus die meisten Beamten mit Hauptschulabschluß ist somit die Eingangslaufbahn auch die Endlaufbahn. Einen sozialen Aufstieg innerhalb der Polizei kann man bei diesen Beamten - wenn überhaupt - nur in den fünf Beförderungsstufen der Laufbahn des mittleren Dienstes sehen. Von den Polizeivollzugsbeamten mit dem Bildungsstand der mittleren Reife erreichen immerhin schon 24,9 % den gehobenen Dienst; dagegen schaffen nur 0,8 % den Aufstieg in den höheren Dienst. Auch von den Beamten mit mittlerer Reife verbleiben damit fast $\frac{3}{4}$ in ihrer Eingangslaufbahn. Von den Polizeivollzugsbeamten, die als Schulbildung Abitur aufweisen, befinden sich schon 64,8 % im gehobenen und 10,4 % im höheren Dienst. Polizeivollzugsbeamte mit abgeschlossenen Studium gehören fast ausnahmslos dem höheren Dienst an.

Setzt man voraus, daß die prozentuale Verteilung der Beamten verschiedener Schulbildung auf die einzelnen Laufbahnen konstant bleibt und das Durchschnittsalter der Polizeivollzugsbeamten in den einzelnen Laufbahnen annähernd gleich ist, hätten von 1000 neueingestellten Beamten mit

- TABELLE 24 -

Übersicht zu Schulbildung und Laufbahnzugehörigkeit der Polizeivollzugsbeamten des Freistaates Bayern

Schulbildung der Beamten	Anzahl und prozentuale Verteilung der Beamten je Laufbahn			
	Gesamt	mittl. Dienst	gehob. Dienst	höh. Dienst
Hauptschule	17 154 = 100 %	14 325 = 83,5 %	2 777 = 16,2 %	52 = 0,3 %
mittl. Reife	4 468 = 100 %	3 320 = 74,3 %	1 114 = 24,9 %	34 = 0,8 %
Abitur	250 = 100 %	62 = 24,8 %	162 = 64,8 %	26 = 10,4 %
Studium	15 = 100 %	0 = 0,0 %	1 = 6,7 %	14 = 93,3 %

- TABELLE 25 -

Vergleich der Aufstiegschancen bayerischer Polizeivollzugsbeamten
unterschiedlicher Schulbildung

Schulbildung der Beamten	Chance des Erreichens der Laufbahn des		
	mittl. Dienstes	gehob. Dienstes	höh. Dienstes
Hauptschule	1,0	1,0	1,0
mittl. Reife	0,9	1,5	2,5
Abitur	0,3	4,0	34,7
Studium	0,0	0,4	311,0

Hauptschulabschluß ganze 3 die Chance, im Laufe ihrer Dienstzeit ein Amt des höheren Polizeivollzugsdienstes zu erreichen. Nicht viel besser sieht es für Polizeibeamte mit mittlerer Reife aus; hier hätten von 1000 neueingestellten Beamten auch nur 8 die Chance, in den höheren Dienst aufzusteigen. Von 1000 neueingestellten Polizeivollzugsbeamten mit Abitur könnten dagegen bereits 100 bis in den höheren Dienst aufsteigen. Von den Polizeivollzugsbeamten mit Hochschulstudium schließlich hat so gut wie jeder die Chance des Aufstiegs in den höheren Dienst. Wenn auch Tabelle 24 nur Näherungswerte zur Feststellung der polizeiinternen Aufstiegschancen bietet, weil allein schon infolge der unterschiedlichen Länge der Ausbildung das Durchschnittsalter der Beamten des gehobenen und höheren Dienstes über dem der Beamten des mittleren Dienstes liegt, wird der Einfluß der Schulbildung auf die Chance des sozialen Aufstiegs innerhalb der Polizei doch erkennbar.

Diese Relation läßt sich noch deutlicher darstellen, wenn der jeweilige prozentuale Anteil der Polizeivollzugsbeamten mit Hauptschulabschluß gleich 1 gesetzt und die Prozentanteile der Beamten mit anderer Schulbildung dazu in Relation gebracht werden.¹⁸⁷⁾ Diesen Vergleich bringt Tabelle 25. Auch diese kann aus den bereits zu Tabelle 24 genannten Gründen nur Näherungswerte bringen. Dennoch darf festgestellt werden, daß die Chance eines Polizeivollzugsbeamten mit mittlerer Reife in den höheren Dienst aufzu-

steigen, 2 1/2 mal größer als die eines Beamten mit Hauptschulabschluß ist. Polizeivollzugsbeamte mit Abitur bzw. mit Studium haben sogar eine fast 35 mal bzw. mehr als 300 mal größere Chance zum Aufstieg in den höheren Dienst als die Beamten mit Hauptschulabschluß. Die Chance des sozialen Aufstiegs innerhalb der Polizei hängt damit weitgehend von der Schulbildung des aufstiegswilligen Beamten ab. Der Einfluß der Schulbildung auf die Aufstiegchancen wird sich in den kommenden Jahren unter der Geltung des Bayerischen Beamtenfachhochschulgesetzes noch verstärken. Nach Ablauf der in Artikel 21 BayBFHG enthaltenen Übergangsregelung werden die Aufstiegchancen für Polizeivollzugsbeamte mit Hauptschulabschluß stark sinken, da dann zur Aufnahme des Studiums an der Bayerischen Beamtenfachhochschule der aufstiegswillige Beamte ein vom Bayerischen Staatsministerium für Unterricht und Kultus nach Anhörung des Landespersonalausschusses als dem Zeugnis der mittleren Reife gleichwertig anerkanntes Zeugnis vorlegen muß.¹⁸⁸⁾ Dies bedeutet, daß Polizeivollzugsbeamte mit Hauptschulabschluß zunächst den Bildungsstand der mittleren Reife erwerben müssen, um dann noch die für Aufstiegswillige mit mittlerer Reife vorgeschriebene Ergänzungsprüfung¹⁸⁹⁾ abzulegen, bevor sie zum Studium an der Bayerischen Beamtenfachhochschule zugelassen werden. Unter den Studierenden an der Bayerischen Beamtenfachhochschule wird deshalb die Zahl der Polizeivollzugsbeamten mit Hauptschulabschluß sehr gering sein.

9. Stellungnahme zu den Thesen zur Sozialstruktur der Polizei

Die Ergebnisse der bisher vorgestellten Untersuchungen und Befragungen gestatten, zu den in Kapitel 1¹⁹⁰⁾ vorgetragenen Thesen zur Sozialstruktur der Polizei Stellung zu nehmen:

Es ist nicht zu bestreiten, daß Beamte, die den Eintritt in die Polizei als sozialen Aufstieg empfinden, mit ihrem Beruf zufriedener sind, weniger über mangelndes Ansehen in der Bevölkerung klagen und eher den Beruf des Polizeivollzugsbeamten noch einmal ergreifen würden (These 1). Wie jedoch in Kapitel 4.2¹⁹¹⁾ nachgewiesen ist, stammt der weitaus größte Teil - 65 % - der im Polizeidienst tätigen Beamten aus der Mittelschicht. Für sie stellt der Eintritt in den der Mittelschicht zuzurechnenden Beamtendienst keinen sozialen Aufstieg dar. Es verbleibt mithin lediglich ein Anteil von rund einem Drittel der Polizeivollzugsbeamten, für den der Eintritt in den Polizeidienst einen sozialen Aufstieg bedeuten konnte. Annähernd die gleiche Größenordnung erhielt auch Hinz, als sie Polizeivollzugsbeamte einer Großstadtpolizei nach deren Meinung befragte, ob ihr früherer Beruf ein größeres soziales Ansehen hatte als der Polizeiberuf.¹⁹²⁾ Wenn aber nach den Ergebnissen der in Kapitel 5.2 zusammengestellten Untersuchungen von Helfer und Siebel zur Berufszufriedenheit mehr als drei Viertel der befragten Beamten mit ihrem Be-

ruf zufrieden sind und fast ebenso viele den Polizeiberuf erneut ergreifen würden,¹⁹³⁾ müssen hierfür andere Gründe als ein mit dem Eintritt in den Polizeidienst verbundener sozialer Aufstieg vorliegen. Auch die Ergebnisse mehrerer Umfragen, wonach die Polizeivollzugsbeamten fast sämtlich über ein zu geringes Ansehen ihres Berufes in der Öffentlichkeit klagen,¹⁹⁴⁾ verdeutlichen, daß der Eintritt in den Polizeidienst für die meisten Beamten keinen sozialen Aufstieg darstellt. Die Erklärung für die Berufszufriedenheit der Polizeivollzugsbeamten dürfte darin liegen, daß die Beamten in der Einheitslaufbahn eine Chance sehen, von der Mittelschicht in die Oberschicht aufzusteigen. Ein deutliches Indiz hierfür ist das Ergebnis einer Umfrage von Helfer und Siebel unter einer repräsentativen Auswahl von 6 000 Polizeivollzugsbeamten zum Prinzip der Einheitslaufbahn. Die von Helfer und Siebel erhaltenen Werte zeigt die nachfolgende Tabelle 26.

Daraus läßt sich entnehmen, daß mehr als die Hälfte - bei den Beamten des gehobenen Dienstes der Schutzpolizei sogar rund drei Viertel - der Polizeivollzugsbeamten die Beibehaltung des Prinzips der Einheitslaufbahn wünschen. Nur ein Fünftel aller Befragten ist am Prinzip der Einheitslaufbahn nicht interessiert. Damit ist nachgewiesen, daß die Polizeivollzugsbeamten sich von der Einheitslaufbahn einen sozialen Aufstieg versprechen. Ein weiteres Moment eines sozialen Aufstiegs innerhalb der Polizei stellt die Möglichkeit dar, von der Schutzpolizei zur Kri-

- TABELLE 26 -

Prozentuale Verteilung der Antworten zu dem Statement "Die Polizei sollte auch in Zukunft nicht vom Prinzip der Einheitslaufbahn abgehen" - getrennt nach Laufbahn und Polizeisparte der Befragten¹⁹⁵⁾

<u>Polizeisparte</u> <u>und Laufbahn</u>	<u>vorgegebene Antwortmöglichkeit</u>						
	keine Antwort	stimme voll zu	stimme eher zu	teils teils	lehne eher ab	lehne voll ab	weiß nicht
Schutzpolizei mittl. Dienst	2,1	33,2	25,2	17,6	12,1	4,6	5,2
Schutzpolizei gehob. Dienst	--	60,5	14,0	11,6	14,0	--	--
Kriminalpolizei mittl. Dienst	1,7	30,2	20,3	16,6	18,6	9,2	3,5
Kriminalpolizei gehob. Dienst	0,6	27,9	24,0	18,2	20,1	3,9	5,2
alle Befragten	2,3	32,2	22,8	17,1	15,2	5,8	4,5

minalpolizei zu wechseln: Die Kriminalpolizei besitzt einen besseren Stellenkegel (es befinden sich also prozentual wesentlich mehr Beamte im gehobenen Dienst als bei der Schutzpolizei) und bietet damit auch die Chance eines schnelleren Aufstiegs. Die Möglichkeit in den Kriminaldienst überzuwechseln, bringt so für die Schutzpolizeibeamten eine Vermehrung der Chancen zu sozialem Aufstieg innerhalb der Polizei.¹⁹⁶⁾ Zudem ist noch an das von den Polizeivollzugsbeamten vermutete hohe soziale Ansehen des Berufes des Kriminalkommissars in der Öffentlichkeit zu erinnern.¹⁹⁷⁾

Abschließend kann festgehalten werden, daß die Polizeivollzugsbeamten ihre Chancen zu sozialem Aufstieg überwiegend nicht in dem Eintritt in die Polizei sehen. Für sie liegt die Möglichkeit zur Verbesserung ihrer Schichtzugehörigkeit in der Einheitslaufbahn mit dem dort vorgesehenen Aufstieg innerhalb der Polizei.

Da rund zwei Drittel der Polizeivollzugsbeamten aus der Mittelschicht stammen, kann durchaus gesagt werden, ihre Herkunft sei relativ homogen (These 2). Es ist auch nicht zu bestreiten, daß die polizeiinterne Aus- und Fortbildung eine weitere Homogenisierung wenn nicht schon herbeiführt, so doch zumindest sehr erleichtert. Dagegen spricht nichts für eine daraus abzuleitende Gefahr der sozialen Isolierung der Polizei. Die Polizei unserer Tage hat einmal durch ihre Aufgabenstellung in der modernen Gesellschaft eine derartige Vielzahl von Berührungspunkten

mit den verschiedensten sozialen Schichten wie kaum ein anderer Berufsstand. Zum anderen sind gerade die heutigen Polizeibeamten nicht darauf fixiert, sozialen Kontakt überwiegend mit ihresgleichen zu pflegen. Sie nützen auch im privaten Lebensbereich die sich in der "Freizeitgesellschaft" bietenden Möglichkeiten, mit Angehörigen anderer sozialer Schichten und Bevölkerungsgruppen außerhalb des öffentlichen Dienstes in Beziehung zu treten. Wie unter diesen Umständen die Gefahr einer sozialen Isolierung der Polizeivollzugsbeamten entstehen sollte, ist nicht ersichtlich.

Ebensowenig wie die These von der sozialen Isolierung der Polizei läßt sich die Behauptung, die schichtspezifische Herkunft der Polizeivollzugsbeamten bestimme ihr Sanktionshandeln und führe infolge der Aufstiegsorientierung der Beamten zu deren starker Identifizierung mit den Normen und Werten der Mittelschicht (Thesen 3 und 4), belegen. Bereits der Ansatzpunkt dieser Überlegungen ist falsch: Da die meisten Polizeivollzugsbeamten aus der Mittelschicht stammen, ist für sie der Polizeiberuf kein Aufstiegsberuf, der sie in die Mittelschicht bringen könnte. Auch die in Kapitel 7.2 dargestellten Untersuchungen¹⁹⁸⁾ brachten weder Hinweise auf eine Begünstigung der Ober- und Mittelschicht, noch auf eine verstärkte Sanktionierung der Unterschicht. Es ist zudem zu bezweifeln, daß die Normen und Werte der Mittelschicht diejenigen sind, nach denen die Polizeivollzugsbeamten ihr Handeln im Beruf ausrichten. Im Hinblick

auf ihre Wohnung, ihre Freizeit und ihren sozialen Umgang, also im privaten Bereich, mögen die Beamten dieser Ausrichtung auf die Mittelschicht durchaus unterliegen.¹⁹⁹⁾ Die Ausübung des Polizeivollzugsdienstes ist jedoch Anwendung staatlicher, nicht schichtenspezifischer Normen. Nur dann, wenn man staatliche Normen als "Normen einer herrschenden Klasse" (These 5) diffamiert, fallen die Normen der oberen Gesellschaftsschichten mit den staatlichen Normen zusammen. Nur unter der Voraussetzung einer derartigen Gleichsetzung staatlicher und schichtenspezifischer Normen kann die Theorie der "selektiven Sanktionierung" aufrechterhalten werden. Ein Beweis, daß die Polizeivollzugsbeamten sich zum Handlanger der führenden Schichten machen, ist jedenfalls nicht zu erbringen.²⁰⁰⁾

III. DIE ORGANISATION DER BAYERISCHEN POLIZEI

1. Das Programm für die Innere Sicherheit

Die Ständige Konferenz der Innenminister und -senatoren des Bundes und der Länder hat im Juni 1972 den ersten Teil eines "Programms für die Innere Sicherheit in der Bundesrepublik Deutschland" erarbeitet. Nach Vervollständigung und Fortschreibung wurde dieses Programm, das sich mit dem Problemkreis der inneren Sicherheit aus der Sicht der Polizei und des Verfassungsschutzes befaßt, im Februar 1974 vorgelegt.¹⁾ Es enthält einheitliche, der Entwicklung angepaßte Grundsätze über Aufgaben und Organisation der Polizei- und Verfassungsschutzdienststellen sowie über Ausrüstung und Ausbildung ihrer Beamten.²⁾ In der Vorbemerkung des Programms wird festgestellt, daß die große Masse der polizeilichen Aufgaben sich nur örtlich bewältigen lasse. Voraussetzung sei allerdings, daß hierfür genügend große und entsprechend leistungsfähige örtliche Polizeibehörden zur Verfügung stünden.³⁾

1.1 Zielvorstellungen des Programms

Zur Schaffung leistungsfähiger Organisationseinheiten sind nach dem Programm

- Schutzpolizei und Kriminalpolizei schon auf unterer Ebene organisatorisch unter eine Führung zu stellen (untere Integrationsebene),
- größere Zuständigkeitsbereiche und dadurch personalstärkere Dienststellen zu bilden,

- die Grenzen der Gebietskörperschaften grundsätzlich zu berücksichtigen; Abweichungen hiervon sind aus besonderen polizeilichen Gründen möglich,
- kommunale Polizeien aufzulösen.⁴⁾

Als einheitliche Organisationsgrößen sollen nach dem Programm vorgesehen werden

- Polizeidirektionen bzw. Polizeipräsidien als untere Integrationsebene,
- Landespolizeipräsidien bzw. Regierungspräsidien als obere Integrationsebene.

1.2 Organisationsmerkmale der Integrationsebenen

Merkmale der unteren Integrationsebene sind ein gemeinsamer Leiter für Schutzpolizei und Kriminalpolizei, die Eigenschaft einer zentralen Führungsdienststelle sowie die Größe des Dienstbereichs - in Städten ca. 300 000 polizeilich zu betreuende Einwohner, im ländlichen Bereich ca. 30 km Aktionsradius. Unterhalb dieser unteren Integrationsebene gibt es Dienststellen von Schutzpolizei und Kriminalpolizei. Sie sollen bezeichnet werden

- für den Bereich der Schutzpolizei als Schutzpolizeiinspektionen mit nachgeordneten Polizeiwachen, denen - soweit erforderlich - Polizeiposten unterstellt sind
- für den Bereich der Kriminalpolizei als Kriminalpolizeiinspektionen mit nachgeordneten Kriminalkommissariaten.⁵⁾

Merkmale der oberen Integrationsebene sind die Zusammenfassung mehrerer Polizeidirektionen bzw. Polizeipräsidien, die Zentralisation bestimmter Funktionen der Kriminalpolizei in dieser Ebene, um eine größere Effektivität zu erreichen (z.B. Kriminaltechnische Untersuchungsstellen, Referate zur Bekämpfung der Wirtschaftskriminalität, Ein-

satzkommissionen) sowie die Einrichtung von Verkehrspolizeidienststellen mit angemessener Personalstärke und Ausrüstung für den Bereich der Autobahnen.⁶⁾

2. Auswirkungen des Programms für die Innere Sicherheit auf die bayerische Polizei

Die augenfälligsten Auswirkungen des Programms für die Innere Sicherheit auf die bayerische Polizei liegen einmal in der Schaffung einer gemeinsamen Leitung von Schutz- und Kriminalpolizei in der unteren Integrationsebene (Polizeidirektionen), zum anderen in der Verstaatlichung sämtlicher kommunalen Polizeien. Die Entwicklung zu letzterem Punkt hatte aber bereits geraume Zeit vor der Verabschiedung des Programms für die Innere Sicherheit ihren Anfang genommen. So war schon in der ersten Fassung des Bayerischen Polizeiorganisationsgesetzes (POG) vom 28. Oktober 1952 den einem Landkreis angehörenden Gemeinden die Möglichkeit eingeräumt worden, beim Bayerischen Staatsministerium des Innern die Wahrnehmung der ihnen obliegenden polizeilichen Aufgaben durch die Bayerische Landpolizei zu beantragen, soweit die Leistungsfähigkeit der gemeindlichen Polizei nicht auf Dauer gesichert schien.⁷⁾ Von den ursprünglich 150 Gemeinden mit eigener Polizei machten bis 1968 insgesamt 97 von dieser Möglichkeit Gebrauch. Nachdem in der Neufassung des POG vom 25. Juli 1968 auch den Gemeinden, die keinem Landkreis angehörten, das Recht gegeben wurde, die Übernahme ihrer polizeilichen

Aufgaben durch den Staat zu beantragen,⁸⁾ verringerte sich bis Ende 1971 die Zahl der Gemeindepolizeien auf 33. Obwohl die Leistungsfähigkeit der meisten noch verbliebenen Gemeindepolizeien mangelhaft war und die Gemeinden finanzielle Schwierigkeiten hatten, waren sie - überwiegend aus politischen Erwägungen - nicht bereit, auf ihre Polizei zu verzichten. Um dennoch eine polizeiliche Zusammenfassung größerer Räume nach kriminalgeographischen und polizeitaktischen Gesichtspunkten zu erreichen, beschloß deshalb am 14. Dezember 1971 die Bayerische Staatsregierung, die noch bestehenden 33 Gemeindepolizeien auch ohne Antrag zu verstaatlichen. Der Bayerische Landtag machte die Meinung des Kabinetts zu seiner eigenen und änderte am 25. Juli 1972 Artikel 6 Absatz 2 POG entsprechend. Der Freistaat Bayern war damit nach Baden-Württemberg und Hessen das letzte Land der Bundesrepublik, das die vorhandenen Gemeindepolizeien verstaatlicht hat.

Die Verstaatlichung der letzten Gemeindepolizeien lief nach einem von der Bayerischen Staatsregierung festgelegten Zeitplan ab. Es wurden übernommen

zum 1.10.1972 26 kleinere Gemeindepolizeien,

zum 1.10.1973 die Stadtpolizeien Augsburg, Erlangen,
Regensburg und Würzburg,

zum 1.10.1974 die Stadtpolizeien Nürnberg und Fürth sowie

zum 1.10.1975 die Stadtpolizei München.

Mit dem Abschluß der Verstaatlichung war der Weg frei für

die Schaffung neuer, großräumigerer und effektiverer Organisationslösungen. Ein erster Versuch, große personalstarke Dienststellen zu schaffen, die sowohl in der Vorbeugung, wie in der Strafverfolgung allen Anforderungen gerecht werden, war schon mit der Verstaatlichung der Stadtpolizei Aschaffenburg am 1.1.1970 unternommen worden. Seinerzeit wurde aus der kreisfreien Stadt Aschaffenburg und den angrenzenden Landkreisen Aschaffenburg, Alzenau i.UFr., Miltenberg und Obernburg a.Main ein sog. Schutzbereich (Polizeidirektion) gebildet und eine Zusammenfassung der verschiedenen Polizeisparten (Stations-, Verkehrs-, Kriminaldienst) unter einer einheitlichen Führung vorgenommen. Dieses neue Organisationsmodell wurde später durch eine ständig besetzte Einsatzzentrale erweitert und in leicht abgewandelter Form auch in den Bereichen Bamberg und Ingolstadt eingeführt. Die neue Organisationsform hat sich in allen 3 Bereichen bewährt und läßt erwarten, daß damit eine bessere polizeiliche Betreuung der Bevölkerung und eine Intensivierung der Verbrechensbekämpfung möglich wird. Es ist deshalb beabsichtigt, sie allgemein im Gebiet des Freistaates Bayern einzuführen.⁹⁾

3. Die neue Organisationsform "Schutzbereich"

3.1 Organisationsstruktur der Polizeidirektionen

Die Polizeidirektionen (Schutzbereiche) sind gegliedert in
Leiter
Direktionsbüro

Sachgebiet Einsatz mit Einsatzzentrale, die rund um die Uhr besetzt ist,
Sachgebiet Technik.

Den Polizeidirektionen sind stets nachgeordnet:

- mehrere Polizeiinspektionen (ständig besetzte Dienststellen des allgemeinpolizeilichen Vollzugsdienstes)
- eine Verkehrspolizeiinspektion (gegliedert in die Sachbereiche Unfallaufnahme, Verkehrsüberwachung, Zentrale Bearbeitung der Ordnungswidrigkeiten)
- eine Kriminalpolizeiinspektion (in der Regel in 4 Kommissariate gegliedert).

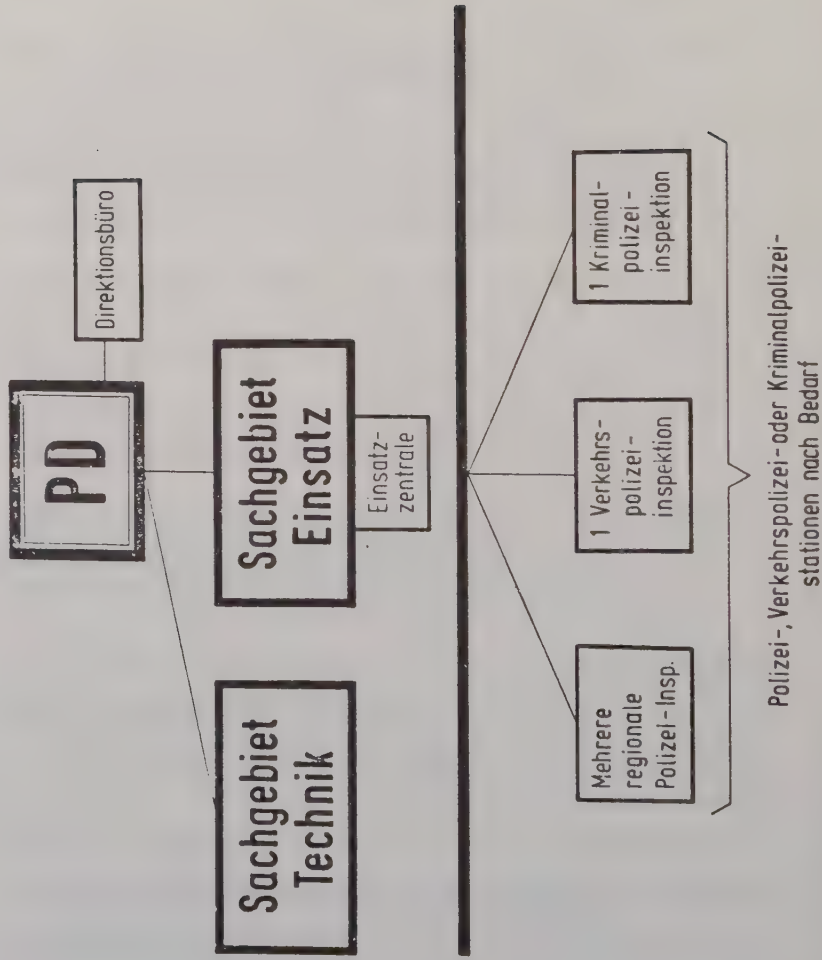
Diesen Inspektionen können bei Bedarf nachgeordnet sein:

- den Polizeiinspektionen: Polizeistationen (nicht ständig besetzte Dienststellen des allgemeinpolizeilichen Vollzugsdienstes)
- der Verkehrspolizeiinspektion: Autobahnpolizeistationen (Verkehrspolizeidienststellen, die ausschließlich auf den ihnen zugewiesenen Autobahnabschnitten zuständig sind)
- der Kriminalpolizeiinspektion: Kriminalpolizeistationen (Kriminalpolizeidienststellen, die zur Bearbeitung von Eigentumsdelikten errichtet werden, wenn in einem Schutzbereich mehr als ein Kriminalitätsschwerpunkt vorhanden ist).

Das nachfolgende Schema verdeutlicht die Gliederung der Polizeidirektionen (Schutzbereiche). Kernstück der Polizeidirektion ist die ständig besetzte Einsatzzentrale als Führungsmittel im Schutzbereich, die vor allem den Streifendienst steuert, Soforteinsätze anordnet und Fahndungseinsätze leitet sowie bei Unglücksfällen und Katastrophen die Zuziehung der erforderlichen Hilfskräfte veranlaßt.¹⁰⁾

Organisationsstruktur der Bayerischen Staatlichen Polizei

Gliederung einer Polizeidirektion



3.2 Organisationsstruktur der Polizeipräsidien in den Regierungsbezirken

Künftig wird es im Gebiet des Freistaates Bayern 26 Schutzbereiche geben, von denen jeweils mehrere zusammen einem der für jeden Regierungsbezirk (für die Regierungsbezirke Niederbayern und Oberpfalz besteht ein gemeinsames) eingerichteten Präsidiien der Landespolizei ("Polizeipräsidium-Fläche") unterstellt sind. Diese Präsidiien sind wiederum dem Bayerischen Staatsministerium des Innern unmittelbar nachgeordnet.

Sie gliedern sich in:

Leiter

Präsidialbüro mit Vorzimmer, Sachgebiet Presse, Öffentlichkeitsarbeit und Information und Bücherei

Einsatzabteilung (E) mit den Sachgebieten

- E 1 Organisation, Dienstbetrieb, Fortbildung
- E 2 Ordnungs- und Schutzaufgaben mit Lagedienst
- E 3 Verbrechensbekämpfung
- E 4 Polizeiliche Verkehrsaufgaben

Personalabteilung (P) mit den Sachgebieten

- P 1 Beamtenrecht, Personalhaushalt
- P 2 Ausbildung, Personalangelegenheiten der Angestellten und Arbeiter
- P 3 Disziplinarangelegenheiten, Regreß
- P 4 Besoldung

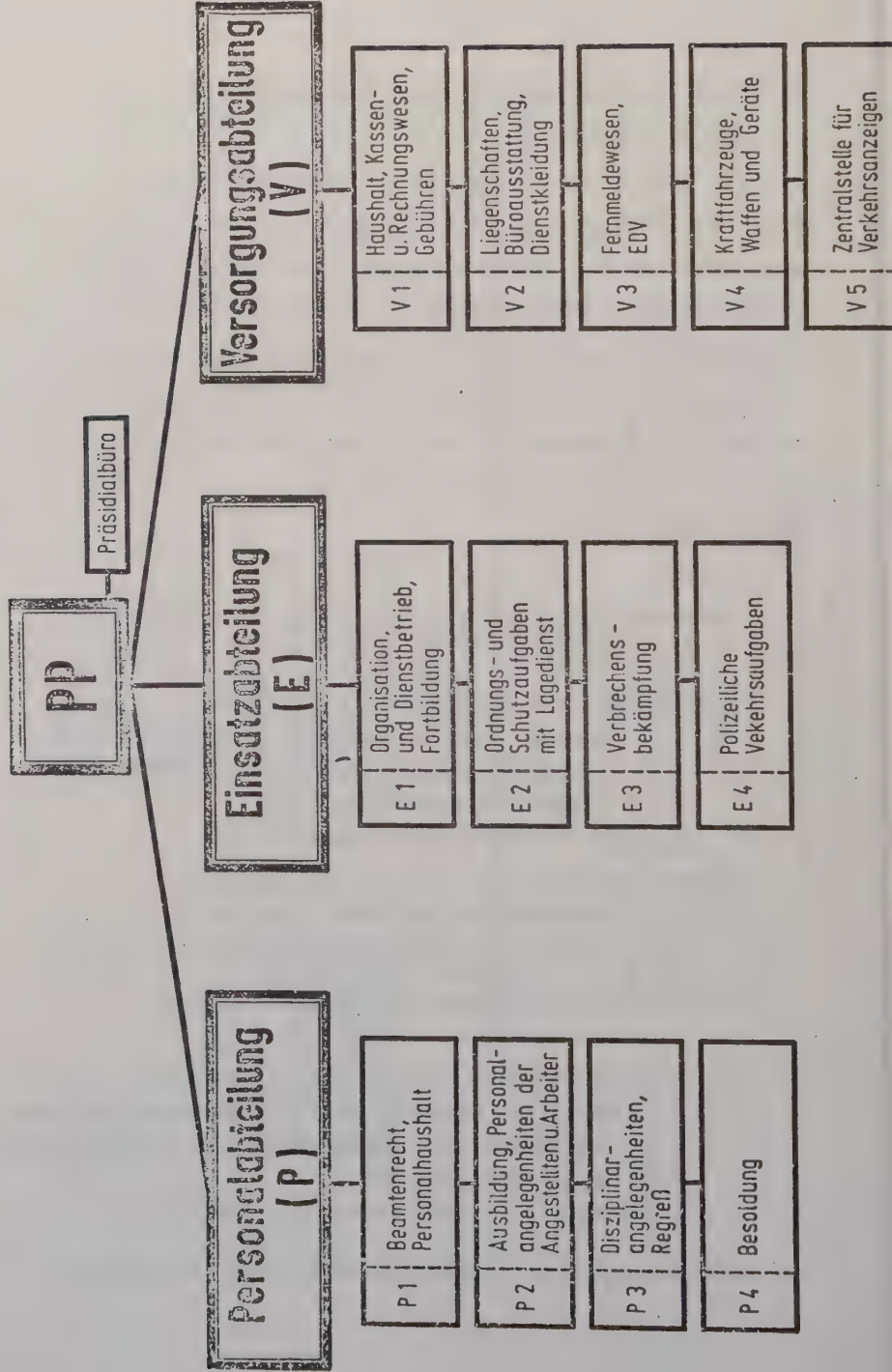
Versorgungsabteilung (V) mit den Sachgebieten

- V 1 Haushalt, Kassen- und Rechnungswesen, Gebühren
- V 2 Liegenschaften, Büroausstattung, Dienstkleidung
- V 3 Fernmeldewesen, EDV
- V 4 Kraftfahrzeuge, Waffen und Gerät.¹¹⁾

Die oben geschilderte Organisationsstruktur der Präsidiien

Organisation der Bayerischen Polizei

Gliederung eines Polizeipräsidiums - Fläche



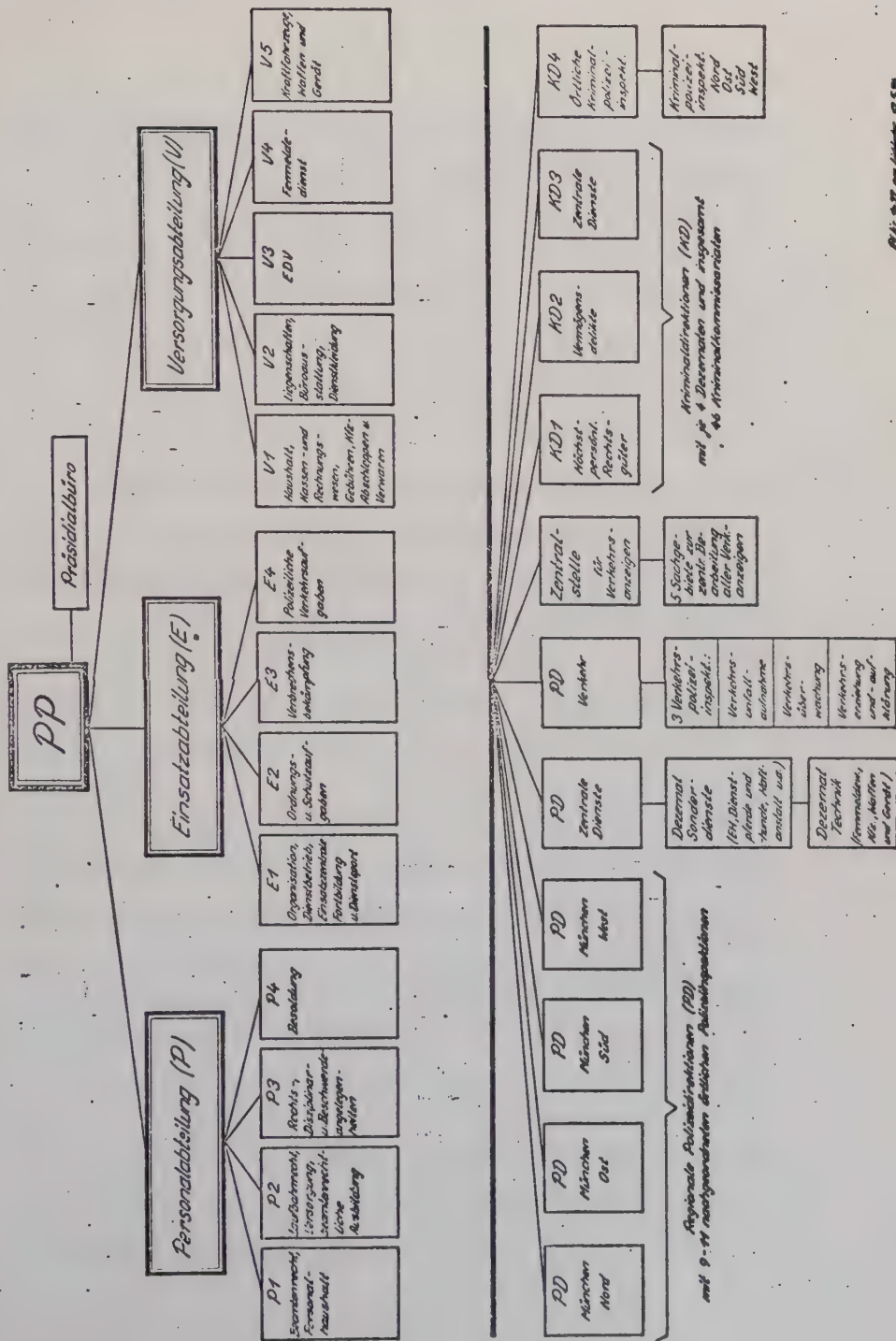
der Landespolizei wurde zwischenzeitlich im Bereich der Versorgungsabteilung um das Sachgebiet V 5 - "Zentralstelle für Verkehrsanzeigen" erweitert. Die neue Gliederung der Präsidien der Landespolizei (Polizeipräsidien-Fläche) zeigt das vorstehende Schema.

3.3 Organisationsstruktur der Polizeipräsidien Nürnberg/Fürth und München

Neben den sechs für die Regierungsbezirke zuständigen Polizeipräsidien-Fläche weist die Bayerische Landespolizei für den kriminalgeographischen Bereich der Großstädte Nürnberg und München zwei weitere Präsidien ("Polizeipräsidien-Stadt") auf. Auch diese Präsidien sind in Personalabteilung, Einsatzabteilung und Versorgungsabteilung mit den jeweiligen Sachgebieten gegliedert und weichen insoweit kaum von der Organisationsstruktur der in den Regierungsbezirken eingerichteten Polizeipräsidien (Polizeipräsidien-Fläche) ab. Neben einer geringfügig anderen Unterteilung der Versorgungsabteilung liegt der Hauptunterschied darin, daß die Polizeipräsidien-Stadt innerhalb der Einsatzabteilung selbst eine ständig besetzte Einsatzzentrale besitzen, da ihnen nicht wie den Polizeipräsidien-Fläche Schutzbereiche (Polizeidirektionen) mit ständig besetzten Einsatzzentralen unterstehen. Die den Polizeipräsidien-Stadt nachgeordneten regionalen Polizeidirektionen sind Dienststellen zur Lenkung des örtlichen Polizeivollzugsdienstes. Die Polizeidirektionen "Zentrale Dienste" und "Verkehr" steuern nicht die allgemeinpolizeiliche Voll-

Organisation der Bayerischen Staatlichen Polizei

Gliederung des Polizeipräsidiums München
— nachgeordnete Dienststellen —



zugstätigkeit in einem Schutzbereich, sondern stellen Dienststellen zur Erledigung bestimmter, im Großstadtbereich anfallender polizeilicher Sonderaufgaben dar (Polizeihaftanstalt, Verkehrsüberwachung, Verkehrsunfallaufnahme, Einsatz von geschlossenen Polizeiverbänden, Dienstpferden und Diensthunden). Die vorstehenden Schemata zeigen die Organisationsstruktur der Polizeipräsidien Nürnberg/Fürth und München im einzelnen.

3.4 Das Bayerische Staatsministerium des Innern als Führungsdienststelle der bayerischen Polizei

Oberste Ebene der bayerischen Polizei ist das Bayerische Staatsministerium des Innern, insbesondere mit seiner Abteilung I C - "Öffentliche Sicherheit und Ordnung". Es ist gemäß Artikel 1 Absatz 3 Satz 2 des Polizeiorganisationsgesetzes (POG) vom 10. August 1976 oberste Dienstbehörde und Führungsstelle der bayerischen Polizei.¹²⁾ Um die hierfür notwendige genaue Kenntnis der Sicherheitslage zu besitzen und jederzeit einen Austausch von aktuellen Informationen und Hintergrundwissen zu gewährleisten, ist in die Abteilung I C des Bayerischen Staatsministeriums des Innern in Vollzug der Forderungen des "Programms für die Innere Sicherheit in der Bundesrepublik Deutschland" ein sog. Lagezentrum integriert.¹³⁾ Das Lagezentrum ist rund um die Uhr mit Beamten des gehobenen und höheren Polizeivollzugsdienstes besetzt; es hat alle für die Sicherheit im Gebiet des Freistaates Bayern wesentlichen Informationen zu sammeln und auszu-

werten.¹⁴⁾ Zur Information der politischen Spitze und der polizeilichen Führungsebene im Bayerischen Staatsministerium des Innern erstellt das Lagezentrum zweimal täglich einen Lagebericht.¹⁵⁾ Das Lagezentrum hat mithin ausschließlich Informations- und Koordinationsfunktionen, die es durch

- Erfassen aller Meldungen und Nachrichten zur Sicherheitslage,
- Bewerten und Koordinieren der Informationen, sowie
- Weiterleiten an die dienstlich interessierten Stellen

wahrnimmt.¹⁶⁾ Ausschlaggebend für die Entscheidung, ein Lagezentrum ohne Führungsfunktionen zu errichten, war die Erfahrung, daß einsatzbezogene Führungsentscheidungen polizeilicher Art auf der Ebene des Ministeriums selten erforderlich werden. Wenn aber derartige Entscheidungen getroffen werden müssen, sind sie von so weittragender sicherheitsrechtlicher und auch politischer Bedeutung, daß die Führungsspitze des Ministeriums selbst sie zu verantworten hat. Es ist sichergestellt, daß das Lagezentrum anstehende Entscheidungen jederzeit von den hierfür kompetenten Beamten der Abteilung I C bzw. der Führungsspitze des Bayerischen Staatsministeriums des Innern einholen kann.¹⁷⁾

4. Die einzelnen Verbände der bayerischen Polizei

Das Polizeiorganisationsgesetz vom 10. August 1976 hat die gesetzlichen Voraussetzungen zur Verwirklichung des Programms für die Innere Sicherheit im Gebiet des Freistaats Bayern gebracht. Die in Vollzug des Programms innerhalb der bayerischen Polizei durchzuführenden Organisationsänderungen berühren fast ausschließlich die Bayerische Landespolizei, da dieser in Artikel 4 Absatz 1 POG der allgemeinpolizeiliche Vollzugsdienst im gesamten Gebiet des Freistaats Bayern zur Aufgabe gemacht ist, soweit nicht besondere örtliche und sachliche Dienstbereiche anderen Teilen der Polizei zugewiesen sind. Wenn dergestalt die Bayerische Landespolizei auch den Hauptträger des polizeilichen Vollzugsdienstes darstellt, so dürfen doch die weiteren drei bayerischen Polizeiverbände (Bayerische Grenzpolizei, Bayerische Bereitschaftspolizei, Bayerisches Landeskriminalamt) und das Bayerische Polizeiverwaltungsamt nicht als weniger bedeutungsvoll gesehen werden.

4.1 Die Bayerische Landespolizei

Die Bayerische Landespolizei gliedert sich in

1. Präsidien, die dem Bayerischen Staatsministerium des Innern unmittelbar nachgeordnet sind,
2. Direktionen,
3. Inspektionen und
4. soweit erforderlich, Stationen.

Für bestimmte sachliche Dienstbereiche können besondere

Direktionen, Inspektionen und Stationen errichtet werden.¹⁸⁾ Da mit Ausnahme des Regierungsbezirks Niederbayern, der mit dem Bezirk Oberpfalz einem gemeinsamen Präsidium der Landespolizei in Regensburg unterstellt ist, für jeden Regierungsbezirk ein Polizeipräsidium eingerichtet ist, gibt es sechs Präsidien der Landespolizei für die Regierungsbezirke Oberbayern in München, Niederbayern/Oberpfalz in Regensburg, Schwaben in Augsburg, Mittelfranken in Ansbach, Oberfranken in Bayreuth und Unterfranken in Würzburg. Hinzu kommen zwei weitere Präsidien für den Bereich der Großstädte München und Nürnberg/Fürth. Diesen insgesamt acht Präsidien der Landespolizei werden nach Abschluß der Neuorganisation zusammen 32 Polizeidirektionen und 268 Polizeinspektionen unterstellt sein.¹⁹⁾ Von den 32 Polizeidirektionen bilden 26 die bereits vorgestellten sog. Schutzbereiche, die in der Regel mehrere Landkreise und eine kreisfreie Stadt polizeilich zu betreuen haben. Die restlichen sechs Polizeidirektionen sind regionale Dienststellen, von denen vier dem Polizeipräsidium München und zwei dem Polizeipräsidium Nürnberg/Fürth für den örtlichen polizeilichen Vollzugsdienst nachgeordnet sind.²⁰⁾ Polizeidirektionen für bestimmte sachliche Dienstbereiche im Sinne des Artikels 4 Absatz 2 Satz 2 POG sind schließlich die bei den Polizeipräsidien München und Nürnberg/Fürth errichteten Polizeidirektionen "Zentrale Dienste" und "Verkehr".

4.2 Die Bayerische Grenzpolizei

Der Bayerischen Grenzpolizei obliegt der grenzpolizeiliche Schutz des Gebietes des Freistaats Bayern, d.i. die polizeiliche Überwachung der Landesgrenzen, die polizeiliche Kontrolle des grenzüberschreitenden Verkehrs einschließlich der Überprüfung der Grenzübertrittspapiere, der Grenzfehndung und der Beseitigung von Störungen und der Abwehr von Gefahren, die ihren Ursprung außerhalb des Bundesgebietes haben, sowie schließlich im Grenzgebiet bis zu einer Tiefe von 30 Kilometern (Grenz-
bereich) die Beseitigung von Störungen und die Abwehr von Gefahren, die die Sicherheit der Grenzen beeinträchtigen.²¹⁾ Außerdem kann das Bayerische Staatsministerium des Innern durch Verordnung bestimmen, daß die Bayerische Grenzpolizei im Grenzbereich anstelle der Bayerischen Landespolizei tätig wird, d.h. sämtliche allgmeinpolizeilichen Aufgaben wahrnimmt.²²⁾ Eine entsprechende Regelung ist in der Durchführungsverordnung zum POG in Verbindung mit Anlage 2 zu dieser Verordnung erfolgt.²³⁾

Die Bayerische Grenzpolizei gliedert sich in das Präsidium, das dem Bayerischen Staatsministerium des Innern unmittelbar nachgeordnet ist, sowie in dem Präsidium unterstellte Grenzpolizeiinspektionen und -stationen. Für besondere grenzpolizeiliche Aufgaben können Grenzbeauftragte bestellt werden.²⁴⁾ Es handelt sich hier in erster Linie um die überörtliche Lenkung der grenzpolizeilichen und grenzpolitischen Arbeit für größere Grenzabschnitte.

4.3 Die Bayerische Bereitschaftspolizei

Die Bayerische Bereitschaftspolizei steht, insbesondere in geschlossenen Einheiten

1. aus besonderem Anlaß zum Schutze oberster Staatsorgane und Behörden sowie lebenswichtiger Einrichtungen und Anlagen,
2. zur Unterstützung anderer Teile der Polizei,
3. zur Katastrophenhilfe

zur Verfügung. Für diese Einsätze bedarf es der Weisung des Bayerischen Staatsministers des Innern.²⁵⁾ Der Bayerischen Bereitschaftspolizei ist eine Hubschrauberstaffel angegliedert, die nach Weisung des Bayerischen Staatsministeriums des Innern tätig wird.²⁶⁾

Neben ihrer Aufgabe, in besonderen Fällen für polizeiliche Einsätze zur Verfügung zu stehen, obliegt der Bayerischen Bereitschaftspolizei auch die Ausbildung von Beamten für die Laufbahn des mittleren Polizeivollzugsdienstes, sowie unbeschadet der Fortbildungsveranstaltungen anderer Teile der Polizei die Fortbildung der Polizeivollzugsbeamten.²⁷⁾

Die Ausbildung für die Laufbahn des mittleren Polizeivollzugsdienstes erfolgt während einer dreijährigen Ausbildungszeit in den einzelnen Bereitschaftspolizeiabteilungen, die aus je 4 Hundertschaften bestehen. Derzeit sind sechs Bereitschaftspolizeiabteilungen an verschiedenen Orten im Gebiet des Freistaats Bayern eingerichtet. Damit bestehen für die Ausbildung für die Laufbahn des mittleren Polizeivollzugsdienstes im Freistaat Bayern ins-

gesamt 24 Hundertschaften mit 2 400 Ausbildungsplätzen. Neben den Bereitschaftspolizeiabteilungen unterhält die Bayerische Bereitschaftspolizei als weitere Ausbildungseinrichtung das "Ausbildungsinstitut für Allgemeinbildung der Bayerischen Bereitschaftspolizei" in Fürstentfeldbruck, dem die Durchführung der in Artikeln 15 Absatz 2 Nummer 3 und 21 Nummer 2 BayBFHG verlangten Ergänzungslehrgänge mit anschließender Ergänzungsprüfung für die Zulassung zum Studium an der Bayerischen Beamtenfachhochschule obliegt.²⁸⁾ Die Fortbildung der Polizeivollzugsbeamten erfolgt in tätigkeitsbezogenen Fachlehrgängen und Seminaren an dem ebenfalls der Bayerischen Bereitschaftspolizei unterstellten "Fortbildungsinstitut der Bayerischen Polizei" in Ainring.²⁹⁾ Den Aus- und Fortbildungseinrichtungen sowie den Bereitschaftspolizeiabteilungen ist das Präsidium der Bayerischen Bereitschaftspolizei übergeordnet, das seinerseits dem Bayerischen Staatsministerium des Innern unmittelbar nachgeordnet ist.³⁰⁾

4.4 Das Bayerische Landeskriminalamt

Das Bayerische Landeskriminalamt ist als zentrale Dienststelle für kriminalpolizeiliche Aufgaben dem Bayerischen Staatsministerium des Innern unmittelbar nachgeordnet.³¹⁾ Es ist Zentralstelle der polizeilichen Datenverarbeitung und Nachrichtenübermittlung³²⁾, sammelt die notwendigen Informationen für die polizeiliche Verbrechensbekämpfung und die Verfolgung strafbarer Handlungen und wertet sie

mit modernsten Mitteln aus.³³⁾ Dem Bayerischen Landeskriminalamt kommen insbesondere koordinierende Funktionen in der Verbrechensbekämpfung zu; daneben besitzt es für bestimmte, besonders gefährliche Straftaten eine eigene Ermittlungszuständigkeit.³⁴⁾ Schließlich ist es noch eine wichtige Aufgabe des Bayerischen Landeskriminalamtes, Einrichtungen für erkennungsdienstliche und kriminaltechnische Untersuchungen und Forschungen zu unterhalten, entsprechende Untersuchungen durchzuführen und für Straf- und Bußgeldverfahren Gutachten zu erstatten.³⁵⁾ Aufgrund seiner zentralen Aufgaben hat das Bayerische Landeskriminalamt den Rang eines Landesamtes.³⁶⁾

4.5 Das Bayerische Polizeiverwaltungsamt

Das Bayerische Polizeiverwaltungsamt gliedert sich in zwei verschiedene Amtsstellen, die ihrer Funktion nach nichts miteinander zu tun haben, nämlich in eine Zentrale Beschaffungsstelle der bayerischen Polizei und in eine Zentrale Bußgeldstelle zur polizeilichen Ahndung und Verfolgung von Ordnungswidrigkeiten, die im Straßenverkehr begangen werden.³⁷⁾ In seiner Funktion als Zentrale Beschaffungsstelle nimmt das Bayerische Polizeiverwaltungsamt einmal zentrale Verwaltungsaufgaben der Polizei wahr, wie z.B. Grundstücksverwaltung und -beschaffung, Belieferung mit einheitlichen Formblättern, Unterhaltung der Polizeikasse und Erlass von Abhilfebescheiden bei Schadensersatzansprüchen Dritter gegen Polizeidienststellen. Zum anderen beschafft es die gesamte Ausrüstung der bayerischen

Polizei, wie z.B. Bekleidung, Waffen, Kraftfahrzeuge und sonstiges technisches Gerät.³⁸⁾ Die Zentrale Beschaffungsstelle ist eine Verwaltungsdienststelle. Die in ihr beschäftigten Beamten sind Verwaltungsbeamte der Polizei im Sinne des Artikels 190 Absatz 2 Satz 3 des Bayerischen Beamtengesetzes.³⁹⁾

Die Zentrale Bußgeldstelle im Bayerischen Polizeiverwaltungsamt besitzt eine Doppelnatur: Sie ist, soweit sie die Ahndung der von anderen Polizeidienststellen ermittelten im Straßenverkehr begangenen Ordnungswidrigkeiten vornimmt, Verwaltungsbehörde gemäß § 36 Absatz 1 Nummer 1 des Ordnungswidrigkeitengesetzes (OWiG). Dagegen ist sie eine Dienststelle des Polizeivollzugsdienstes, soweit sie selbst die vorgenannten Ordnungswidrigkeiten verfolgt; mit für diesen Zweck gehören ihr Polizeivollzugsbeamte an. In der Praxis führt allerdings die für den örtlichen Dienstbereich zuständige Polizeidienststelle in Beachtung des § 53 OWiG die erforderlichen Ermittlungen selbst und gibt die Sache erst nach Abschluß der Ermittlungen an die Zentrale Bußgeldstelle ab.⁴⁰⁾ Diese kann dann als Vollzugsdienststelle noch zusätzliche Ermittlungshandlungen und polizeiliche Maßnahmen treffen, oder als Verwaltungsbehörde nach § 36 OWiG die Ordnungswidrigkeit ahnden.⁴¹⁾

Auch das Bayerische Polizeiverwaltungsamt ist eine dem Bayerischen Staatsministerium des Innern unmittelbar nachgeordnete Dienststelle.⁴²⁾ Ebenso wie das Bayerische Lan-

deskriminalamt besitzt das Bayerische Polizeiverwaltungsamt aufgrund seiner zentralen Aufgaben den Rang eines Landesamtes.⁴³⁾

5. Ausblick

Die Bayerische Staatsregierung hat in ihrem Programm für die Innere Sicherheit in Bayern nachdrücklich betont, daß ein erfolgreicher Kampf gegen das Verbrechen eine zweckmäßig organisierte, personell ausreichend besetzte, gut ausgebildete und mit modernem Gerät ausgerüstete Polizei voraussetzt.⁴⁴⁾ Der Freistaat Bayern verbessert nicht zuletzt deshalb laufend die Organisation seiner Polizei - der Schutzpolizei ebenso wie der Kriminalpolizei - nach den Gesichtspunkten der Rationalisierung, der Einsatztaktik und der Kriminalgeographie. Oberstes Ziel aller Planungen und Maßnahmen auf dem Gebiet der Polizeiorganisation ist dabei die größtmögliche Effektivität der Polizei und damit ein optimaler Schutz der Bevölkerung.⁴⁵⁾ Einen entscheidenden Schritt zur Erreichung dieses Zieles stellt die gegenwärtig noch andauernde Umorganisation fast der gesamten bayerischen Polizei dar. Nach dem Abschluß dieser Umorganisation, die gekennzeichnet ist durch die Verstaatlichung der Gemeindepolizeien und die Schaffung polizeilicher Schutzbereiche nach kriminalgeographischen und polizeitaktischen Gesichtspunkten, wird die bayerische Polizei - was Effektivität und Leistung angeht - wiederum an der Spitze der Polizeien in der Bundesrepublik Deutschland stehen.

LITERATURVERZEICHNIS

A. Bücher

- Arbeitskreis Junger Kriminologen: Die Polizei - eine Institution
öffentlicher Gewalt. Neuwied 1975
- Bayerisches Landeskriminalamt: Bayerisches Landeskriminalamt 1946
- 1968. München 1968
- Bayerisches Staatsministerium des Innern: Innere Sicherheit in Bayern - Bericht und Programm der Bayerischen Staatsregierung
1974. München 1974
- BREIBECK, Otto Ernst: Bayerns Polizei im Wandel der Zeit. München
1971
- BRUSTEN, Manfred: Determinanten selektiver Sanktionierung durch die
Polizei. In: FEEST-LAUTMANN: Die Polizei - Soziologische Studien
und Forschungsberichte. Opladen 1971 (Brusten I)
- BRUSTEN, Manfred: Polizeisozilogie und gesellschaftliche Praxis -
Zu einem Diskussionspapier der Jungsozialisten über die "Polizei
in der Klassengesellschaft". In: Arbeitskreis Junger Kriminologen:
Die Polizei - eine Institution öffentlicher Gewalt. Neuwied 1975
(Brusten III)
- DICKOPF, Paul und HOLLE Rolf: Das Bundeskriminalamt. Schriftenreihe
"Ämter und Organisationen der Bundesrepublik Deutschland"
Nr. 32. Bonn 1971
- DOEBERL, Michael: Entwicklungsgeschichte Bayerns. München 1916 und
1928 (Band I und II)
- DREWS, Bill und WACKE Gerhard: Allgemeines Polizeirecht. Berlin 1961
- FALTER, Josef: 75 Jahre Münchner Schutzpolizei - Aus der Chronik des
Polizeipräsidiums. München 1973
- FEEST, Johannes und LAUTMANN Rüdiger: Die Polizei - Soziologische
Studien und Forschungsberichte. Opladen 1971
- HELFER, Christian und SIEBEL Wigand: Das Berufsbild des Polizeivollzugsbeamten.
Gutachten des Soziologischen Instituts der Universität des Saarlandes.
Saarbrücken 1975
- HINZ, Liselotte: Das Berufs- und Gesellschaftsbild von Polizisten.
In: FEEST-LAUTMANN: Die Polizei - Soziologische Studien und
Forschungsberichte. Opladen 1971
- HUBENSTEINER, Benno: Maximilian I. - Staat, Leben und Kultur um die
Zeit des Dreißigjährigen Krieges. München 1956 (Hubensteiner I)

- HUBENSTEINER, Benno: Bayerische Geschichte - Staat und Volk, Kunst und Kultur. München 1967 (Hubensteiner II)
- LAUTMANN, Rüdiger: Politische Herrschaft und polizeilicher Zwang. In: FEEST-LAUTMANN: Die Polizei - Soziologische Studien und Forschungsberichte. Opladen 1971
- MALINOWSKI, Peter: Polizei-Kriminologie und soziale Kontrolle. In: Arbeitskreis Junger Kriminologen: Die Polizei - eine Institution öffentlicher Gewalt. Neuwied 1975
- MANG-MAUNZ-MAYER-OBERMAYER: Staats- und Verwaltungsrecht in Bayern. München 1968
- MAYER, Franz: Die Eigenständigkeit des bayerischen Verwaltungsrechts, dargestellt an Bayerns Polizeirecht. München 1958 (Mayer I)
- MELCHER, Kurt: Die Geschichte der Polizei. Berlin 1926
- MÜLLER-MEININGEN, Ernst: Aus Bayerns schwersten Tagen - Erinnerungen und Betrachtungen aus der Revolutionszeit. Berlin 1924
- NEUNER, Franz: Das Werden des Bayerischen Landeskriminalamtes. In: Bayerisches Landeskriminalamt 1946 - 1968. München 1968
- RIEZLER, Sigmund: Geschichte Baierns. Stuttgart 1927 (Band I bis VII)
- ROHNERT, Ernst Theo: Bayern in Geschichte und Gegenwart. München 1956
- SAMPER, Rudolf: Kommentar zum bayerischen Polizeiaufgabengesetz. München 1969 (Samper I)
- SAMPER, Rudolf: Kommentar zum bayerischen Polizeiorganisationsgesetz. München 1970 (Samper II)
- SCHREMMER, Eckart: Die Wirtschaft Bayerns. München 1970
- SCHRÖDER, Hugo: Das Kgl. Bayer. Gendarmeriekorps 1812 - 1912. München 1912
- SIEBECKE, Horst: Die Herren der Lage - Macht und Ohnmacht der deutschen Polizei. Köln 1972
- SOLLEDER, Fridolin: München im Mittelalter. München und Berlin 1938
- SPIEGELBERG, Rüdiger: Einige Daten zur Rekrutierung und Ausbildung der Polizei. In: FEEST-LAUTMANN: Die Polizei - Soziologische Studien und Forschungsberichte. Opladen 1971
- Ständige Konferenz der Innenminister/-senatoren des Bundes und der Länder: Programm für die Innere Sicherheit in der Bundesrepublik Deutschland. Bonn 1974

B. Zeitschriften

- BAUMANN, Alfred: Zum Übertritt jüngster Polizeibeamter von der Bereitschaftspolizei zum Einzeldienst. In: Die Polizei 5/1971, S. 148 - 151
- BRUSTEN, Manfred: Schichtzugehörigkeit und Aufstiegschancen von Polizeibeamten. In: Die Polizei 7/1974, S. 185 - 199 (Brusten II)
- EMMERIG, Ernst: Das neue bayerische Sicherheits- und Polizeirecht. In: Bayern und seine Polizei 1960, S. 11 - 15 (Sonderausgabe IVa von: Polizei-Technik-Verkehr)
- FREUDENREICH, Johann: Aus den Akten der Ettstraße - 50 Jahre Münchner Polizeipräsidium. In: München und seine Polizei 1964, S. 7 - 17 (Sonderausgabe II/1964 von: Polizei-Technik-Verkehr)
- FRIKER, Hermann: Das Lagezentrum im Bayer. Staatsministerium des Innern. In: Polizei in Bayern 75, S. 88 - 92
- HACKER, Erwin: Aus der Arbeit der Bayerischen Polizeischule. In: Polizei in Bayern 1970, S. 79 - 93
- HORNTHAL, Steffen: Die Persönlichkeit von Polizeibeamten - Ein Beitrag zum Berufsbild. In: Die Polizei 10/1975, S. 334 - 337 (Hornthal I)
- HORNTHAL, Steffen: Berufszufriedenheit von Polizeibeamten. In: Deutsche Polizei 8/1976, S. 11 - 12 (Hornthal II)
- KRAMPOL, Karl: Das Berufsbild der Polizei. In: Bayerland 10/1971, S. 1 - 7
- KRAUS, Eduard: Das Bayerische Landeskriminalamt. In: Polizei in Bayern 1969, S. 65 - 71
- MAYER, Franz: Zur geschichtlichen Entwicklung von Polizei und Polizeirecht in Bayern. In: Bayern und seine Polizei 1960, S. 5 - 9 (Sonderausgabe IVa von: Polizei-Technik-Verkehr) (Mayer II)
- RATTELMÜLLER, Paul Ernst: Der bayerische Schandi. In: Bayerland 10/1971, S. 33 - 40
- SCHUSTER, Walter: Die Polizei in den Augen der Anderen. In: Polizei-Technik-Verkehr 11/1971, S. 453 - 454
- WEINGART, Olaf: Die Ausbildung der Bayerischen Polizeivollzugsbeamten des gehobenen Dienstes auf Fachhochschulebene. In: Polizei in Bayern 76, S. 29 - 33
- o.V.: Aus dem Landtag. In: Die Bayerische Polizei 2/1974, S. 52

ANMERKUNGEN

Einleitung und Teil I

- 1) Gesetz über die Aufgaben und Befugnisse der Polizei in Bayern (PAG) vom 16.10.1954 (BayBSI S. 442), jetzt in der Fassung vom 24.10.1974 (GVBl S. 739)
- 2) Krampol S. 2
- 3) a.a.O.
- 4) Strafprozeßordnung (StPO) vom 7.1.1975 (BGBl I S. 129); Gesetz über Ordnungswidrigkeiten (OWiG) vom 2.1.1975 (BGBl I S. 80)
- 5) Krampol a.a.O.
- 6) a.a.O.
- 7) Drews-Wacke S. 2; Breibeck S. 3; Samper I S. 9
- 8) a.a.O.
- 9) Breibeck a.a.O.
- 10) Samper I S. 10
- 11) Breibeck S. 8
- 12) Melcher S. 50
- 13) Breibeck S. 3
- 14) a.a.O.
- 15) a.a.O.
- 16) Doeberl S. 52
- 17) Riezler S. 373
- 18) Riezler S. 404
- 19) Doeberl a.a.O.
- 20) Riezler a.a.O.; Doeberl S. 57
- 21) Breibeck a.a.O.
- 22) Breibeck a.a.O.; Doeberl S. 49,51; Rohnert S. 11,12

- 23) Doeberl S. 48
- 24) Doeberl S. 300; Rohnert S. 54
- 25) Doeberl a.a.O.
- 26) Doeberl S. 325
- 27) Breibeck S. 28,29; Mayer I S. 26; Mayer II S. 5
- 28) Breibeck S. 28
- 29) Doeberl S. 486
- 30) Doeberl S. 487; Mayer I S. 26
- 31) Hubensteiner II S. 104; Breibeck a.a.O.
- 32) Hubensteiner II S. 105; Doeberl S. 488; Rohnert S. 55
- 33) Rohnert a.a.O.
- 34) Rohnert S. 70
- 35) Rohnert S. 51
- 36) Doeberl S. 275
- 37) Hubensteiner II S. 106
- 38) Doeberl a.a.O.
- 39) a.a.O.
- 40) a.a.O.
- 41) Doeberl a.a.O.; Hubensteiner II a.a.O.
- 42) Doeberl S. 276
- 43) a.a.O.
- 44) Hubensteiner II a.a.O.
- 45) Schremmer S. 29
- 46) Doeberl a.a.O.
- 47) Doeberl a.a.O.; Hubensteiner II a.a.O.
- 48) Doeberl a.a.O.

- 49) Rohnert S. 56
- 50) Breibeck S. 9
- 51) Breibeck S. 14
- 52) a.a.O.
- 53) Breibeck S. 15
- 54) a.a.O.
- 55) a.a.O.
- 56) Breibeck S. 11
- 57) Solleder S. 299
- 58) a.a.O.
- 59) Solleder S. 300
- 60) Doeberl S. 348
- 61) Solleder S. 152
- 62) Doeberl a.a.O.
- 63) Schremmer S. 20
- 64) Schremmer S. 21
- 65) a.a.O.
- 66) a.a.O.
- 67) Solleder S. 30,301
- 68) Schremmer a.a.O.
- 69) a.a.O.
- 70) Doeberl S. 349
- 71) Doeberl S. 350
- 72) Breibeck S. 18
- 73) Breibeck S. 17
- 74) Breibeck S. 18,20
- 75) Breibeck S. 19

- 76) a.a.O.
- 77) Breibeck a.a.O.; Solleder S. 440
- 78) Breibeck S. 21
- 79) Solleder S. 330
- 80) Breibeck a.a.O.
- 81) Breibeck S. 22
- 82) Breibeck S. 23
- 83) a.a.O.
- 84) Riezler S. 711,712
- 85) a.a.O.
- 86) Riezler S. 712
- 87) Mit den Verordnungen von 1480, 1488, 1489 und 1490 wurde der Bevölkerung und den Amtspersonen wiederholt eingeschärft, daß nur alte und gebrechliche Leute betteln dürften; alle anderen Bettler seien der Haft zuzuführen. Die Landordnung von 1501 fügte hinzu, daß Bettlerkinder ihren Eltern weggenommen und zu einem Handwerk oder ziemlichem Dienst angehalten werden sollten (Riezler S. 712, 713).
- 88) Riezler S. 713
- 89) Riezler VI S. 65
- 90) Breibeck S. 38
- 91) Doeberl S. 516,517; Hubensteiner II S. 187
- 92) Riezler VI S. 66
- 93) Breibeck S. 12
- 94) Hubensteiner II S. 128
- 95) Doeberl S. 517
- 96) Riezler V S. 27
- 97) a.a.O.
- 98) Riezler VI S. 64

- 99) Riezler V S. 27; "Gregori" hießen die Waldausflüge der Schuljugend.
- 100) Riezler V S. 26; die "Geige" war eine Art Pranger (Breibeck S. 26).
- 101) Riezler a.a.O.
- 102) Riezler VI S. 59; Doeberl S. 378
- 103) Der Wormser Landfrieden von 1495, auch "Große Reichsreform" genannt, verbot die Fehde und verlangte die Einhaltung des Rechtswegs. Gleichzeitig wurde ein ständiges Kammergericht als höchste Justiz- und Polizeinstanz im Reich geschaffen (Breibeck S. 30; Mayer II S. 5).
- 104) Riezler a.a.O.
- 105) Riezler VI S. 60; Doeberl a.a.O.
- 106) Riezler a.a.O.; Doeberl a.a.O.
- 107) Riezler a.a.O.
- 108) Riezler VI S. 61; Mayer I S. 22,23; Mayer II S. 5
- 109) Breibeck S. 31; Mayer I S. 24; Mayer II a.a.O.
- 110) Breibeck a.a.O.; Mayer II a.a.O.
- 111) Breibeck a.a.O.; Mayer I S. 22
- 112) Breibeck a.a.O.
- 113) Breibeck S. 33
- 114) Riezler VI S. 70
- 115) Doeberl S. 492
- 116) Doeberl a.a.O.; Breibeck S. 69; Falter S. 4
- 117) Doeberl a.a.O.
- 118) a.a.O.
- 119) Doeberl a.a.O.; Hubensteiner II S. 169
- 120) Drews-Wacke S. 3
- 121) Doeberl S. 527; Hubensteiner II S. 185
- 122) Doeberl S. 376

- 123) Breibeck S. 69
- 124) Breibeck S. 35,36
- 125) Breibeck S. 36
- 126) a.a.O.
- 127) Breibeck S. 37
- 128) a.a.O.
- 129) Riezler V S. 27; VI S. 64
- 130) Doeberl S. 526; Hubensteiner I
- 131) Doeberl S. 515
- 132) Doeberl a.a.O.; Riezler VI S. 61
- 133) Doeberl S. 516; Breibeck S. 31
- 134) Doeberl S. 515; Riezler VI S. 62
- 135) Doeberl S. 517; Riezler VI S. 66
- 136) Breibeck S. 33
- 137) a.a.O.
- 138) Breibeck S. 34
- 139) a.a.O.
- 140) a.a.O.
- 141) Breibeck S. 38; Falter S. 4
- 142) Breibeck S. 39; Falter a.a.O.
- 143) Falter S. 5; Schröder S. 4 Fußnote
- 144) Breibeck S. 53; Falter S. 6; Schröder S. 5
- 145) Breibeck S. 39; Falter S. 4
- 146) Breibeck a.a.O.
- 147) a.a.O.; Rattelmüller S. 34
- 148) Breibeck a.a.O.; Falter a.a.O.
- 149) Breibeck S. 40; Falter a.a.O. Verschiedentlich wird das Streyf-

und Securitätscorps nach seinem Kommandanten Pindter auch "Pindtersches Freycorps" genannt (Rattelmüller S. 34).

- 150) Breibeck a.a.O.; Falter S. 5
- 151) Breibeck a.a.O.; Rattelmüller S. 33
- 152) Breibeck a.a.O.
- 153) Breibeck S. 41; Falter a.a.O.
- 154) Breibeck S. 42; Falter a.a.O.; Schröder S. 2
- 155) Breibeck a.a.O.; Schröder S. 3 ; Rattelmüller S. 35
- 156) Breibeck a.a.O.; Schröder a.a.O.
- 157) Breibeck S. 43
- 158) a.a.O.
- 159) a.a.O.
- 160) a.a.O.
- 161) Breibeck S. 49; Falter S. 5; Schröder S. 4
- 162) von frz. "Gens d'armes = Männer mit Waffen; diese sicherheitsdienstliche Einrichtung hatte Bayern vom Frankreich Napoleons übernommen (Breibeck S. 52).
- 163) Breibeck S. 53; Falter S. 5,6; Schröder S. 5
- 164) Breibeck a.a.O.; Falter S. 6; Schröder a.a.O.; Rattelmüller S. 35
- 165) Breibeck S. 42
- 166) Breibeck a.a.O.; Falter a.a.O.; Schröder S. 6
- 167) Falter a.a.O.
- 168) Schröder S. 9
- 169) Breibeck S. 54; Schröder S. 10; Rattelmüller S. 36
- 170) Schröder a.a.O.
- 171) a.a.O.
- 172) Falter a.a.O.
- 173) Falter S. 4

- 174) a.a.O.; Mayer I S. 36
- 175) Falter a.a.O.
- 176) a.a.O.
- 177) a.a.O.
- 178) Doeberl II S. 347; Mayer I S. 37; Mayer II S. 5
- 179) Breibeck S. 46; Freudenreich S. 16
- 180) Breibeck a.a.O.; Falter S. 5; Schröder S. 12
- 181) Falter a.a.O.
- 182) Breibeck a.a.O.; Falter a.a.O.; Mayer I S. 55
- 183) Falter a.a.O.
- 184) Doeberl II S. 453
- 185) Breibeck S. 45
- 186) Doeberl II S. 457
- 187) a.a.O.; Breibeck S. 50; Hubensteiner II S. 265; Mayer II S. 5
- 188) Breibeck S. 46
- 189) Doeberl II S. 462
- 190) a.a.O.; Breibeck S. 46; Mayer I S. 51; Mayer II S. 5
- 191) Doeberl a.a.O.; Breibeck S. 46,49; Mayer I a.a.O.; Mayer II a.a.O.
- 192) Doeberl II S. 463; Breibeck S. 49; Mayer I S. 29,51; Mayer II S. 6
- 193) Doeberl II S. 462; Mayer II a.a.O.
- 194) Doeberl II S. 463
- 195) Breibeck S. 44
- 196) Breibeck S. 45; Doeberl II S. 300,301
- 197) Drews-Wacke S. 3; Samper I S. 11; Mayer I S. 127,128
- 198) Drews-Wacke a.a.O.
- 199) Drews-Wacke S. 4; Samper I a.a.O.
- 200) Pütter, Institutiones iuris publici Germanici, 1770, § 331 (zit. Drews-Wacke a.a.O.)

- 201) Preußisches Allgemeines Landrecht, §§ 2 und 3 II 13 (zit. Drews-Wacke a.a.O.; Mayer I S. 127)
- 202) zit. Drews-Wacke a.a.O.; Samper I a.a.O.; Mayer I S. 125
- 203) Breibeck a.a.O.
- 204) Rohnert S. 134; Hubensteiner II S. 264
- 205) Breibeck S. 61
- 206) Hubensteiner II S. 280; Mayer I S. 63
- 207) In der ersten Kammer - Kammer der Reichsräte - saßen die Prinzen des königlichen Hauses, die hohen Kronbeamten, die Häupter der ehemals reichsständischen fürstlichen Familien, die Spitzen beider Kirchen und die durch königliche Gnade ernannten Reichsräte; die zweite Kammer - Kammer der Abgeordneten - umfaßte die Vertreter der Universitäten, des grundherrlichen Adels, der Geistlichkeit, der Städte und Märkte und der Landeigentümer (Hubensteiner II S. 279).
- 208) Hubensteiner a.a.O.
- 209) Breibeck S. 52; Rohnert S. 135
- 210) Breibeck a.a.O.; Falter S. 6; Mayer II S. 6
- 211) Breibeck a.a.O.; Mayer I S. 57; Mayer II a.a.O.
- 212) Breibeck a.a.O.
- 213) a.a.O.
- 214) a.a.O.; Falter a.a.O.; Mayer II a.a.O.
- 215) Breibeck a.a.O.; Falter a.a.O.; Schröder S. 12; Rattelmüller S. 36
- 216) Breibeck S. 54; Schröder S. 10; Rattelmüller a.a.O.
- 217) Breibeck S. 55; Falter a.a.O.
- 218) Breibeck a.a.O.; Falter a.a.O.; Schröder S. 12
- 219) Die Gendarmen blieben allerdings noch Militärpersonen und in personeller und disziplinärer Hinsicht dem Kriegsministerium unterstellt (Breibeck S. 62; Schröder S. 23; Rattelmüller S. 39). Erst das am 1.1.1909 in Kraft getretene Bayerische Beamtengesetz reihte die Gendarmen in die Kategorie der Staatsbeamten ein (Breibeck S. 63; Schröder S. 30,31).
- 220) Breibeck S. 62; Falter S. 8; Schröder S. 22,23; Rattelmüller S. 39

- 221) Falter a.a.O.
- 222) Falter S. 9
- 223) a.a.O.
- 224) a.a.O.; Breibeck S. 63; Schröder S. 30
- 225) Falter a.a.O.; Breibeck a.a.O.
- 226) a.a.O.
- 227) a.a.O.
- 228) Breibeck a.a.O.
- 229) Breibeck S. 64
- 230) Falter S. 10
- 231) Breibeck S. 65
- 232) Breibeck S. 61; Mayer I S. 85; Mayer II S. 7
- 233) Breibeck a.a.O.; Mayer I S. 82, 103; Mayer II a.a.O.
- 234) Breibeck a.a.O.; Mayer II a.a.O.
- 235) Breibeck a.a.O.
- 236) Falter S. 12; Freudenreich S. 8, 9
- 237) Müller-Meiningen S. 43
- 238) a.a.O.
- 239) Falter S. 12, 13
- 240) Falter S. 13; Müller-Meiningen S. 190; Freudenreich S. 7
- 241) Falter a.a.O.; Müller-Meiningen S. 194; Freudenreich a.a.O.
- 242) Müller-Meiningen a.a.O.; Freudenreich a.a.O.
- 243) a.a.O.; Falter a.a.O.
- 244) Falter a.a.O.
- 245) Falter S. 14; Freudenreich S. 11
- 246) Falter S. 13
- 247) Breibeck S. 66

- 248) Falter S. 14
- 249) a.a.O.; Breibeck a.a.O.
- 250) Falter a.a.O.
- 251) a.a.O.
- 252) Breibeck a.a.O.
- 253) Falter S. 16; Mayer II S. 8
- 254) Breibeck a.a.O.; Neuner S. 9
- 255) Falter a.a.O.
- 256) Falter S. 17; Mayer I S. 184
- 257) Falter S. 18; Mayer I a.a.O.; Mayer II S. 9; Freudenreich S. 14
- 258) Falter S. 17; Dickopf S. 25
- 259) Breibeck a.a.O.
- 260) Falter a.a.O.
- 261) Dickopf a.a.O.
- 262) Dickopf S. 26
- 263) z.B. die Reichszentralen zur Bekämpfung von Geldfälschungen, von Rauschgiftdelikten, die Reichszentralen zur Bekämpfung internationaler Taschendiebe, reisender und gewerbsmäßiger Betrüger und Fälscher, die Reichszentrale zur Bekämpfung von Kapitalverbrechen (Dickopf a.a.O.).
- 264) Dickopf S. 26,27
- 265) Dickopf S. 27,28
- 266) Dickopf S. 28,29
- 267) Neuner S. 9
- 268) Dickopf S. 29,30
- 269) Dickopf S. 30
- 270) Drews-Wacke S. 8; Samper I S. 12
- 271) § 7 des Zweiten Preußischen Gesetzes über die Geheime Staatspolizei vom 10.2.1936 (zit. Drews-Wacke a.a.O.; Mayer I S. 189 Fußnote 28)

- 272) Samper I a.a.O.; Mayer I S. 189
- 273) Breibeck a.a.O.
- 274) Dickopf S. 31
- 275) Falter S. 21
- 276) Dickopf a.a.O.; Mayer I S. 194; Kraus S. 65; Neuner S. 10
- 277) Mayer I S. 195,207; Mang-Maunz-Mayer-Obermayer S. 391
- 278) Mang-Maunz-Mayer-Obermayer S. 395; vgl. Verordnung über die Wahrnehmung von Aufgaben und Befugnissen der "Polizeibehörden" durch die Polizei vom 29.3.1972 (GVBl S. 167)
- 279) Falter S. 24
- 280) Falter S. 21
- 281) Falter S. 21,22
- 282) Dickopf a.a.O.; Neuner S. 10
- 283) Dickopf S. 31,32; Falter S. 22; Mayer I S. 199; Kraus S. 65; Neuner S. 11
- 284) Kraus a.a.O.; Neuner S. 13
- 285) Falter S. 24
- 286) Emmerig S. 12; s. auch S. 40,41 dieser Arbeit
- 287) Emmerig a.a.O.
- 288) Gesetz über die Organisation der Polizei in Bayern (POG) vom 28.10.1952 (GVBl S. 285), zuletzt in der Fassung vom 24.10.1974 (GVBl S. 746), jetzt Gesetz über die Organisation der Bayerischen Staatlichen Polizei (POG) vom 10.8.1976 (GVBl S. 303)
- 289) Falter a.a.O.; Mayer I S. 262
- 290) Emmerig a.a.O.
- 291) Falter S. 36
- 292) a.a.O.

Teil II

- 1) Gesetz über die Aufgaben und Befugnisse der Polizei in Bayern (PAG) vom 16.10.1954 (BayBSI S. 442), jetzt in der Fassung vom 24.10.1974 (GVBl S. 739)
- 2) Feest-Lautmann S.5
- 3) Brusten I S. 32; Hornthal I S. 334; Arbeitskreis S. 1; Malinowski S. 61,63,73
- 4) Lautmann S. 14
- 5) Als "Zwangsinstanzen" versteht Lautmann die Polizei und den Strafvollzug (Lautmann S. 16).
- 6) a.a.O.
- 7) vgl. für viele Lautmann S. 19: "Die Polizisten dürfen sich selbst zumindest der unteren Mittelschicht zurechnen; als (vielfach) soziale Aufsteiger beweisen sie sich mit ihrer betont rechts- und moralkonformen Arbeit den gewonnenen Status."
- 8) Brusten II S. 185; Hinz S. 129
- 9) Brusten II a.a.O.
- 10) a.a.O.
- 11) Brusten I S. 50
- 12) Brusten a.a.O. erwähnt, daß bei einer Befragung von 90 Polizeibeamten während ihres Vorbereitungslehrganges für die Prüfung zum Aufstieg in den gehobenen Dienst 45 % der Befragten ausdrücklich die "Aufstiegchancen bei der Polizei" als einen der Hauptgründe für ihren Entschluß, Polizeibeamter zu werden, nannten.
- 13) Brusten I a.a.O.; Spiegelberg S. 118
- 14) Brusten I S. 50,51
- 15) Brusten II S. 185; Arbeitskreis S. 1
- 16) Hornthal I S. 334
- 17) vgl. die von Brusten gebrachten Zahlen von 175, 88, 48, 180 (Brusten I S. 39,51,64 Anm. 23) sowie die von Hinz durchgeführte Befragung von 170 Polizeibeamten (Hinz S. 124).
- 18) Helfer-Siebel S. 497
- 19) Brusten II S. 186

- 20) Helfer-Siebel S. 61
- 21) a.a.O.
- 22) Ein Muster des damit weitgehendst übereinstimmenden Personalstamtblattes der bayerischen Polizei s. Anhang IV 2.
- 23) Brusten II a.a.O.
- 24) Schreiben des Bayerischen Staatsministeriums des Innern an die bayerischen Polizeiverbände vom 8.6.1973 Nr. I A 7 - 490 - 94/21, betreffend die "Personaldatei der staatlichen Polizei in Bayern" s. Anhang IV 1.
- 25) a.a.O. Ziff. 3
- 26) a.a.O. Ziff. 3,6.3
- 27) a.a.O. Ziff. 3
- 28) Die neunstellige Personalstammnummer setzt sich zusammen aus einer zweistelligen Unternummer, je zwei Stellen für Geburtstag, Geburtsmonat und Geburtsjahr, sowie einer einstelligen Prüzfiffer (a.a.O. Ziff. 4.1).
- 29) a.a.O. Ziff. 3.1
- 30) a.a.O. Ziff. 3.2
- 31) Brusten II a.a.O. Die Laufbahngruppen sind die des allgemeinen Beamtenrechts. Lediglich die einzelnen Ämter innerhalb der Laufbahnen besitzen auf den Polizeidienst weisende Bezeichnungen: Der mittlere Dienst umfaßt die Amtsbezeichnungen Polizeiwachtmeister, Polizeioberwachtmeister, Polizei-/Kriminalhauptwachtmeister, Polizei-/Kriminalmeister, Polizei-/Kriminalobermeister, Polizei-/Kriminalhauptmeister. Zum gehobenen Dienst gehören die Amtsbezeichnungen Polizei-/Kriminalkommissar, Polizei-/Kriminaloberkommissar, Polizei-/Kriminalhauptkommissar, Erster Polizei-/Erster Kriminalhauptkommissar. Im höheren Dienst lauten die Amtsbezeichnungen Polizei-/Kriminalrat, Oberpolizei-/Oberkriminalrat, Polizei-/Kriminaldirektor, Leitender Polizei-/Leitender Kriminaldirektor, Polizeipräsident/Präsident der Bereitschaftspolizei/Präsident des Landeskriminalamtes.
- 32) Die Zahlen des mittleren und gehobenen Dienstes verschoben sich zum 1.9.1972 beträchtlich zugunsten des gehobenen Dienstes. Vgl. das nachfolgend dargestellte Ergebnis einer Umfrage zu dem von den einzelnen Länderpolizeien in den Haushaltsplänen erreichten Stellenanteil im gehobenen Dienst (Stand: 1.9.1972):

Baden-Württemberg	9,41 %
Bayern	20,00
Berlin	5,75
Bremen	6,53

Hamburg	7,77
Hessen	12,50
Niedersachsen	7,98
Nordrhein-Westfalen	14,47
Rheinland-Pfalz	8,04
Saarland	7,50
Schleswig-Holstein	8,32

(Antwort des Bayerischen Staatsministers des Innern, Dr. Bruno Merk, auf eine Landtagsanfrage des Abgeordneten Will (CSU), veröffentlicht in "Die Bayerische Polizei" 2/1974 S. 52). Die geringen Unterschiede zwischen den Prozentwerten des Anteils des gehobenen Dienstes der bayerischen Polizei nach dem Haushaltsplan (20,0 %) und nach den Personalstammblätttern (18,5 %) erklären sich aus derzeit nicht besetzten Planstellen des gehobenen Dienstes, sowie aus einer Anzahl von Beamten des mittleren Dienstes, die zwar die Aufstiegsprüfung für den gehobenen Dienst bereits erfolgreich abgelegt, aber noch nicht die vorgeschriebene Wartezeit bis zur Einweisung in eine Planstelle des gehobenen Dienstes erfüllt haben. Die vorstehende Aufstellung zeigt im übrigen deutlich die Spitzenposition des Freistaates Bayern bei den Stellen des gehobenen Polizeivollzugsdienstes. Diese Position hält Bayern auch gegenwärtig noch, obwohl der Anteil der Stellen des gehobenen Polizeivollzugsdienstes in den anderen Bundesländern ebenfalls - teilweise beträchtlich - erhöht worden ist.

33) Brusten II a.a.O.

34) vgl. Tabelle 1, S. 83

35) Brusten II a.a.O.

36) § 3 Absatz 1 Nummer 3 der Verordnung über die Gewährung von Jubiläumszuwendungen an Beamte und Richter (JzV) vom 23.12.1971 (GVBl S. 476); §§ 6 Absatz 3 Nummer 4, 42 des Bundesbesoldungsgesetzes (BBesG) vom 5.8.1971 (BGBl I S. 1281), jetzt §§ 28 Absatz 3 Nummer 4, 72 des Bundesbesoldungsgesetzes (BBesG) vom 23.5.1975 (BGBl I S. 1173)

37) Artikel 9, 38 und 47 des Bayerischen Beamtengesetzes (BayBG) vom 28.10.1946 (GVBl S. 349); Schreiben des Bayerischen Landespersonalamtes vom 4.8.1949 an das Präsidium der Landpolizei von Bayern Nr. P 1490/205 - 4/49, s. Anhang III 3. Für die Anerkennung von Prüfungen im Zeitraum vom 9.5.1945 bis zum Inkrafttreten der Vollzugsbestimmungen zum Bayerischen Beamtengesetz vom 16.10.1946 vgl. das Schreiben des Präsidiums der Landpolizei von Bayern an das Bayerische Landespersonalamt vom 18.6.1948 Nr. I/Ausb. Tgb.Nr. 881/48, s. Anhang III 1, sowie das Antwortschreiben des Bayerischen Landespersonalamtes vom 11.10.1948 Nr. 1319/48, s. Anhang III 2.

38) Brusten II a.a.O.

39) a.a.O.

- 40) a.a.O.
- 41) Brusten II S. 187
- 42) a.a.O.
- 43) a.a.O.
- 44) § 12 Absatz 1 der Verordnung über die Laufbahnen der bayerischen Polizeivollzugsbeamten (LbVPol) vom 11.9.1965 (GVBl S. 300), jetzt in der Fassung vom 8.9.1975 (GVBl S. 320)
- 45) vgl. Tabellen 3 und 4, S. 89
- 46) Weingart S. 29
- 47) Brusten II a.a.O.
- 48) vgl. Tabellen 3 und 4, S. 89
- 49) a.a.O.
- 50) a.a.O.
- 51) a.a.O.
- 52) Brusten II a.a.O.
- 53) a.a.O. Diese Attraktivität der Kriminalpolizei konnten Helfer und Siebel in ihrem Gutachten zum Berufsbild der Polizeivollzugsbeamten nachweisen; vgl. S. 118 f.
- 54) vgl. Tabelle 4, S. 89. Der Umstand, daß im gehobenen und höheren Dienst die bayerische Kriminalpolizei geringfügig niedrigere prozentuale Werte an Bewerbern mit Abschluß von weiterbildenden Schulen aufweist, als die Schutzpolizei, kann vernachlässigt werden, da insgesamt bei der Kriminalpolizei der Anteil an Beamten, die weiterführende Schulen besucht haben, überwiegt.
- 55) Brusten II S. 188
- 56) Spiegelberg S. 111 trifft auf Grund einer Untersuchung der Schulbildung der in den Polizeivollzugsdienst des Landes Baden-Württemberg eingestellten Bewerber die Feststellung, daß sich unter den Beamten der Einstellungsjahrgänge 1960 bis 1967 der prozentuale Anteil der Beamten mit mittlerer Reife gegenüber dem entsprechenden Anteil unter den Beamten der Einstellungsjahrgänge 1951 bis 1959 verdoppelt hat.
- 57) Brusten II a.a.O. Ebenso Weingart S. 29: "Innerhalb des letzten Jahrzehnts ist das schulische und berufliche Ausbildungswesen in Bewegung gekommen. Technische, wirtschaftliche und gesellschaftliche Veränderungen stellen laufend höhere Anforderungen an den Wissensstand der Auszubildenden aller Bereiche. Die Beamtenaus-

bildung kann selbstverständlich nicht abseits dieser Entwicklung bleiben."

- 58) vgl. Tabellen 5 und 6, S. 94
- 59) vgl. Tabelle 5, S. 94; Brusten a.a.O. führt die Zunahme an Abiturienten unter den Polizeivollzugsbeamten der Einstellungsjahrgänge 1961 bis 1970 darauf zurück, daß vor allem Abiturienten die damals bestehende Möglichkeit genutzt haben, den 18-monatigen Wehrdienst durch den "befristeten" Eintritt in die Polizei zu umgehen und daß von diesen Abiturienten schließlich doch zumindest ein Teil bei der Polizei geblieben ist.
- 60) vgl. Tabelle 6, S. 94
- 61) Brusten II a.a.O.; vgl. auch Hinz S. 123
- 62) Brusten II S. 189
- 63) Brusten II S. 188
- 64) Der Anstieg des prozentualen Anteils der Beamten mit Hauptschulabschluß unter den Polizeivollzugsbeamten der Einstellungsjahrgänge 1951 bis 1955, die zur Kriminalpolizei gingen, kann für den Vergleich des Bildungsniveaus der Kriminalpolizei mit dem der Schutzpolizei vernachlässigt werden, da bei den Einstellungsjahrgängen 1951 bis 1955 ganz allgemein ein vorübergehender Anstieg des prozentualen Anteils der Polizeivollzugsbeamten mit Hauptschulabschluß zu beobachten ist.
- 65) Hierfür ist es ohne Bedeutung, daß in die kriminaltechnischen Abteilungen der Landeskriminalämter Akademiker der verschiedensten Fachrichtungen als forensische Sachverständige und Gutachter eingestellt werden - allein im Bayerischen Landeskriminalamt sind in dieser Funktion 27 Naturwissenschaftler tätig -, da dieser Personenkreis nach den Bestimmungen des Beamtenrechts (vgl. Artikel 19o Absatz 2 Satz 4 des Bayerischen Beamtengesetzes (BayBG) vom 9.11.1970 (GVBl S. 569)) die Rechtsstellung von Verwaltungsbeamten der Polizei hat, also nicht zu den Polizeivollzugsbeamten gehört, auf die allein die vorliegende Untersuchung abgestellt ist.
- 66) Brusten II S. 190
- 67) Brusten II S. 189
- 68) a.a.O. M. Janowitz definiert in "Soziale Schichtung und Mobilität in Westdeutschland" in der "Kölner Zeitschrift für Soziologie und Sozialpsychologie" 1958 die "Obere Unterschicht" als "gelernte Arbeiter und unselbständige Handwerker", die "Untere Mittelschicht" als "mittlere Beamte und Angestellte, selbständige Gewerbetreibende und Handwerker" (zit. Spiegelberg S. 121 Fußnote 21).
- 69) Helfer-Siebel S. 1371

- 70) Dem Verfasser ist aus seiner Tätigkeit in der Personalverwaltung eines bayerischen Polizeiverbandes bekannt, daß es durchaus Polizeiangehörige gibt, deren Beruf vor Eintritt in die Polizei nicht eine ähnlich hohe Qualifikation wie der von ihrem Vater ausgeübte Beruf aufzuweisen hat. Es ist keine Seltenheit, daß beispielsweise die Söhne von Akademikern nur die Schulbildung der mittleren Reife besitzen.
- 71) Helfer-Siebel S. 573
- 72) a.a.O.
- 73) Helfer-Siebel S. 702
- 74) Zur Definition der "Unterschicht" und "Mittelschicht" vgl. die in Anmerkung 68) zitierten Ausführungen von Janowitz.
- 75) Helfer-Siebel S. 505
- 76) Helfer-Siebel S. 506
- 77) a.a.O.
- 78) a.a.O.
- 79) Brusten II S. 189
- 80) Helfer-Siebel S. 505
- 81) Baumann S. 149
- 82) Hinz S. 130
- 83) Hinz S. 131
- 84) Hinz S. 130
- 85) Helfer-Siebel S. 958
- 86) Helfer-Siebel S. 957
- 87) Hornthal II S. 11
- 88) Hornthal II S. 12
- 89) Helfer-Siebel S. 960
- 90) Helfer-Siebel S. 983
- 91) Helfer-Siebel S. 787
- 92) Helfer-Siebel S. 962
- 93) Hinz S. 129

- 94) Hinz S. 130
- 95) a.a.O.
- 96) Brusten I S. 51
- 97) K. M. Bolte "Sozialer Aufstieg und Abstieg - eine Untersuchung über Berufsprestige und Berufsmobilität" S. 38 (zit. Brusten I S. 67 Fußnote 67). Zur Überprüfung der Übereinstimmung der vorgelegten Berufsprestigeskala mit einer von Polizeibeamten selbst aufgestellten wurden von Brusten 138 Polizeivollzugsbeamte gebeten, selbst eine Prestigeskala von insgesamt 16 Berufen unter Hinzunahme von "Major der Bundeswehr" und "Polizeibeamter im Einzeldienst" aufzustellen. Die von den Polizeivollzugsbeamten ermittelte Berufsprestigeskala lautet:

Rangsplatz	Berufsbezeichnung	Rangwert
1	Universitätsprofessor	1,1
2	Fabrikdirektor (Gießereibetrieb)	2,7
3	Studienrat	2,8
4	Elektroingenieur	4,7
5/6	Volksschullehrer/Major der Bundeswehr	5,0
7	Polizeibeamter im Einzeldienst	7,3
8	Bankangestellter (Buchhalter)	8,0
9	Kolonialwarenhändler (eig. Geschäft, 3 Ang.)	9,2
10	Fleischermeister (in einer Wurstfabrik)	9,6
11	Postbeamter (Schalterdienst)	10,6
12	Maschinenschlosser	12,4
13	Verkäufer (in einem Lebensmittelgeschäft)	13,1
14	Schaffner (in öffentl. Verkehrsbetrieben)	13,4
15	Kellner (in bürgerlicher Gaststätte)	13,7
16	Ungelernter Arbeiter	15,8

(Brusten I a.a.O.)

Brusten konnte feststellen, daß diese Skala mit der von ihm vorgegebenen Berufsprestigeskala fast völlig übereinstimmte (Brusten I S. 68 Fußnote 67).

- 98) Brusten I S. 51
- 99) a.a.O.
- 100) Bolte S. 228 f. (zit. Helfer-Siebel S. 849). Auch in der modernen Gesellschaft ist ein Berufsprestige festzustellen. Dieses hebt die einzelnen Berufe noch so deutlich voneinander ab, daß Berufsprestigeskalen in der empirischen Sozialforschung zur Bestimmung des sozialen Status und zur Analyse der sozialen Schichtung verwendet werden können. Die aus den Berufsprestigeskalen ermittelten Rangfolgen der einzelnen Berufe haben sich als ziemlich stabil erwiesen (Helfer-Siebel S. 848).
- 101) Helfer-Siebel S. 850. Bei der Auswahl der Vergleichsberufe wurde

berücksichtigt, daß der Beruf des Polizeivollzugsbeamten nach seinem Tätigkeitsfeld ein Beruf des öffentlichen Dienstes mit Schwerpunkten im "rechtlichen" und "sozialen" Aufgabenbereich ist, der sich dadurch auszeichnet, daß ihm das Recht zur Anwendung von Zwang eingeräumt ist, was ihn - zumindest in der Vorstellung der öffentlichen Meinung - in die Nähe militärischer Berufe rückt (Helfer-Siebel a.a.O.).

- 102) Die Feststellung von Helfer und Siebel (Helfer-Siebel S. 852), daß die schärfste Grenze zwischen dem 12. und 13. Rang der Berufsprestigeskala verlaufe, dürfte ein Schreibversehen sein. Wie sich aus den weiteren Ausführungen a.a.O. ergibt, sehen auch Helfer und Siebel die Zäsur zwischen "Akademikerberufen" und übrigen Berufen nach dem Rangplatz des Steuerberaters. Die Zäsur liegt dann aber zwischen dem 11. und 12. Rangplatz.
- 103) Helfer-Siebel S. 1026
- 104) Helfer-Siebel S. 852
- 105) a.a.O.
- 106) Helfer-Siebel S. 856. Die Erklärung, die Helfer und Siebel für die Einreihung des Revierförsters in das Feld der Akademikerberufe bieten, überzeugt weniger: So soll die hohe Bewertung des Revierförsters eine "Ersatzhandlung" für die erwünschte Hochschätzung des Polizeiberufes sein. Weil die eigentlich gewünschte hohe Bewertung des uniformierten Polizeiberufes bei der vermuteten "Affektbesetzung" nicht möglich zu sein scheine, würden die uniformierten Polizeiberufe ins untere Drittel der Rangfolgelisten "verdrängt" und statt ihrer werde der Revierförster als "Ersatzpolizist" aufgewertet (Helfer-Siebel S. 857). Wenn man beim Beruf des Polizeibeamten von den Merkmalen abstrahiere, die er mit dem Gerichtsvollzieher und dem Unteroffizier gemein habe, bleibe in der Tat eine Art "Oberförster der Gesellschaft" übrig; ein Beamter, der zwar Uniform trage und zum Waffengebrauch berechtigt sei, ohne deshalb mit militärischen Berufen verwechselt zu werden, auf denen nach Ansicht der Polizeibeamten offenbar das Odium des Zeitgeistes laste. Der Oberförster, dem der Schutz des Waldes und der "unverdorbenen Natur" anvertraut sei, die er "hegen und pflegen" dürfe, ohne ständig mit menschlicher Tücke konfrontiert zu werden und zum Mittel des mittelbaren oder unmittelbaren Zwanges greifen zu müssen, sei nach Ansicht der Polizeibeamten anscheinend das "positive Gegenbild" zum Schutzpolizeibeamten (Helfer-Siebel S. 858).

Eine einfachere und transparentere Erklärung für die hohe Einschätzung des Revierförsters könnte in dem Berufsbild des Revierförsters selbst liegen: Zum einen wird im Zeichen eines ständig stärker betonten Natur- und Umweltschutzgedankens und des wachsenden Strebens der Bevölkerung nach Naturgenuß der Beruf des Revierförsters, dessen hauptsächliche Merkmale die Pflege und Erhaltung der Natur darstellen, selbstverständlich hoch eingeschätzt werden. Zum anderen dürfte der Beruf des Revier-

försters unter den vorgegebenen Berufen der einzige sein, mit dem sich keine negativen Assoziationen verbinden. Während etwa Berufe wie Automechanikermeister, Lebensmittelhändler oder auch Bankangestellter die Befragten durchaus an unerwünschte, aber unvermeidbare finanzielle Aufwendungen denken lassen, fehlen solche Assoziationen beim Beruf des Revierförsters völlig. Ebenso wenig wird dieser Beruf mit dem Gedanken der Zwangsanwendung im sozialen Bereich, wie etwa die Berufe des Polizeibeamten und des Gerichtsvollziehers, verbunden werden.

- 107) Helfer-Siebel S. 852,853
- 108) Helfer-Siebel S. 853
- 109) Helfer-Siebel S. 1027
- 110) Helfer-Siebel S. 859
- 111) Helfer-Siebel S. 1026,1027
- 112) Helfer-Siebel S. 849
- 113) Helfer-Siebel S. 861
- 114) Helfer-Siebel S. 863
- 115) Helfer-Siebel S. 865. Dieses Ideal des Polizeibeamten wird auch von Polizeipsychologen propagiert. So erklärte der beratende Psychologe der Berliner Polizei, Diplompsychologe Dr. Siegfried Schubenz: "Polizeibeamte haben sich einen Beruf gewählt, dessen bestimmendes Merkmal es ist, einzelnen Menschen zu helfen, Probleme zu bewältigen, die sich ihnen im Umgang mit anderen Menschen und den Institutionen der Öffentlichkeit stellen....Diese Aufgabe ist schwierig und wird mit der ständig wachsenden Dynamik der sozialen Interaktionen und z.B. durch die zunehmende Differenzierung des großstädtischen, von der Technik determinierten Lebens noch schwieriger....Wenn der Grundauftrag des Polizeibeamten so gedeutet worden ist, daß einzelnen Menschen geholfen werden soll, so ist damit indirekt gesagt, daß der Grundauftrag der Polizei eine "Hier-und-jetzt"-Leistung fordert, d.h. hier und jetzt in einem möglichst hohen Umfang konkrete öffentliche soziale Hilfestellungen für den Menschen (Siegfried Schubenz, Acht Thesen über mögliche Formen und Ziele polizeilicher Tätigkeit im Zusammenhang mit politischen Demonstrationen - Seminar des Polizeiinstituts Hiltrup, 16.-20.2.1970; zit. Siebecke S. 157,158).
- 116) Helfer-Siebel S. 874,875
- 117) Helfer-Siebel S. 876
- 118) zit. Schuster S. 454
- 119) a.a.O.

- 120) Helfer-Siebel S. 1022
- 121) Helfer-Siebel S. 1023
- 122) Lautmann S. 19
- 123) Lautmann S. 20
- 124) Brusten I S. 53
- 125) Brusten I S. 39
- 126) Brusten I S. 57
- 127) Brusten I S. 38
- 128) Brusten I S. 53
- 129) Helfer-Siebel S. 1048
- 130) Helfer-Siebel S. 918
- 131) Helfer-Siebel S. 1055
- 132) Helfer-Siebel S. 919
- 133) Helfer-Siebel S. 1049
- 134) Helfer-Siebel S. 919. Hierzu ist der Hinweis angebracht, daß in Bayern seit mehr als 20 Jahren beim Bayerischen Landeskriminalamt ein Sachgebiet eingerichtet ist, dessen Aufgabe die polizeiliche Verfolgung und Bekämpfung der Wirtschaftskriminalität ist. Dieses Sachgebiet wurde in den letzten Jahren personell erheblich verstärkt und besteht derzeit aus einem Volljuristen und Bankfachmann als Leiter in Besoldungsgruppe A 14 (Oberkriminalrat), sowie einem Sachbearbeiter und stellvertretenden Sachgebietsleiter in A 13 (Kriminalrat), zwei Sachbearbeitern in A 12 (Kriminalhauptkommissar), fünf Sachbearbeitern in A 11 (Kriminalhauptkommissar), vier Sachbearbeitern in A 10 (Kriminaloberkommissar) und einer Sachbearbeiterin in A 7 (Kriminalmeisterin).
Daneben verfügt das Sachgebiet noch über eine Wirtschaftsprüfergruppe mit einem Diplomkaufmann, einem Diplomvolkswirt und (ab 1.7.1977) zwei graduierten Volkswirten, die als Sachverständige in Fragen des Wirtschaftsrechts, Steuerrechts und der Bilanzführung für Justiz- und Polizeidienststellen Gutachten erstatten.
- 135) Helfer-Siebel S. 914, 915
- 136) Brusten III S. 23
- 137) Brusten III S. 25

- 138) Brusten III S. 28
- 139) vgl. statt vieler: Brusten I S. 50,51
- 140) Helfer-Siebel S. 573; Brusten II S. 193
- 141) Helfer-Siebel S. 574; Brusten II a.a.O.
- 142) Brusten II a.a.O.; Lautmann S. 23
- 143) Brusten II a.a.O.; Helfer-Siebel S. 573
- 144) s.S. 101
- 145) Brusten II S. 189
- 146) Brusten II S. 193
- 147) Helfer-Siebel S. 1371; s.a.S. 101,102
- 148) Helfer-Siebel S. 573; s.a.S. 104
- 149) § 3 der Verordnung über die Laufbahnen der bayerischen Polizeivollzugsbeamten (LbVPol) vom 11.9.1965 (GVBl S. 300), jetzt in der Fassung vom 8.9.1975 (GVBl S. 320)
- 150) Helfer-Siebel S. 534
- 151) §§ 5 Absatz 1, 6 Absatz 2, 11 Absatz 1, 13 Absatz 4 LbVPol
- 152) § 5 Absatz 1 Satz 1 LbVPol
- 153) § 5 Absatz 1 Satz 2 LbVPol
- 154) § 6 Absätze 1 und 2 LbVPol
- 155) § 15 Absatz 1 LbVPol
- 156) § 11 Absatz 1 Satz 1 LbVPol
- 157) § 11 Absatz 1 Satz 2 LbVPol
- 158) Schreiben des Bayerischen Staatsministeriums des Innern an die bayerischen Polizeiverbände vom 11.11.1969 Nr. I C 3 - 2310/37 - 31, betreffend den "Lehrgang für den gehobenen Polizeivollzugs- und Kriminaldienst 1970/71 an der Bayer. Polizeischule" s. Anhang II 1.
- 159) a.a.O. Ziff. 3 Absatz 1
- 160) Hacker S. 91
- 161) Vormerkung des Bayerischen Staatsministeriums des Innern vom 2.2.1970 Nr. I C 6 - 2305/21 - 6, betreffend den "Lehrgang für

den gehobenen Polizeivollzugs- und Kriminaldienst 1970/71 in der Bayer. Polizeischule", Ziff. 2 Absatz 2; s. Anhang II 3 (die Bayerische Polizeischule wurde mit dem Inkrafttreten des BayBFHG in die "Bayerische Beamtenfachhochschule - Fachbereich Polizei" umgebildet. An der Ausbildungskapazität hat sich dadurch nichts geändert)

162) Weingart S. 30

163) Schreiben des Bayerischen Staatsministeriums des Innern an den Präsidenten des Bayerischen Landtags vom 7.6.1976 Nr. I C 3 - 2310/37 - 27, betreffend "Aufstieg in den gehobenen Polizeivollzugsdienst", Ziff. 2 Absatz 2 (Landtagsdrucksache 8/3219)

164) § 11 Absatz 2 LbVPol i.V.m. dem Bayerischen Beamtenfachhochschulgesetz (BayBFHG) vom 8.8.1974 (GVBl S. 387)

165) Artikel 15 Absatz 1 BayBFHG

166) Artikel 15 Absatz 2 BayBFHG

167) Artikel 15 Absatz 3 BayBFHG

168) Artikel 21 Nummer 1 BayBFHG i.V.m. Artikel 36 Absatz 1 Satz 1 Nummer 2 der Verordnung über die Laufbahnen der bayerischen Beamten (LbV) vom 17.10.1962 (GVBl S. 251), jetzt in der Fassung vom 31.1.1971 (GVBl S. 96)

169) Artikel 21 Nummer 2, 15 Absatz 3 Satz 2 BayBFHG i.V.m. §§ 1, 2, 9 und 11 der Verordnung über die Ergänzungsprüfung für Beamte des mittleren nichttechnischen Dienstes ohne mittleren Schulabschluß zum Erwerb der Zulassungsvoraussetzungen zur Beamtenfachhochschule vom 31.7.1975 (GVBl S. 263)

170) § 7 Absatz 1 der Verordnung vom 31.7.1975

171) § 7 Absatz 2 der Verordnung vom 31.7.1975. Ergänzungslehrgänge für Aufstiegsbewerber mit Hauptschulabschluß werden seit 1970 veranstaltet. Bis zum Inkrafttreten des BayBFHG hatten sie allerdings eine wesentlich kürzere Dauer (vier Monate) und trugen die Bezeichnung "Allgemeinbildende Lehrgänge". Zudem bestand die Abschlußprüfung lediglich aus einer mündlichen Prüfung von einer halben Stunde Dauer je Lehrgangsteilnehmer. Vgl. Schreiben des Bayerischen Staatsministeriums des Innern an die bayerischen Polizeiverbände vom 11.11.1969 Nr. I C 3 - 2310/37 - 31, betreffend "Lehrgang für den gehobenen Polizeivollzugs- und Kriminaldienst 1970/71 an der Bayer. Polizeischule", Ziff. 7; s. Anhang II 1, sowie Schreiben des Bayerischen Staatsministeriums des Innern an die bayerischen Polizeiverbände vom 23.1.1970 Nr. I C 3 - 2310/37 - 88, betreffend "Nachweis der erforderlichen Allgemeinbildung gem. § 11 Abs. 4 LbVPol.", Ziff. 1, 3.1 und 3.3; s. Anhang II 2

172) Artikel 16 Absatz 2 Satz 2 BayBFHG i.V.m. §§ 1, 2 der Ausbil-

dungs- und Prüfungsordnung für den gehobenen Polizeivollzugsdienst (APOgPol) vom 17.3.1976 (GVBl S. 98)

- 173) Artikel 19 Absatz 2 BayBFHG
- 174) §§ 1 Absatz 1, 2 Absatz 1 APOgPol
- 175) § 11 Absatz 3 LbVPol
- 176) § 11 Absatz 5 LbVPol
- 177) § 13 Absatz 1 LbVPol
- 178) § 13 Absatz 2 LbVPol
- 179) § 13 Absatz 3 LbVPol
- 180) § 13 Absatz 4 LbVPol
- 181) § 13 Absatz 6 LbVPol
- 182) § 12 Absatz 1 LbVPol
- 183) § 12 Absatz 2 Satz 2 LbVPol
- 184) § 14 Absatz 1 LbVPol
- 185) § 14 Absatz 2 Satz 1 LbVPol
- 186) § 14 Absatz 2 Satz 2 LbVPol
- 187) vgl. Brusten II S. 194
- 188) Artikel 15 Absatz 2 Satz 1 Nummer 1 BayBFHG
- 189) Artikel 15 Absatz 2 Satz 1 Nummer 3 BayBFHG
- 190) s. S. 75-77
- 191) s. S. 104
- 192) s. S. 115
- 193) s. S. 107 ff
- 194) s. Kapitel 6.2, 6.3, 6.4.2, S. 116 ff, 129 ff
- 195) Helfer-Siebel S. 1060
- 196) Helfer-Siebel S. 1352
- 197) s. Kapitel 6.3.1, S. 118 ff
- 198) s. S. 135 ff

199) Helfer-Siebel S. 1372

200) a.a.O.

Teil III

- 1) Innere Sicherheit in Bayern S. 7
- 2) a.a.O.
- 3) Programm für die Innere Sicherheit, Vorbemerkung Absatz 4
- 4) Programm für die Innere Sicherheit, Abschnitt II Nr. 1.1
- 5) Programm für die Innere Sicherheit, Abschnitt II Nr. 1.2.1
- 6) Programm für die Innere Sicherheit, Abschnitt II Nr. 1.2.2
- 7) Artikel 9 Absatz 2 des Gesetzes über die Organisation der Polizei in Bayern (POG) vom 28.10.1952 (GVBl S. 285)
- 8) Artikel 6 Absatz 2 des Gesetzes über die Organisation der Polizei in Bayern (POG) vom 25.7.1968 (GVBl S. 263)
- 9) Innere Sicherheit in Bayern S. 13
- 10) Amtliche Begründung zum Entwurf eines Gesetzes über die Organisation der Bayerischen Staatlichen Polizei, Teil B Nr. 9b zu Artikel 4 (Ländtagsdrucksache 8/1648 S. 10)
- 11) Vormerkung des Bayerischen Staatsministeriums des Innern vom 18.8.1976 Nr. I C 5 - 2301/1 - 10, betreffend die "Besprechung der Abteilung I C mit den leitenden Polizeibeamten am 21. Juli 1976 in Königsbrunn", Ziff. 1; s. Anhang I 2
- 12) Gesetz über die Organisation der Bayerischen Staatlichen Polizei (POG) vom 10.8.1976 (GVBl S. 303)
- 13) vgl. Programm für die Innere Sicherheit, Abschnitt V Nr. 1.3
- 14) Innere Sicherheit in Bayern S. 12; Friker S. 91
- 15) Friker S. 92
- 16) Friker S. 88
- 17) Friker S. 89
- 18) Artikel 4 Absatz 2 POG
- 19) Bayerische Staatszeitung vom 30.7.1976 Nr. 31 S. 1

- 20) vgl. die Schemata zur Organisationsstruktur der Polizeipräsidien Nürnberg/Fürth und München S. 174 und 175
- 21) Artikel 5 Absatz 1 Satz 2 POG i.V.m. § 1 Absatz 1 und 2 des Verwaltungsabkommens zwischen dem Bundesminister des Innern und der Bayerischen Staatsregierung über die Wahrnehmung von Aufgaben des grenzpolizeilichen Einzeldienstes in Bayern vom 11. und 27.6.1975 (GVBl S. 257)
- 22) Artikel 5 Absatz 2 POG
- 23) § 2 Absatz 5 der Verordnung zur Durchführung des Polizeiorganisationsgesetzes (DVPOG) vom 8.9.1976 (GVBl S. 390) i.V.m. Anlage 2 zur DVPOG (GVBl S. 407)
- 24) Artikel 5 Absatz 3 POG
- 25) Artikel 6 Absatz 1 POG
- 26) Artikel 6 Absatz 3 POG
- 27) Artikel 6 Absatz 2 POG
- 28) vgl. Teil II Kapitel 8.1.2.1, S. 150 ff
- 29) Schreiben des Bayerischen Staatsministeriums des Innern an die bayerischen Polizeiverbände vom 24.6.1975 Nr. I C 5 - 2325/33 - 21, betreffend die "Organisation der Bayer. Bereitschaftspolizei", Ziff. 1; s. Anhang I 1
- 30) Artikel 6 Absatz 4 POG
- 31) Artikel 7 Absatz 1 Satz 1 und 2 POG
- 32) Artikel 7 Absatz 1 Satz 3 POG
- 33) Innere Sicherheit in Bayern S. 13
- 34) Artikel 7 Absatz 2 und 3 POG
- 35) Artikel 7 Absatz 2 Nummer 4 und 5 POG
- 36) Samper I Art. 2 RdNr. 6; Samper II Art. 38 RdNr. 2
- 37) Artikel 8 Absatz 1 und 2 POG
- 38) Artikel 8 Absatz 1 Satz 1 POG
- 39) Samper I Art. 1 RdNr. 4; Samper II Art. 50 RdNr. 3
- 40) Samper II Art. 50 RdNr. 9
- 41) a.a.O.; vgl. auch § 3 der Verordnung über Zuständigkeiten im Ordnungswidrigkeitenrecht vom 27.7.1971 (GVBl S. 260), zuletzt

geändert durch Verordnung vom 24.10.1974 (GVBl S. 625) i.V.m. der Bekanntmachung des Bayerischen Staatsministeriums des Innern vom 5.10.1976 Nr. I C 2 - 2110/51 - 27, Ziff. 8 (GVBl S. 842)

- 42) Artikel 8 Absatz 1 Satz 2 POG
- 43) Samper II Art. 50 RdNr. 11
- 44) Innere Sicherheit in Bayern S. 11
- 45) Innere Sicherheit in Bayern S. 12

Anhang I.1

(Abschrift)

Nr. I C 5 - 2325/33 - 21

München, den 24. Juni 1975

An die
Direktion der Bayer.
Bereitschaftspolizei

M ü n c h e n

nachrichtlich an:

die Landespolizeidirektionen
das Polizeipräsidium Nürnberg/Fürth
die Direktion der Bayer. Grenzpolizei
das Bayer. Landeskriminalamt
das Bayer. Polizeiverwaltungsamt
die Bayer. Beamtenfachhochschule - Fachbereich Polizei
die Landeshauptstadt München - Polizeipräsidium

Organisation der Bayer. Bereitschaftspolizei

Zum Schreiben vom 27.3.1975 - I/1 - 112 - 50

Dem Änderungsvorschlag im Bezugsschreiben wird zugestimmt.

Die von der ehemaligen Bayer. Polizeischule durch die Bayer. Bereitschaftspolizei übernommenen Einrichtungen führen folgende Bezeichnungen:

1. Das Ausbildungsinstitut für Allgemeinbildung der Bayer. Bereitschaftspolizei in Fürstenfeldbruck;
2. das Fortbildungsinstitut der bayerischen Polizei in Ainring.

Beide Institute sind organisatorisch selbständige, der Direktion der Bayer. Bereitschaftspolizei unmittelbar nachgeordnete Dienststellen; das schließt nicht aus, ihre Personal- und Wirtschaftsverwaltung bei Bedarf ganz oder teilweise einer Polizeiabteilung zu übertragen.

I.A.

gez. Unterschrift

Ministerialdirigent

Bemerkung:

1. Die Bezeichnung "Fortbildungsinstitut der bayerischen Polizei" steht schon längere Zeit fest, ihr hat die Direktion der Bayer. Bereitschaftspolizei zugestimmt.
2. Die Bezeichnung "Ausbildungsinstitut für Allgemeinbildung der Bayer. Bereitschaftspolizei" ist neu und umfaßt z.Z. den Ergänzungslehrgang für die Fachschulreife, ab Herbst 1976 auch den Ergänzungslehrgang für die Fachhochschulreife.
3.
4.

Anhang I.2

(Abschrift)

Anlage zu Nr. I C 5 - 2301/1 - 10

Besprechung der Abteilung I C mit den leitenden Polizeibeamten
am 21. Juli 1976 in Königsbrunn

Vormerkung

Die Abteilung I C hat am 21. Juli 1976 mit den Leitern der unmittelbar nachgeordneten Dienststellen die künftige Organisation der Flächenpräsidien und der zentralen Dienste in ihrem Bereich besprochen. An dem Gespräch haben teilgenommen:

.....

Die Besprechung brachte folgende Ergebnisse:

1. Organisation der Flächenpräsidien

Die vorgeschlagene Gliederung der künftigen Flächenpräsidien
in

1.1 den Leiter

1.2 das Präsidialbüro mit
Vorzimmer

Sachgebiet Presse, Öffentlichkeitsarbeit und Information
und Bücherei

1.3 die Einsatzabteilung (E)
mit den Sachgebieten

E 1 Organisation, Dienstbetrieb, Fortbildung

E 2 Ordnungs- und Schutzaufgaben mit Lagedienst

E 3 Verbrechensbekämpfung

E 4 polizeiliche Verkehrsaufgaben

1.4 die Personalabteilung (P)
mit den Sachgebieten

P 1 Beamtenrecht, Personalhaushalt

P 2 Ausbildung, Personalangelegenheiten der Angestellten

und Arbeiter

P 3 Disziplinarangelegenheiten, Regreß

P 4 Besoldung

1.5 die Versorgungsabteilung (V)
mit den Sachgebieten

V 1 Haushalt, Kassen- und Rechnungswesen, Gebühren

V 2 Liegenschaften, Büroausstattung, Dienstkleidung

V 3 Fernmeldewesen, EDV

V 4 Kraftfahrzeuge, Waffen und Gerät

fand volle Zustimmung. Hinsichtlich der Dienstpostenbewertung sollen nach Möglichkeit für jedes Präsidium 8 Stellen des höheren Dienstes (1 Präsident, 3 Abteilungsleiter, 4 Sachgebietsleiter E 1 bis E 4) ausgebracht werden; der Abteilungsleiter V muß nicht zwingend Verwaltungsbeamter sein.

.....

2.

3.

München, 18. August 1976

Bayer. Staatsministerium des Innern

I.A.

gez. Unterschrift

Ministerialrat

Anhang II.1

(Abschrift)

BAYER. STAATSMINISTERIUM
DES INNERN
Nr. I C 3 - 2310/37 - 31

München, 11. November 1969
Odeonsplatz 3

An

1. die Landpolizeidirektionen
2. die Direktion der Bayer. Grenzpolizei
3. die Direktion der Bayer. Bereitschaftspolizei
4. das Bayer. Landeskriminalamt
5. die Bayer. Polizeischule
6. das Bayer. Polizeiverwaltungsamt

Betreff: Lehrgang für den gehobenen Polizeivollzugs- und Kriminaldienst 1970/71 an der Bayer. Polizeischule;
hier: Zulassung von Beamten zur Ausbildung für den gehobenen Dienst

Beilagen: 5 Entschl. Abdrucke

Im Hinblick auf die Stellenverbesserungen im gehobenen Dienst ist beabsichtigt, zum Aufstiegslehrgang 1970/71 eine größere Zahl von Beamten zuzulassen. Damit die geeignetsten Beamten des mittleren Dienstes erfaßt und zum Aufstieg zugelassen werden können, wird ein neues Zulassungs- und Auswahlverfahren eingeführt, das dem Leistungsprinzip noch mehr Rechnung trägt als bisher. Hierzu wird bestimmt:

1.
2.
3. Das Staatsministerium des Innern läßt die Bewerber daraufhin zu einem Auswahlverfahren zu. Das Auswahlverfahren wird vor-

aussichtlich am 20. Dezember 1969 bei den in der Anschrift genannten Dienststellen oder anderen zentralen Orten unter Aufsicht durchgeführt. Es umfaßt die Bearbeitung einer Rechtsaufgabe und einer Aufgabe aus der Allgemeinbildung und der Staatsbürgerkunde. Dauer je Aufgabe etwa 2 Stunden. Die Aufgaben werden von der Bayer. Polizeischule erstellt und nach einem Punktsystem benotet. Einzelheiten regelt die Bayer. Polizeischule unmittelbar im Benehmen mit den beteiligten Verbänden.

.....

4.

5. Bewerber, die beim Auswahlverfahren nicht mindestens die Gesamtnote 4,0 erreichen, werden zur Ausbildung für den gehobenen Dienst nicht zugelassen und scheiden für das weitere Zulassungsverfahren aus. Ob solche Bewerber später erneut zu einem Auswahlverfahren zugelassen werden, bleibt einer späteren Entscheidung vorbehalten.

6. Bewerber, die das Auswahlverfahren mindestens mit der Gesamtnote 4,0 bestanden haben, sind von den Polizeiverbänden eingehend daraufhin zu überprüfen, ob sie nach ihrer Persönlichkeit und Leistung für den gehobenen Dienst als geeignet erscheinen. Dabei ist ein strenger Maßstab anzulegen.

.....

7. Erstmals im Jahre 1970 findet auch ein allgemeinbildender Lehrgang im Sinne des § 11 Abs. 4 LbVPol. statt. Zu dem Lehrgang werden die Beamten zugelassen, die weder Abitur noch mittlere Reife besitzen und nach einer Vorauswahl aufgrund ihrer Persönlichkeit und ihrer Leistungen für eine Zulassung zum Aufstieg in Betracht gezogen werden.

.....

Der Allgemeinbildungslehrgang wird in der Zeit vom 1. März bis 30. Juni 1970 an der Bayer. Polizeischule durchgeführt. Er umfaßt neben Exkursionen und Besichtigungen Unterricht in den Fächern Deutsch, Geschichte, Erdkunde, Mathematik, Naturlehre, Kulturkunde und Wirtschafts- und Gesellschaftskunde. Er endet mit einem Prüfungsgespräch und der Bewertung "gut geeignet", "geeignet" oder "nicht geeignet". Die während des Lehrgangs zu

schreibenden Klausuren sind für die Bewertung von Bedeutung.
Einzelheiten werden noch bekanntgegeben.

- 8.
- 9.
- 10.
- 11.

Zusatz für die Bayer. Polizeischule:

.....

I.A.

gez. Unterschrift
Ministerialdirigent

Anmerkungen

zu Ziff. 7 Absatz 1

An die Stelle des allgemeinbildenden Lehrgangs im Sinne des § 11 Absatz 4 LbVPol ist der Ergänzungslehrgang nach § 11 Absatz 2 LbVPol in der Fassung vom 8.9.1975 (GVBl S. 320) i.V.m. Artikel 21 Nummer 2, 15 Absatz 3 Satz 2 BayBFHG und der Verordnung über die Ergänzungsprüfung für Beamte des mittleren nichttechnischen Dienstes ohne mittleren Schulabschluß zum Erwerb der Zulassungsvoraussetzungen zur Beamtenfachhochschule vom 31.7.1975 (GVBl S. 263) getreten.

zu Ziff. 7 Absatz 3

Die Einzelheiten wurden mit Schreiben des Bayerischen Staatsministeriums des Innern vom 23.1.1970 Nr. I C 3 - 2310/37 - 88 bekanntgegeben (s. Anhang II.2).

Anhang II.2

(Abschrift)

BAYER. STAATSMINISTERIUM
DES INNERN

München 22, den 23. Januar 1970
Odeonsplatz 3

I C 3 - 2310/37 - 88

An

1. die Landpolizeidirektionen
2. die Direktion der Bayer. Grenzpolizei
3. die Direktion der Bayer. Bereitschaftspolizei
4. das Bayer. Landeskriminalamt
5. die Bayer. Polizeischule
6. das Bayer. Polizeiverwaltungsamt

Betreff: Nachweis der erforderlichen Allgemeinbildung gem. § 11
Abs. 4 LbVPol.;
hier Durchführung des allgemeinbildenden Lehrganges

Zur ME vom 11.11.1969 Nr. I C 3 - 2310/37 - 31

Beilagen: 1 Lehr- und Stoffplan
5 Entschließungsabdrucke mit je 1 Lehr- und Stoffplan

Gemäß § 11 Abs. 4 LbVPol. müssen Beamte, die zur Ausbildung für den gehobenen Polizeivollzugsdienst zugelassen werden sollen, aber weder Abitur noch mittlere Reife besitzen, nachweisen, daß sie die erforderliche Allgemeinbildung besitzen. Hierzu wird folgendes bestimmt:

1. Der Nachweis der erforderlichen Allgemeinbildung wird durch die erfolgreiche Teilnahme an einem Allgemeinbildungslehrgang mit abschließender mündlicher Prüfung erbracht.
2. Zum Allgemeinbildungslehrgang werden nach dem vorhandenen Bedarf und unter Beachtung des Leistungsprinzips diejenigen Bewerber für den gehobenen Polizeivollzugsdienst zugelassen, die sich bei der Auswahl durch das Staatsministerium des Innern

für die Ausbildung im gehobenen Dienst (§ 1 Abs. 2 LbVPol.) geeignet erwiesen haben.

3. Für den Allgemeinbildungslehrgang und die abschließende mündliche Prüfung gelten folgende Grundsätze:

- 3.1 Der Allgemeinbildungslehrgang dauert 4 Monate und wird von der Bayer. Polizeischule durchgeführt. Er erstreckt sich auf die Fächer

Deutsch
Geschichte
Erdkunde
Mathematik
Naturlehre
Kulturkunde
Wirtschafts- und Gesellschaftskunde.

Während des Lehrganges werden auch Aufsätze und Klausuren gefertigt, mündliche Vorträge gehalten und allgemeinbildende Besichtigungen durchgeführt. Einzelheiten sind dem beiliegenden vorläufigen Lehr- und Stoffplan zu entnehmen.

.....

- 3.2

- 3.3 Den Nachweis der erforderlichen Allgemeinbildung hat erbracht, wer an dem Allgemeinbildungslehrgang mit Erfolg teilgenommen hat. Am Schluß des Allgemeinbildungslehrganges findet daher eine mündliche Prüfung (Prüfungsgespräch) vor einer Kommission statt. Die Prüfung soll je Lehrgangsteilnehmer etwa eine halbe Stunde dauern; werden Prüfungsgruppen gebildet, ist diese Zeit entsprechend zu verlängern. Die während des Lehrganges erzielten Leistungen (Nr. 3.1) sind bei der Entscheidung zu berücksichtigen. Die Entscheidung lautet "mit Erfolg", "mit gutem Erfolg", oder "ohne genügenden Erfolg teilgenommen".

- 3.4

- 3.5

- 3.6

3.7

3.8

4.

I.A.
gez. Unterschrift
Ministerialdirigent

(Abschrift)

Nr. I C 6 - 2305/21 - 6

Betreff: Lehrgang für den gehobenen Polizeivollzugs- und
Kriminaldienst 1970/71 in der Bayer. Polizeischule

V o r m e r k u n g

Am 30.1.1970 fand im großen Sitzungssaal des StMdI eine Besprechung statt, an der die Leiter oder Vertreter der Leiter der dem Staatsministerium unmittelbar nachgeordneten Polizeidienststellen teilnahmen. Gegenstand der Besprechung war die Zulassung zum Lehrgang für den gehobenen Dienst 1970/71. Die Besprechung hatte folgendes Ergebnis:

1. Der Auswahltest hat für die einzelnen Verbände und LPD ein recht unterschiedliches Ergebnis gebracht. Eine Übersicht über die ersten 400 Plätze ist dieser Vormerkung beigegeben. Einigkeit wurde darüber erzielt, daß für die Zulassung zum Lehrgang die nachstehenden vier Faktoren je einfach bewertet wurden

- Ergebnis der Anstellungsprüfung
- Ergebnis des Auswahltests
- Beurteilung 1967
- Beurteilung 1970.

2. Das Sachgebiet I C 3 hat den Bedarf der einzelnen Polizeiverbände unter Zugrundelegung der freiwerdenden und freigewordenen Stellen wie folgt veranschlagt:

LPD Oberbayern	17
LPD Niederbayern/Oberpfalz	12
LPD Oberfranken	5
LPD Mittelfranken	6
LPD Unterfranken	11
LPD Schwaben	11
Grenzpolizei	13
Bereitschaftspolizei	9
LKA	11
Schule	2
PVA	2
Summe	99

Dabei wurde davon ausgegangen, daß bei dem Aufstiegslehrgang 1970/71 an der Schule noch 99 Plätze zur Verfügung stehen.

.....

3.

4.

5. Festgelegt wurde vielmehr folgendes:

5.1 Als allgemeine Grenznote für die Zulassung zum gehobenen Lehrgang wird 9,6 (unter Berücksichtigung der Beurteilung 1970, 11,6) festgelegt.

.....

.....

München, den 2. Februar 1970

gez. Unterschrift
Kriminaldirektor

Anhang III.1

(Abschrift)

Präsidium der Landpolizei
von Bayern
I/Ausb. Tgb.Nr. 881/48

München, den 18. Juni 1948

Betrifft: Stattgefundene Lehrgänge und Prüfungen bei der Landpolizei
von Bayern vor Veröffentlichung der Vollzugsvorschriften
zum Bayer. Beamtengesetz vom 26.10.46

An das

Bayer. Landespersonalamt

M ü n c h e n

Prinzregentenstr. 5

Das Präsidium der Landpolizei von Bayern übermittelt im Nachfolgenden eine Übersicht über Lehrgänge (mit Abschlußprüfung) und Prüfungen, die vor dem Zeitpunkt der Veröffentlichung der diesbezüglichen Vollzugsvorschriften zum Bayer. Beamtengesetz vom 16. 10.46, insbesondere der Bekanntmachung des Landespersonalamtes im Bayer. Staatsanzeiger Nr. 47 v. 22.11.47 betreffend die Genehmigungspflicht für Prüfungen, stattgefunden haben.

Der Aufbau der Landpolizei und die sofortige intensive Bekämpfung der herrschenden Kriminalität war nur möglich durch unverzügliche polizeifachliche Schulung der eingestellten oder übernommenen Beamten und deren entsprechende Auslese durch geeignete Prüfungen.

Die Landpolizei von Bayern führte deshalb im Zuge ihres Aufbaues bereits ab Herbst 1945 an den neuerrichteten Landpolizeischulen Lehrgänge für die polizeiliche Aus- und Fortbildung ihrer Beamten durch und veranstaltete im Rahmen dieser Berufsausbildung Fachprüfungen zum Zwecke der Personallenkung und Vorrückung der Beamten. Die besonderen personellen Verhältnisse und sonstigen dienstlichen Bedürfnisse während der ersten Aufbaujahre der Land-

polizei bestimmten die Art und Form dieser Lehrgänge und Prüfungen. Aus ihnen heraus entwickelte sich das heutige Ausbildungs- und Prüfungswesen der Landpolizei.

Bis zum Erscheinen der Allgemeinen Prüfungsordnung des Landespersonalamtes erfolgte die Bewertung nach den als Anlagen beigefügten Prüfungsordnungen. Bei den Lehrgängen und Prüfungen, deren Teilnehmer für besondere Dienststellungen (Kriminaldienst, Postenchefanwärter, Bezirksinspektoren usw.) benötigt wurden, mußte für das Bestehen der Prüfung neben einer festgesetzten Mindestnote auch eine entsprechende Beurteilung gefordert werden, in der die Eignung für die vorgesehene Verwendung zum Ausdruck kam. Diese Form der Personalauslese während der Zeit des ersten Aufbaues war notwendig, um besonders geeignete Beamte für Stellungen mit erhöhtem Verantwortungsbereich und erheblichen Leistungsforderungen auszuwählen.

Bei diesen Lehrgängen entsprechen die Abschlußprüfungen den Forderungen der derzeitigen Prüfungen, wie sie in der Prüfungsordnung für die Landpolizei von Bayern vom 22.4.48 festgelegt und vom Landespersonalamt als Einstellungs- und Vorrückungsprüfungen z.Zt. durchgeführt werden und genehmigt sind. In Anbetracht dieser beiden Tatsachen und der durch die Entwicklung gegebenen Lage werden die nachgenannten Lehrgänge (mit Abschlußprüfung) und Prüfungen als Anstellungs- (Vorrückungs-) Prüfungen im Sinne der Prüfungsordnung und der übrigen Vollzugsvorschriften zum Bayer. Beamten-gesetz gewertet.

.....

Als Anstellungsprüfung für den einfachen Dienst (gilt bis A 8a)
werden betrachtet:

.....

1. Grundausbildungslehrgang mit
Abschlußprüfung

.....

1. Kriminallehrgang mit
Abschlußprüfung

.....

1. Postenchefanwärterlehrgang
mit Abschlußprüfung

.....

Lehrgang für Fachbeamte mit
Abschlußprüfung

.....

1. Hauptwachtmeisterprüfung

.....

(Die Teilnehmer an diesen Hauptwachtmeisterprüfungen setzten sich aus Landpolizei-Beamten mit früherer polizeilicher Ausbildung oder mit vorausgehendem Grundausbildungslehrgang zusammen.)

Als Anstellungs- (Vorrückungs-) Prüfung für den mittleren Dienst werden betrachtet:

1. Fortbildungslehrgang mit
Abschlußprüfung

.....

Kommissärsprüfung

.....

Als Anstellungs- (Vorrückungs-) Prüfung für den gehobenen Dienst werden betrachtet:

1. Lehrgang für gehobenen Dienst
mit Abschlußprüfung

.....

Prüfung für den gehobenen Dienst

Darüber hinaus veranstaltete das Präsidium der Landpolizei von Bayern Eignungsprüfungen für den gehobenen Landpolizeidienst. Diesen Prüfungen mußten sich alle Landpolizei-Beamten unterziehen, die sich bei der Zusammenfassung der Landpolizei der einzelnen Regierungsbezirke in die "Landpolizei von Bayern" im April 1946 in Stellungen des gehobenen Dienstes befanden oder dafür benötigt wurden. Soweit eine Anerkennung solcher Prüfungen als Anstellungsprüfung für den gehobenen Landpolizeidienst in Einzelfällen für angebracht erscheint, werden diese dem Landespersonalamt mit der Bitte um Genehmigung vorgelegt werden. Die Prüfungen dauerten 14 Tage. An Prüfungsaufgaben wurden gefordert:

Strafrecht	3	Stunden
Allgemeinbildung	3	"
Praktischer Dienst des Bez.Inspektors	3	"
Dienstvorschrift	3	"
Gesamtes polizeiliches Stoffgebiet	3	"
mündliche Prüfung in allen Fächern		
außerdem 2 Vorträge zu je 1/4 Stunde.		

Abschließend darf noch angeführt werden, daß die Masse der Landpolizei-Beamten unbeschadet ihrer Aus- und Fortbildung in Lehrgängen an einer 3-jährigen Fernausbildung teilnehmen, wobei die Teilnehmer monatlich eine dreistündige schriftliche Aufgabe fertigen müssen. Die Fernausbildung dient z.Zt. der Erweiterung und Vertiefung des Fachwissens. Die Lehrgangsausbildung, die infolge des Aufbaues zeitlich zusammengedrängt ist, soll dadurch ergänzt werden.

gez. Unterschrift
Präsident der Landpolizei von
Bayern

Anhang III.2

(Abschrift)

Nr. 1319/48

Bayer. Landespersonalamt

München, den 11.10.1948

An das
Präsidium der Landpolizei

M ü n c h e n 13
Winzererstr. 9

Betreff: Nachträgliche Anerkennung von Lehrgangsabschlußprüfungen

- Auf das Schreiben vom 18.6.1948 Nr. 881/48 I/Ausb.

Das Bayer. Landespersonalamt hat in der öffentlichen Sitzung vom 21. Juli 1948 die nach obenbezeichneten Schreiben durchgeführten Lehrgänge und Prüfungen, die vor Veröffentlichung der Vollzugsvorschriften zum BBG. stattgefunden haben, als Anstellungsprüfungen im Sinne des BBG. für den einfachen, mittleren und gehobenen Dienst bei der Landpolizei anerkannt.

I.A.

gez. Unterschrift
Generalsekretär

(Abschrift)

Nr. P 1490/205 - 4/49
Bayer. Landespersonalamt

München, den 4. August 1949
Vilshofenerstraße 8

An das
Präsidium der Landpolizei von Bayern

M ü n c h e n
Winzererstraße 9

Betreff: Anerkennung von Pol.-Offz. und Bez.Offz.Lehrgängen;
Personalverhältnisse im gehobenen und höheren Dienst der LP.

.....

Das Landespersonalamt hat in der öffentlichen Sitzung vom 13.7.1949
folgenden Beschluß gefaßt:

1. Polizeioffiziersprüfungen

a)

b) Eine Entscheidung über die Anerkennung anderer Polizeioffiziersprüfungen, z.B. die bei der Luftpolizei abgelegten Prüfungen, kann nur im Einzelfall nach Vorlage entsprechender Unterlagen, vor allem über die Art der Prüfung getroffen werden.

.....

c)

2.

3. Prüfungen für den Verwaltungsdienst und den technischen Dienst

Die bei der Wehrmacht abgelegten Verwaltungsprüfungen oder technischen Prüfungen können bei gleichartiger Verwendung im gehobe-

nen Dienst der Landpolizei nach Überprüfung im Einzelfall nach den bisher vom Landespersonalamt angewandten Grundsätzen anerkannt werden.

.....

4.

gez. Unterschrift
Ministerialdirektor

Anhang IV.1

(Abschrift)

BAYER. STAATSMINISTERIUM
DES INNERN

8 München 22, den 8. Juni 1973
Odeonsplatz 3

Nr. I A 7 - 490 - 94/21

An

1. die Landespolizeidirektion Oberbayern
2. die Landespolizeidirektion Niederbayern/Oberpfalz
3. die Landespolizeidirektion Oberfranken
4. die Landespolizeidirektion Mittelfranken
5. die Landespolizeidirektion Unterfranken
6. die Landespolizeidirektion Schwaben
7. die Direktion der Bayer. Grenzpolizei
8. die Direktion der Bayer. Bereitschaftspolizei
9. die Bayer. Polizeischule
10. das Bayer. Landeskriminalamt
11. das Bayer. Polizeiverwaltungsamt

nachrichtlich

12. das Polizeipräsidium München
13. das Polizeipräsidium Nürnberg
14. die Polizeidirektion Augsburg

Personaldatei der staatlichen Polizei in Bayern

Anlagen:

1. Aufgaben der Personaldatei

Das Staatsministerium des Innern hat eine elektronisch geführte Personaldatei für die staatliche Polizei in Bayern errichtet.

Sie dient primär der Erfüllung von Aufgaben der Personalverwal-

tung, der Haushaltsplanung und der Einsatz- und Ausbildungsplanung im Staatsministerium des Innern. Darüber hinaus sollen für die personalaktenführenden Dienststellen der staatlichen Polizei in Bayern automatisierbare Arbeiten erledigt und Entscheidungshilfen erstellt werden.

2. In die Personaldatei aufzunehmende Beamte

In die Personaldatei werden alle Polizeivollzugs- und Polizeiverwaltungsbeamte ab der Besoldungsgruppe A 6 aufgenommen.

3. Personal-Stammbblätter

Die Personal-Stammbblätter sind für folgende Zwecke verwendbar:

- für die Datenersterfassung bei Neuaufnahme in die Personaldatei,
- für Änderungsmitteilungen,
- als Unterlagen für die Personalakten,
- als Personalkarteiblätter.

Für jeden Beamten wird ein Personal-Stammbblatt - Original und Durchschlag - erstellt. Es enthält in den Datenfeldern (nachfolgend DF) 01 bis 10 die von der Landesbesoldungsstelle (LBSt) zur Verfügung gestellten Grunddaten und in den DF 11 bis 31 die Ergänzungsdaten.

3.1 Grunddaten sind:

- DF 01 = Stamm-Nummer
- DF 02 = Name, Vorname, Anschrift
- DF 03 = Dienststelle (in der Regel personalaktenführende Dienststelle)
- DF 04 = Geschlecht
- DF 05 = Familienstand
- DF 06 = Konfession
- DF 07 = Kinderzahl
- DF 08 = Buchhaltungsstelle bei der LBSt.
- DF 09 = Besoldungsdienstalter
- DF 10 = Besoldungsgruppe.

3.2 Ergänzungsdaten sind:

- DF 11 = Dienstzweig
- DF 12 = Nicht vollzugsdiensttauglich (Polizeivollzugsdienst-unfähigkeit)
- DF 13 = Wehrdienst bis 1945
- DF 14 = Altbewerber
- DF 15 = Polizeidienst vor dem 21. Lebensjahr
- DF 16 = BGS-Dienstzeit
- DF 17 = Bundeswehr-Dienstzeit
- DF 18 = Zeit im öffentlichen Dienst
- DF 19 = Erste Jubiläumszuwendung
- DF 20 = Schulbildung
- DF 21 = Abgeschlossene Berufsausbildung vor der Einstellung
- DF 22 = Ausscheiden aus dem Dienst
- DF 23 = Laufbahnprüfungen
- DF 24 = Beurteilungen
- DF 25 = Strafverfahren bzw. Disziplinarmaßnahmen
- DF 26 = Aus- und Fortbildungslehrgänge
- DF 27 = Ernennungen - Beförderungen
- DF 28 = Sprachkenntnisse
- DF 29 = Besondere Kenntnisse
- DF 30 = Dienstposten - Funktionen
- DF 31 = Beförderungszuschlag

4. Personal-Stamnummer

4.1 Zusammensetzung der Stamnummer

Die Personal-Stamnummer ist wie folgt zusammengesetzt:

- 1. und 2. Stelle = Unternummer,
- 3. und 4. Stelle = Geburtstag,
- 5. und 6. Stelle = Geburtsmonat,
- 7. und 8. Stelle = Geburtsjahr
- 9. Stelle = Prüfniffer.

Die Personal-Stamnummer wird von der Landesbesoldungsstelle für jeden Besoldungsempfänger festgesetzt. Sie wird auch für die Personaldatei der staatlichen Polizei in Bayern verwendet.

.....

4.2

5.

6. Neuaufnahme in die Personaldatei

6.1 Erstellung eines Personal-Stammblasses für die Datenersterfassung

Die Grunddaten bei Neuzugang eines Beamten stellt die Landesbesoldungsstelle dem Landeskriminalamt zur Verfügung.

Dort wird für den neu aufzunehmenden Beamten ein Personal-Stammblatt mit Durchschlag ausgedruckt, das lediglich diese Grunddaten enthält.

Das Landeskriminalamt übersendet dieses Personal-Stammblatt an die in DF 03 bezeichnete Polizeidienststelle, die in der Regel mit der personalaktenführenden Dienststelle identisch ist. D.h., ist ein Beamter neu in die Personaldatei aufzunehmen, so wartet die personalaktenführende Dienststelle die Zusendung des Personal-Stammblasses mit den Grunddaten durch das Landeskriminalamt ab.

Wird einer personalaktenführenden Dienststelle das Personal-Stammblatt für einen Beamten übersandt, der in ihren Zuständigkeitsbereich lediglich abgeordnet ist, so sendet diese das Personal-Stammblatt unverzüglich an die Dienststelle, bei der die Personalakten des Beamten geführt werden.

6.2

6.3 Erfassung der Ergänzungsdaten

Die personalaktenführenden Dienststellen vervollständigen die Personal-Stammbblätter in den DF 11 bis 31.

.....

6.4

7. Aufgaben des Landeskriminalamtes

Neben den in Nr. 6.1 genannten Arbeiten hat das Landeskriminalamt noch folgende Aufgaben zu erfüllen:

7.1

7.2 Maschinelle Aktualisierung der Personaldatei

Das Landeskriminalamt führt auf Grund der Änderungsmeldungen der personalaktenführenden Dienststellen und der Meldungen nach Nr. 10.2 die Aktualisierung der Personaldatei durch.

.....

7.3

7.4 Programmierung

Das Landeskriminalamt erstellt auf Weisung des Staatsministeriums des Innern die notwendigen Programme für die elektronische Verarbeitung und Auswertung der Personaldaten.

7.5

7.6

8. Überprüfung der Personal-Stammbblätter

8.1 Überprüfung durch die personalaktenführenden Dienststellen

Neu ausgedruckte Personal-Stammbblätter sind mit den gem. Nr. 7.3 vom Landeskriminalamt zurückgegebenen zu vergleichen.

.....

8.2 Überprüfung und Unterschriftsleistung durch die Beamten

Die Personal-Stammbblätter sind nach der Datenersterfassung von den betreffenden Beamten baldmöglichst zu überprüfen; die Richtigkeit der Eintragungen ist auf dem Durchschlag rechts unten in der Zeile "Kenntnis genommen am..." durch Unterschrift zu bestätigen.

Weitere Überprüfungen mit Unterschriftsbestätigungen sind unerlässlich, wenn sich Daten ändern, die die Beförderungs- und Aufstiegsaussichten eines Beamten berühren (z.B. Laufbahnprüfungen und Beurteilungen). Im übrigen bleibt es dem Ermessen der personalaktenführenden Dienststellen überlassen, in welchen Abständen oder bei welchen Anlässen sie die Richtigkeit der erfaßten Daten erneut durch die Beamten

überprüfen und unterschriftlich bestätigen läßt.

Bei der Festlegung der Überprüfungsintervalle und -anlässe sollte berücksichtigt werden, daß der Beamte durch seine Unterschrift eine Mitverantwortung für die Richtigkeit der erfaßten Daten übernimmt.

Auf diese Mitverantwortung sind die Beamten hinzuweisen.

8.3

9. Verwendung der Personal-Stammbblätter

9.1 Verwendung der Originale

Die personalaktenführenden Dienststellen verwenden die Originale der Personal-Stammbblätter als Karteiblätter.

9.2 Verwendung der Durchschläge

Die Durchschläge der Personal-Stammbblätter werden den Personalakten beigegeben. Sie treten an die Stelle der bisherigen Personalbögen, die zwar im Akt verbleiben, aber nicht mehr weitergeführt werden. Bei Neuzugängen ist ein Personalbogen nicht mehr notwendig.

9.3

9.4

9.5

10. Änderungen der Personaldaten

Änderungen der Personaldaten sind vorzunehmen, wenn bestimmte Daten neu aufgenommen, zu bestehenden hinzugefügt sowie bestehende ergänzt, berichtigt oder gelöscht werden müssen.

10.1 Änderungen der Grunddaten

Grunddaten werden nur durch die Landesbesoldungsstelle geändert. Sind Grunddaten unrichtig, so ist nach Nr. 6.2 zu verfahren.

10.2 Änderungen bei Laufbahnprüfungen und Aus- und Fortbildungslehrgängen

Die Teilnahmemeldungen der abordnenden Dienststellen

- zu Aufstiegslehrgängen für den gehobenen
Polizeivollzugsdienst
und zu
- Aus- und Fortbildungslehrgängen für Polizei-
beamte ab Besoldungsgruppe A 6

an die Bayer. Polizeischule bzw. an die Direktion der Bayer. Bereitschaftspolizei müssen künftig die neunstellige Stammnummer des Lehrgangsteilnehmers enthalten.

Die Bayer. Polizeischule bzw. die Direktion der Bayer. Bereitschaftspolizei melden die

- Beamten, die eine Laufbahnprüfung für den gehobenen
Polizeivollzugsdienst bestanden haben und
- Beamte ab Besoldungsgruppe A 6, die an einem Aus-
und Fortbildungslehrgang teilgenommen haben,

in Listenform dem Landeskriminalamt.

Bei Laufbahnprüfungen für den gehobenen Dienst müssen diese Listen folgende Daten enthalten:

Lehrgangsbezeichnung,
Lehrgangszeit,
Gesamtteilnehmerzahl,
Notenskala

und für jeden einzelnen Lehrgangsteilnehmer:

Stammnummer,
Zu- und Vorname,
die auf zwei Dezimalstellen errechnete
Gesamtprüfungsnote und
die Platzziffer.

Bei Aus- und Fortbildungslehrgängen müssen die Listen folgende Daten enthalten:

Lehrgangsbezeichnung,

Lehrgangszeit

und für jeden einzelnen Lehrgangsteilnehmer:

Stammmummer und

Zu- und Vorname.

.....

10.3 Sonstige Änderungen der Ergänzungsdaten

Außer den in Nr. 10.2 genannten Fällen sind notwendige Änderungen in den DF 11 - 31 von den personalaktenführenden Dienststellen auf eigene Initiative durchzuführen.

Für die Änderungsmitteilung ist der zum Personalakt gegebene Durchschlag des Personal-Stamtblattes zu verwenden.

.

11. Verschwiegenheitspflicht

Die Personaldatei unterliegt demselben Geheimhaltungsschutz wie die Personalakten. Alle Dienstkräfte, die mit der Erfassung, Verarbeitung und Auswertung von Personaldaten befaßt sind, werden deshalb auf ihre Pflicht zur Verschwiegenheit (Art. 69 BayBG, § 9 BAT) hingewiesen.

12.

I.A.

gez. Unterschrift
Ministerialdirigent

POLIZEI

01	Stamm-Nummer KB
----	-----------------

Personen-Kennzeichen

02	Namen, Vornamen, Nachnamen
03	Polizeistrukturierte Datenstelle

PERSONAL-STAMMBLATT

04	05	06	07	08	09	10	Datum der vorherigen Erstellung	Erstellungsdatum
Ge- fähr- lich- schlecht	Frei- stund	Kör- perbau	Kinder	Bach- stille	B O A Mon. Jahr	Berufssta- tusse		
								Lfd Nr.:

[illegible][illegible][illegible][illegible]

(Dienststelle - Sachbearbeiter)

III - Entspricht nicht den Anforderungen

g. Übertrifft erheblich die Anforderungen

97 - Невостанов

♦ ♦ ♦ Completed

4. Zurechtfinden und Orientieren

Lebenslauf

Am 17. Oktober 1942 in München geboren.

Eltern: Dr. med. Werner Biernath, prakt. Arzt

Gertraud Biernath, geb. Rohrer, Oberlehrerin.

Nach Besuch der Volksschule an der Tumblingerstraße und der Klenze-Oberrealschule (mathematisch-naturwissenschaftliches Gymnasium) in München Abitur im Jahre 1961.

Studium der Rechtswissenschaft, Psychologie und Politischen Wissenschaften an der Ludwigs-Maximilians-Universität zu München.

Erste juristische Staatsprüfung 1966

Zweite juristische Staatsprüfung 1970

Seit Oktober 1970 als Verwaltungsjurist im bayerischen Staatsdienst (Regierung von Oberbayern, Landratsamt Erding, Bayerisches Landeskriminalamt).

